Wildcat

#66/6

Juli 2003

ARCHIVEXEMPLAR
KEIN VERLEIH
INFOLADEN LEIPZIG

Infoladen
Koburger Str. 3 · 04277 Leipzig
Telefon (0341) 3 02 65 04
www.nadir.org/infoladen_leipzig

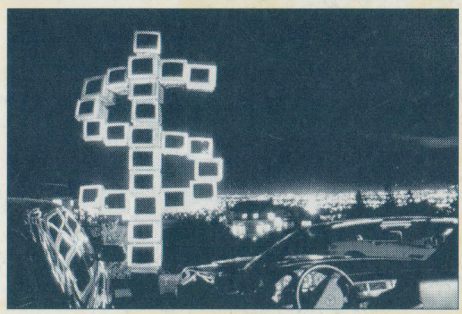
kostet 3 Euro

GARANTIERT OHNE
BESPRECHUNG VON

MATRIX RELOADED

STATTDESSEN:

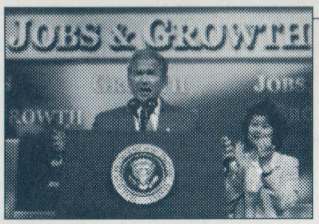
- **Boom, Bubble, Krise, Krach.**



- **Rückblick: Globale Antikriegsbewegung (Australien, Italien, USA, GB, ...)**
- **Operaismus reloaded**
- **Iran: Aufstand statt Reformhoffnung**
- **Argentinien: Krise im Griff?**

- **Umstrukturierung des Sozialstaats**
- **Berichte: Bahn - Bau - Bargeld**

Wildcat #66 Inhaltsverzeichnis



Editorial 2

Die zweite Supermacht? 6
Berichte zur globalen Friedensbewegung 12
Iran: Kämpfe statt Hoffnung auf Reform 22
Irak: Ein Krieg gegen das Proletariat – Buchbesprechung 25

Detlef Hartmann / Dirk Vogelskamp,
Irak. Schwelle zum sozialen Weltkrieg.

USA: Nach der Inflation kommt die Deflation 28
Barbaren und Haushaltskürzungen – Eine Reise durch die Welt des Emmanuel Todd 29

Emmanuel Todd,
Weltmacht USA – Ein Nachruf
Die neoliberale Illusion – Über die Stagnation der entwickelten Gesellschaften

Der Druck der Horizontalen – Robert Brenner zum Zustand der US-Wirtschaft 32

Robert Brenner
Boom & Bubble – die USA in der Weltwirtschaft

Ein Kontinent in Aufruhr – zur Situation in Lateinamerika 34
Argentinien: Wessen Krise? 35
Studentinnen sind Praktikantinnen sind Arbeiterinnen – Kämpfe bei Telefónica 39
Sie sollen alle abhauen! 42

Colectivo Situaciones
Que se vayan todos! – Krise und Widerstand in Argentinien

Agenda 2010 – Frontalangriff und Sprung ins Leere 44
Streiks in Frankreich und Italien 49
Kurzer Bericht über die Bewegung in Frankreich 51
Piloten auf der Lok – Privatisierung bei der Deutschen Bahn 55
Lohnklau auf'm Bau – Migranten kämpfen 58
Streiks bei IXION, Heidelberg, Hartung ... 60

New Clusters oder New Klezmer? 63

Warum ich auch dieses Jahr wieder nicht beim Buko sondern beim Jazzfastival in Moers war

»Wenn wir jetzt ein Bier trinken, bekommt München wieder eine Realität« 66

Klaus Theweleit
Der Knall – 11. September, das Verschwinden der Realität und ein Kriegsmodell

Empire, Negri, Zerowork – Operaismus reloaded 70
Ist der Kapitalismus eine Marktwirtschaft? 76
Proto-faschistische Elitetheorie? 80

Detlef Hartmanns Kritik an *Empire* von Hardt/Negri

Die Subversion des Maulwurfs – zum Tod von Johannes Agnoli 83

Kontakte:
Shiraz e.V., Postfach 30 12 06, 50782 Köln – wildcat@wildcat-www.de
Shiraz e.V., Postfach 60 13 28, 14413 Potsdam
Welt in Umwälzung: www.umwaelzung.de – wiu@wildcat.rhein-neckar.de

Regionale Kontakte: freiburg@wildcat-www.de • leipzig@wildcat-www.de. • koeln@wildcat-www.de • potsdam@wildcat-www.de • stuttgart@wildcat-www.de • hamburg@wildcat-www.de

Archiv und Aktuelles: http://www.wildcat-www.de

Abos: Wer an der Diskussion teilnehmen will, soll die Wildcat abonnieren. Einzelexemplare kosten 3 Euro, 6 Ausgaben im Abo 15 Euro. Aktuelles Heft: 8 Exemplare für 10 Euro (ins Ausland: 16 Euro). Bestellung durch Überweisung.

Schriftliche Bestellungen an *Shiraz e.V., Postfach 30 12 06, 50782 Köln*, und Überweisung an:
Shiraz e.V., Kto.-Nr. 7064-509, Postbank Köln, BLZ 370 100 50.

V.i.S.d.P.: P. Müller

Editorial

»Bei dem, was grad abgeht, wäre ein zweiter 17. Juni angesagt«

(ein Arbeiter in Baden-Württemberg auf die Frage, was er von den neuen Kürzungsvorschlägen der Bundesregierung hält). Ob der Aufstand unbedingt an diesem Datum stattfinden muß? - »mir wäre auch jedes andere Datum recht« hat mal ein berühmter '68er Knacki zur Parole »Heraus zum 1.Mai!« gesagt.

»wäre«-«wäre«! In den letzten Monaten hatte man mal wieder das sichere Gefühl, im falschen Land zu leben: in Frankreich, England und Italien prügeln sich die LehrerInnen mit den Bullen und besetzen Schulen; in Frankreich sind viele hunderttausend Menschen auf der Straße gegen die Rentenreform, sogar in Österreich (!) mußte die Gewerkschaft ein bißchen »Generalstreik« spielen, um die Wut über die Rentenkürzungen einzudämmen… In der BRD greift die SPD-Regierung den Reproduktionsfonds der Klasse an wie seit 50 Jahren nicht mehr – und nix passiert! Ziemlich genau 50 Jahre nach dem 17. Juni 1953 signalisieren Regierung, Unternehmer und Gewerkschaften per Streikabbruch den ArbeiterInnen im Osten, dass es noch lange nix wird mit »gleichen Lebensbedingungen« - und keine wilden Streiks brechen aus!

»Warum, in Satans Namen wollt Ihr also nach 100 Monaten Pause die Wildcat wieder rausbringen??!?«

Kurz gesagt, weil wir hinter dieser ganzen Scheiße auch Entwicklungen sehen, die uns Mut machen:

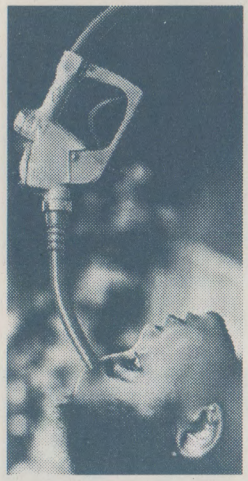
- sie haben die Antiglob-Bewegung trotz 11.9., trotz Mord an Carlo Giuliani, trotz massiver Repression nicht totgekriegt;
- auf den Demos gegen den Krieg haben sich nicht nur in »England, Frankreich, Italien...« die SchülerInnen zu Wort gemeldet, sondern auch in der BRD;
- es gibt ein neues Interesse in der Linken für den Klassenkampf (auch wenn das nicht so genannt wird, sondern »soziale Frage« o.ä.);
- die Endlichkeit des Kapitalismus ist mit Händen zu greifen – auch wenn sich das nicht so toll anfühlt, wie wir früher immer gedacht haben!
- ...und vielleicht schwappt ja sogar die europaweite Mobilisierung unter den LehrerInnen nach Deutschland über – das ist nun nicht soo weit weg, wie man denken könnte: Ende der 80er ist das mit der Krankenschwesternbewegung auch so gelaufen!

Wir halten es für sinnvoll, diese mutmachenden Entwicklungen auch mitzuteilen. Und wir denken, dass wir öffentlich über solche Sachen diskutieren sollten, wie sie in den **Berichten auf den Seiten 55, 58, 60 und 39** stehen – wo sonst ginge das?

Ansonsten überspannen drei **Verbindungen** das ganze Heft: **Mittelmeer, Schlamassel** und **Cluster.** Der Reihe nach: der Schwerpunkt beim Jazzfestival in Moers (**S. 63**) war diesjahr »Musik des Mittelmeers«; Theweleit beginnt sein Buch (**S. 66**) mit einer Geschichte vom Mittelmeer, der Operaismus (**S. 70**) kommt aus Italien – dort war er laut Agnoli (**S. 83**) eine Sache der Arbeiter, in der BRD nur eine Sache der Intellektuellen; und Wallerstein – auf den sich der Einleitungsartikel (**S. 6**) stark bezieht – stützt sich auf die historischen Forschungen Braudels (**s.S. 76 ff.**), der wiederum vor allem zur Geschichte des Mittelmeers geforscht hat...

Der **Schlamassel im Irak** ist vor aller Augen, er wird inzwischen von den US-Militärs selbst eingestanden. Damit beginnt das Heft (**S. 6**). Danach machen wir einen Rückblick auf die Bewegung gegen den Krieg (**S. 12**), betrachten die aktuelle Situation im Iran (**S. 22**) und besprechen ein Buch zum Irakkrieg (**S. 25**).

Aber auch die Wirtschaft hängt im Schlamassel (»Wenn wir jetzt ein Bier trinken ...« **S. 66** <g>) In den USA (und teilweise in Großbritannien) entweicht nach dem Platzen der IT-Internet-Blase nun die Luft aus der Immobilienblase (der Vorstand der 'nationalen' Bausparkasse in den USA wurde schon gefeuert, man munkelt von riesigen Bilanzfälschungen...). Und in der US-Leistungsbilanz ist ein neues Rekorddefizit zu vermelden: im ersten Quartal 2003 136,11 Mrd. Dollar, im gesamten Jahr 2002 480,9 Mrd. Dollar. Der gigantische Zustrom ausländischen Kapitals droht zu versiegen - die amerikanische Notenbank steuert gegen mit dem Aufblasen eines neuen Bubbles – vor der Deflation kommt deshalb die Inflation, meint Loren Goldner (**S. 28**).



Im Schlamassel stecken nicht nur »die Ökonomie« und der Sozialstaat (**S. 44**), sondern auch die hippen Theorien (**S. 42**). »Der Hippe ist ein Knotenpunkt urbaner Energie.« Was aber sind hippe Theorien? Das sind Theorien, die ihrer Zeit hinterherhinken, dies aber durch ihren Sound aus angesagten Begriffen (über-)kompensieren. Negri/Hardts *Empire* (**S. 80**) z.B. ist auf Deutsch erschienen, als die *New Economy* zusammengebrochen war und die Widersprüche zwischen den USA und Europa deutlich zutage traten, es wurde »rezipiert«, während die USA zwei Kriege vom Zaun brachen ... drei Tatbestände, welche die Grundannahmen des Buchs widerlegen.

Was hip *ist*, erfahrt Ihr hier: www.hipsterhandbook.com

Früher waren mal Sätze wie dieser hip: »Die Matrix des Urbanen ist nicht mehr die der Realisierung einer Kraft (der Arbeitskraft), sondern die Realisierung einer Differenz (der Operation des Zeichens).« (Baudrillard, *Aufstand der Zeichen*; 1978) Solche Zeichenketten stammen letztlich aus der Schule von Althusser. Er hatte in der ersten Hälfte der 60er Jahre den Versuch unternommen, den Stalinismus zu überwinden, um die Partei (die KPF) zu retten. Zu diesem Zweck hatte er Teile der »marxistischen« Philosophie aufgegeben, die vom Stalinismus abgenutzt und mißbraucht worden waren. Er vertrat z.B. wider besseres Wissen die These, der »wissenschaftliche Marx« habe den Begriff Dialektik nicht mehr benutzt (weil »Dialektik« im Stalinismus dazu gedient hatte zu beweisen, dass »die Partei immer Recht« hat), er verwarf den Begriff der Geschichte (weil die Verheißungen des »HistoMat« von der »Bestimmung der Arbeiterklasse« dramatisch enttäuscht worden waren) und den Begriff des »Humanen« (weil sich in ihm bürgerliche Subjektvorstellungen aus dem 19. Jahrhundert versteckten, und weil die KPs ihre Bündnispolitik damit legitimierten).

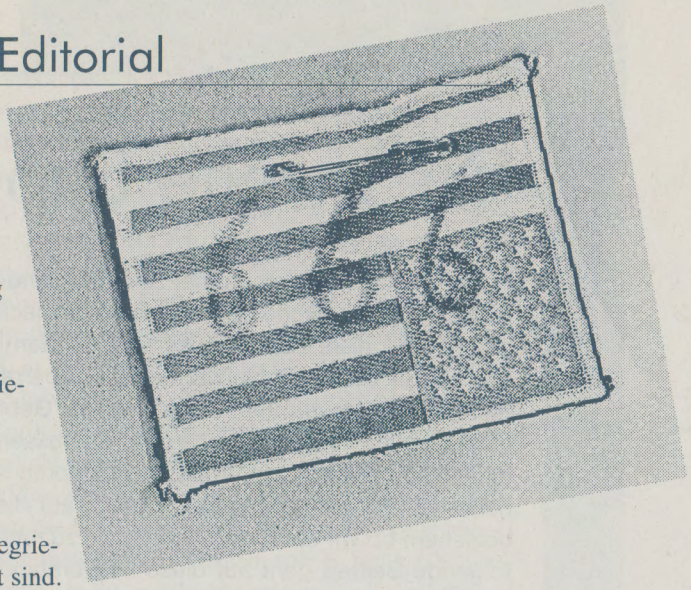
Natürlich entsteht auch das, was später »Operaismus« genannt wurde, im Spannungsfeld zwischen »die KP retten« und »was ganz Neues anfangen« (viele Mitbegründer der *Quaderni Rossi* sind bereits Mitte der 60er Jahre wieder in die KPI zurück ....). Dennoch war das, was in den 60ern in Italien in engem Zusammenhang mit den Arbeiterkämpfen entstand, in vieler Hinsicht den anderen Neomarxismen haushoch überlegen (siehe dazu den Operaismus-Artikel **S. 70**, das notwendige Zwischenstück in der Trilogie...).

Wieviel Negris Variante des Operaismus mit dem (Post-)Strukturalismus zu tun hat, läßt sich unschwer an seiner langjährigen Zusammenarbeit mit Althusser, Guattari usw. erkennen. Es läßt sich auch an der Terminologie sehen; und es gibt inhaltliche Entwicklungen, die frappierend ähnlich verlaufen sind. In *Empire* landet Negri bei einer Position, die dem späten Althusser sehr ähnlich ist: der Prophet, der sich durch sein Wort das eigene Volk erschafft... Leider wird heutzutage gerade das als »Operaismus« genommen, was die besten Teile dieser Methode ins Gegenteil verkehrt hat.

Die »postmodernen Denker« (Derrida, Baudrillard ...) waren oft »klüger und interessanter« (siehe Buchbesprechung Theweleit), sie waren in ihren politischen Positionierungen sicherlich »sympathischer« als angebliche »Kommunisten«, die auf alle arabischen Ländern Bombenteppiche abwerfen lassen wollten (Bahamas); ihre politischen Kommentare waren spannender und oft treffsicherer als »Linke«, die sich »authentisch« auf die eine oder andere Seite in den diversen Kriegen gestellt haben.

Aber der Schlamassel ist mit Kriegen und sich verschärfender Krise des globalen Kapitalismus auch in die postmoderne »Matrix« eingebrochen. »Die Realität« läßt sich nicht mehr wegdefinieren. Schöner wurde noch keine philosophische Bankrotterklärung abgegeben als im Manifest der »europäischen Identität« (!), das Derrida zusammen mit Habermas verfaßt hat (FAZ, 31.5.2003). Derrida, der Vordenker aller nicht-identitären Dekonstruktion, nicht mehr weit entfernt von Positionen eines Todd (der »zufällig« am Tag zuvor von der FAZ ausführlich interviewt wurde)? Zu Todd siehe die Buchbesprechung auf **S. 29**.

Der postmoderne Theoriemix in *Empire* kommt zu spät; selbst die geübtesten Vorturner in den Zeichenwelten rufen »aufhören«! (**S. 67**) Wenn man aber »die Realität wieder zuläßt«, woher dann den Mut nehmen? Auch Theweleit zeigt in seinem Buchnur, warum die »Entmischer« historisch immer gewonnen haben: Die »Klugen« sind ausgewichen, weggegangen oder wurden ermordet, weil sie sich auf die militärische Logik nicht einlassen wollten. Dieser Gedanke zu Ende gedacht ... - wo sind die Potenziale, die Scheiße zu beenden?



Genua – Thessaloniki: führt das Mittelmeer aus dem Schlamassel?

Auch wenn die politischen Grenzen des Eventhopping inzwischen allen klar sind: die Bewegung braucht die Events, sie funktionieren als »Organisierung von Erfolgserlebnissen« und sie braucht die Gipfelmobilisierungen, weil es ansonsten zu lokalen Aktivitäten nicht ausreicht.

Die wenigen Bezugsgruppen, die die Antiglobgeschichten der letzten Jahre kontinuierlich mitgemacht haben, können eine Masse von Leuten in Aktionen integrieren, auch wenn sie zum ersten Mal auf so einem Event sind. Egal welche Bullenstrategie, egal welche Örtlichkeit… es gelingt innerhalb von einem Tag, die 2000-4000 Leute die sich dem »unabhängigen Camp« anschließen, in ein kreatives Aktionskonzept einzubinden und »Erfolgserlebnisse« zu haben.

Blöd war in Evian, dass die Spaltung in gute/schlechte DemonstrantInnen in den Medien nicht aufgebrochen werden konnte, besonders blöde, weil diese Spaltung durchlässiger wird - *attac* gerät immer mehr unter Druck von seiner eigenen Basis.

Der Unterschied zwischen Genua und Evian: in Genua haben die MigrantInnen demonstriert, die Demo gegen das IOM war dagegen nur »politisch«, ohne Beteiligung von MigrantInnen.

Cluster gab es in Evian, in London (**S. 13**), in San Francisco (**S. 16**), in Moers (**S. 63**) waren sie sowohl musikalisch als auch in ihrer Bedeutung von »Menge« und »Gruppe« anwesend. Cluster of grapes ist ansonsten die Weintraube, cluster allein auch der Sternhaufen...sollte man nicht den Begriff »multitude« durch »cluster« ersetzen? »to cluster« meint das büschelartige Wachsen, aber auch das sich Zusammenballen ... von Schnee beispielsweise, also lieber doch nicht, da kriegt man bloß Probleme! Außerdem ist der Begriff durch die Clusterbomben der Amis bekannt geworden, die sie auch im Irakkrieg eingesetzt haben... womit wir wieder bei Schlamassel wären, Schlamassel allerorten:

Mit dem »Rücktritt« des Chefs der WestLB, der viertgrößten Bank in der BRD und der größten staatlichen ist ein weiterer Stein aus dem Fundament des »sozialpartnerschaftlich« verfaßten »rheinischen Kapitalismus« gebrochen. Der Abbruch des 35h-Streiks im Osten ist eine Zäsur in den Klassenbeziehungen in der BRD. Außerdem hat die EU Ende Juni beschlossen, mehr Bullen und Soldaten »gegen Korruption und Kriminalität« auf den Balkan zu schicken und militärisch im Kongo einzugreifen... Und dpa meldete am 27. Juni: »In der deutschen Wirtschaft brechen 2003 allein durch eine neue Rekordpleitewelle etwa 650 000 Arbeitsplätze weg. ... Damit werden in diesem Jahr sieben Prozent mehr Arbeitnehmer ihren Job durch Insolvenz verlieren als 2002,«

Man hat den Eindruck, die Krisendynamik beschleunigt sich dermaßen, dass wir sowohl theoretisch wie praktisch »nachladen« müssen, um auf der Höhe der Zeit zu sein.

Gründe genug, es mit der »Wildcat« wieder zu versuchen?

Größere Metadiskurse über unseren Neu-Start verkneifen wir uns bewußt... »**man kann's ja mal probieren!**« (**S. 58**) - die theoretische Erklärung, warum's geklappt hat, liefern wir in der Nummer 67 – »Ehrenwort«! (Barschel)

27. Juni 2003

P.S. Den Bericht zu den Aktionen der LehrerInnen in Frankreich hat uns das Kollektiv von Oiseau Tempête geschickt (**S. 51**)

Die zweite Supermacht?

In der Wildcat-Sondernummer zum Krieg endete der einleitende Artikel mit der These, dass auf die im Abstieg befindliche hegemoniale Weltmacht USA nicht wie in früheren Zyklen eine neue staatliche hegemoniale Macht folgen wird, sondern das globale Proletariat die »wirkliche, zweite Supermacht« sei. Diesen Schluß fanden viele überraschend und nicht durch die Argumentation im Artikel gedeckt. Mißverstanden wurde auch der Gebrauch des Hegemonie-Begriffs, weil dieser heute mit einer Debatte verbunden ist, in der ein besserer und sanfterer Weltkapitalismus unter der Führung (griechisch: hegemon) Europas beschworen wird (Todd, Habermas, Derrida usw.). Und schließlich haben einige gefragt, warum wir uns auf die Weltsystemanalyse (Wallerstein, Arrighi, Frank ...) beziehen, ob wir darin eine Alternative zu marxistischen oder operaistischen Ansätzen sehen. Der folgende Beitrag geht auf diese Mißverständnisse und Fragen ein und beleuchtet die Situation nach dem »Sieg im Irak«.

Zweite Supermacht?
Seit 1968 hat es eine breite und langfristige Abwendung der proletarischen Bewegungen vom Staat und von Staatlichkeit überhaupt gegeben.

Die Theoriekiste

Revolutionäre Theorie zielt auf kein System und bildet keine Schule – sie kann nur in der beständigen Kritik der Verhältnisse und erstarrter Ideologien und Ismen lebendig bleiben. Das paßt nicht zu dem an Unis und auf dem Markt der Theorien betriebenen Schubladendenken. Wir haben immer unseren Spaß, wenn Leute uns in Kästchen stecken, auf denen »syndikalistisch«, »marxistisch«, »anarchistisch«, »operaistisch«, »rätekommunistisch«, »spontaneistisch« etc.pp. drauf steht. In den letzten Jahren haben wir im *Wildcat-Zirkular* eine ganze Reihe von theoretischen Ansätzen vorgestellt und diskutiert – aus jedem ließe sich ein weiteres Kästchen zimmern: »hollowayistisch«, »dauvistisch«, »simonistisch«, »bordigistisch«...

Um die Wende- oder Übergangsphase des globalen Kapitalismus besser zu verstehen, haben wir uns Befunde aus der sogenannten »Weltsystemanalyse« angeguckt, weil in ihnen diese Fragen historisch *untersucht* werden, statt ideologiegeleitet über sie zu spekulieren oder sie kurzschlüssig in ein geschlossenes Weltbild zu überführen (Wallerstein spricht von »Weltsystem*analyse*« im Gegensatz zu einer von ihm abgelehnten »Weltsystem*theorie*«). An vielen Punkten bleibt ihre Kritik des Kapitalismus theoretisch oberflächlich, und ihre politischen Stellungnahmen sind zuweilen peinlich. Aber was für sie spricht ist, dass sich ihre Thesen und Theorien mit ihren Forschungen weiterentwickeln.

Historisch gesehen ...

Wallerstein zufolge kann nicht ein Land oder der Nationalstaat Ausgangspunkt der Analyse sein, sondern die »Weltwirtschaft«, die durch ein System der Arbeitsteilung miteinander verbunden ist. Die Situation und das Klassenverhältnis in einem Land können nur im Zusammenhang mit dem gesamten Staatensystem, seiner Hierarchie und der zwischen den Regionen stattfindenden Ausbeutung geklärt werden. Entstanden ist diese Debatte in den 70er Jahren aus der Kritik am Begriff »Unterentwicklung«, der unterstellt, die Länder der »Peripherie« könnten und müßten einfach nachholen, was in den westlichen Industrieländern bereits geschehen ist. Aber ihre »Unterentwicklung« beruht auf ihrem Zusammenhang mit den Industrieländern, die ihnen eine beschränkte Rolle als Rohstoff- und Agrarproduzenten in der internationalen Arbeitsteilung aufzwingen konnten: sie sind »unterentwikkelt«, *weil* andere Länder »entwickelt« sind.

Um den produktiven globalen Zusammenhang als Ausgangspunkt stark zu machen, schießt Wallerstein gegen den Begriff der »industriellen Revolution« und damit gegen eine genauere Bestimmung der kapitalistischen Produktionsweise. Er wittert hierin den Ver-

such, den Wohlstand der reichen Länder aus ihrer eigenen schöpferischen Erfindungskraft zu erklären und damit die Ausplünderung der übrigen Welt vergessen zu machen. Damit handelt er sich aber mehrere blinde Flecken ein: u.a. kann er nicht erklären, wieso ausgerechnet Europa zu einer dominierenden Kernregion wurde, warum es überhaupt kapitalistisch wurde. Robert Brenner hat damals betont, dass die Entwicklung Europas zum Kapitalismus nicht allein aus den Kern-Peripherie-Beziehungen, sondern aus dem Verlauf der Klassenkämpfe vor allem in England zu verstehen ist. Das bestimmte Klassenverhältnis – subsistenzlose, vagabundierende Arbeitskräfte – und später die Entwicklung einer besonderen Technik, sie auszubeuten, – die Fabrik – brachten die kapitalistische Dynamik hervor, die sich dann die Welt untertan machte. Mit dieser neuen Produktionsweise konnte England wirtschaftlich wie militärisch alle anderen Gebiete der Welt in seine Abhängigkeit bringen.

... die wachsende Macht der Arbeiterklasse

Dieser Strang, der Zusammenhang zwischen Dominanz im globalen Staatensystem, Produktionsweise und Klassenkampf ist vor allem von Giovanni Arrighi und Beverly Silver weiterentwickelt worden. Arrighi hat den Zusammenhang zwischen der Weltwirtschaftskrise in den 70er Jahren und der Flucht des Kapitals in Kredit- und Finanzgeschäfte genauer untersucht. Dabei ist er darauf gestoßen, dass es das in der Geschichte schon öfter gegeben hat – und zwar jedesmal, wenn eine Phase starker kapitalistischer Akkumulation an ihr Ende gekommen war. Zyklen der schnellen und stabilen Ausweitung der Produktion und des Welthandels mündeten immer wieder in Überakkumulationskrisen, die zu einer Zunahme der spekulativen Kapitalverwertung führten. Die Expansionsphasen wurden jedesmal von einer dominierenden politischen Macht getragen – Arrighi sieht vier in der Geschichte des Kapitalismus: Genua im 16. Jahrhundert, Holland im 17., Britannien bis zum Ende des 19. Jahrhunderts, danach die USA. In den Phasen der krisenhaften Überakkumulation können die Träger des vorhergehenden wirtschaftlichen Aufschwungs durch das Ausweichen auf die Finanzebene die Früchte ihrer hegemonialen Stellung einfahren, da sie den Prozeß der Kapitalakkumulation im Weltmaßstab kontrollieren. Aber sie verlieren damit auch ihre internationale Machtstellung, die sie aufgrund der schnellen quantitativen und qualitativen Entwicklung der Produktion gewonnen hatten. In den früheren Krisenphasen wurde dies am Auftauchen einer neuen Macht sichtbar, die der alten Hegemonialmacht wirtschaftlich und damit auch militärisch überlegen wurde.

Arrighi will präziser ausmachen, *was* in der heutigen Entwicklung das *Neue* ist – und was die bloße Wiederkehr der alten Scheiße. Das Auftauchen des Finanzkapitals, der neoliberale Angriff auf alle Einschränkungen der Bewegungsfreiheit des Kapitals, das Phänomen der Globalisierung – all das findet sich schon in früheren Zyklen der kapitalistischen Entwicklung. Das Neue liegt zum einen im Ende der Nationalstaaten - wobei Arrighi (im Gegensatz etwa zu »Empire«) feststellt, dass es noch keinerlei Ansätze für einen neuen Typ von globaler Ordnungsmacht gibt. Radikalisiert wird diese Beobachtung bei Wallerstein (z.B. in »Utopistik«): seit der »Weltrevolution« von 1968 habe es eine breite und langfristige Abwendung der proletarischen Bewegungen vom Staat und von Staatlichkeit überhaupt gegeben. Dies sei eine wichtige Voraussetzung für die kommenden Bewegungen gegen das System, weil alle früheren Bewegungen – Arbeiterbewegungen wie nationale Befreiungsbewegungen – in ihrem Glauben an den Staat steckengeblieben waren.

Zweitens betont Arrighi die historisch neue Rolle des Proletariats im gegenwärtigen Übergang. Zum ersten Mal in der Geschichte des Kapitalismus waren die Klassenkämpfe in den Metropolen und in der Peripherie in den 70er Jahren nicht Reaktionen auf die Krise des Kapitals, sondern brachten diese hervor und beschleunigten sie. Die finanzielle Expansion des Kapitals sei als Eindämmung der kombinierten Forderungen und Ansprüche der Arbeiterklassen des Nordens und des Südens zu verstehen. Gegenüber einem vorschnellen Optimismus, der auf ein global einheitliches Proletariat (oder new-speek »multitude«) setzt, betont er die Wirksamkeit der Nord-Süd-Spaltung, die in den letzten 40 Jahren bemerkenswert stabil geblieben sei und sich teilweise noch vertieft habe. Eine Besonderheit ist allerdings die enorme Verlagerung von Industrie nach Ostasien, die dort zu dramatisch zunehmenden Klassenkämpfen geführt hat.

Im Forschungsprojekt »Arbeiterunruhen in der Weltwirtschaft, 1870-1990« (1995) haben Beverly Silver und Arrighi diese Beobachtungen präzisiert. Schon die Herausbildung der Weltordnung unter Führung der USA musste auf den Druck der Arbeiterklasse eingehen und konnte sich neben der Repression gegen alle radikalen Kämpfe nur mit dem Versprechen etablieren, der ganzen Welt einen »new deal« aus Vollbeschäftigung und Lohnsteigerungen in den Metropolen und nationaler Entwicklung in der Peripherie anzubieten. Denn die am Ende des Ersten Weltkriegs zum Vorschein gekommene neue strukturelle Macht der Arbeiterklasse ließ sich nicht rückgängig machen. Sie konnte durch weitere Kriege und Terrorherrschaft eingedämmt werden, aber der Kapitalismus bekam nur dadurch eine neue Chance, dass die herrschenden und hegemonialen Kräfte auf diesen Druck eingingen. *»In der Herausbildung der US-Hegemonie wurde die Arbeiterklasse zum ersten Mal in der Geschichte eine Kraft, die das Aussehen des globalen politischen Systems beeinflußte.«*

Giovanni Arrighi, *Capitalism and the Modern World-System: Rethinking the Non-Debates of the 1970s* (1997),

http://fbc.binghamton.edu/gaasa96.htm

Giovanni Arrighi, *Entwicklungslinien des Empire: Transformation des Weltsystems*, in: Thomas Atzert / Jost Müller (Hrsg.): Kritik der Weltordnung, ID Verlag Berlin 2003, S. 11-28

Die Antwort auf die Frage, was aus dem systemischen Chaos des Überganges hervorgehen wird, *»liegt letztlich in der Hand der Bewegungen«*.

Giovanni Arrighi / Beverly J. Silver, *Workers North and South*, in: Socialist Register 2001

Im Juni 2003 ist ein neues Buch von *Beverly Silver* erschienen: *Forces of Labour. Workers Movements and Globalization since 1870* (Cambridge University Press 2003, ISBN 0521520770, 21 Euro), in dem sie die hier skizzierten Forschungen genauer darstellt, insbesondere an der Entwicklung der Arbeiterkämpfe in der weltweiten Textil- und Automobilindustrie – in der nächsten Ausgabe werden wir es ausführlicher besprechen.

Die Klassenkämpfe und Aufstände der 70er Jahre waren die erste Reaktion darauf, dass der Kapitalismus seine Versprechungen nicht einhalten konnte. In der Folge können die Kämpfe zwar eingedämmt werden, aber der Glaube an den Staat als den Garanten einer Verbesserung der Lebensverhältnisse ist unwiderruflich verloren gegangen. Und strukturell kann das Kapital der gewachsenen Macht der Arbeiterklasse nicht entfliehen. In Kritik an gängigen Globalisierungsvorstellungen zeigen Arrighi/Silver, dass die Schwäche der Klassenkämpfe gerade nicht auf der Internationalisierung der Produktion beruht – sondern auf deren Ausbleiben. Wo es wirklich zu Industrieansiedlungen gekommen ist (wie in Südkorea und China) haben sich sehr schnell dieselben Kampfformen und Lohnforderungen entwickelt, vor denen das Kapital zu fliehen versucht hatte. Was die Kämpfe schwächte und die alten Strukturen zersetzte, war die Flucht des Kapitals ins Geld. Und damit ist die Reichweite dieses Angriffs begrenzt, weil er nicht auf neuen Produktionsstrukturen beruht (wie es die »Postfordismus«-These behauptet), sondern auf der Unfähigkeit des Kapitals, eine neue Produktionsweise zu entwikkeln. Arrighi und Silver sehen daher in der *»Entmachtung der gesellschaftlichen Bewegungen ... ein konjunkturelles Phänomen«*. Sie gehen davon aus, *»dass gesellschaftliche Widersprüche bei der Ausprägung sowohl der sich entwickelnden Übergangsperiode wie bei dem, was auch immer als neue Weltordnung aus dem heraufziehenden systemischen Chaos entstehen mag, eine sehr viel entscheidendere Rolle spielen werden als je zuvor«*. Aber sie sind keine optimistischen Schwärmer – die Antwort auf die Frage, was daraus hervorgehen wird, *»liegt letztlich in der Hand der Bewegungen«*.

Wenn wir diese Überlegungen weiterdenken, kommen wir zur Frage, was denn nach dem »globalisierten New Deal« der US-amerikanischen Hegemonie eine noch stärkere Prägung der nächsten Weltordnung durch den kombinierten Druck des Proletariats bedeuten kann. Keynesianismus und Sozialpartnerschaft hoch zwei? Wohl kaum. Die hatten ihre Chance. Niemand kann ausschließen, dass es noch einmal zu einer erfolgreichen Etablierung einer kapitalistischen Ordnung auf Weltebene kommen kann – die historischen Untersuchungen zeigen uns aber, welche Möglichkeiten und Öffnungen entstehen, wenn sich eine solche Ordnung im Niedergang befindet. In diesem Sinne interessiert uns der Niedergang der hegemonialen Stellung der USA, der Fragen von einer Dimension aufwirft, die auf absehbare Zeit kein anderer Hegemon ausfüllen kann. Und in diesem Sinne steht die Frage nach dem globalen Proletariat als »zweiter Supermacht« auf der Tagesordnung.

muddling through the quagmire

»muddling through« nannten wir das Editorial des letzten Wildcat-Zirkulars (Nr. 65), »fragging« schrieben wir auf den Umschlag der Sondernummer zum Krieg. Und jetzt »quagmire« – wird das hier ein Englisch-Kurs? Ein bißchen Englisch kann nicht schaden: es sind die Begriffe, in denen die Strategen der letzten Supermacht ihre eigenen Probleme fassen:

»muddling through«, Durchwurschteln, kennzeichnet die Wirtschaftspolitik der USA, die sich von einem zum nächsten Bubble hangelt und der Gefahr einer Deflation ins Auge sieht. Der Konsum dieser »Lokomotive der Weltwirtschaft« beruht auf gigantischen Kapitalzuflüssen aus dem Ausland – bleiben diese aus, so würde das die gesamte Weltwirtschaft in den Abgrund reißen. Daher müssen die USA Kriege führen, egal gegen wen, um ihre Macht zu demonstrieren und die Rolle des Dollars als sichersten Hafen des Kapitals aufrechtzuerhalten. Aber die rein militärische Machtdemonstration stößt auf einen dreifachen Widerspruch: (1) wenn sie nicht von einer allgemein anerkannten gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Perspektive begleitet wird, wie es der »american way of life« einmal war, verkehrt sie sich ins Gegenteil und treibt die USA in die Isolation. Eine solche Perspektive können die USA heute nicht anbieten, weil *das Kapital* sich nicht mehr als identisch mit gesellschaftlichem Fortschritt darstellen kann. Diese allgemeine Grenze der kapitalistischen Entwicklung drückt sich so aus, dass die USA der ganzen Welt »Freihandel« und »Liberalisierung der Finanzmärkte« aufzwingen, weil sie damit ihre hegemoniale Stellung ausnutzen können (Arrighi).

Die Ausplünderung der Welt durch die USA ist nicht der Grund für die Krise, sondern der letzte Mechanismus, ihr volles Ausbrechen zu verhindern – andererseits beschleunigt diese Ausplünderung den Niedergang der Hegemonialmacht. Den Ökonomen

und Wirtschaftsbossen in den USA ist das bewusst, und sie warnten die Regierung nachdrücklich vor den wirtschaftlichen Folgen ihrer militärischen Alleingänge. Am 7. April erschien in *business week* ein dringender Appell an die Regierung: *»Damit wir es nicht vergessen: keine Wirtschaft ist eine Insel. Wenn der Krieg vorbei ist, werden die USA mehr denn je Handelspartner brauchen!«* Wenn die Regierung nach dem Krieg die politischen Beziehungen der USA zum Rest der Welt nicht wieder »repariert« (!), werde sie die wirtschaftlichen Konsequenzen ihrer Alleingänge zu tragen haben. Gut gemeint, aber kann die US-Regierung überhaupt etwas anderes tun, als auf die letzte Karte zu setzen, die sie noch hat – ihre militärische Überlegenheit?

Auch nach dem Krieg führt die US-Regierung ihre Politik der (Selbst-)Isolierung weiter. Durch Sonderabkommen mit einzelnen Ländern verhindert sie den Internationalen Strafgerichtshof, Belgien wird befohlen, keine Strafverfolgung von US-Kriegsverbrechern zuzulassen, Rumsfeld fordert die US-Rüstungskonzerne auf, sich bei der Pariser Luftfahrtmesse zurückzuhalten, besessen wird am Raketenabwehrsystem weitergearbeitet... Für besondere Empörung sorgte ein Vorstoß der USA in Mexiko: Kurz nach dem Sieg im Irak wurde in den USA ein Gesetz auf den Weg gebracht, das eine Erleichterung der Einwanderung aus Mexiko davon abhängig macht, dass Mexiko seine verstaatlichte Ölfirma PEMEX für Investoren aus den USA öffnet... Auf der ganzen Welt hat das Ansehen der USA im Gefolge des Irak-Kriegs schwer gelitten – und weltweit wächst die Angst vor den USA.

(2) **»Fragging«** nannten die Soldaten in Vietnam das Umlegen von Vorgesetzten – der deutlichste Ausdruck des Widerstands der »Proletarier in Uniform« gegen einen Krieg, in dem sie verheizt wurden. Die politische Anerkennung der Arbeiterklasse und ihrer Macht ist geschichtlich eng mit dem Krieg verbunden. Die Notwendigkeit der Nationalstaaten, für ihre Kriegsführung loyale Soldaten aus der Arbeiterklasse rekrutieren zu können, führte zur Anerkennung und Beteiligung von Arbeiterparteien und Gewerkschaften. 1914 erreichten die Gewerkschaften in Deutschland schlagartig, was sie lange gefordert hatten. Aber die Grausamkeit der modernen, industriellen Kriege führte zu breiten proletarischen Aufständen gegen Krieg und Kapitalismus. Zum »globalisierten New Deal« des »amerikanischen Friedens« (*pax americana*) nach dem Zweiten Weltkrieg gehörte das Versprechen an die Proletarier, nicht weiter in Kriegen als Kanonenfutter verheizt zu werden. Der Vietnamkrieg markierte auch innenpolitisch den Anfang vom Ende, weil in ihm dieses Versprechen nicht gehalten werden konnte. Die oberste Devise aller Kriege der USA seither war die Vermeidung eigener Verluste. Die Kriege gegen den Irak 1991 und gegen Afghanistan 2001 waren Bombardierungen aus der Luft…

Das »fragging« auf dem Sonderheft zum Krieg haben manche so verstanden, als würden wir in erster Linie auf den Widerstand innerhalb der US-Armee setzen. Aber die US-amerikanischen und britischen Soldaten haben bis auf ganz wenige Ausnahmen mitgespielt, das Morden durchgeführt und verhalten sich wie typische Besatzer im Irak – mit allem was dazugehört: Plündern, Morden, Erniedrigen, Vergewaltigen. Den USA ist es gelungen, in recht kurzer Zeit den Irak zu besetzen und ihre Überlegenheit zu demonstrieren (wobei auch Absprachen mit führenden irakischen Militärs oder möglicherweise Saddam Hussein selbst eine Rolle gespielt haben dürften). Solange es so läuft, werden sich Soldaten entsprechend verhalten. In Vietnam entwickelte sich der Widerstand erst, als es zu hohen eigenen Verlusten kam – das »fragging« wurde zur Überlebensfrage, aber damit wurde auch die Erkenntnis möglich, dass der Gegner nicht der offizielle »Feind«, sondern die eigenen Unterdrükker sind. Für Revolutionäre besteht hier ein Dilemma: wir können uns nicht wünschen, dass es zu langen Kriegen mit hohen Verlusten kommt. Dass die Zahl der zivilen Todesopfer im Verhältnis zu vorherigen Schätzungen relativ niedrig blieb (zu viele sind es allemal!), ist auch dem internationalen Druck und der Angst der USA vor einer völligen Entlegitimierung ihrer Kriege zuzuschreiben. Andererseits werden Soldaten erst dann Widerstand gegen ihre eigenen Führer entwickeln, wenn es um ihr eigenes Leben geht. »fragging« sollte daran erinnern, dass es in jedem Krieg *auch* diese Perspektive eines proletarischen Widerstands im Militär gibt – und dass hohe eigene Verluste nach wie vor eine Grenze darstellen, die sich die US-Strategen nicht zu überschreiten wagen.

(3) Als **»quagmire«** (Sumpf, Morast) bezeichnete der ranghohe Ex-General William Nash die Situation im Irak (Observer, 22.6.03). Nash, der beim Vietnam-Krieg, beim Golfkrieg 1991, in Bosnien und im Kosovo dabei war, hält der US-Führung vor, sich durch ihre Besatzungspolitik im Irak ihre eigenen Feinde zu schaffen. Man habe völlig unterschätzt, wie unbeliebt die USA nach zwölf Jahren Sanktionen im Irak sind. Eine Studie der NGO International Crisis Group (»Baghdad: A Race Against the Clock«, 11. Juni 2003) warnt davor, dass die fehlenden Bemühungen der Besatzungsmacht zur Verbesserung der Lebenssituation der Menschen im Irak zu einer breiten Opposition in der Bevölkerung führen können. Die ganze Konzeption und Durchführung der Besetzung des Iraks scheint die These zu bestätigen, dass es um eine fast verzweifelte Demonstration von (militärischer) Macht geht – ohne irgendeinen Plan gesellschaftlicher Entwicklung. Und hier kam ein Kommentar auch ohne Englisch aus: *»Bush und Blair sitzen in der irakischen Falle und wissen nicht, wie sie wieder herauskommen sollen.«*

Der schwedische Friedensforscher Jan Oberg hat das Vorgehen der US-amerikanischen Verwaltung im

Einstweilen stinkt es in Bagdad nicht nur nach Dreck und Benzin, sondern, und das ist das Schlimmste, nach Demütigung. Ein Beispiel dafür ist eine eigenwillige Variante des Wasserproblems: Die irakische Mannschaft trainiert im trüben Tigris für die Schwimmweltmeisterschaft in Barcelona, weil planschende US-Truppen das einzige große Schwimmbecken der Stadt für ihren Freizeitspaß brauchen.

Das 12köpfige Team der Iraker, welches nach dem Radau, der auf den Krieg folgte, einen Monat lang arbeitete, um seinen Pool zu reinigen und zu reparieren, darf ihn, so ein Bericht von Middle East Online, morgens von 6 bis 8 Uhr betreten. In der restlichen Zeit baden die Soldaten.

telepolis 26.6.2003
www.heise.de/tp/deutsch/special/irak/15072/1.html

Der wirtschaftliche Aufbau in Afghanistan: das Wichtigste ist nach wie vor der Opiumanbau, Zentralasien erlebt gerade eine Opium/Heroin-Schwemme – das einzige größere Investitionsprojekt in Kabul ist der Bau eines Hotels, für investitionsinteressierte Unternehmer.

Der Kongo als Versuchsfeld
*»Der Einsatz [im Kongo] läßt uns die gesamte Entscheidungs- und Kommandokette der EU **ausprobieren**, die eigenständig und ohne Hilfe oder Beiträge von außen funktioniert«,* sagte der Sprecher des französischen Verteidigungsministeriums. (FAZ 17.6.03)

Amerikaner für Iran-Krieg
dpa 25. Juni 2003: Die Mehrheit der Amerikaner würde nach einer Umfrage einen Krieg gegen den Iran unterstützen, um das Land an der Entwicklung von Atomwaffen zu hindern. Bei einer Umfrage der ›Washington Post‹ erklärten 56 Prozent der Befragten, sie seien in einem solchen Fall für eine Militäraktion.

Irak durchleuchtet (auf www.dissidentvoice.org) und kommt zu dem Fazit: Es ist eine rein militärische Verwaltung mit keinerlei Erfahrung im zivilen Bereich. Sie hat sich im alten Präsidentenpalast verschanzt, ist unerreichbar. Anordnungen werden über Radio verkündet, was viele wegen der fehlenden Stromversorgung nicht hören können. Eine der ersten Anordnungen war die Auflösung der Baath-Partei am 16. Mai. Ähnlich wie die Auflösung der Armee bedeutet das für Zigtausende die Arbeitslosigkeit. Dabei war die Mehrheit der zivilen Angestellten, der Polizisten und Ingenieure des irakischen Staatsapparats formal Mitglied der Baath-Partei und begrüßten die Beseitigung Saddam Husseins. Die US-Verwaltung bringe damit laut ICG die Masse der kleinen Beamten gegen sich auf, statt die regimeloyalen Kräfte der Baath-Partei zu isolieren. Mehrfach haben US-Soldaten auf Menschenmengen geschossen und Leute getötet, die ausstehende Löhne oder Arbeitsplätze forderten. Verprellt hat die Militärverwaltung mittlerweile auch die gesamte bürgerliche Opposition aus Exil-Irakern und kurdischen oder schiitischen Lokalfürsten. Sie werden auf absehbare Zeit nichts zu sagen haben und mit einem Alibi-Beirat abgespeist.

Auch sonst haben sich die USA bemüht, sämtliche Vorwürfe, die gegen ihren Einmarsch im Irak erhoben wurden, zu bestätigen: es gehe ihnen um ihre eigenen wirtschaftlichen Vorteile, im Vordergund stehe der Zugriff auf das Öl und die Zerschlagung der OPEC, es werde zu keiner Demokratisierung, sondern einer langfristigen Besatzungsverwaltung kommen, der Zugriff auf den Irak sei wichtig für ihre geostrategische Festsetzung in der Region, die Verfügung über das Öl sei auch ein wichtiges Mittel, um die Dominanz des Dollars zu sichern und neue Finanzmittel in das US-amerikanische Bankensystem zu spülen. Dazu ein paar Beispiele:

- als kuwaitische Firmen nach dem Einmarsch im Süden damit begannen, brennende Ölquellen zu löschen, wurden sie von US-Militärs gebeten, langsamer vorzugehen, damit für die später eintreffenden US-Firmen noch etwas zu tun bleibe;
- während Ministerien und Krankenhäuser geplündert wurden, bewachte das US-Militär das Ölministerium;
- mit der UN-Resolution vom 22. Mai wurde der US-Verwaltung im Irak die Überwachung der Ölverkäufe zugesprochen;
- wenige Tage nach diesem Freibrief von der UN setzte der zum »Berater des Ölministeriums« ernannte texanische Ölmann und Ex-Shell-Manager Phillip Carroll die Ölverträge mit russischen, französischen und chinesischen Firmen außer kraft;
- die vom US-Außenministerium eingesetzte »Oil and Energy Working Group« forderte Anfang Juni die Privatisierung der irakischen Ölindustrie; zudem solle sich der Irak überlegen, ob er sich weiterhin von der OPEC Quoten vorgeben lassen wolle – damit wird das Ausscheiden aus der OPEC angekündigt;
- offiziell soll der Dollar nicht zur neuen Währung im Irak werden - obwohl Sicherheitsberaterin Rice dies vor dem Krieg angekündigt hatte. Faktisch wurden die ersten Schritte schon Ende April gemacht: die USA flogen Dollar in kleinen Noten in den Irak, um damit öffentliche Bedienstete zu bezahlen (20 Dollar Monatslohn). Das Geld stammt aus dem in den USA eingefrorenen Vermögen des Irak.

Ein letzter amerikanischer Fachbegriff: Imperial Overstretch

All das heißt keineswegs, dass die USA in absehbarer Zeit tatsächlich Gewinne aus der Besatzung des Irak einfahren werden. Im Gegenteil kommen enorme Kosten auf sie zu. Während der erste Krieg gegen den Irak fast vollständig von Saudi-Arabien, Kuwait, Europa und Japan bezahlt wurde, müssen die USA nun den wenigen Ländern, die sie militärisch unterstützen wollen, dafür Geldmittel anbieten. Die Einnahmen aus irakischen Ölexporten werden bei weitem nicht die Kosten des Wiederaufbaus, ganz zu schweigen von den Kosten der Besatzung, decken. Anfang Mai mussten die USA Benzin aus Nachbarländern einführen, um die angespannte und zu Konflikten führende Versorgungslage zu beruhigen.

Die USA haben 146 000 Soldaten im Irak und 67 000 in Kuwait stationiert. Zusammen mit den Soldaten in Afghanistan kostet sie dies schätzungsweise 54 Mrd. Dollar jährlich. Wenn die Anschläge auf Soldaten der Besatzungsmächte zunehmen, wird die Forderung nach einer Aufstockung der Kräfte laut werden. Am 10. Juni trat der Heeres-Stabschef der USA Eric Shinseki zurück, weil er Rumsfelds Vorstellungen zur Heeresreform nicht folgen wollte. Shinseki hatte erklärt, für die Befriedung des Irak nach dem Krieg seien »mehrere hunderttausend Soldaten« erforderlich – was Rumsfeld als weit übertrieben zurückweist.

Afghanistan und der Irak zeigen, dass die USA nur noch in einer Art Hit-and-Run-Strategie »Siege« vorweisen können, die keine sind. Sie können technologisch militärische Überlegenheit demonstrieren, aber der gesamte Westen, inklusive Europa und der BRD, können keine Befriedung der explosiven sozialen Spannungen erreichen. Mit ihrem Einsatz im Kongo soll die Entwicklung einer europäischen Militärpolitik vorangetrieben werden. Versuchen die europäischen Staaten, sich ihr eigenes »quagmire« zu schaffen?

Viele Bewegungen gegen den Irak-Krieg?

Am 15. Februar, 15. März und 20. März demonstrierten im ganzen globalen »Westen« mehrere Millionen Menschen gegen den geplanten Irak-Krieg. Auffallend war nicht nur die Gleichzeitigkeit der Bewegungen, sondern auch die Ähnlichkeit der Zusammensetzung und Spaltungslinien, der Aktionsformen und der ideologischen und organisatorischen Kontroll- und Eindämmungsversuche. Wir haben FreundInnen in mehreren Ländern um Einschätzungen zur Anti-Kriegs-Bewegung gebeten. Auf den nächsten Seiten findet ihr ihre Beiträge.

Auch im Abstand von mehreren Monaten ergibt sich kein einheitliches Bild, ist eine »Einschätzung« über die Mobilisierung(en) vom Winter bis zum offiziellen »Ende größerer Kampfhandlungen« am 1. Mai 2003 nicht leicht. »In Wirklichkeit gab es viele Bewegungen«, schreibt C. aus den USA. Diesen Eindruck hatte man schon in den riesigen Bewegungen vor dem Krieg: manchmal war man bei derselben Veranstaltung auf zwei Demos, zuweilen sogar auf drei. Erstens war natürlich die altbekannte Friedensbewegung auf der Straße, zweitens haben sich alle gewundert (und riesig gefreut!), woher denn die ganzen SchülerInnen kamen, und drittens waren viele »ältere« Menschen ebenfalls »zum ersten Mal in ihrem Leben« auf einer Demo (und viertens sind viele alte Linksradikale zum ersten Mal seit Jahren wieder auf der Straße gewesen).

Wir sahen hinter diesen riesigen Demos mehr als »nur« Protest gegen den Krieg, wir hielten es für möglich, dass sie zum »Auslöser für das Aufbrechen von Frustrationen, Unsicherheiten und Ängsten, die sich seit vielen Jahren aufgestaut haben,« werden könnten (»Bericht aus Down Under« im Sonderheft zum Krieg). Die Angst, der Frust, die Wut über die immer beschisseneren Bedingungen waren in den Protesten auch ständig zu spüren, sie ließen sich aber nicht praktisch wenden. Unsere Flugblätter, in denen wir versuchten, diese Zusammenhänge zu benennen, wurden uns aus den Händen gerissen und zustimmend kommentiert ..., aber kaum jemand sah eine Basis, auf der sich offensiv etwas hätte entwickeln lassen. Es wurde eher die Verlogenheit der Politiker beklagt als der Inhalt ihrer Politik. Selbst in England, wo es vor dem Krieg Streiks gegeben hatte, blieb die Parole »Wenn Krieg, dann Streik« den Situationen in den Betrieben äußerlich. Die Teile des Proletariats, die gegen den Krieg auf die Straße gingen, agierten nicht in eigener Sache, sondern artikulierten als Bürger ihren moralischen Protest gegen einen Krieg, als dessen Opfer sie sich selbst sowieso nicht sahen. In diesem Sinne blieb die Bewegung gegen den Irak-Krieg im Rahmen einer globalen (oder zumindest gesamt-westlichen) Bürgerbewegung.

Antikriegs-Demo Düsseldorf 22.März – ca. 10.000 Leute
... fürchterlich: als wir zur Auftaktkundgebung kamen, sprach gerade Schartau (NRW-Minister für Arbeit und Soziales) sein Grußwort, kurz darauf gab's ein Medley aus *Imagine* und *Give Peace a Chance*, vorgetragen vom »Jungen Chor der Polizei«- huaargh!

Später ging's durch die Innenstadt zu den Rheinwiesen, wo die Menschen auf markierten Bereichen den Schriftzug *peace* formten. Der wurde aus einem Hubschrauber abgefilmt.

Aber sehr viele, meist jüngere Leute, hatten selbstgebastelte Schilder, Transpis und Sandwiches, darunter auch ein paar nette Parolen: »sch(m)eißt geld statt bomben«

»Leider war die Anti-Kriegs-Bewegung einfach viel zu weit weg« von der Alltagserfahrung und Wut der ProletarierInnen, schreibt C. aus den USA. »Wenn der Krieg sich länger hingezogen hätte und nicht so einseitig gewesen wäre, hätten sich die Anti-Kriegs-Proteste, ähnlich wie während des Vietnam-Kriegs, von den Elite-Unis auf arme und ArbeiterInnen-Milieus ausgeweitet.«

Ja, *wenn* der Krieg länger gedauert hätte, *wenn* es mehr Verluste bei den alliierten Truppen gegeben hätte, *dann* ... hätten sich die SchülerInnen politisiert, *wären* die Demos nach dem zu erwartenden Einbruch bei Kriegsbeginn wieder angeschwollen, *hätte* das, was sich seit Seattle als internationale (Anti-) Globalisierungs-Bewegung entwickelt hatte, die Grenzen der politischen Szene sprengen und sich zu einer Massenbewegung ausweiten *können* ... »hätten, wäre, müsste ...«. Auf den Aktionen gegen den WTO-Gipfel in Evian war die Bewegung wieder unter sich: nicht schwächer als vorher, viele neue Leute, aber nicht qualitativ bereichert.

SchülerInnendemo Düsseldorf 29. März

Aufgerufen hatte die LandesschülerInnenvertretung NRW – etwa 1 500 Leute.

Trotz der vielen Sekten waren die meisten SchülerInnen offensichtlich nicht in deren Sinne organisiert, die Mehrzahl der Transpis und Schilder war auch diesmal wieder selbstgemacht, entweder pazifistisch oder anti-Bush ausgerichtet .

Die Stimmung war peacig, die outfits scenig, der Anteil der kiddies »nichtdeutscher« Eltern ziemlich groß.

Vom Lautsprecherwagen gab's zwischen schlechtem Deutschpunk und auch nicht viel besserem französischen Agit-Hiphop *instructions* zu symbolischen *sit ins* (countdown – setzen – countdown - wieder aufstehen) und blöde Parolenvorbeterei (die üblichen Parolen, »Bildung statt Bomben« etc.).

Die OrdnerInnen gaben im Sinne des geordneten Ablaufs der Veranstaltung ihr Bestes, jegliches Aufkommen von selbständigem Handeln schon im Keim zu ersticken. Keine 20 Jahre alt und schon tot ... So'n Pummel sprach 'nen komplett zugedröhnten und nicht mehr bewegungsfähigen Jungen an »Wenn Sie nicht an der Demonstration teilnehmen wollen, muß ich Sie auffordern, den Platz zu verlassen.« Und die lawandordershow ging weiter - es ist schon seltsam, wenn man mit Ende 30 von einer ca. 16 jährigen mit Ausschluss aus der Demo bedroht wird, weil man auf den Gleisen der Straßenbahn läuft... Alles in allem macht diesen OrganisatorInnen der Gedanke, dass Leute selbständig handeln könnten, wesentlich mehr Angst als das, wogegen sie sich »politisch« wenden.

So schnell, wie die Anti-Kriegs-Bewegung von Null auf Hundert gestartet war, fiel sie auch wieder in sich zusammen: »weil die Demos meistens das gleiche, leere Ritual waren, das den Leuten ein Gefühl der Machtlosigkeit gab«, schreibt G. aus San Francisco. Der schnelle und überwältigende Sieg trug noch zum allgemeinen Gefühl der Schwäche bei. Viele AktivistInnen sind »verkatert«, schreiben A. und Z. aus England.

Aber der Irak-Krieg hat kein einziges Problem der Herrschenden gelöst – und wenn die Besatzungstruppen jetzt in Afghanistan und im Irak in einen langen Abnutzungskrieg hineingezogen werden, hat er noch einige neue Probleme geschaffen. An der »inneren Front« verschärfen die Regierungen in ihrem verzweifelten Versuch, die Krise in den Griff zu kriegen, die Repression, den Arbeitszwang, die Verarmung ... Den Zusammenhang zwischen Krise, Krieg und „innerer Front" haben viele erkannt, aber es braucht einen langen Atem, um diese richtige Analyse umzusetzen. Dazu müssen wir auch die Potentiale *und* Grenzen der Bewegung verstehen:

1.) *Eine Anti-Kriegs-Bewegung kann den Krieg nicht verhindern...*

Sie kann allerdings – und das war diesmal ganz sicher der Fall – den Verlauf des Kriegs beeinflussen. Natürlich sind auch Tausende Tote viel zu viel, aber sie konnten eben diesmal nicht (wie im Zweiten Golfkrieg) Hunderttausende abschlachten. Paradoxerweise trägt beides zur Demoralisierung der Bewegung bei: den Krieg nicht verhindern zu können; der schnelle Sieg ohne Massaker. Woher hätte diese Bewegung *als Friedensbewegung* die Kraft nehmen sollen, weiterzugehen, ohne von offensiven Kämpfen in allen gesellschaftlichen Bereichen vorangetrieben zu werden wie Ende der 60er Jahre? Deswegen sollten wir bei den nächsten Kriegen noch stärker drauf achten, der Bewegung *diese* Illusion zu nehmen – gleichzeitig aber auch deutlicher machen, *dass* sie eine Rolle spielt. Es hat viele Menschenleben gerettet, dass wir auf der Straße waren!

2.) *Man muß die Perspektive wechseln ...*

Niemand braucht sich vorzunehmen, die »Antiglob-Bewegung weiterzuentwickeln«, der »Anti-Kriegs-Bewegung Perspektiven zu zeigen« o.Ä.! Was in Seattle, Genua, Evian, Thessaloniki an die Oberfläche tritt, ist Ausdruck von kapillaren, untergründigen Prozessen. Die sozialen und politischen Bewegungen haben sich weiterentwickelt (Migrant-Innenstreik im Veneto, Demos ...) und haben dazu geführt, dass in Italien die Anti-Kriegs-Bewegung viel stärker als z.B. in der BRD war (Häfen und Züge blockiert ...). In Deutschland ist am ehesten noch Hamburg ein Beispiel, dass hinter fetzigen Anti-Kriegs-Demos soziale Bewegungen stecken. Konsequenterweise ging die Szene schon während des Krieges lieber zu den Bambule-Demos als zu den Anti-Kriegs-Protesten.

3.) *Selber machen, das dauert eben länger...*

A. aus Melbourne beschreibt sehr gut, wie Friedensaktivisten durch ihre Bündnispolitik dahin gelangen können, aus einer Anti-Kriegs-Demo eine »Wir unterstützen unsere kämpfenden Truppen«-Demo zu machen. Die Bleikappe einer staatstragenden Friedensbewegung hat in Ländern, deren Regierungen sich verbal gegen den Irakkrieg gestellt hatten, noch viel schwerer auf der Bewegung gegen den Krieg gelastet. Die Fußfesseln lieferten die üblichen trotzkistischen Grüppchen, die sich mit ihrem Apparat sofort paternalistisch auf die SchülerInnen warfen.

Wenn das die Alternativen sind: staatstragende Friedensbewegung oder trotzkistische Sekte, dann muss man das »Verschwinden« der Bewegung *auch* als Vorsicht und Schläue begreifen! Man muss immer vor Augen haben, wie schnell viele der legendären »68er« in maoistischen Sekten gelandet sind, die ihren Mitmenschen den Sozialismus in Albanien, Rumänien oder Kambodscha als Paradies auf Erden vertickern wollten. Im Vergleich dazu entwickelt sich die Bewegung heute viel untergründiger. Sie ist seit Seattle eine politische Größe und ein Laboratorium. Das sind vier oder fünf Jahre, die '68er waren nach zwei oder drei Jahren schon am Ende. Die Bewegung wächst langsamer, aber ihre Vielfältigkeit macht sie auch weniger anfällig für solche Beeinflussungen. Genua – Evian – Thessaloniki ... Diese Schiene geht weiter, und das ist auch gut so – sie reicht aber nicht aus, wenn es um die Umstürzung aller Verhältnisse geht – auch das hat Evian gezeigt.

Großbritannien: Bei Kriegsbeginn Streik?

Anfangs waren die Anti-Kriegs-Proteste eher »populäre« als »linke« Veranstaltungen. Auf der Straße waren »Familien«, AraberInnen und AsiatInnen und Leute, denen man ansah, dass sie »Politniks« oder Gewerkschafter waren, und vor allem waren es riesige Mengen. Die Demo vom 15. Februar in London war eine der größten, die es in England je gab. Zu den allgemeinen »Anti-Regierungs«-Gefühlen trug vielleicht auch die Unzufriedenheit im öffentlichen Dienst, bei der Feuerwehr, den Lehrern, der Stadtverwaltung und im Transportbereich bei.

Als der Krieg dann losging, veränderten sich die Atmosphäre und die Zusammensetzung der Proteste hin zu einem eher »traditionell linken« Thema. Zur ersten Demo nach Kriegsbeginn kamen in London immer noch ca. 250.000 Leute, danach wurden die Demos kleiner, und die Umfragen der Medien berichteten über immer mehr »Kriegsbefürworter«.

In den Wochen zuvor hatte der Streik der Feuerwehrleute die Kriegsvorbereitungen erheblich gestört; Tausende von Soldaten mussten als Streikbrecher einspringen und konnten nicht für den Irak üben. Es sah schon so aus, als könnte ihre Forderung nach 40 Prozent Lohnerhöhung ein Bezugspunkt für andere ArbeiterInnen werden. Als die Regierung aber andeutete, bei Kriegsbeginn den Streik zu illegalisieren, offenbarte die Gewerkschaftsführung ihre patriotischen Gefühle und blies ihn ab. Die verschiedenen Teile der Antikriegsbewegung – von Pazifisten über Trotzkisten bis zur Direct-Action-Szene – hatten die Parole »Bei Kriegsbeginn Streik« ausgegeben. Diese Hoffnung wurde aber enttäuscht, nur sehr wenige Leute im öffentlichen Dienst legten die Arbeit nieder, und auch das nur für eine verlängerte Mittagspause.

Die SchülerInnen waren die große Überraschung bei den Anti-Kriegs-Protesten. Sie haben nur über Mailinglisten und Mundpropaganda gesamtbritische Schulstreiks organisiert. Am meisten Furore als Protestform machten in allen Großstädten sehr flexibel gehaltene Sitzstreiks und Straßenblockaden. Teilweise kam es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen mit der Polizei, weil diese die unvorhersehbaren Aktionen von 12- bis 17-Jährigen nicht unter Kontrolle bekam. Die SchülerInnen blieben unabhängig und selbstbestimmt, obwohl die *SWP* (Trotzkisten) und andere politische Organisationen sie zu beeinflussen versucht haben. Auch die Lehrer waren keine treibende Kraft. Einige haben ihren SchülerInnen »erlaubt«, zu Demos zu gehen, andere haben versucht, sie einzusperren und mit Schulverweisen gedroht. Der wachsende Druck auf SchülerInnen und die Krise im Bildungssystem ganz allgemein könnten zur breiten Mobilisierung beigetragen haben: In den 90er Jahren hat die Tory-Regierung strenge Tests für Sieben-, Elf- und Vierzehnjährige eingeführt, die SchülerInnen wie LehrerInnen erheblich stressen. Die Repression nimmt zu, seit Anfang 2003 suchen »Schwänzpatrouillen« aus Polizei und Sozialarbeitern nach Schulschwänzern. Viele SchülerInnen sehen einer unsicheren Zukunft entgegen: Die Studiengebühren steigen, und der Mindestlohn für Jugendliche reicht nicht zum Leben. Auch die Lehrer sind sauer und demotiviert.

Es gab keine echte Verbindung zwischen den linken KriegsgegnerInnen und den Protesten der SchülerInnen. Die meisten geplanten »Straßenblockaden« der Direct-Action-Szene scheiterten an der Polizei und an der kleinen Teilnehmerzahl. Nur nach den großen Demos entwickelten sich spontane »wilde Demos«.

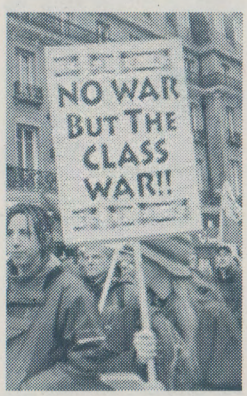
Einen gewissen Einfluss in den Anti-Kriegs-Protesten hatten auch die Islamisten. Einige ihrer Organisationen versuchten, durch getrennte Mobilisierungen oder Aufkleber wie »Nur die Politik des Islam stoppt den Krieg« ein eigenes Profil zu gewinnen.

Während des Kriegs setzte die Regierung einige Maßnahmen durch, die »normalerweise« mehr Proteste ausgelöst hätten:

- eine dicke Erhöhung der kommunalen Steuern (die alle zahlen müssen, z.B. für die Müllabfuhr) und Rentenbeiträge, wodurch das durchschnittliche Jahreseinkommen um 200 bis 300 Pfund gesenkt wird;
- ein Gesetzesentwurf, nach dem Gerichtsvollzieher in Wohnungen eindringen dürfen, um Privatschulden zu pfänden;
- die Polizei kann auf der Stelle Strafen für laute Musik, Schuleschwänzen, Betteln, Herumlungern oder öffentliches Urinieren verhängen;
- die Polizei darf jetzt auch Festgenommenen Fingerabdrücke und DNS-Proben abnehmen - vorher durfte sie das »nur« von Angeklagten;
- schärfere Gesetze gegen Migration, z.B. keine Reisepapiere für Asylsuchende, und ein weiterer Schritt hin zur Einführung von Personalausweisen gegen »illegale Beschäftigung«;
- mehr Druck auf Arbeitslose durch wöchentliche statt zweiwöchentliche Meldepflicht in den ersten Wochen der Arbeitslosigkeit und Verschärfung der Zumutbarkeitsregelungen beim Arbeitsweg (anderthalb Stunden statt einer Stunde).

All dies wurde in einer von der Regierung und den Medien geschaffenen »Atmosphäre der Angst« vor terroristischen Angriffen durchgesetzt. Diese Atmosphäre wurde durch verschiedene Maßnahmen wie Panzer am Flughafen oder geplante Anti-Terror-Kurse im Rathaus aufgeheizt. Eins der größten Verdienste der Anti-Kriegs-Bewegung war, dass sie diese isolierte Atmosphäre aufgebrochen hat.

In den Monaten vor dem Krieg war das Bedürfnis nach Diskussionen größer als jetzt. Während des Kriegs



Schüler-Aktionen in Großbritannien am 20. März 2003, dem Tag, an dem der Krieg ausbrach.

Etwa um zehn Uhr ging ich zum Parliament Square, dort waren die SchülerInnen, rund 500 und vielleicht 50 Erwachsene. Sie wogten auf Parliament Square hin und her, und plötzlich bewegten sie sich – schnell – auf die Straße an der Nordseite des Platzes. »Setzt euch hin, stoppt den Krieg«. Das tun wir, jede Menge von uns, unvermittelt. Die Polizei hat eine Schrecksekunde, dann kommt sie rüber mit ihren Ketten, ihrer Disziplin, ihren Befehlen. Als die Menge merkt, dass sie näherkommen - bewegt sie sich – schnell! Sie erinnern mich an die Stare am Westpier in Brighton. Sie sind sich einig – in Kontakt miteinander – es gibt ein Gruppengefühl und ein Gruppenbewusstsein. Wir rennen über Parliament Square zur Südseite und wiederholen die Sitzblokkade. Als es wieder Zeit wird, sich in Bewegung zu setzen, sagt jemand, als nächstes Downing Street. Wir rennen – es ist atemberaubend, in einer großen Masse zu rennen. Die Polizei hilflos und durcheinander. Wie Narren greifen sie nach uns, als wir an ihnen vorbeiströmen. Aber ich sehe auch die Wut auf den Gesichtern einiger Polizisten.

So kommen wir zur Downing Street, Hunderte von uns. »Setzt euch hin. stoppt den Krieg«. Als die Polizei kommt – sie brauchen eine Weile, um von Parliament Square hierher zu kommen – setzen wir uns wieder in Bewegung. Zuerst auf die andere Straßenseite, dann teilt sich die Menge auf – die Hälfte hoch zum Trafalgar Square und die Hälfte von uns zurück zum Parliament Square – im Rennen – voll drauf, im erregten Herzschlag der Gruppe, der Macht des Augenblicks, und halten die Bullen in Bewegung. (Mir fiel auf, dass ich kurz überlegte, mit welcher Gruppe ich gehen – in welche Richtung ich rennen sollte – aber die Kids rannten einfach los.)

Zurück am Parliament Square, sind da noch mehr von uns, die ganze Zeit sind Leute gekommen. Dann gibt es durchgängig auf allen Seiten des Platzes Blokkaden. Fließend, in Bewegung und konstant. Jedes Mal, wenn wir auf die Straße rennen, werfen wir die Absperrgitter um, und manchmal zerren wir sie zur Verstärkung der Blockade quer auf die Straße.

Die Polizei hat langsam echt die Schnauze voll, die Spannung steigt. Langsam werden sie richtig unsanft– schlagen auf Stellen, wo's weh tut, ziehen an Ohren und Haaren. Ein Mädchen schlagen sie bewusstlos. Wir rufen »So sieht also die Demokratie aus« und auch »Frieden, Frieden, Frieden«, als sie immer grober werden. Es ist erstaunlich – so weit das Auge reicht keine Experten für *direkte Aktion* oder Trotzkisten, sondern fünfzehnjährige muslimische Mädchen oder Jungs in Schuluniform. Das ist keine der üblichen 08/15-Demos!

Ein köstlicher Anblick: die Bullen versuchen uns zurückzuschieben, und Leute decken sie

haben sich Leute aus verschiedenen Gruppen getroffen und Sachen zusammen gemacht, die üblichen »ideologischen Grenzen« schienen weniger wichtig. Nach dem Krieg gab es keine Reflektion über die Anti-Kriegs-Bewegung und die Mobilisierung der SchülerInnen, es gibt auch keine Analyse über »Erfolg oder Scheitern« der Kriegspläne oder über die Situation und Krise im UK. Insgesamt scheinen viele Leute nach dem Krieg ziemlich »verkatert« zu sein.

Ob die Anti-Kriegs-Proteste wirklich Spuren in einer neuen Generation hinterlassen haben, wird sich erst in der nächsten Bewegung zeigen, vielleicht tauchen ja bei Schülerprotesten die Sitzblockaden oder andere während des Kriegs praktizierte Protestformen wieder auf?

M., London im Juni 2003

In Italien hängen immer noch die Friedensfahnen

Auch ein paar Monate nach Ende des Krieges hängen die PACE-Fahnen noch von Tausenden von Fenstern und Balkons. Von meinem Fenster [in Turin] aus sehe ich mehrere. Das ist außergewöhnlich. Die Opposition gegen den Krieg in Italien unterscheidet sich wahrscheinlich nicht vollkommen von der in anderen Ländern, hat aber hinsichtlich Qualität und Ausmaß einige Besonderheiten.

Bündnis zwischen zwei alten Feinden

Man sollte nicht vergessen, dass es in Italien die stärkste kommunistische Partei im Westen gab und dass diese Partei in den 70er Jahren von links, von großen »extremistischen« Organisationen kritisiert wurde. Es gibt daher mehrere Generationen von Menschen, die – ohne unbedingt politisch aktiv zu sein, sondern zum großen Teil eher ins Privatleben zurückgekehrt – ein richtiggehendes »linkes Volk« darstellen, dem der Antiimperialismus sozusagen in der DNS steckt.

Wenn es drauf ankommt, bewegt sich diese Welt, strömt auf die Straßen, startet Initiativen. Dann sind Großeltern, Kinder und Enkel dabei, manchmal werden sogar die Urenkel auf dem Arm oder im Kinderwagen mit auf die Demo genommen. Das ist generationenübergreifend und nicht wie in den 70er Jahren eine politisierte Generation. Und das hat auch etwas mit dem Ende des Gegensatzes zwischen Gemäßigten (PCI) und »Extremisten« zu tun.

Andererseits spielt in Italien die katholische Kirche eine wichtige Rolle. Ob uns das gefällt oder nicht, aber wenn die Kirche Position gegen den Krieg bezieht, bewegt sie Millionen von Menschen und bringt die Rechte arg in die Klemme. Wer auf Demos mit Zigtausenden Priestern, Nonnen, Mönchen und Pfadfindern war, weiß was ich meine.

Die Abneigung der katholischen Kirche gegen den Krieg im Nahen Osten hat verschiedene Gründe, einige eher zufällig, andere tiefliegend, die wir schematisch so zusammenfassen können:

1. das Vorhandensein einer starken christlichen Minderheit im Nahen Osten;
2. die Abneigung gegen die zur Zeit in den USA regierende protestantisch-jüdische Elite;
3. die Abneigung gegen einen Kapitalismus amerikanischen Typs und den ihn kennzeichnenden Nihilismus;
4. die Überzeugung, gegen die die Welt beherrschenden Gottlosen sei ein Bündnis der Gläubigen nötig, man könne sich mit dem Islam – zumindest mit dem nicht fanatischen – einigen.

Man muß daran erinnern, dass der Papst den Kardinal Pio Laghi zum US-Präsidenten geschickt hat, einen Mann, der für die Gewalttaten der argentinischen Generäle verantwortlich war, dann sieht man, dass das Rechts-Links-Schema auch hier nicht mehr gilt. Insgesamt gab es also ein unerhörtes Bündnis.

Große Politik

Die gemäßigte Linke – in Italien nennt man sie »Regierungslinke« – gebärdet sich seit dem Wahlsieg der Rechten dermaßen »lebendig«, dass es im Vergleich zur Vergangenheit fast surreal wirkt. Die Rechte hat oft daran erinnert, dass die Linke noch im Balkankrieg fast unglaublich »atlantisch« war, aber die Linke hat überhaupt keine Probleme, diese Frage aus dem Weg zu räumen.

Dass die gesamte Linke (einschließlich der Gewerkschaft CGIL) die Bewegung unterstützt, hat deren Spielraum vergrößert, sie aber gleichzeitig unweigerlich weniger radikal gemacht.

Für die Rechte dagegen war es richtig peinlich, wenn man bedenkt, dass einige ihrer Bestandteile (Faschisten und Lega Nord) traditionell antiamerikanisch eingestellt sind. Um nur ein Beispiel zu nennen: während des Kosovokriegs war die Lega Nord stark proserbisch und sah in den Serben objektive Verbündete gegen die moslemischen Albaner und – ganz allgemein – gegen die Globalisierung.

Den Antiamerikanismus sollte man nicht überbewerten, aber es gibt ihn. Teile der Gesellschaft, vor allem in den gebildeten Mittelschichten, haben vom kulturellen, politischen und militärischen Standpunkt aus etwas gegen die US-Hegemonie und sind überzeugte Europäer. Es gibt eine richtiggehende »deutsche Partei«, die man nicht unterschätzen sollte.

Und dann gibt es eine wichtige Bewegung, die sich nach Genua konsolidiert hat, die No Global oder New

Global, je nachdem, wie man sie nennen will. Sie stellten einen wichtigen Teil der Demonstrationen und haben ein kompliziertes, aber nicht feindseliges Verhältnis zur Linken und zur CGIL. In dieser Bewegung ist auch ein großer Teil des traditionell Dritte-Welt-orientierten und antiamerikanischen Teils der extremen Linken.

Wir haben es also mit einer komplexen und widersprüchlichen Realität zu tun, die riesige Mobilisierungen auf die Beine gestellt hat und aus Medien-Sicht hegemonial war.

Nach dem vorhersehbaren amerikanischen Sieg ist die Bewegung natürlich kleiner geworden, aber die Gefühle, die für sie kennzeichnend waren, bleiben lebendig (dass die Fahnen immer noch hängen, ist ein untrügliches Zeichen dafür).

C., Turin, 21.6.2003

USA- »In Wirklichkeit gab es viele Bewegungen«

(Fortsetzung von »Die neue Antikriegsbewegung in den USA« im Sonderheft zum Krieg)

Die Antikriegsbewegung in den USA ist nach Kriegsausbruch größtenteils schnell in sich zusammengefallen. Abgesehen von Ausnahmen wie San Francisco schrumpften die Proteste, soweit es sie noch gab, auf einen Bruchteil der vorherigen Demonstrationen.

Im Rückblick glaube ich, es war irreführend, die riesige Anti-Kriegs-Mobilisierung im Winter als »Bewegung« zu bezeichnen. In Wirklichkeit gab es viele »Bewegungen« mit jeweils anderen Interessen, anderen Zielen und einer anderen Basis, die alle unter dem Dach eines größeren Milieus zusammenkamen. Der mit Abstand sichtbarste Teil waren Liberale und Pazifisten.

Es lässt sich schwer sagen, was diese Schicht genau motiviert hat, aber ihre Grundstimmung waren Angst und Vorsicht. Aus irgendeinem Grund zapfte die Entwicklung hin zum Krieg eine vorhandene Angst [anxiety] unter den gebildeten Mittelschichten an; eine diffuse Angst, die sich vor allem in risikofeindlichen Botschaften und entpolitisiertem Protest ausdrückte. Was war die Wurzel dieser Ängste, die viel tiefer zu liegen schienen als die offen ausgesprochenen Anti-Kriegs-Gefühle?

Es gab auch einige interessantere und positivere Entwicklungen, besonders durch das Auftreten einer sehr sichtbaren Minderheit von SchülerInnen, die viele Teach-ins und Walk-outs in ihren Schulen gemacht haben. Hier war keine zentrale Organisation am Werk, sondern viele kleine, informelle Gruppen von SchülerInnen, die spontan und eigenständig handelten. Wenn die Demos weitergegangen wären, hätten sich zweifellos viele jüngere Leute stärker politisiert.

In traditionelleren ArbeiterInnenkreisen gab es eine scharfe Polarisierung. Die meisten weißen ArbeiterInnen waren eindeutig für den Krieg. In der Woche, als sich der Kriegsverlauf zugunsten der USA drehte, war ich nachmittags einmal in einer Arbeiter-Bar in Atlantic City, New Jersey. Die Bar war voll mit weißen Bauarbeitern von einer nahegelegenen Baustelle, die um den Fernseher herumstanden, den Truppen zujubelten und Kommentare abgaben wie »Jetzt haben wir einen neuen 51. Staat.«

Unter schwarzen und Latino-ArbeiterInnen war die Stimmung vollkommen anders. Hier ist Bush tief verhasst, und dieser Hass übersetzt sich in weit verbreiteten Unglauben und tiefen Zynismus, was den Vorwand der Regierung für den Krieg angeht. Einige meiner ArbeitskollegInnen – ohne College-Ausbildung, nicht politisch aktiv – guckten *Public Television* oder *BBC*, weil sie nach alternativen Informationsquellen suchten. Im Bus habe ich eine Menge Kommentare gehört im Stil »Die USA treten im Irak genauso arrogant auf wie die Polizei in der Inner City.« Leider war die Anti-Kriegs-Bewegung einfach viel zu weit weg von der Alltagserfahrung dieser Menschen, um an diese Wut heranzukommen. Wenn der Krieg sich länger hingezogen hätte und nicht so einseitig gewesen wäre, hätten sich die Anti-Kriegs-Proteste, ähnlich wie während des Vietnam-Kriegs, von den Elite-Unis auf arme und ArbeiterInnen-Milieus ausgeweitet.

In den letzten Wochen hat es in mehreren großen Städten Veranstaltungen mit oft über tausend TeilnehmerInnen gegeben. Diese Veranstaltungen richten sich gegen die Innenpolitik des Bush-Regimes – vor allem gegen die Steuersenkungen für Reiche, die zunehmende Repression und die Ausdehnung der »Homeland Security« in immer mehr Bereiche des Alltags – und stellen auch den Zusammenhang zwischen Innen- und Außenpolitik her. Die lang anhaltende Rezession der US-Wirtschaft weitet sich immer noch aus. Die Arbeitslosigkeit steigt stetig, und die wirkliche Arbeitslosenquote liegt auf einem ähnlichen Niveau wie in Europa. Für Leute, die gerade vom College kommen, ist der Arbeitsmarkt so schlecht wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Die Art von Prekarität und Unsicherheit, die früher auf schlechter ausgebildete oder gewerbliche ArbeiterInnen beschränkt war, trifft jetzt auch die gut ausgebildeten Angestellten. Anders als noch vor wenigen Jahren sind Arbeitsplätze auch für sie zunehmend knapp. Dass niemand mehr von der »New Economy« spricht, muss wohl nicht extra gesagt werden.

In solch einem Klima gibt es wenig Veränderung im niedrigen Niveau der Kämpfe hier, da die ArbeiterInnen versuchen, sich aus der Schusslinie zu halten, und hoffen, dass sie nicht als nächste entlassen werden. Bush will jetzt das Beschäftigungssystem der Bundesbehörden ändern, um den öffentlichen Dienst »schlanker« und »reaktionsschneller« zu machen, damit die Regierung flexibler auf den »Terrorismus« reagieren könne. In der Praxis bedeutet das natürlich einen Angriff auf die öffentlichen Beschäftigten; ein Beispiel dafür, wie der militärische Sieg der USA im Ausland in zunehmende Angriffe im Inland übersetzt wird. *C., USA, Juni 2003*

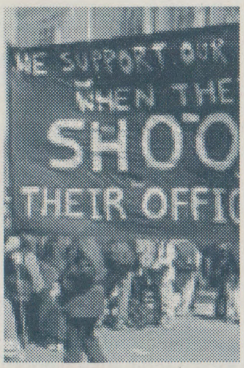
mit allem möglichen Zeug ein – Radiergummis, Bleistifte, Schreibhefte und Federmäppchen segeln über meinen Kopf hinweg und hageln auf die Bullen ein. Einer von ihnen steht auf dem Fußteil eines Absperrgitters, und wir werfen ihn mitsamt dem Gitter um. Ha ha.

Als später die Erwachsenen eintrafen und die Kids nach hause gingen, änderte sich die Stimmung komplett. Wir stellten einen zusammengewürfelten Haufen von Individuen und Kleingruppen dar. Wenn einige von uns losrannten, setzte sich nicht automatisch die ganze Masse in Bewegung. Wir blieben für uns und hatten kein Vertrauen, mit der ganzen Gruppe ein Risiko einzugehen.

Jugendliche wollen bei der Gruppe sein – mit allen zusammen, da, wo was los ist. Und – niemand hatte ihnen den Standard für Aktionen beigebracht – wartet auf einem Fleck, sodass die Polizei euch einkesseln kann. Stellt euch hinter den Absperrungen auf, usw. – sie hatten keine Regeln, vor allem auch, weil sie ja gerade aus ihren Schulen ausgebrochen waren (einige mussten über die Mauern klettern, ihre Schulen hatten die Tore abgeschlossen) – sie gingen, wohin sie wollten. Sie waren voller Energie, Kraft und Einigkeit, und ich fühlte mich wirklich privilegiert, in jenem Augenblick mit ihnen dort zu sein.

Die Aktionen gegen den Irak-Krieg in San Francisco

haben ihren Anfang in den Protesten gegen den Angriff auf Afghanistan. Die Anti-Kriegs-Gruppen kamen aus konkurrierenden Fraktionen, u.a. der stalinistischen *Worker's World Party* mit ihrem *International Action Committee* und dessen Anti-Kriegs-Bündnis *ANSWER* (Act Now to Stop the War and End Racism) einerseits und einem Bündnis aus verschiedenen Gruppen namens *Not In Our Names* um die maoistische *Revolutionary Communist Party* andererseits. Beide Gruppen verdecken ihre sektiererische Politik mit populistischen, allgemein gehaltenen »Stop the War«-Parolen, beide Gruppen versuchen, möglichst viele Leute zu ziehen. Sie hatten seit Herbst 2002 abwechselnd monatliche Massendemos mit meist über 100 000 Leuten organisiert. Den Höhepunkt stellte die Demo vom 16. Februar mit etwa 250 000 TeilnehmerInnen dar (das ist viel für eine Stadt mit gut 700 000 EinwohnerInnen auf 120 Quadratkilometern). Bei der Demo direkt vor Kriegsbeginn am 15. März waren es nur noch 100 000 – wohl wegen dem öden Trott bei diesen Events, weil die Demos meistens das gleiche, leere Ritual waren, das den Leuten ein Gefühl der Machtlosigkeit gab, und weil klar war, dass der Krieg weiter vorangetrieben wurde, obwohl weltweit Millionen dagegen protestierten.



We support our troops...

Kein Krieg!

»Im Betrieb gab es natürlich viele Diskussionen um den Krieg. Fast alle KollegInnen gehen davon aus, daß es um wirtschaftliche Interessen geht und der Saddam-Sturz nur vorgeschoben ist... Als Aktion gegen den Krieg haben wir aber nur ein halbstündig verlängertes »Frühstück« in der Montage hingekriegt, wobei es (gar nicht korrekt) Amerikaner zu essen gab.«

Dann gab es noch die *Direct Action to Stop the War* (*DASW*). Sie rief dazu auf, am Tag des Kriegsbeginns »die Stadt lahmzulegen«. Die Medien nannten das »terroristisch« und schreckten damit viele der PazifistInnen und ReformistInnen aus der Mittelschicht ab. Die *DASW* hatte in den Wochen vor dem Krieg mehrere kleine Aktionen zivilen Ungehorsams in der Innenstadt organisiert.

Außerdem gab es regelmäßige Bündnistreffen mit zig Fraktionen – von unorganisierten Einzelpersonen über »Bezugsgruppen« bis hin zu größeren »Clustern« – zur Planung von Aktionen für den ersten Kriegstag. Das politische Spektrum reichte von PazifistInnen über AnarchistInnen bis hin zu einigen, die sich als antikapitalistisch verstanden und einigen, die klassenkämpferisch gegen den Krieg vorgehen wollten. Die geplanten Aktionen reichten von symbolischem Protest und zivilem Ungehorsam bis hin zu direkten Blockaden und Störungen von »business as usual«. Das Motto war, »das System lahmzulegen«, strategische Ziele waren der Finanzdistrikt, die großen Verkehrsadern und die Autobahnzufahrten. Schon Monate vorher wurde im ganzen Großraum San Francisco plakatiert, dass die Innenstadt bei Kriegsausbruch dichtgemacht werden sollte und dass alle, »die der Krieg krank macht«, an dem Tag krankmachen sollten.

Der Plan, den Financial District lahmzulegen, ging im wesentlichen auf. Aber obwohl viele am Donnerstag, dem 20. März nicht zur Arbeit gingen und Zehntausende auf der Straße waren, fanden keine echten Arbeitsniederlegungen statt. Auch am 21. März funktionierte die Innenstadt-Blockade sehr gut, jetzt hatten aber viele Firmen, die am Donnerstag schließen mussten, weil die ArbeiterInnen nicht zur Arbeit durchkamen, gleich ganz zugemacht -, und am Montag danach waren die Demos schon so geschrumpft, dass sie nichts mehr lahmlegten.

Die *DASW* ging in den folgenden Wochen weiter gegen Konzerne mit Verbindungen zum Krieg vor. Ihr Picket im Hafen von Oakland am 7. April mit stillschweigender Unterstützung der Hafenarbeitergewerkschaft (*ILWU*) griff einen verwundbaren Knotenpunkt des Warenumschlags im Großraum San Francisco an. Dieser Ort war so wichtig, dass die Polizei mit Holz- und Beanbag-Geschossen und Blendschock- und Tränengasgranaten in die Menge schoß. Der Versuch, auch die Hafenarbeiter für weitere Arbeitsniederlegungen zu agitieren, führte einen Monat später zu einer Demo und einem weiteren Picket mit Hafenarbeitern und AktivistInnen, der aber schon vorab mit Polizei und Hafenbehörde ausgedealt worden war.

Jüngere AnarchistInnen, die meist schon bei Anti-Globalisierungs-Aktionen dabei waren, haben an den Großdemos als »Schwarzer Block« nach europäischem Muster teilgenommen. Sie haben sich mit tausend Leuten vom Haupt-Demozug abgespalten und kleinere Sachbeschädigungen und Sprühereien an Regierungs- und Konzerngebäuden gemacht. Bei den letzten Demos und am Tag nach Kriegsbeginn manövrierte die Polizei den Schwarzen Block aus und nahm jedesmal Hunderte von Leuten fest. Die Schwarze-Block-Taktik gehörte noch nie zu einer Strategie mit irgendeiner Vision und scheint inzwischen völlig tot, wenigstens in San Francisco.

Am ersten Kriegstag gingen jenseits der Bay in Oakland an zwei Schulen in proletarischen Schwarzen- und Latinovierteln Tausende von SchülerInnen spontan aus dem Unterricht auf die Straße und wollten massenhaft ohne Ticket in die S-Bahn, um zur Demo in der Innenstadt von Oakland zu kommen. Die Bahnhöfe wurden aber geschlossen, und so wollten die SchülerInnen den mehrere Kilometer weiten Weg in die Innenstadt zu Fuß gehen – wurden aber brutal von der Polizei zusammengeknüppelt. Außerdem wurden die SchülerInnen daran gehindert, sich den größeren Protesten anzuschließen.

Die US-Regierung hatte den 11.9. schon nach wenigen Tagen benutzt, um die **Bedingungen der Arbeiterklasse** auf breiter Front anzugreifen. Die Leistungen für Arbeitslose wurden massiv zusammengestrichen, und das Kapital ging zum Angriff gegen die alten »Arbeiterhochburgen« wie die Hafenarbeiter an der Westküste über. Hier war der Tarifvertrag ausgelaufen, die Verhandlungen steckten fest, es wurde über Streik geredet. Die Regierung drohte, bei einem Streik das Militär einzusetzen. Dann sperrten die Hafenbetreiber ihre Beschäftigten aus und stärkten damit ihre Verhandlungsposition. Ironischerweise benutzte die Regierung das Taft-Hartley-Streikbruchgesetz, um die Hafenbetreiber zu zwingen, die Arbeiter wieder an die Arbeit zu lassen.

Die »Linke« an der Westküste feiert ihre weltweite Medienpräsenz ab, aber es fällt ihnen schwer, sich um diesen Pseudosieg herum zu organisieren. In krassem Gegensatz dazu sind die Leute, die kurz die Möglichkeit gesehen hatten, dass sich die militanten Aktivitäten in die Arbeiterklasse hinein verallgemeinern könnten, ziemlich deprimiert. Die wenigen Gruppen, die gegen den Krieg und gegen den Kapitalismus zu intervenieren versuchten, müssen erst noch überlegen, wie eine solche Politik Eingang in die Bewegungen gegen die zukünftigen Kriege des amerikanischen Staats finden könnte. Trotzdem wird die kollektive Erinnerung an die totale Blockade des Finanzzentrums von San Francisco den Beteiligten noch lange erhalten bleiben.

G., San Franciso, Juni 2003

Australien: Die Anti-Kriegs-Bewegung hat nicht stattgefunden

Zwei Tatsachen stehen fest. Erstens, **die Demos in Australien vor der Bombardierung von Bagdad waren riesig**. Die Schätzungen der Teilnehmerzahlen in Sydney und Melbourne reichen von 100 000 bis zum Doppelten, die Mobilisierungen gehörten zu den größten in der jüngeren australischen Geschichte. Zweitens, besonders **seit dem Einmarsch von australischen Truppen zusammen mit amerikanischen und britischen in den Irak löste sich jedes greifbare Anti-Kriegs-Gefühl rapide auf**. Nicht nur die Anti-Kriegs-Mobilisierungen gingen drastisch zurück, gleichzeitig stieg nach dem offiziellen Kriegsbeginn auch abrupt die Zustimmung zum Krieg: von 6 Prozent Ende Januar auf 25 Prozent direkt vor der Bombardierung Bagdads und dann in einer Woche auf 45 Prozent. Diese beiden paradoxen Tatsachen, deren Nicht-Deckung sich durch ein zeitliches Nacheinander nicht vollständig wegerklären lässt, sind entweder merkwürdige Informationsbruchstücke, die sich gegenseitig aufheben, oder sie sind nicht empirisch genug, weil sie schon eine ganze Philosophie etwa über den Zusammenhang von Demos, Bewegungen und Radikalisierung enthalten, **ein Zusammenhang, der nicht mehr existiert**, falls er das je getan hat.

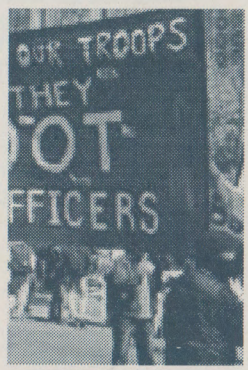
Geopolitik für und gegen den Krieg

Der Gegensatz ergibt nur dann einen Sinn, wenn man nicht von einer unüberwindlichen Trennung zwischen Anti-Kriegs- und Pro-Kriegs-Positionen ausgeht. Diese Positionen betrafen weniger den Krieg selbst als die angeblichen Interessen des Nationalstaats – für oder gegen den Krieg zu sein, waren einfach unterschiedliche Antworten auf diese Frage. Das war ja eigentlich nichts Ungewöhnliches: Anti-Kriegs-Kampagnen argumentieren oft selber »geopolitisch« – z.B. mit der Souveränität als alles überlagerndem Handlungs- und Interessenmodell, meist in Form einer Verteidigung der Souveränität von Nationalstaaten in der ehemals sogenannten „Dritten Welt". [...]

Die Opposition gegen den Krieg drückte sich in ihren herrschenden Spielarten daher als Unterstützung der ZivilistInnen im Irak oder als Wahrnehmung des »nationalen Interesses« aus und wurde als Variante einer populistischen, nationalen Einheit organisiert. Das *Victorian Peace Network*[1] z.B. hatte gegen den Krieg vor allem einzuwenden, dass ihm »zahllose irakische ZivilistInnen zum Opfer fallen würden« und dass er »die Wahrscheinlichkeit von terroristischen Angriffen auf australische ZivilistInnen« erhöhen würde.[2] [...]

In dieser Gefühlslage spiegeln sich tiefsitzende historische Ängste hinsichtlich der geographischen Abgetrenntheit Australiens vom weißen, christlichen Europa und Nordamerika. Diese spezifisch australische Xenophobie, die Australien permanent von der im Atlas ausgedrückten Schwerkraft bedroht sieht, zog sich durch alle Erklärungen, die sich gegen die militärische Beteiligung auf das nationale Interesse beriefen. [...]

Insofern konnte diese angebliche Anti-Kriegs-Kampagne mühelos eine Reihe von Rückschritten durchsetzen. Unter Parolen wie »Holt unsere Truppen nach Hause« angesetzte Demos schwenkten mit Leichtigkeit auf die Unterstützung »unserer Truppen« um, sobald diese erstmal richtig im Irak drin waren. Statt zu thematisieren, dass dieselben militärischen Einheiten, die jetzt zum Krieg in den Nahen Osten geschickt wurden, vorher die Grenzen gegen illegale MigrantInnen aus dem Nahen Osten bewacht hatten, beschworen Kirchengruppen, die früher einmal das Recht auf freie Bewegung von Menschen verteidigt hatten, jetzt das Gespenst eines von Flüchtlingen überschwemmten Australien als Motiv, gegen den Krieg zu sein. Der Widerstand gegen die sogenannten Anti-Terror-Gesetze wurde munter abgelöst vom Gerede, Australien würde zum Ziel für Terroristen. Als der Krieg offiziell zuende ging, erregten sich maßgebliche Teile des Anti-Kriegs-Bündnisses (wie die Grünen und die *ALP*) über die Vergabe der kommerziellen Wiederaufbauverträge [vornehmlich an US-amerikanische Firmen] – die Beteiligung von australischen Truppen wurde einfach als unsolide Investition in die Expansion des nationalen Kapitals gesehen und war vielleicht schon immer so gesehen worden. Um Leute zu fangen, wurde in den Mobilisierungen selbst der übliche Pazifismus vorzugsweise durch australischen Nationalismus verdrängt.



... when they shoot their officers.

Kein Gott!
Kein Vaterland!

(1) Im Bundesstaat Victoria befindet sich Melbourne, Anm. d. Ü.
(2) D. Lawson, VPN Organiser, zitiert von AAP, 31. Januar 2003.

Gemeinsam sind wir Staat

Um es anders zu formulieren: Was sich im Verlauf der Kampagne zusammensetzte, war keine »Bewegung«, sicher jedenfalls keine, die irgendwie einen positiven Zusammenhang mit den Formen und Inhalten der antikapitalistischen / Anti-Gipfel-Proteste der letzten Jahre hatte, sondern die Materialisierung einer über allem hängenden Wahlschlacht um die Frage, wer das »nationale Interesse« am besten vertrat - eher die Anwendung von Techniken, um Leute einzufangen, als eine Chance für Bewegung. Die Demonstrationen gingen kaum über eine von Ordnern bewachte Passivität hinaus und wurden von staatstragenden Bündnissen politischer Parteien, Gewerkschaften und Religionsgruppen koordiniert, die wahlweise »eine klare Botschaft an unsere Politiker übermitteln«[3] oder WählerInnen für die verschiedenen aktuell nicht an der Regierung beteiligten Parteien (*ALP*, *Grüne*, *Socialist Alliance*, *Demokraten*) ködern wollten.

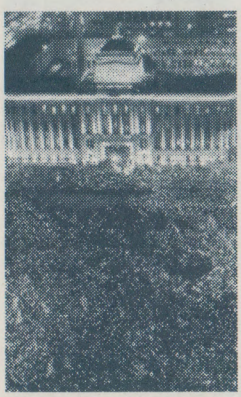
Immer wenn Teile der Anti-Kriegs-Proteste sich nicht auf eins dieser Ziele reduzieren ließen, sorgte die volksfrontartige Organisationsform der Anti-Kriegs-Bündnisse dafür, dass sie unsichtbar gemacht oder isoliert und zur Kriminalisierung freigegeben wurden. Zusammengenommen führte die organisatorische Zentralisierung und das Ziel, ein »breites« Anti-Kriegs-Bündnis aufzubauen, dazu, dass sich die am wenigsten radikalen Aspekte der Kampagne durchsetzten: Während die Konservativen als Teil »der Bewegung« willkommen geheißen wurden, wurde gleichzeitig der Ausschluss der Radikalen gefordert, die sogar einmal als »Verräter an der Bewegung« denunziert wurden.[4] [...]

Wenn es doch zu Konflikten innerhalb der Kampagne kam, wurden sie als Konflikt zwischen »gewalttätigen« und »gewaltfreien« Protesten dargestellt und damit entpolitisiert und gleichzeitig die Gewaltanwendung durch Gewerkschaftsordner, Sicherheitspersonal und Polizei aus dem Blickfeld gerückt. Als die Polizei eine Gruppe von arabischstämmigen SchülerInnen angriff und dabei auch versuchte, einem Mädchen das Kopftuch herunterzureißen, wehrten sich einige der SchülerInnen und warfen Stühle und Flaschen auf die Polizei. Im Sydneyer Bündnis schoben viele die Schuld auf »junge hitzige arabische Männer«, die auf Linie gebracht, und Extremist-Innen, die aus dem Bündnis ausgeschlossen werden müssten. Die *Books Not Bombs Coalition* (d.h. *Socialist Alliance*) entblödete sich nicht einmal zu fordern, dass auf einer späteren SchülerInnendemo Eltern und Kirchenleute anwesend sein sollten, um ihren beruhigenden Einfluss geltend zu machen. [...] Diese Demo wurde dann von der Regierung von New South Wales[5] verboten, und die SchülerInnen wurden von Polizeipferden eingekesselt, mit Pfefferspray besprüht und von »erwachsenen« Ordnern von *Books Not Bombs* bewacht (die von den SchülerInnen dann mit Wurfgeschossen eingedeckt wurden). Bemerkenswert ist nicht, dass ein paar SchülerInnen sich gegen die Polizei gewehrt haben, sondern dass sie es überhaupt geschafft haben, wenigstens vorübergehend aus den kontrollierten Grenzen der Demos auszubrechen. [...]

A., Melbourne, Juni 2003

(3) D. Lawson, ebenda.
(4) WAW-Treffen, 29. März 2003.
(5) Im Bundesstaat New South Wales befindet sich Sydney, Anm. d. Ü.

Anti-Kriegsbewegung in Südkorea



Seoul, 13. Juni: Protest gegen die US-Politik

Die ersten Anti-Kriegs-Aktionen fanden im Oktober 2002 statt, mit wenigen hundert TeilnehmerInnen, v.a. StudentInnen. Sie wurden aber schnell größer, als sie sich mit der Bewegung gegen die USFK (US-Streitkräfte in Südkorea) verbanden. Seit dem Spätsommer, als US-Soldaten, die mit einem Bulldozer ein Mädchen überfahren hatten, freigesprochen worden waren, hatte sich eine Massenbewegung entwickelt, zu der gemeinsam hungerstreikende christliche und buddhistische Mönche ebenso gehörten wie über das Internet organisierte Lichterketten, Großdemos mit Straßenschlachten und die Besetzung von Kasernen. Besonders aktiv und kreativ engagierten sich SchülerInnen fast aller Altersgruppen. Silvester demonstrierten weit über einhunderttausend Menschen gegen die Präsenz der USFK in Südkorea und die drohende Aggression gegen den Irak. Über 30 000 Antiaufruhr-Bullen mussten die US-Botschaft vor der aufgebrachten Menge schützen.

Im Dezember nahmen aber auch die Spannungen zwischen den unterschiedlichen Gruppen und Organisationen zu. Im Vorfeld der Präsidentschaftswahl am 19. Dezember versuchten vor allem die *Democratic Labor Party* und deren Jugendorganisation, die Bewegung für ihren Wahlkampf zu instrumentalisieren. Das stieß zunehmend auf Ablehnung, vor allem bei den Netizens (den Internet-Usern), und seit Jahresbeginn bröckelte die Bewegung ab. Am 15. Februar kamen nur etwa 5 000 Menschen zur Anti-Kriegs-Demo.

Am Abend des offiziellen Kriegsbeginns füllten zum Erstaunen aller Zehntausende Menschen die Straßen in der Nähe der US-Botschaft, obwohl so gut wie niemand richtig mobilisiert hatte. Der Hauptgrund für den neu aufgeflammten Massenwiderstand: Der auf dem Friedensticket gewählte neue Präsident Roh hatte in scharfem Gegensatz zu seinen früheren Aussagen erklärt, dass Korea im eigenen nationalen Interesse die Aggression unterstütze und sogar Truppen entsenden wolle. Die Beteuerung, dass es keine Kampfeinheiten sein sollten, die nach dem Krieg in den Irak gesandt werden sollten, konnte die Gemüter nicht beruhigen.

Wieder kam es zu landesweiten Massenaktionen gegen das geplante Truppenentsendegesetz, die meist in wahre Schlachten mit den Antiaufruhr-Einheiten ausuferten. Es wurde fast täglich und manchmal rund um die

Uhr protestiert – mit den organisierten ArbeiterInnen und StudentInnen an vorderster Front. Obwohl das Gesetz trotz Ablehnung durch 80 Prozent der Bevölkerung nach zweimaliger Verschiebung schließlich verabschiedet wurde, war die Enttäuschung schnell überwunden: Nahezu an jedem Wochenende kam es jetzt zu Aktionen. Und auch nach dem offiziellen Kriegsende gingen die Demos gegen die Allianz der Willigen weiter. Und noch immer wird auf nahezu allen Demos, z.B. bei Streiks, der sofortige Abzug aller fremder Truppen aus dem Nahen Osten verlangt.

Den vorläufigen Höhepunkt der Bewegung markierte die letzte Massendemonstration am 13. Juni. Zehntausende – Gewerkschafter, SchülerInnen und StudentInnen, Professoren und Straßenhändler – demonstrierten für den Abzug der US-Streitkräfte aus Korea, für eine friedliche Wiedervereinigung von Nord- und Südkorea, aber auch gegen die »Kolonialisierung des Irak«. Tausende US-Fähnchen wurden verbrannt. Studenten und Arbeiter lieferten sich schwere Auseinandersetzungen mit den Anti-aufruhr-Bullen, die ihrerseits Schlagstöcke und Feuerlöscher (!) gegen die Demonstranten einsetzten. Nur mit massiver Gewaltanwendung konnten die Protestierenden daran gehindert werden, die US-Botschaft zu stürmen.

In letzter Zeit finden immer häufiger Demos statt, bei denen die Zusammenhänge zwischen WTO-Politik und US-Militarismus herausgestellt werden. Gerade auf diesem Gebiet treffen sich die ArbeiterInnen und die Studierenden. Beide fordern den Austritt Südkoreas aus der WTO. Die Roh-Administration dagegen macht immer mehr Zugeständnisse und Vorschläge, die noch über die Rahmenvorgaben der WTO hinausgehen. So gibt es Pläne, den Bildungssektor für ausländische, vorrangig US-amerikanische private Interessenten zu öffnen...

Die Andeutungen von Rumsfeld und Wolfowitz über einen möglichen Erstschlag gegen den Norden haben die südkoreanische Öffentlichkeit sehr beunruhigt und der Anti-USFK-Bewegung neuen Zulauf gebracht. In Leserbriefen wird gefordert, den GIs »das Leben zur Hölle« zu machen, »bis sie endlich verschwinden.« Auf Schildern an Kneipeneingängen in Seouls Szeneviertel Shinchon kann man lesen: »Hunde und GIs bleiben draußen!«

CK, Seoul, Juni 2003

Mehr zu den Bewegungen in Südkorea findet ihr unter unter: *http://www.runto.nowar.*

Proteste gegen den Krieg oder gegen die USA? – Indonesien

In Indonesien gab es während des kurzen Kriegs jeden Tag Proteste gegen den Angriff auf den Irak. Die Bevölkerung ist mehrheitlich gegen diesen Krieg, die Leute hassen aber Amerika mehr als den Krieg selbst.

Die größte Rolle bei den Protesten spielten die Jugendlichen, d.h. StudentInnen und SchülerInnen. Die Proteste finden an allen möglichen Orten statt. Es werden nicht nur Botschaften und Konsulate angegriffen, sondern es gibt auch Aktionen in Moscheen und Schulen. Bei den Antikriegsaktionen dominieren religiöse und nationalistische Gruppierungen, Moslems und Christen, während die Beteiligung linker Gruppen und der Einfluss ihrer Argumente sehr gering ist. Nicht allzu viele Arbeiter machen bei den Protesten mit. Offenbar sind Arbeiter und Unternehmer sich einig, dass die Bewegung anti-amerikanisch ist und dass Boykottaktionen[1] schlecht für die Wirtschaft sind.

Man kann die Anti-Kriegs-Aktionen in Indonesien nicht als eine „Bewegung" bezeichnen, denn die einzelnen Gruppierungen haben überhaupt nichts miteinander zu tun und vertreten völlig unterschiedliche Ansichten. Der Krieg wird im wesentlichen deshalb abgelehnt, weil der Angriff von den USA ausgeht. Zwar gibt es in der insgesamt anti-amerikanischen Studentenbewegung auch Linke, die wirklich gegen Krieg sind, aber das sind nur wenige. Auch die Frauenbewegung ist wirklich gegen Krieg. Die Linken haben es bis zum Kriegsbeginn nicht geschafft, ihre Vorstellungen über den Widerstand gegen den Krieg zu verbreiten.

Gerade weil die Anti-Kriegs-Bewegung den Hass auf Amerika schürt, kommen wieder Nationalismus, islamische Solidarität und Dritte-Welt-Solidarität hoch. Anders gelagerte Analysen haben sich nicht durchsetzen können. Das hat es dem indonesischen Staat möglich gemacht, den **Krieg im Aceh** zu beginnen. Er nutzt die nationalistische Stimmung aus und verschleiert mit dem Krieg im Aceh, dass er es nicht schafft, die wirtschaftliche und soziale Lage zu verbessern. In bestimmten Grenzen kann er die Terroristen und Separatisten als Urheber der Übel darstellen, von denen die Gesellschaft betroffen ist ...

Als die Regierung den Angriff im Aceh begann, ging sie zunächst sehr vorsichtig und taktisch vor. Mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung tat sie so, als reagiere sie nur auf den Terror der GAM. In der Bevölkerung war die Pro- und Anti-Kriegs-Stimmung noch ausgeglichen. Dies hat sich geändert, ganz offen wird die Zivilbevölkerung bedroht, besonders wenn es sich um Anti-Kriegs-Aktivisten handelt.

Eine echte Anti-Kriegs-Bewegung kann nur entstehen, wenn die Leute den Krieg im eigenen Land stoppen. Das ist die Aufgabe.

Yerry, Jakarta, Juni 2003

[1] Anm. d. Übers.: Es gab Boykottkampagnen v.a. gegen US-Schnellimbißketten.

Brief aus Alexandria

Demo in der Provinz

Bereits am 8.2. fand in Lüneburg eine Demonstration gegen den Krieg statt. Mit über 1000 Leuten war das außerhalb der Castor-Zeiten die größte Demo seit Jahren. An ihr beteiligten sich viele Jugendliche (SchülerInnen) mit selbst gebastelten Plakaten. Auf der anderen Seite waren sehr viele „alte" Linke dabei, die ich schon seit Jahren nicht mehr gesehen habe.
Am 20.3., dem Tag des offiziellen Kriegsbeginns, demonstrierten vormittags erst 350 SchülerInnen durch die Stadt, mit einem »Die-In« auf dem Marktplatz. Am Abend dann eine Kundgebung mit 400 Leuten. Dabei gab es zwei spontane Redebeiträge, die sich gegen die Bundesregierung richteten.
Anschließend zogen 200 Leute durch die Stadt. SchülerInnen scheinen auch hier im Augenblick die aktivsten zu sein. Sie organisieren sich unabhängig von den etablierten Organisationen. Ihre Aktionen sind teilweise gar nicht bekannt geworden. In einem Gymnasium wurde den jüngeren SchülerInnen verboten, auf die Demo in die Stadt zu gehen. Sie organisierten daraufhin eine Menschenkette rund um die Schule herum, Unterricht fand kaum statt. In Adendorf, einem Vorort von Lüneburg, gingen die SchülerInnen in den Ort und demonstrierten dort. Am 21.3. fand dann noch eine Demo von 150 SchülerInnen statt, organisiert hatte das *eine* Schülerin.

Im Vorfeld des Krieges wurde immer wieder die Sorge vor einem »islamischen« und sozialen Flächenbrand im Nahen Osten geäußert. Die vor allem von Studenten getragenen Demos in Kairo und anderen Städten Ägyptens wurden deshalb stark beachtet, denn die gewaltsamen Auseinandersetzungen mit einem martialischen Aufgebot von »Anti-Aufruhrpolizei« schienen diese Ängste zu bestätigen. Solche Ausbrüche von Gewalt sind spektakulär in einem Land, in dem seit zwanzig Jahren ein striktes Versammlungsverbot besteht, das militärisch durchgesetzt wird.

Nach drei Monaten Aufenthalt in Ägypten haben wir aber den Eindruck, dass diese »Studentenbewegung« die unglaublich starren und verkrusteten gesellschaftlichen Strukturen nicht aufbrechen kann - zumindest im Moment nicht ...

Es ist kein Wunder, dass die Amerikanische Universität in Kairo ein Schwerpunkt der Proteste war. Nur hier gibt es so etwas wie eine »akademische Kultur«, nur hier sind Studenten aus dem ganzen Land und anderen arabischen Ländern eingeschrieben. Es wird auf Englisch unterrichtet, und es sind viele nichtarabische Bücher verfügbar. Ein Jahr kostet mehrere tausend US-Dollar Studiengebühren. Bei einem Normalverdienst von vielleicht 100 Dollar im Monat steht diese Möglichkeit nur der Oberschicht offen. Wer an der AU studiert, gehört zur Elite oder will zumindest dazu gehören. Der Frust in diesen Kreisen hat u.E. viel mit dem Gefühl zu tun, ihnen werde etwas verwehrt, was ihnen eigentlich zustünde. Die lukrativen Jobs in Ägypten werden meistens über Beziehungen vergeben, in den Golfstaaten gibt es immer weniger Jobs. Nach Europa zu gehen, wird immer schwieriger, der Schengenraum hat seine Schotten dichtgemacht, aus den USA kommen viele zurück, da sie dort zunehmend angefeindet werden.

An den anderen Unis in Ägypten herrschen ganz andere Bedingungen: Man studiert am Wohnort, niemand hat Geld für eine Studentenwohnung. Selbst mit Leuten aus anderen ägyptischen Städten gibt es so gut wie keinen Austausch, von internationalen Kontakten ganz zu schweigen. Englisch wird höchstens bruchstückhaft gesprochen, es gibt kaum Bibliotheken. Viele Bücher sind zensiert, der Unterricht ist auf Auswendiglernen beschränkt.

Bis in die jüngste Vergangenheit garantierte die Regierung jedem Studenten einen Job im öffentlichen Dienst, aber diese Garantie bröckelt, und die Löhne dort sind so gering, dass man davon nicht leben kann.

Die einzigen Orte und Gelegenheiten in Ägypten, sich zu versammeln, sind der Campus der Universität und die Plätze vor den Moscheen während des Freitagsgebets. Jede Uni ist von einer Mauer umgeben, Einlass nur mit Studentenausweis. Direkt nach Kriegsbeginn wurde zusätzlich Polizei und Militär in den umliegenden Straßen stationiert, um eventuelle »Ausbrüche« zu verhindern.

Wir waren auf dem Unigelände in Alexandria. In der Woche vorher sollte es dort Proteste gegeben haben. Wir haben gedacht, dass »die Welt« an den Unis eher wahrgenommen und diskutiert wird. Aber nein, die Studenten, die wir getroffen haben, sind fast noch bornierter und religionsfixierter als die Menschen außerhalb der Uni. Das hat nichts mit »Antimodernität« zu tun: Handy und Jeans – Attribute der Ungläubigen – sind absolut der Renner. Ebenso der persönliche (vielleicht geheime) Wunsch auszuwandern. Wenn eine solche Perspektive unerreichbar ist, wird es einfach umgedreht: Ich will doch gar nichts mit der westlichen Kultur zu tun haben, wieso denn? Steht doch alles schon im Koran! Die gesamte Weltgeschichte wird so umgedeutet, dass die arabischen Länder im Grunde immer die Sieger waren: der Krieg 1973 gegen Israel wird als siegreicher Feldzug gefeiert, mit entsprechenden Heldendenkmälern etc. – ungeachtet der tatsächlichen militärischen Niederlage.

Diese Bevölkerungsschicht ist Trägerin eines zunehmend kleinbürgerlich-konservativen Islam. Die Moslembrüder lehnen es grundsätzlich ab, sich mit Brüchen und Spaltungen in der Gesellschaft auseinanderzusetzen. Alles, was dem positiven Bild einer islamischen Gesellschaft zuwiderläuft, wird ignoriert. Bestenfalls wird die Regierung angeklagt, mit den Teufeln zu paktieren.

Unter diesen Umständen ist es nicht erstaunlich, dass es kaum Resonanz auf die Studentenkundgebungen gab und sich sofort nach dem offiziellen Kriegsende keiner mehr dafür interessiert hat. Auch die Aufrufe, McDonalds und das Waschmittel Ariel als angeblich jüdisch zu boykottieren, haben offensichtlich keine Resonanz.

Schwer zu sagen, von wem Impulse zum Aufbrechen dieser starren Gesellschaft ausgehen können. Ab und zu flammt gewaltsamer Protest auf. Anscheinend bekämpfte die Regierung in den 90ern vor allem die »islamistische Selbstorganisation« in den Ghettos. Die Attentate von Luxor 1997 waren zwar spektakulär, die größere Gefahr lag aber in der Zerstörung der staatlichen Autorität in den Ghettos. Dutzende der allgegenwärtigen und wahrlich nicht zimperlichen Polizisten sind in den 90ern Attentaten zum Opfer gefallen. Drogen- und Alkoholhändler wurden vertrieben, Diebe bestraft, Zwangsräumungen verhindert und nach dem Erdbeben in Kairo 1992 eine soziale Grundversorgung aufgebaut. Ihren Höhepunkt erreichte diese Bewegung mit der Ausrufung eines »Gottesstaats im Slum« durch Sheikh Gaber. Nach Anschlägen gegen Polizisten besetzten im Dezember 1992 mehr als 18 000 (!) bewaffnete Sicherheitskräfte mit gepanzerten Fahrzeugen die Siedlung und durchsuchten die Häuser nach »Terroristen«.

Auch nach dem Ende des »islamistischen Terrors« hat es immer wieder kleinere und größere Aufstände gegen die Lebensverhältnisse gegeben, gegen die Privatisierung und Verschlechterung der Wasserversorgung, gegen den Ausbau der riesigen Autobahnen mitten durch die Armenviertel von Kairo, gegen die Liberalisierung der Pachtgesetze für die Bauern... Der Staat hat mit seinem Militärapparat all diese Bewegungen unterdrückt – so wurden z.B. 1999 bei Bauernprotesten ganze Regionen militärisch abgeriegelt und über 100 Menschen umgebracht. Und er verhindert sehr effektiv, dass Informationen zirkulieren können. Niemand in Alexandria weiß, was sich in Kairo abspielt! Der Preis, der dafür bezahlt wird, ist eine absolut starre und in Grundzügen halbfeudale Gesellschaft ohne jede Dynamik. Wie lange sich dieser Zustand aufrechterhalten lässt, weiß niemand.

VH, Alexandria, Juni 2003

Mannem vorne - Gegen jeden Krieg, gegen alle Kriegsparteien!

Ende Januar haben wir zum erstenmal eine US-Kaserne in Mannheim blockiert, mit ca. 40 Teilnehmern. Inzwischen ist es schon ein bißchen Tradition, dass Samstag nachmittags das Haupttor der Spinelli-Barracks gesperrt ist. Die Bewegung hatte zwei Höhepunkte. Der eine bei Kriegsbeginn, als am Tag X+1 ca. 200 Schüler nach dem Schülerstreik spontan zur Spinelli gezogen sind und blokkiert haben, und der andere in der Woche vor Ostern, als es uns neun oder zehn Mal gelungen ist, amerikanische Militärkonvois, die auf dem Weg in den Golf waren, zumindest kurzfristig zu stoppen. Seitdem ist die Teilnehmerzahl zurückgegangen, in den letzten Wochen waren wir zu dritt bis maximal zehn. Bemerkenswert ist, dass trotzdem immer mal wieder der eine oder die andere zum ersten Mal oder nach längerer Pause wieder mitmacht.

Es gab die gemeinsame Idee, in Mannheim direkt etwas gegen den Krieg zu tun. Es gibt viele US-Kasernen in und um Mannheim, und speziell Spinelli war eine der Drehscheiben für den Aufmarsch. Deshalb direkte Blockade der Kaserne, Stoppen von Konvois mit Flugblättern für die Soldaten, und Flugblattaktionen im Village, dem Wohnghetto der US-Soldaten und ihrer Familien. Wir verteilten Flugblätter von amerikanischen Anti-Militärgruppen. Die meisten Soldaten und Angehörigen reagierten freundlich, manche abweisend, aber selten aggressiv. Nachdem es einmal geklappt hatte, einen Konvoi mit wenig Leuten anzuhalten, entstand sowas wie eine kleine Bewegung: Kleine Gruppen, ab zwei Personen, warteten auf einen Konvoi und hielten ihn an. Das geschah oft mehrmals am Tag, teilweise ohne dass die Gruppen voneinander wußten. Es war einfach göttlich, mit wie wenig Aufwand man ein wenig Sand ins Getrieb streuen und die Gegenseite verwirren kann.

Warum machen wir weiter mit den Aktionen?

Auf der allgemein-politisch-geostrategischen Ebene ist die Antwort einfach: Der Krieg gegen die Bevölkerung ist nicht vorbei, nicht in Afghanistan (wo wieder Flächenbombardements geplant werden) und nicht im Irak. Weitere Kriege sind in Vorbereitung, die neuen »Verteidigungspolitischen Richtlinien« machen klar, dass in Zukunft die Bundeswehr noch mehr als bisher bei der weltweiten Absicherung von Herrschaft und Ausbeutung mitmischen wird.

Im Bericht eines auswärtigen Teilnehmers an einer Blockade, gepostet auf Indymedia (14.4.03), wird der Charme der Mannheimer Bewegung folgendermaßen formuliert: »... Menschen kommen zusammen, um sich allein oder zu zweit vor ein Fahrzeug zu stellen, gewaltfrei und entschlossen und alles andere als symbolisch. Diese Menschen haben mir die Hoffnung zurückgegeben, dass Widerstand ohne *resist* und *Xtausend* mit ihren Gurus und Orgastrukturen doch noch eine Chance hat...

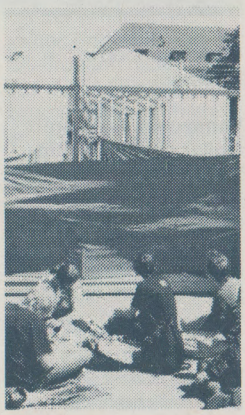
Für die Menschen, die dort immer wieder auf der Straße sitzen, mag es so aussehen, als ob sich die Sache totläuft, ... aber glaubt mir, entscheidend ist, dass Ihr ohne hierarchische Strukturen, Sprecherrat-Orgamist auskommt. Entscheidend ist, dass keine Bullengespräche im Vorfeld geführt werden, dass der Bulle, der rauskriegen will, wer der Anführer ist oder wie lange die Aktion dauern soll, mit seinen Versuchen ins Leere läuft. Entscheidend ist, dass niemand blöd angeschaut wird, wenn er nach einer Aufforderung aufsteht, entscheidend ist, dass jeder für sich entscheiden kann, was gut und richtig ist, und dass trotzdem alle ein gutes Gefühl bei der Aktion haben. Auch die Idee, während der Aktion einen vorbereiteten Beitrag zu halten und darüber zu diskutieren und dabei gegensätzliche Meinungen auf der Straße zwischen Feldjägern und MP vorzutragen, war absolut super.«

Unsere Aktionen haben ihren Wert auch in sich selbst, wir haben Spaß dabei. Ätzende Sachen wie Infostände oder Flugblätter an uninteressierte Passanten haben wir uns geschenkt.

S., Mannheim, im Juni 2003

Linkliste zu den einzelnen Aktionen.
www.umwaelzung.info/Mannheimblockade.html

Zum Nachmachen empfohlen: Konvoi stoppen – Flugblätter an Soldaten verteilen.



So ein Kasernentor – wie hier in Mannheim – ist ruckzuck blockiert.

Iran: Arbeiteraufstände statt Reformhoffnungen

Gleich nach dem »Sieg« im Irak richtete die US-Regierung Drohungen gegen den Iran und gegen Syrien und unterstrich damit, dass es ihr um den Einfluß und die Kontrolle in der gesamten Region geht. Im Fall des Iran war mit dem Streit um den Reaktorbau und um die Zusammenarbeit mit der Internationalen Energiebehörde auch schnell ein Vorwand gefunden, um weitere Schritte gegen das Land zu legitimieren. Aber schon vor dem Irak-Krieg hatten Geheimdienstler in den USA davor gewarnt, militärisch gegen den Iran vorzugehen – es sei viel wirksamer, auf den Widerstand der Jugend im Iran zu setzen, die den USA und ihrer Kultur positiv gegenüber stehe. Die Proteste der Studenten scheinen diese Überlegungen zu bestätigen, und vom iranischen Regime wie von hiesigen Antiimperialisten wurde auch sogleich behauptet, sie seien von den USA geschürt. Der folgende Beitrag eines iranischen Genossen stellt dem die neue Dimension der Arbeiterkämpfe im Iran gegenüber, die auch einen Einfluß auf den Charakter der jüngsten Studentenproteste haben.

Demonstration in Behshahr

Venezuela: Euro statt Dollar bei Ölgeschäften verärgert Washington mehr als entsprechende Maßnahme Saddams November 2002
[stark gekürzt; Quelle: *www.vheadline.com*, 18.6.2003]

Washington ist verärgert über Venezuelas Entscheidung, als Antwort auf Versuche, südamerikanische Währungen an den Dollar zu binden, mit dreizehn lateinamerikanischen Staaten Öl

Arbeiterrevolte in Behshahr

Am 16. April, eine Woche nach dem Fall von Bagdad, entflammte eine Arbeiterrevolte in Behshahr, einer traditionsreichen Industriestadt im Norden Irans. Die ArbeiterInnen der Textilfabrik »Chitsazi«, die seit 26 Monaten keinen regulären Lohn bekommen hatten, gingen auf die Straße. Dreißigtausend ArbeiterInnen aus anderen Betrieben und Menschen aus anderen Bevölkerungsschichten schlossen sich den etwa 500 ArbeiterInnen an. Drei Tage lang befand sich die Stadt in Aufruhr. Fünf Busse mit Antirevolte-Kräften wurden in die Stadt geordert und griffen die Revoltierenden mit Tränengas und Schlagstöcken an. Es kam zu schweren Zusammenstößen. Parolen gegen die örtlichen Politiker, die Vertreter der Revolutionsführer und gegen die Parlamentsabgeordneten der Stadt wurden gerufen, und: »Kanonen, Panzer, Maschinengewehr – haben keine Wirkung mehr!«, »Arbeiter einigt euch! Einigt euch!«

Auch in anderen Städten beteiligen sich seit einigen Monaten Arbeitslose, Obdachlose, kleine Straßenhändler oder Landarbeiter an Demonstrationen. Eine derartige Solidarisierung der städtischen Bevölkerung mit den ArbeiterInnen ist neu. Deshalb bezeichnet nicht nur die iranische Linke im Exil, die sich bisher stärker mit der Jugend-, Studenten- und Frauenbewegung im Iran beschäftigt hat, das als einen Wendepunkt. Auch bürgerliche Oppositionelle rufen nun »das iranische Volk« dazu auf, sich der »anti-diktatorischen Bewegung der Arbeiter« anzuschließen.

Am 19. April erklärte der Gouverneur von Behshahr, die ArbeiterInnen hätten nun ihre Vertreter benannt und er hoffe, dass es bei einem Treffen mit den Zuständigen der Stadt und der Provinz zu einer Lösung komme. Die Chitsazi-Fabrik ist seit 1938 in Betrieb, nach der Revolution 1979 wurde sie verstaatlicht und 1994 wieder privatisiert. 1995 sollten etwa 1600 Arbeiterinnen entlassen werden. In der Fabrik, zur Zeit mit etwa 1800 Beschäftigten, entwickelt sich seit 1998 Widerstand gegen Entlassungen, Lohnrückstände und die Schließung des Betriebs. In den Verhandlungen am 19. April bot man den ArbeiterInnen 200 Mio. Tumman an; das wären für jeden Arbeiter etwa 100 000 Tumman (ca. 100 Euro), was weniger als der durchschnittliche Monatslohn für ungelernte Arbeiter im Iran ist. Die vollen Lohnrückstände sollten ausgezahlt werden, sobald der Verkauf des Grundstücks abgeschlossen ist, was sich aber lange hinziehen kann. Die ArbeiterInnen lehnten das ab und ver-

langten die sofortige Auszahlung der vollen Lohnrückstände für 26 Monate, etwa 5 Mrd. Tumman.

In den nächsten Tagen wird ständig demonstriert:

- Am 21. April marschieren die ArbeiterInnen aus der Fabrik und versammeln sich mit Tausenden anderen vor dem Stadtrat. Es kommt zu Zusammenstößen mit den Ordnungskräften. In der Stadt herrscht der Ausnahmezustand. Aus Teheran werden Militärhubschrauber eingeflogen.
- Weitere Demos am 22. April, am 10. und am 12. Mai.
- Am 13. Mai besetzen die ArbeiterInnen die Fabrik und treten in den Hungerstreik.
- Am 17. Mai erklärt der Gouverneur von Behshahr, die streikenden ArbeiterInnen würden weiter auf ihren Forderungen bestehen; sie würden auf niemanden hören, nicht einmal auf die »Weisen der Stadt« oder die »Familien der Märtyrer«. Das sei für die politisch Verantwortlichen ein großes Problem.

Ein Korrespondent der Zeitung *Etemad* berichtet am 5. Juni, dass in den paar Stunden, die er in der Fabrik war, fünf Arbeiter ins Krankenhaus eingeliefert wurden. Ihr Gesundheitszustand sei sehr kritisch. Aus den Interviews dieses Korrespondenten in der Fabrik geht hervor, dass der Hungerstreik auch von vielen derjenigen Arbeiter getragen und radikalisiert wird, die damals freiwillig in den Krieg gegen den Irak gezogen waren; als sie in die Fabrik zurückkamen, waren sie mit einer anderen Realität konfrontiert und sehen sich heute als die Betrogenen.

Sicherheitskräfte haben die Fabrik von außen abgeschirmt, und die Familien der Arbeiter werden daran gehindert, die Besetzer zu besuchen. Der Gouverneur und die Verantwortlichen der Stadt befürchten weitere Solidarisierungen der städtischen Bevölkerung mit den Arbeitern und versuchen sie einzuschüchtern.

Am 14. Juni beenden die Arbeiter ihren Hungerstreik, am 14. und am 15. Juni gibt es wieder Demos in der Stadt, bei denen diesmal auch Parolen wie »Nieder mit der islamischen Republik« gerufen werden.

Die Hintergründe

Selbst nach offiziellen Zahlen haben etwa 100 000 ArbeiterInnen Lohnrückstände von 3 bis zu 30 Monaten. Neben den allgemeinen großen Problemen für das Kapital im Iran hat sich die Situation in der Textilindustrie besonders zugespitzt. Die Regierung versucht mit verschiedenen Gesetzen, z.B. der Lockerung des Kündigungsschutzes, das Problem in den Griff zu bekommen – aber erfolglos. Die Chitsazi-ArbeiterInnen wehren sich seit August 1998 mit offenen Protesten und Demonstrationen gegen Lohnrückstände und Versuche, den Betrieb zu schließen. Anfang Oktober 2000 gab es eine Woche lang Demonstrationen, bis die Regierung einige Gelder bereit stellte. Im Oktober 2001 demonstrierten die ArbeiterInnen in der Stadt und blockierten danach die Verbindungsstraße zwischen den Städten Mazandaran und Khorasan. Im September 2002 sperrten sie den Fabrikbesitzer in seinem Büro ein. Solche Kämpfe gibt es nicht nur in fast allen Textilfabriken des Landes, sondern auch in anderen Branchen. Von Streiks und Protesten der ArbeiterInnen wird auch aus anderen Städten berichtet – Semnan, Teheran, Kashan, Isfahan usw..

Von der Heftigkeit der Revolte geschockt, versuchte das Regime mit allen Mitteln, die offiziellen Erste-Mai-Kundgebungen zu verhindern. Zunächst mit Religion: Das »Haus der Arbeiter«, eine regierungsabhängige Organisation, kündigte an, die Erste-Mai-Kundgebung einen Tag früher abzuhalten, da der 1. Mai dieses Jahr mit dem 28. Safar, dem Todestag des Propheten Mohammed zusammenfalle. Nach einem geheimen Treffen zwischen dem Vorsitzenden des »Haus der Arbeiter« und dem religiösen Führer Rafsandschani wurde die Kundgebung ganz abgesagt. Das Regime befürchtete, die Demonstration könnte sich in einen Aufstand verwandeln und das »Haus der Arbeiter« wäre nicht in der Lage, die Proteste unter Kontrolle zu halten. Am 16. Juli 2002 hatte das »Haus der Arbeiter« eine Demonstration gegen die Einführung eines neuen Arbeitsgesetzes vor der Behörde für »Soziale Versorgung« organisiert. Als sich Tausende ArbeiterInnen der Demonstration anschlossen, lief die Aktion den Veranstaltern aus dem Ruder: mit massiver Polizeigewalt mussten ArbeiterInnen davon abgehalten werden, in das Gebäude einzudringen; Hunderte wurden festgenommen und zehn verletzt.

Wohin steuern die Arbeiterkämpfe?

Gerade jetzt, wo mit dem »Sieg« der USA im Irak viele ihre Hoffnungen auf Hilfe von außen setzen müssten, zeigt sich, dass solche Überlegungen in der Arbeiterklasse keinen besonderen Einfluß haben. Die ArbeiterInnen setzen auf ihre eigene Macht. Im Unterschied zu früher sind ihre jetzigen Aktionen nicht gesellschaftlich isoliert, sondern werden zu einem Bezugspunkt für Kämpfe in anderen gesellschaftlichen Bereichen.

Die iranische Parteilinke befindet sich angesichts der neuen Klassenkämpfe in einem Dilemma. Sie hat kein Interesse an der Eigeninitiative der ArbeiterInnen, sondern will als politische Vertretung und zukünftige Regierung auftreten – zur Entmachtung des Regimes braucht sie aber den Druck der ArbeiterInnen. Daher empfiehlt sie ihnen, Gewerkschaften zu gründen, und appelliert an Gewerkschaften im Ausland, Protestbriefe an Präsident Chatami zu schreiben. Aber die ArbeiterInnen vertrauen diesen Vertretern nicht. Schon

über Tauschgeschäfte zu handeln. Anders als im Fall Irak können die USA in Venezuela aber nicht einfach einmarschieren. Trotz der Vorwürfe wegen Verbindungen zwischen Chavez und Castro bzw. Ghaddafi schrecken sie davor zurück, über eine Unterstützung von Chavezgegnern hinauszugehen.
Rußland, China, Nordkorea und Malaysia halten große Mengen an Euros in ihren Währungsreserven zur Absicherung gegen einen immer schwächer werdenden Dollar. CIA und der britische MI5 fürchten nun, daß die OPEC ihren Geschäfte von Dollar auf Euro umstellt, was eine sofortige massive Abwertung des Dollar und der an ihn gebundenen Währungen sowie der Auslandsschulden auslösen würde. Angesichts ihres riesigen Zahlungsbilanzdefizits fürchten die USA, daß Saudi-Arabien kurz davor steht, zum Euro überzugehen, und viele OPEC-Minister sehen die Umstellung als unvermeidlich an, die Frage sei nur: wann. Arabische Quellen halten die Umstellung im Nahen und Mittleren Osten für einen vernünftigen Schritt gegen die Fähigkeit der USA, »weitere illegale Kriege zu führen« und drohen mit der Umstellung, sollten britische und US-Truppen nicht bald aus dem Irak abziehen bzw. dieser nicht mehr an der OPEC teilnehmen. Auch der Iran erwägt eine Umstellung und steht daher im Fadenkreuz der USA, die die Opposition unterstützen. Befürchtet wird nun »Destabilisierung und eine Art Befreiungskrieg unter dem Vorwand, die Demokratie nach dem Vorbild der USA zu bringen, während sie im Kern nur den Dollar als weltweite Leitwährung erhalten wollen.«

unter dem Schah haben sie die Gewerkschaften nicht akzeptiert; in der Revolution 1979 haben sie eigene Streikkomitees und Arbeiterräte gegründet. Und die Krise der Gewerkschaften in vielen Ländern macht diese Politik auch nicht glaubwürdiger.

Die Linke hat sich sehr darüber gefreut, dass es in Behshahr zu Verhandlungen mit den Vertretern der ArbeiterInnen gekommen ist, und sieht in diesen Vertretungsorganen einen Sieg der Arbeiter gegenüber dem Regime (siehe die Stellungnahmen der »Arbeiterkommunistischen Partei des Irans«, die sich mit Protestbriefen von Gewerkschaftsbürokraten aus aller Welt wie Klaus Zwickel oder dem kanadischen Gewerkschaftsboss Georgetti schmückt). Aber die ArbeiterInnen scheinen keinen großen Nutzen in solchen Organen zu sehen und ziehen ihre eigenen informellen Organisationsstrukturen vor. Während es den reformorientierten Kräften in den letzten Jahren gelungen ist, eigene einflußreiche Organisationen in der Studenten- und der Frauenbewegung zu installieren, blieben ähnliche Versuche bei den Arbeitern erfolglos. Sie stehen den »Reformern« distanziert gegenüber.

Seit dem 10. Juni 2003 dauern die **Proteste in den Studentenwohnheimen** und auf den Unigeländen in Teheran an. Im Unterschied zu 1999 weiteten sie sich auf viele andere Städte des Landes und in andere Bevölkerungsgruppen aus – trotz der Drohungen von Chamenei, die Unruhestifter seien Söldner der USA. Es wird geschätzt, dass 90 Prozent der Beteiligten an den Protesten keine Studenten sind. Die Parolen auf den Demos zielen nicht mehr auf »Reformen«, sondern fordern den Rücktritt Chatamis.

Bezeichnend und ebenso normal ist es, welches Gewicht die (Welt-)Öffentlichkeit diesen Ereignissen im Vergleich mit Arbeiterrevolten wie in Behshahr zuschreibt (z.B. kommentiert die *Süddeutsche Zeitung* am 12. Juni: »Es war die erste solche Eruption, seit die Amerikaner mit dem Sturz Saddam Husseins an die iranische Westgrenze vorgerückt sind.«). Die Demokratiebewegung spielt die wirtschaftlichen und sozialen Ursachen der Proteste herunter oder streift sie nur flüchtig, da sie für diese Probleme wie überall auf der Welt keine Lösungen anzubieten hat. Auslöser für die Proteste war das Vorhaben des Bildungsministers, der zum Reformflügel des Regimes gezählt wird, die Universitäten zu privatisieren. In dem Plan, einige Vorlesungen mit Gebühren zu versehen, sehen die Studenten die Absicht der Regierung, das Studium nur noch den Wohlhabenden zu ermöglichen. Jedes Jahr fallen zwei Millionen Abiturienten in den Zulassungsprüfungen der Universitäten durch und müssen sich mit prekären Jobs durchschlagen. Seit der Revolution von 1979 hat sich die Bevölkerung des Iran von 34 auf 70 Millionen mehr als verdoppelt, 70 Prozent der Menschen sind unter 30 Jahre, 50 Prozent unter 20 Jahre alt; die Arbeitslosenquote wird auf 35 Prozent geschätzt.

Der Versuch der iranischen Bourgeoisie, der wirtschaftlichen Lage durch einen »Reform«-Prozeß Herr zu werden, ist gescheitert. Die Hoffnung auf eine US-amerikanische Intervention, die viele Monarchisten und Wohlhabende besonders im Exil hegen, wird auch im Iran hier und da geäußert. Das ist aber Ausdruck der Hilflosigkeit derer, die nicht daran denken, selber zu rebellieren. Vieles deutet darauf hin, dass sich die Träger der »Demokratiebewegung« von links bis rechts – Intellektuelle und (ehemals) linke Gruppen im Ausland bis hin zu Oppositiongruppen im Iran – auf den Slogan »Referendum unter internationaler Beobachtung über eine säkulare Demokratie« geeinigt haben und einen friedlichen Regimewechsel anstreben: bloß keine Revolution, sagen alle. Sie fordern die Studenten auf, den »Weg der friedlichen Proteste« nicht zu verlassen. Seit Monaten wird mit der Forderung nach einem Referendum für eine große Demonstration am 9. Juli 2003, dem Jahrestag der Studentenproteste von 1999, mobilisiert. Es ist aber sehr fraglich, ob ein »friedlicher« Wechsel im Iran möglich ist. Ein militärisches Eingreifen der USA würde die Lebensbedingungen der Proletarier weiter verschlechtern und den Kurs der kapitalistischen »Reformen« forcieren. Es würde keines der Probleme lösen, an denen sich heute die Arbeiterproteste entzünden. Nur ein Sturz des Regimes durch die Gewalt von unten, durch die Entwicklung einer Arbeiterrevolte könnte die Weichen ganz anders stellen…

S., 20. Juni 2003

Irak – ein Krieg gegen das Proletariat

Detlef Hartmann / Dirk Vogelskamp: Irak. Schwelle zum sozialen Weltkrieg.

Das Büchlein, das während des Krieges herauskam, beschäftigt sich in erster Linie mit den Nachkriegsplanungen US-amerikanischer Think-Tanks für den Irak und die gesamte Region. Mit dem Ende des Krieges, das Bush am 1. Mai verkündete, wird täglich deutlicher, dass der soziale Kampf um die Neuordnung erst begonnen hat. An diesen Kämpfen bricht sich jede noch so vorausschauende Planung, und eine Reihe der im Buch analysierten Konzepte sind bereits Makulatur geworden. Umso spannender, heute noch einmal die ursprünglichen Zielvorstellungen nachzulesen, im Kontrast zwischen Planung und Realität wird die Schwäche des Kapitals sichtbar, die Welt für seinen Verwertungszweck zuzurichten.

Der Blickwinkel des Buchs ist ein etwas anderer: die gesamte Diskussion über den Irak-Krieg soll aus der Flachheit rein politizistischer (Geopolitik, Regimewechsel, Demokratie) oder ökonomistischer (Krieg um Öl, wirtschaftliche Konkurrenz) Argumente herausgeführt werden. Dazu wird gezeigt – und das ist die Stärke der vorgelegten Analyse –, wie sowohl die Politik des Saddam-Regimes im Irak, als auch die Politik der USA sowie der europäischen Staaten gegenüber dem Irak, Momente des neoliberalen Angriffs auf das globale Proletariat und der kapitalistischen Krisenpolitik sind.

Die heutige globale Krise wird als Überakkumulationskrise begriffen, die auf der Blockierung des weiteren Zugriffs auf Arbeit als der einzigen Grundlage der Verwertung beruht. Dies treibe die kapitalistischen Staaten zunehmend zum Krieg, da die Blokkaden anders nicht aufgebrochen werden könnten – »Krieg als Form und Mittel ›ökonomischer‹ Öffnung«. Den Irakkrieg nennen die Autoren daher die »erste Etappe eines sozialen Weltkriegs« (42). Aus diesem Blickwinkel wird auch der soziale Charakter des Saddam-Regimes ganz anders verständlich als in dem Lamentieren über »Diktatur« und »Schurkenstaaten«. Die Unterstützung, die dieses Regime lange Zeit von den USA und Europa genoss, war nicht einfach geopolitisches Kalkül zur Beherrschung der Region, sondern beruhte darauf, dass es genau die Schocktherapie, die Privatisierungs- und Liberalisierungspolitik betrieb, die seit Thatcher und Reagan weltweit propagiert und durchgesetzt werden.

In einem der längsten und interessantesten Abschnitte des Bändchens (17-30) wird diese innere wirtschafts- und sozialpolitische Entwicklung im Irak skizziert, die in den bisherigen Debatten kaum aufgetaucht ist. Das Saddam-Regime war von Anfang an eine Entwicklungsdiktatur, ausgerichtet auf die Zerschlagung traditioneller Strukturen. Der Iran-Irak-Krieg 1980-88 beschleunigte diesen Transformationsprozeß auf brutalste Weise. Ende der 80er Jahre werden gezielte Angriffe auf die Arbeiterklasse eingeleitet: Privatisierung von Staatsbetrieben, Auflösung der Gewerkschaften, Abschaffung von Mindestlöhnen, Verschärfung der Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt durch die erleichterte Anwerbung arabischer Arbeiter aus anderen Län-

Irakische Demonstranten fordern vor dem *Büro für den Wiederaufbau und humanitäre Hilfe* Jobs

Detlef Hartmann / Dirk Vogelskamp:
Irak. Schwelle zum sozialen Weltkrieg. Nachkriegsplanungen der US-Regierung und ihrer Think Tanks
(Sonderheft Materialien für einen neuen Antiimperialismus), Assoziation A, ISBN 3-935936-21-4, April 2003, 83 S., 8 Euro.

Der Irak ist fern davon »befriedet« zu sein. Immer wieder kommt es zu Anschlägen, wie dieser Sprengung einer Ölpipeline (unteres Bild)

Oberes Bild: amerikanische Soldaten bewachen einen Gefangenen

dern. Nach dem zweiten Golfkrieg 1991 wurde diese Politik fortgesetzt, wobei die Gangart durch das Embargo und die Sanktionen des Westens verschärft werden konnte. Faktisch bedeuteten die Sanktionen eine weitere Proletarisierung, da die gesamte Bevölkerung in eine stärkere Abhängigkeit vom Regime geriet, das zu einer »technisierten Lagerverwaltung« für 23 Millionen Menschen wurde. Die Nachkriegsplanungen der USA knüpfen unmittelbar an dieser Politik des Saddam-Regimes an, das nun aber weggeräumt werden müsse: angesichts der globalen Wirtschaftskrise und der explosiven sozialen Situation in der gesamten Region sei ein direkterer Zugriff erforderlich, um eine Politik der gewaltsamen ökonomischen Öffnung durchzusetzen.

Anhand der Nachkriegsplanungen können die Autoren diese These gut belegen. Aus dem Wust von Planungspapieren diverser Think-Tanks haben sie einige bezeichnende Stellen herausgefiltert, in denen der explosive soziale Konflikt in der Region als eigentlicher Hintergrund der Kriegs- und Neuordnungspolitik offen ausgesprochen wird. Daher geht es in diesen Planungen auch nicht um Demokratisierung und Zerschlagung der alten Herrschaftsstrukturen, auch wenn dies propagandistisch in den Mittelpunkt gestellt wird. Vielmehr schwebte den entscheidenden Planern vor, dem Baath-Regime lediglich die obersten Köpfe abzuschlagen, den effizienten Verwaltungs- und Sicherheitsapparat aber zu übernehmen. In aller Schärfe wird dabei auch klargestellt, welch reaktionären Charakter die »linke« Rechtfertigung oder gar Forderung des Kriegs durch sogenannte »Antideutsche« hat (in dem Aufsatz *Auf in den Irak, auf ins ›Preußen Arabiens‹* in der Zeitschrift *Alaska* ist Detlef Hartmann darauf eingegangen, wie die antideutsche Politik dabei mittlerweile in die Fußstapfen des deutschen Imperialismus tritt).

Zur Zeit erleben wir das Scheitern des Versuchs, den alten Herrschaftsapparat zu übernehmen, wobei noch im Dunkeln bleibt, wieviel an Zusammenarbeit mit den alten Herren immer noch versucht wird. Am 4. Juni berichtete die Arbeiterkommunistische Partei des Iraks von einem bezeichnenden Vorfall: eine Arbeitslosengruppe hatte das Gebäude des ehemaligen baathistischen Gewerkschaftsverbandes in Bagdad besetzt, um mit verschiedenen Arbeitergruppen einen neuen Dachverband zu gründen. US-Soldaten und zivile bewaffnete irakische Sicherheitskräfte drangen in das Gebäude ein, um die Besetzer rauszuschmeißen. Während der Debatte mit den US-Soldaten erkannte einer der Arbeiter in einem der Sicherheitskräfte einen Vertreter des alten Baath-Regimes, und die US-Soldaten waren gezwungen, ihn festzunehmen. Sei es der Druck aus dem Proletariat, sei es der anhaltende Widerstand auch aus dem unteren Apparat des ehemaligen Regimes – ein nahtloses Anknüpfen an den alten Verwaltungsstrukturen scheint der US-Besatzungsmacht verbaut zu sein, was ihre Probleme weiter verschärft.

Damit will ich abschließend auf ein paar Schwächen des Büchleins hinweisen, die sich aus dem theoretischen Ansatz ergeben, der sich durch die Schriften der »Autonomie/NF« und der »Materialien« hindurchzieht.

Durch den Blick aus der Perspektive der Planer erscheinen das Kapital und seine Agenturen oft als übermächtige Gewaltinstanzen, die dabei sind, sich eine Welt nach ihren Wünschen zu schaffen. Obwohl Hartmann gerade in letzter Zeit die Rolle der lebendigen Arbeit als Quelle des Werts betont (hier vor allem gegenüber dem vereinfachten Bild eines Öl- und Rohstoffimperialismus) und damit eine dialektische Betrachtung des Kapital- und Klassenverhältnisses einfordert, legt die endlose Wiederholung des Schumpeterschen Begriffs der »schöpferischen Zer-

störung« eine Sichtweise nahe, bei der das eigentliche historische Subjekt das Kapital in seinem Zugriff auf die »Unterklassen« bleibt. Daher wird aus Sorge, der allgemeine Angriff des Kapitals könne hinter den Auseinandersetzungen zwischen den USA und europäischen Staaten verschwinden oder man könne in dem linksbürgerlichen Diskurs über die bessere Weltmacht »Europa« landen, nicht auf den Machtverfall der hegemonialen Macht der USA eingegangen – obwohl dieser offensichtlich die Schwäche der gesamten kapitalistischen Weltordnung zum Ausdruck bringt. Diese anklagende Haltung gegenüber einem übermächtig wirkenden Kaptial hat möglicherweise auch etwas mit dem Adressaten der Schrift zu tun: viele Formulierungen legen nahe, dass es den Autoren nicht um die Widrigkeiten und Schwierigkeiten der proletarischen Kämpfe, also die Selbstreflexion in den Kämpfen und Bewegungen, geht, sondern um glühende Appelle in einer mittelständischen Linken, um deren Haß auf das System der Unterdrückung und ihre praktische Feindschaft wach zu halten – angeekelt von den ständigen Übergängen aus dieser Art von Linken in die Herrschaftsapparate und ideologischen Instanzen des Kapitalismus hinein.

Theoretisch falsch und nicht nur praktisch hilflos wird die gutgemeinte Absicht, wenn diese moralische Sichtweise bei der Auseinandersetzung mit den proletarischen Kämpfen an die Stelle materialistischer Analyse tritt. Im Schlußsatz werden – auch wieder in Richtung linker Mittelschichten – die »moralischen Qualitäten« historischer sozialrevolutionärer Kämpfe beschworen. Die Frage der materiellen, revolutionären Macht des Proletariats in der Kapitalentwicklung, aufgrund seiner Stellung in der globalen Kapitalproduktion und -reproduktion scheint nicht zu existieren. Daher kann die revolutionäre Qualität des Proletariats auch nur rückwärtsgewandt an der sogenannten »moralischen Ökonomie« (die in Wirklichkeit nicht mehr oder weniger »moralisch« war wie jede andere Ökonomie, die immer mit bestimmten Wertvorstellungen verbunden ist) festgemacht werden. Besonders problematisch wird dies, wenn hier wie in den Iran-Heften der »Autonomie/NF« die »religiös gefärbten revolutionären Bewegungen vor allem aus dem Schiismus« (21) zum Hauptwiderstand gegen die Kapitalentwicklung in der Region verklärt werden. Nach dem dramatisch schnellen und brutalen Umkippen der iranischen Revolution von 1979 in eine religiös begründete Entwicklungsdiktatur wäre hier eine genauere Diskussion und Revision alter Positionen angebracht. Gerade wenn die Autoren einleitend schreiben, der Text solle als Einladung zur Diskussion verstanden werden, ist schwer nachzuvollziehen, warum diese zentrale Frage mit einem Halbsatz in Fußnote 15 abgetan wird. ArbeiterInnen und GenossInnen aus dem Iran, mit denen wir diskutieren, können bis heute nicht verstehen, wie oberflächlich Linke in Europa ihre Hoffnungen auf das religiöse Element setzen konnten.

Fazit: wer genauer verstehen will, welchen Kurs die Besatzungsmacht im Irak nimmt, welche Planungen darin zum Tragen kommen und wie sie scheitern, sollte das Buch unbedingt zur Hand nehmen. Es enthält eine Fülle von Hinweisen für weitere Recherchen und läßt einen das Gewirr der US-amerikanischen Planungsinstitutionen (Think Tanks) besser verstehen. Zu den Perspektiven der proletarischen Kämpfe kann der Text allerdings wenig beitragen, weil sein Blickwinkel ein anderer ist. Die Suche nach einem revolutionären Subjekt, das ganz außerhalb des übermächtigen Kapitals steht und seine Feindschaft moralisch begründet, ist auch eine der diversen Erbschaften des »Operaismus« (siehe dazu den Artikel auf Seite 70 ff.) und intellektueller Reflex auf die Krise revolutionärer Bewegung in den 80er und 90er Jahren.

US-Panzer vorm irakischen Nationalmuseum

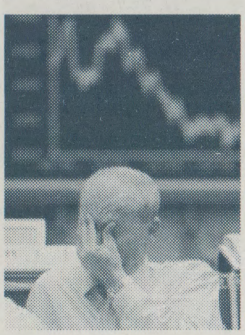
USA quälen Häftlinge mit Heavy Metal

WASHINGTON/LONDON (kna). Irakische Häftlinge werden nach Aussage eines US-Army-Psychologen mit Heavy-Metal-Musik, Songs aus der Sesamstraße und anderen Kinderliedern gefügig gemacht. Sergeant Mark Hadsell sagte dem US-Magazin „Newsweek", unkooperative Gefängnisinsassen würden etwa mit Dauerbeschallung der Gruppe Metallica und dem damit verbundenen Schlafentzug zum Reden gebracht. Die Iraker seien nicht an solche Musik gewöhnt.

Irgendwann sei der Wille gebrochen. „Dann kommen wir rein und reden mit ihnen", so Hadsell wörtlich. Ein Sprecher der Menschenrechtsorganisation Amnesty International sagte dem britischen Sender BBC, Derartiges könnte bei mehrtägiger Anwendung den Tatbestand der Folter erfüllen.

An 'tallica scheiden sich die Geister. Ihr neues Album *St. Anger* wird von den einen als 'back to the roots' gefeiert, von den anderen als tontechnischer Abfall verworfen. Dass ihre Musik allerdings inzwischen den Tatbestand der Folter erfüllt, hätten sicher auch eingefleischte Metallica-Hasser nicht für möglich gehalten.

USA: Nach der Inflation kommt die Deflation



Deutschland befindet sich am Rande einer Deflation, Japan bereits mittendrin, und auch in den USA wird diese Möglichkeit immer breiter diskutiert. Es ist also an der Zeit, die Frage von Deflation oder Inflation vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Konjunktur anzugehen. Ich sehe zumindest für die USA den Ausbruch einer Inflation voraus, auf die eine letztmalige weltweite Deflation folgen wird. Daraus ergibt sich schließlich das Schreckgespenst einer Schulden-Deflations-Krise, wenn bei einem weltweiten Sinken der Preise enorme Schuldenbeträge bestehen bleiben. Denn nicht alle Schulden schrumpfen mit dem Sinken der Preise, und wie Japan gezeigt hat, können einige davon durch institutionelle Intervention für sehr lange Zeit am Deflationieren gehindert werden. (Das ist die eigentliche analytische Bedeutung des Konzepts des fiktiven Kapitals.)

Die US Federal Reserve Bank wird versuchen - tatsächlich versucht sie das schon seit Januar 2001 energisch -, noch einen weiteren Kreditschub loszutreten, um den Kollaps abzuwenden, denn das ist der einzige Trick, den sie kennen, und immerhin hat er die Liquidität seit der Panik im Herbst 2002 enorm verbessert. Natürlich hat die Fed das Ganze nicht wirklich unter Kontrolle. Der Bestand an US-Dollars im Ausland wird auf zehn Billionen geschätzt, dazu kommen drei Billionen Auslandsverschuldung, so dass ein ernsthaftes Fallenlassen des Dollar durch Ausländer, wenn in den USA die Inflation zunimmt, den bereits seit einem Jahr in größerem Ausmaß stattfindenden Rückzug aus dem Dollar sicherlich beschleunigen wird. Wenn aus diesem Rückzug aus dem Dollar ein Davonstürzen wird, wird die Fed entweder schleunigst die Zinssätze anheben und damit die Binnendeflation verstärken, oder drastische Maßnahmen ergreifen müssen, um die Dollarbestände im Ausland zu entwerten. (Auf sanfte Art geschah das 1971 durch Nixons Auflösung von Bretton Woods, aber heute geht es um viel mehr.) Im Jahr 1980, als der Goldpreis je Unze von 168$ im Jahr 1978 auf 900$ stieg, wurde geschätzt, dass eine Rückkehr zum Goldstandard (ein höchst hypothetisches Gedankenexperiment) einen Goldpreis von 2 000$ die Unze erforderte, um alle Dollaraußenstände zu decken. Zur Erinnerung: 1980 waren die USA immer noch ein Kreditgeberland. Das änderte sich erst 1984, und wir können uns kaum vorstellen, wie teuer Gold heute sein müsste, um damit alle Dollaraußenstände zu decken. Natürlich ist solch eine drastischer Schritt höchst unwahrscheinlich, denn das wäre gleichbedeutend damit, eine exorbitante Deflation in den Rest der Welt zu exportieren und würde quasi eine Autarkie der USA innerhalb eines weltweiten deflationären Zusammenbruchs erfordern.

Wir dürfen nicht vergessen, dass die deflationären Erfahrungen in Deutschland und Japan die Erfahrungen von Kreditgeberländern sind, und noch dazu von Ländern, die die Auswirkungen der kreditfinanzierten Verschwendungssucht der USA tragen. Im wesentlichen hatte die Welt seit 1945 durch das System von Bretton Woods einen Dollarstandard, der letztendlich durch die Verschuldung der US-Regierung gedeckt war. Bis 1971 verfügte dieses System auch über eine Deckung durch Goldreserven. Seit 1971 besteht die einzige Deckung in der Kreditwürdigkeit des Staates USA. In diesem Zusammenhang ist einer Erwähnung wert, dass das Weiße Haus Ende Mai zugab, einen Bericht des US-Finanzministeriums unterdrückt zu haben, der eine Staatsverschuldung in Höhe von 42 Billionen voraussagte, und zwar genau zu der Zeit, als die Bush-Regierung 800 Milliarden Steuersenkungen über die nächsten zehn Jahre durchsetzt. Ganz entscheidend für das heutige Weltfinanzsystem ist die Tatsache, dass Ausländer Dollar halten, und zwar in der Form von Schuldverschreibungen der US-Regierung, US-Aktien und -Pfandbriefen, sowie von Direktinvestitionen in den USA. Und es ist dieses Dollar-Recycling der negativen US-Zahlungsbilanz (die für 2003 auf die 500 Milliarden zugeht), das das pyramidenhafte Aufschichten von Schulden auf der Ebene des Bundes, der Einzelstaaten, der Städte und Firmen sowie Privathaushalte erst ermöglicht. Die Gesamtverschuldung (ohne die des Bundes) wird geschätzt auf 20 Billionen oder das Doppelte des Bruttoinlandsprodukts. China und Japan sind heute die beiden Hauptkreditgeber aus dem Ausland mit zusammen etwa einer Billion Dollar. Wenn sie und andere Gläubiger der USA ihre Dollars verkaufen, bricht diese ganze Pyramide der US-Binnenverschuldung zusammen.

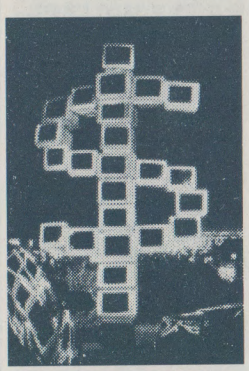
Die Fed jedoch tut derweil alles in ihrer Macht Stehende, um die internen Kreditblasen in den USA aufzublähen, vor allem durch Maßnahmen wie die Finanzierung von Hypotheken, die den Mittelklassen in den letzten Jahren zig Milliarden Dollar Kredit zur Verfügung stellte und dadurch eine Immobilienblase verursachte, die den Vergleich mit der Hightech-Bla-

se zuvor und der langsam Luft verlierenden Dollarblase nicht zu scheuen braucht.

Mit einem massenhaften Rückzug von Ausländern aus dem Dollar wird die Welt aus der Deflation in die Depression übergehen. Seit den 1960ern arbeitet die Welt unter einem bankrotten Dollarsystem. Im März 1968, im Sommer 1974 und vielleicht 1979 war die Welt nahe an einer Flucht aus dem Dollar, die schon damals die Depression ausgelöst hätte. Verhindert wurde das nur durch eine Kreditpyramide, die zu der Zeit selbst kluge Analysten durch ihre Riesenhaftigkeit in Erstaunen versetzte, kombiniert mit einem erfolgreichen Angriff auf den Lebensstandard in den USA, der für 80 Prozent der Bevölkerung in einer Größenordnung von 20 Prozent gesenkt wurde.

Wie wir an den Irakkriegen 1991 und 2003 gesehen haben, die beide nicht zufällig am Tiefpunkt einer US-Rezession stattfanden, dürfen wir die politische Dimension des Krisenmanagements niemals unterschätzen. Es wird kein ausschließlich wirtschaftliches Phänomen sein. In den 1960ern und 1970ern exportierten die USA ihre Inflation, und jetzt werden sie ihre Deflation exportieren. Die Politik, die sie in Eurasien entwickelt haben, mit der militärischen Einkreisung Russlands und Chinas (gerade in jüngster Zeit mit der Ankündigung von Stützpunkten in Polen und Rumänien), enthüllt ein ungeheures Potential für zukünftiges Krisengeschrei. Als England in den 1930ern pleite ging, stand das US-Kapital bereits auf der Matte. Heute gibt es keine Macht, die die USA ersetzen könnte. Das bedeutet, dass nur eine Antwort der Arbeiterklasse einen erfolgreichen Ausweg aus einer Implosion der USA bieten kann.

Loren Goldner, Juni 2003



Die bisher letzte Auflage des *American Dream*: Dollarstatue aus alten Computermonitoren bei San Jose (Silicon Valley)

Barbaren und Haushaltskürzungen

Eine Reise durch die Welt des Emmanuel Todd

Immer mit Blick auf Anthropologie, politische Ökonomie und Demographie hat Emmanuel Todd es fertiggebracht, zwei absolut faszinierende Bücher zu schreiben. Leider steht er nicht auf unserer Seite.

Ich fing im Winter an, die amerikanische Ausgabe von *Weltmacht USA – Ein Nachruf* zu lesen, und war davon so geschockt, dass ich gleich noch *Die neoliberale Illusion* lesen musste, um besser verstehen zu können, wer der Autor war. Mitten in der härtesten Welle von Nationalismus, die die USA in meiner bewussten Lebenszeit heimsuchte, war da ein Ausländer – noch dazu ein Franzose! –, der sich mit der Struktur der US-Wirtschaft und dem Verfall der US-Demokratie und -Kultur bestens auskannte. Außerdem, ganz wichtig, war er bewaffnet mit einem höchst kritischen Blick auf die Widersprüche innerhalb der US-amerikanischen Gesellschaft, besonders in Bezug auf die Rassenfrage, und das sagt sehr viel, wenn man in Betracht zieht, dass die meisten Amerikaner selbst recht kindliche Vorstellungen von Rasse und Rassismus haben. Das war sozusagen das Tüpfelchen auf dem I-Tüpfelchen, denn Todd stützt sich überhaupt auf einen Reichtum an Untersuchung und Wissen, um seine Hauptthese zu untermauern. Die lautet ungefähr: »Die US-Regierung verhält sich, besonders seit dem 11. September 2001, so verrückt, weil sie versucht, der allgemeinen Krise des Kapitals entgegenzusteuern, die paradoxerweise mit der erfolgreichen Entwicklung der Arbeitskraft zusammenhängt. Diese Krise drückt sich paradoxerweise darin aus, dass eben diese Arbeitskraft nicht mehr reproduziert wird, aber ihre Ausdrucksform wird geregelt durch die uralte Grundlage aller menschlichen Gesellschaften: das anthropologische Unbewusste.«

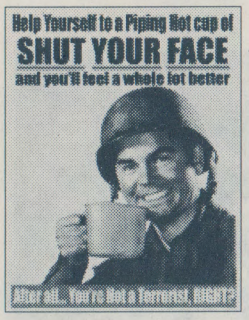
Todd ist eine Art Technokrat der obersten Ebene, ein französischer Keynesianer, der das Kapital vor sich selbst retten will. Nie verwendet er Begriffe wie kapitalistische Akkumulation, Nichtreproduktion von Arbeiterklasse und Gesellschaft, Übergang von der formellen zur reellen Herrschaft des Kapitals über die

Emmanuel Todd,
Weltmacht USA – Ein Nachruf
(Piper München 2003),

Die neoliberale Illusion – Über die Stagnation der entwickelten Gesellschaften
(Rotpunktverlag Zürich 1999).

Originalausgaben:
Après L'Empire: Essai sur la décomposition du système américain
(Gallimard, 2002)

L'Illusion Économique: Essai sur la stagnation des societés développées
(Gallimard, 1998)



Arbeit, Halbproletarisierung großer Teile der Dritten Welt, Übergang zum vollentwickelten Kapitalismus in der Zweiten Welt – aber kein Zweifel, genau davon handeln die beiden Bücher.

Und sie sind besser als vieles, was man dieser Tage so liest über die US-Außenpolitik und die Gründe für Kriege, Kriegsdrohungen und Kriegslust. Zum Beispiel versucht Todd, im Gegensatz zu vielen Linken in den USA, nie über die Tatsache hinwegzutäuschen, dass die USA seit mindestens 58 Jahren ein Imperium sind und dass es materielle, sprich: finanzielle Gründe für ihr »bizarres Benehmen« seit dem Elften September gibt. Es ist nicht wahr, wir müssen nicht »Amerika stoppen, bevor es wie das Alte Rom wird!« Das ist es schon.

Am Anfang erklärt Todd, dass sich das amerikanische Imperium in Schwierigkeiten befindet und sowohl dem inneren industriellen und sozialen Verfall als natürlich auch dem Wettbewerb mit anderen nationalen Kapitalen, besonders Europa und Japan, stellen muss (China sieht er als Bedrohung auf lange Sicht, momentan eher als Exportbasis mit schwacher Binnennachfrage). Dass die herrschende Klasse in den USA sich dieses Problems bewusst ist, drückt sich aus in Büchern wie Kissingers *Die Herausforderung Amerikas – Weltpolitik im 21. Jahrhundert [Does America Need a Foreign Policy? 2002/2001]*, Huntingtons *Kampf der Kulturen [Clash of Civilizations, 1996]*, Paul Kennedys *Aufstieg und Fall der großen Mächte (1989/1987)* und dem leuchtenden Beispiel aus dem Genre besorgte Kriegstreiberliteratur, Brzezinskis *Die einzige Weltmacht [The Grand Chessboard, 1999/1997]*. Bisher fahren die USA eine dreigleisige Strategie: sie haben keines der geopolitischen Probleme auf Dauer gelöst, natürlich denkt man sofort an Palästina, und zwar um einerseits immer einen Grund für ihr Eingreifen zu haben und andererseits in Fortführung der alten britischen Strategie des Gleichgewichts der Kräfte. Ihre Muskeln haben sie in kleineren Ländern spielen lassen, die über geringe oder gar keine militärische Stärke verfügen. Und sie haben hochtechnologische Waffensysteme entwickelt, als Grundlage für ihre in den 90er Jahren entwickelte tollwütige Diplomatie einer einzelgängerischen Supermacht: »Irrationalität ist gut.«

Todd zeigt, dass der Grund für den sozialen Verfall in den USA in der erfolgreichen kapitalistischen und, bedeutender noch, in der allgemeinen sozialen und kulturellen Entwicklung in anderen Staaten liegt: Verwertung von Arbeitskraft, steigende Produktivität der Arbeiter und der Arbeit. Auch in Europa ist es das gleiche Lied, aber hier hat die Krise aus Gründen, auf die ich später eingehen werde, ein anderes Gesicht. Es genügt zu sagen: »Sobald die Menschen lesen, schreiben und rechnen können, übernehmen sie quasi natürlich die Herrschaft über ihre physische Umwelt. In Asien und in Lateinamerika ist heute der wirtschaftliche Aufschwung eine automatische Folge der Verbreitung von Bildung, genau wie es in Europa vom 17. bis zum 20. Jahrhundert der Fall war. Durch den Freihandel und die Globalisierung der Finanzmärkte wird das Wirtschaftswachstum gebremst und verzerrt, aber es ist da. Amerikaner, Europäer und Japaner müssen sich der Tatsache bewusst sein, dass Produktionsstätten nur deshalb in Niedriglohnländer ausgelagert werden konnten, weil die Bildung in Brasilien, Mexiko, China, Thailand und Indonesien so große Fortschritte gemacht hat. Die Arbeiter in diesen ehemaligen Dritte-Welt-Ländern, deren Niedriglöhne die Arbeitsmärkte und Löhne in Amerika, Europa und Japan belasten, können lesen, schreiben und rechnen, *und deshalb können sie ausgebeutet werden.*« (43)

Es ist die kapitalistische Entwicklung der früheren Dritten und Zweiten Welt, die die »Globalisierung« ermöglicht, ein System, das auf der Asymmetrie des Tauschs beruht. »Die Globalisierungs-Debatte hat zum Teil nichts mit der Wirklichkeit zu tun, denn allzu oft wird die Vorstellung einer Symmetrie beim Tausch und bei den Finanzen übernommen, bei der keine Nation eine besondere Rolle spielt. ... [Man übersieht] die besondere Rolle der wichtigsten Länder bei der neuen Organisation der Weltwirtschaft.« Wie viele Marxisten auch sieht Todd den »freien Tausch« als Ideologie von im Niedergang befindlichen Mächten, deren Interesse darin liegt, die profitableren Produktionsmittel, die Arbeitskräfte, Rohstoffe und allgemeinen Ressourcen anderer Länder zu plündern, kurz: als die Ideologie des Imperialismus. Todd weiß also, dass es so etwas wie fairen Handel in einer Welt kombinierter und ungleicher Entwicklung, wie die Trotzkisten das nennen, nicht gibt. Deswegen kann die offen »asymmetrische Handelsstrategie« von Merkantilstaaten wie Deutschland, Japan und Südkorea (und sogar China, aber das ist eine etwas andere Geschichte) nicht auf Dauer funktionieren, und die USA setzen sie zunehmend geostrategisch und wirtschaftlich unter Druck, z.B. durch Bushs Stahlzölle und den Angriff auf den Irak. Und aus demselben Grund liegt für Todd als gutem Keynesianer die Lösung all unserer Probleme in der Steigerung der weltweiten Gesamtnachfrage, doch diese Lösung ist durch US-Politik und Globalisierung blockiert. Denn schließlich wird kein Land alles nur Mögliche unternehmen, um eine eigenständige Binnennachfrage zu schaffen, wenn es ausreicht, sich im Wettbewerb mit anderen Ländern eine Scheibe vom US-Handelsbilanzdefizit abzuschneiden.

Dieser ganze wirtschaftliche Teil ist jedoch in einen anthropologischen Rahmen eingebettet, und dieser stellt für Todd einen wichtigen regulierenden Faktor in den zwischenmenschlichen Beziehungen dar. Das hängt mit Familientypen zusammen.

Die angelsächsischen Länder haben alle die individualistische »Kernfamilie«, während das entwickelte kapitalistische Europa und Japan den Typ der »Stamm-

familie« gemeinsam haben. Er bietet dazu eine ganze Menge Material, doch seine grundlegende Ansicht besteht darin, dass die anglophonen Länder ihre Kinder auf Autonomie und soziale Freiheit vorbereiten: sie werden mit etwa achtzehn Jahren aus dem Haus geworfen, ob aufs College, ins Internat, auf den Arbeitsmarkt oder wohin auch immer, um ihr Glück zu machen, immer mit offenem Ausgang. Die »Stammfamilie« mit ihren engeren Bindungen unter den Geschwistern und einem klareren Sinn für gegenseitige Rechte und Verantwortlichkeit ist weniger anfällig für gesellschaftliche Desintegration und dafür anfälliger für starke staatliche Interventionen in die Wirtschaft, um diese Rechte und Verantwortlichkeiten aufrechtzuerhalten: den Sozialstaat. Es überrascht nicht wirklich, dass es diese für Desintegration weniger anfälligen Anthropologien sind, die die USA auf der Ebene der Industrie verdrängt haben, aber sie haben ihre eigenen Probleme: Während die Immigration in die USA etwas dazu beiträgt, der Nichtreproduktion der Arbeiterklasse auf ihrem früheren Ausbildungsniveau zu begegnen, indem sie sie zumindest zahlenmäßig ausgleicht, ist es in Europa der Mangel an Masse, der die Krise ausmacht. Die Arbeiterklasse wird körperlich nicht reproduziert, auch wenn sie auf einem intellektuell höheren Niveau reproduziert wird als die US-Arbeiterklasse.

Beide Bücher behandeln nichts weniger als die Erscheinungsform der kapitalistischen Dekadenz, um es in Begriffen der Arbeiterklasse zu fassen. Die wirklichen »Grenzen des Wachstums« sind die gesellschaftlichen Verhältnisse des Kapitalismus.

Todd ist ein wenig reaktionär, deswegen hält er es für möglich, die Krise zu überwinden, und zwar mit einer Inflation in den USA, um deren Schulden zu entwerten, einer Politik gegen Maastricht und den Euro und einer Aufteilung der Welt in regionale Blöcke, alles mit dem Ziel, die Gesamtnachfrage zu steigern. Hier legt er sich richtig die Scheuklappen an, denn genau das funktionierte in den 1930ern nun wirklich nicht. Das scheint Todd auch bekannt zu sein, denn er erwähnt, dass das keynesianische Programm zum ersten Mal im Deutschland der 1930er und 1940er Jahre erfolgreich umgesetzt wurde. Da er eine massive Inflation in den USA für einen notwendigen Bestandteil einer reformierten Weltwirtschaft hält, könnte man auch noch Hjalmar Schachts Reichsbank und die Hyperinflation von 1923 in diese Aufzählung einreihen.

Diese Dummheit ergibt sich direkt aus Todds Nationalismus. »Volk und Nation sind im wesentlichen dasselbe«, und »die treibende Kraft der Veränderung ist die Nation.« Todd scheint sagen zu wollen, dass wir nur die Bürokraten ersetzen müssen, denn auf eine Bewegung der Arbeiterklasse brauchen wir nicht zu hoffen, schon gar nicht auf Weltebene, da Marx und andere Revolutionäre nie verstanden hätten, wie die Anthropologie verschiedene Kulturen und Nationalitäten dazu neigen läßt, Probleme auf verschiedene Weise anzugehen.

Todd verwendet den Großteil dieser beiden Bücher darauf, zu zeigen, wie integriert die Ökonomien der Welt sind, und zu skizzieren, wie sich die Krise auswirkt, die ihnen allen gemein ist, und wie daher die offiziellen politischen Möglichkeiten, die Krise zu beherrschen, immer weiter abnehmen. Aber gerade angesichts dessen wirkt dieses Argument verschiedener Schicksale für verschiedene Volksgruppen etwas schwach. Überzeugender ist die traurige Tatsache, dass weder die langsamen Mühlen der Arbeiterklasse noch die durchaus drastischere Verarmung der Jugend in den USA bisher zu greifbaren revolutionären Wallungen geführt haben, sondern allgemein eher in Reaktion oder Apathie, die sich auf eine manchmal erschreckende Unwissenheit stützen. Historische Tatsache ist auch, dass der Klassenkampf am heftigsten war zu Zeiten »gesteigerter Erwartungen«, neuer oder steigender Ausbildungsniveaus, besserer Arbeitsmarktlage und sozialer Mobilität nach oben – d.h. erfolgreicher Kapitalverwertung oder großflächiger Einführung neuer Technologien wie während der industriellen Revolution. (Todd sieht auch für die Rechte keine große Zukunft, aber nur, weil die Überalterung der Ökonomien des Stammfamilientyps eine faschistische Lösung der gesellschaftlichen Desintegration verhindert, die er für unausweichlich hält, wenn die Freihandelsfraktion der USA letztlich unbeschränkte Herrschaft über die EU und Japan erlangt.)

Es ist wirklich ganz schön traurig. Todds theoretische Anstrengung, den Nationalstaat einspringen zu lassen, wo nur eine weltweite Bewegung der Arbeiterklasse erfolgreich sein kann, wenn es nämlich darum geht, entsprechend den Bedürfnissen der Menschen auf eine nicht-zerstörerische Weise mit der Welt umzugehen, bleibt hinter seiner Kritik zurück. Todd hätte gerne den Staat ohne den Krieg, die Inflation ohne die Verarmung, Keynes ohne Hitler und Schacht, die Arbeiterbewegung ohne die Arbeiterklasse, die Klassenkooperation ohne den Zwang der Fasces, der Nationalsozialisten, des Burgfriedens, der Gewerkschaften, der Stalins, McCarthys und Hoovers. Wie gerne Todd auch die Uhr zurückdrehen würde, weder Nationalstaat noch Pax Americana haben der Arbeiterklasse irgendetwas anderes als das zu bieten.

Wir müssen nicht Amerika stoppen, bevor es wie das Alte Rom wird. Das ist es schon.

Eine längere Version des Artikels in englischer Sprache gibt es unter dem *Titel Barbarians and Budget Cuts* bei

http://www.munism.com

Viel beschrieben – wenig erklärt

zu Robert Brenners »Boom & Bubble – Die USA in der Weltwirtschaft«

Während seine krisenhafte (Nicht-)Entwicklung das anhaltende Problem des Kapitals und seiner Sachwalter ist, scheint eine tragfähige Krisentheorie das anhaltende Problem der Linken zu sein. Zwischen den Endzeitvorstellungen der Krisis-Gruppe einerseits und dem bereits existierenden »Postfordismus«, wie ihn Anhänger der Regulationsschule, Negri und viele andere behaupten, spielt sich zumindest hierzulande wenig ab. Brenners Buch ist ein Versuch, in dieses Vakuum einzubrechen... wenn auch mit mäßigem Erfolg.

Robert Brenner
Boom & Bubble – Die USA in der Weltwirtschaft
(VSA 2003)

Originalausgabe:
The Boom and the Bubble. The US in the World Economy
(Verso, 2002)

Über die Krise des Kapitals wurde in den fünf letzten Jahren einiges geschrieben – und gelesen. In den Jahren zuvor war das keineswegs selbstverständlich. Damals schien der Kapitalismus seinen »Siegeszug« angetreten zu haben, das Ende des Ostblockes markierte angeblich »das Ende der Geschichte«, der Aktienboom versprach Reichtum ohne Arbeit... Das änderte sich 1997 mit der Asienkrise, spätestens aber mit dem Zusammenbruch des amerikanischen Booms in den Jahren 2000/2001. Noch in der Phase dieses Booms veröffentlichte Brenner 1998 in der *New Left Review* »The Economics of Global Turbulence«, einen Aufsatz, in dem er – mitten im »Boom« – darauf beharrte, die Weltwirtschaft befände sich in der Phase eines langen Abschwungs.

Brenner hatte in den 1970er und 1980er Jahren wichtige Beiträge zur Frage der Entstehung des Kapitalismus geliefert, wobei er - im Unterschied zum damaligen Mainstream - das Klassenverhältnis in den Mittelpunkt stellte. Durch seine Betonung der Eigentumsverhältnisse und der durch sie hervorgerufenen Konflikte konnte Brenner erklären, warum die Entwicklung in verschiedenen Teilen Europas in unterschiedliche Richtungen gegangen war. Er widersprach damit ausdrücklich den verbreiteten neo-smithianischen Theorien des Übergangs, in der die kapitalistische Akkumulation lediglich als Resultat der Zwänge einer Tauschgesellschaft interpretiert wurde, und wies nach, dass jene voraussetzten, was eigentlich erklärt werden sollte: kapitalistische Eigentumsverhältnisse.

Insofern waren die Erwartungen an »The Economics of Global Turbulence« groß. Der Text löste tatsächliche sehr viele Reaktionen aus, die heute als »zweite Brenner-Debatte« bezeichnet werden. *Boom & Bubble* ist durchaus Teil dieser Debatte; Brenner selbst schreibt: »Dieses Buch baut auf der allgemeinen Darstellung ... auf, die ich in 'The Economics of Global Turbulence' gegeben habe... Dieses Werk wird für die Publikation in Buchform überarbeitet, und *Boom & Bubble: Die USA in der Weltwirtschaft* ist in gewissem Sinne nur eine erste Lieferung.«

Brenner schafft es zwar nicht, grundlegende theoretische Schwächen seiner Argumentation zu überwinden,[1] aber das Buch enthält eine umfassende Beschreibung der langanhaltenden Stagnation des Kapitalismus seit Beginn der 70er Jahre. Über lange Strecken und mit vielen Wiederholungen wird die Entwicklung der Weltwirtschaft aus verschiedenen Perspektiven geschildert. Das Hauptaugenmerk liegt dabei neben den im Titel schon erwähnten USA auf der japanischen und der deutschen Volkswirtschaft, den drei größten Ökonomien der kapitalistischen Weltwirtschaft.

Brenner stellt die Tatsache in den Vordergrund, dass die Weltwirtschaft seit den frühen 70er Jahren fortwährend an Dynamik verliert. Er nennt das nicht »Krise«, sondern einen »langen Abschwung«. Die Ursachen dafür sieht er in Überkapazitäten im produzierenden Gewerbe der zunächst drei – später unter Hinzunahme des übrigen Ostasiens vier – kapitalistischen Zentren. Diese Überkapazitäten hätten zu einer sinkenden Profitabilität geführt, die in wirtschaftlicher Stagnation mündete. Brenner behauptet keineswegs, dass keine Gewinne gemacht würden – lediglich die Rate dieser Gewinne, berechnet aufs eingesetzte Gesamtkapital, sinkt. Nun ist genau dies ein beliebtes Thema linker Krisendebatten: Was hat eine fallende Profitrate mit kapitalistischer Krise zu tun? Es gibt keinen unmittelbaren Zusammenhang zwischen beiden, denn solange weiter wachsende Profitmassen realisiert werden, kann auch akkumuliert werden – unabhängig von der *Rate* des Profits. Ein Sinken der Profitrate verursacht noch keine Krise. Nach der Marx'schen Theorie des tendenziellen Falls der Profitrate, resultiert dieser ja gerade aus der immer größeren Anhäufung von Maschinen um den einzelnen Arbeiter – das ist also nichts, was per se Ausdruck

[1] Vgl. etwa die Kritik von Ben Fine, Costas Lapavitsas, Dimitri Milonakis; Addressing the World Economy: Two Steps Back; *Capital & Class* Nr. 67; dt. in *Wildcat-Zirkular* Nr. 56/57

von »Krise« sein müsste. Was sich aber hinter diesem »tendenziellen Fall« verbirgt, nämlich die immer stärkere Akkumulation von fixem Kapital – die Anhäufung von Fabriken, Maschinerie, Technologie – im Verhältnis zur eingesetzten lebendigen Arbeitskraft (in der Marx'schen Terminologie »die organische Zusammensetzung des Kapitals«), enthält auch die Tendenz zur Starrheit, zur Unflexibilität dieser großen Kapitale, was dann durchaus zu Problemen beim Bewältigen von krisenhaften Entwicklungen führen kann.

Genau in dieser Tatsache sieht Brenner den wirkenden Krisenmechanismus, die in den 1960er Jahren entstandenen Überkapazitäten bestünden vor allem deshalb weiter, weil sich die Unternehmer angesichts ihres in riesigen Anlagen steckenden fixen Kapitals mit niedrigeren Profitraten begnügten. Und gerade hier steckt ein grundlegendes Problem von Brenners Analyse. Seine Welt besteht aus individuellen Kapitalisten, die zueinander in Konkurrenz stehen und angesichts dessen ihre Entscheidungen fällen. Während sich die einen (in den USA) weigern, in andere Geschäftszweige zu investieren, und so die Überkapazitäten erhalten, kommen andere (zuerst in Europa und Japan, dann in Ostasien), stoßen in genau dieselben Absatzmärkte und verstärken damit die Überproduktion. Über das »Warum« ist wenig zu erfahren. Brenner erzählt, wie es gekommen ist, nicht warum es so kommen musste. Oder musste es gar nicht? Haben sich die vielen einzelnen Kapitalisten nur einfach falsch entschieden? Oder waren die Nationalstaaten – allen voran die USA – nur einfach zu feige, die »reinigende Wirkung« einer Depression durchschlagen zu lassen? Brenner tendiert zu letzterem: Die zunächst bis Anfang der 1980er Jahre anhaltende und nach der internationalen Schuldenkrise fortgesetzte keynesianische Ausgabenpolitik verhindert den Abbau dieser Überkapazitäten. Die internationalen Abhängigkeiten und die nicht weiter wachsenden Märkte sorgen dafür, dass jede Erholung auf der einen Seite des globalen Nullsummenspiels zum Problem auf der anderen Seite wird. In ausführlichen Schilderungen von Wechselkursmanipulationen durch die Regierungen und ihre Zentralbanken zeigt Brenner, wie die Erholung der amerikanischen Industrie ab Mitte der 1980er Jahre zur bis dahin tiefsten Nachkriegsrezession in Europa und Japan führte. Das ist nicht uninteressant. Auch die Kapitel, in denen er sich ausführlich den Entwicklungen in Japan und Deutschland widmet, bergen für jeden, der sich mit der Natur der aktuellen Krise befassen möchte, viel Wissenswertes.

Ebenso interessant sind seine Ausführungen zum Charakter der amerikanischen Seifenblasenwirtschaft der zweiten Hälfte der 1990er Jahre, als sich die US-amerikanische Zentralbank angesichts der staatlichen Versuche zum Ausgleich der Bilanzdefizite dazu entschloss, die nötigen Mittel zum Anschub der Investitionen aus der weiteren Unterfütterung der Aktienspekulation zu beziehen. Auch wenn dazu inzwischen schon viel zu lesen war, bietet Brenner noch mal einen sehr klaren und nüchternen Blick auf die Entscheidungen Alan Greenspans, die zum märchenhaften Boom der amerikanischen High-Tech-Industrie führten – eine Seifenblase, die ebenso schnell zerplatzte, wie sie aufgeblasen worden war.

Brenner läßt die Leserin ziemlich allein mit der Frage nach dem »warum«. Er unternimmt keinen Versuch, seine Betrachtungen etwa werttheoretisch zu begründen, wie man es von einem »marxistischen Theoretiker« hätte erwarten können. Er liefert eine detailgetreue Schilderung – keine Erklärung. Im Unterschied zur »ersten Brenner-Debatte« ist die Betonung der vertikalen Verhältnisse der Gesellschaft – also zwischen Produzenten und Aneignern, Beherrschten und Herrschenden – völlig verloren gegangen. Die Arbeiter kommen für Brenner in erster Linie als Opfer der Reallohnkürzungen vor oder aber in Form der deutschen Gewerkschaften, die aufgrund ihrer engen Verbindungen mit dem deutschen Staat eine Senkung der Reallöhne verunmöglichen. Mit der Krise des Kapitals haben die sozialen Kämpfe in Brenners Schilderungen nichts zu tun. Weder die weltweiten Revolten Ende der 60er Jahre noch die heftigen Kämpfe in den ostasiatischen Tigerstaaten wirken auf die ökonomische Entwicklung. Dabei könnte schon die Frage, worin denn die Angst der Herrschenden vor der »reinigenden Wirkung« der Depression eigentlich besteht, die Verbindung zwischen dem einen und dem anderen klarmachen. Brenners Kapitalismus jedoch ist ein Kapitalismus der Marktkonkurrenz der Unternehmen und der sie unterstützenden Nationalstaaten – eine Gesellschaft, die von horizontalen Konflikten bestimmt ist. Mit dieser Auffassung steht er heute im Mainstream dieser Gesellschaft, die sich auf gar keinen Fall als Klassengesellschaft verstanden wissen will. Die Konkurrenz aber verursacht keine Krise, sie senkt keine Profitrate und sie sorgt auch nicht für Überproduktion, sie ist vielmehr das ausgleichende Moment und sorgt für die Durchsetzung einer *durchschnittlichen* Profitrate. Sie erinnert vor allem in Zeiten der Krise daran, dass jede kapitalistische Produktion an den *Wert*, also an die Ausbeutung der Arbeitskraft, gebunden bleibt. Die Verschärfung der Konkurrenz ist bereits *Ausdruck* von Krise, eines »Zuviel« an Kapital, an Produktion, an Waren. Zu erklären wäre, wie es dazu kommt, worin der beständige Zwang zum Wachstum, zur Akkumulation gründet, warum das Kapital regelmäßig über seine Grenzen wächst. Die Konkurrenz taugt kaum dazu, diesen Prozess zu erklären, weil sie sich eben selbst erst aus ihm erklärt. In gewissem Sinne geht es Brenner so wie den von ihm in der ersten »Brenner-Debatte« kritisierten Neo-Smithianern: Er setzt voraus, was erst zu zeigen ist.

Ein Kontinent in Aufruhr

Immer wieder Argentinien in der Wildcat... ist denn in anderen Ländern nix los? Dass wir uns seit dem Aufstand so intensiv mit den dortigen Bewegungen beschäftigt haben, und auch in diesem Heft wieder drei Artikel dazu stehen, könnte den falschen Eindruck erwecken, wir hielten Argentinien für einen Einzelfall. Tatsächlich brodelt es in vielen Ländern Lateinamerikas. Das 'Modell Neoliberalismus' gerät überall in die Krise.

Arbeiter ohne Chefs – *Treffen der ArbeiterInnen der besetzten Fabriken in Rosario, März 2003*

Nachdem die Diktaturen ihre schmutzige Aufgabe erfüllt hatten, begann in den 80er Jahren die Phase der lateinamerikanischen Demokratien: bürgerliche Regierungen setzten die von den Militärs durchgesetzte Wirtschaftspolitik konsequent fort. Der neoliberale Diskurs bildete das ideologische Schmiermittel; der Zufluss ausländischen Kapitals sorgte für eine Ausweitung der Mittelschichten und höheren Konsum. Aber die größten Brocken dieser Zuflüsse gingen in die Privatisierung von bisher staatlichen Unternehmen (Post, Telekommunikation, Fluggesellschaften usw.) und wurden nicht neu investiert. Und auch damit ist es seit dem Kriseneinbruch Ende der 90er vorbei. Jetzt werden die Folgen der Privatisierungen deutlich: der relative Wohlstand der 'Mittelschichten' hing an diesen einmaligen Kapitalzuflüssen, nun sind sie von Verarmung bedroht. Die Politik gerät in Misskredit; Korruptions- und sonstige Skandale tun ein übriges; gegen die Privatisierungen regt sich Widerstand; es entstehen Situationen von Unregierbarkeit - all das wohlgemerkt nicht nur in Argentinien.

In **Bolivien** stoppt die Bevölkerung von Cochabamba mit dem 'Wasserkrieg' schon im April 2000 die Pläne der Regierung, die Wasserversorgung zu privatisieren. Im Februar 2002 fordern in Ecuador Streiks und Proteste in den Erdölregionen Orellana und Sucumbios Todesopfer. Im Juni 2002 wird in **Paraguay** ein Gesetz zur Privatisierung von Telefon, Wasser und Bahn zurückgenommen, nach wochenlangen Protesten und Straßenblockaden, und um einem bereits geplanten unbefristeten Generalstreik zuvorzukommen. Kurz darauf verhindert ein Aufstand in Arequipa im Süden von **Peru** den Verkauf der Elektrizitätswerke an einen belgischen Konzern. Seit September finden in **El Salvador** Streiks und Proteste gegen die Privatisierung des Gesundheitswesens statt.

In **Venezuela** verhindert im April 2002 eine spontane Massenbewegung den Versuch, den Linkspopulisten Chavez wegzuputschen. Im Oktober wird Lula-Superstar zum Präsidenten von **Brasilien** gewählt. In **Uruguay** hoffen der Tupamaro Pepe Mujica und das Linksbündnis Frente Amplio auf einen Wahlsieg Ende 2004. Diese linken Erfolge auf parlamentarischem Parkett dienen eher der Kanalisierung als der Bewegung, aber sie sind ebenfalls Ausdruck der allgemeinen Unzufriedenheit. In Brasilien treten bereits die ersten Widersprüche auf. Nachdem schon im März die Metallarbeiter in Sao Paulo gegen den Ex-Metallarbeiter Lula gestreikt haben, kündigen jetzt die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes einen unbefristeten Generalstreik gegen seine Rentenreform an.

Die größte Aktion von StudentInnen in den letzten Jahren war der neunmonatige Streik 1999/2000 an der Universität UNAM in **Mexiko**. Auslöser war die geplante Einführung von Studiengebühren. LehrerInnen, GesundheitsarbeiterInnen und andere Gruppen des Öffentlichen Dienstes haben in fast allen Ländern Lateinamerikas gestreikt und mobilisiert. Bei dem Aufstand in **Bolivien** im Februar 2003 meutert sogar die Polizei. *»Lernt von Bolivien, was Würde heisst«* rufen daraufhin DemonstrantInnen in Buenos Aires den Bullen zu, die die US-Botschaft vor KriegsgegnerInnen schützen. Mit der Freihandelszone ALCA wollen die USA ihren Hinterhof ökonomisch wieder besser in den Griff kriegen, was sie durch verstärkte Militärpräsenz unterstreichen. Auch gegen diesen 'Freihandel' regt sich Widerstand, und das antiimperialistische Bewusstsein nimmt auf dem Kontinent wieder zu.

Hervorzuheben sind noch die Bewegungen von Bauern und *Indígenas*. Im Januar 2000 stehen sie in

Ecuador an der Spitze des Aufstands, der die Regierung stürzt. In Bolivien führen die Coca-Bauern und Bäuerinnen einen erbitterten Kampf gegen Regierung und US-Militär, die die Coca-Pflanzungen ausrotten wollen. Immer wieder legen sie das Land mit Straßenblockaden lahm. In **Kolumbien** kämpfen Bauerngemeinschaften gegen ihre Vertreibung aus den Kriegsgebieten. Und nicht zu vergessen: die LandbesetzerInnen der MST in **Brasilien**, und die Mapuche, die im Süden des Kontinents, im heutigen **Chile** und **Argentinien** seit 500 Jahren um ihr Land kämpfen.

»Straßen blockieren, um Wege frei zu machen«: In vielen dieser Kämpfe suchen die *compañer@s* nach neuen Wegen und bauen basisdemokratische Strukturen auf. Während wir dieses Heft zusammenstellen, ist in Peru der Ausnahmezustand erklärt worden, ist in Ecuador das Militär gegen streikende Ölarbeiter vorgegangen, und von Mexiko bis Chile sind überall die LehrerInnen im Ausstand.

Mehr zu den Bewegungen in Lateinamerika im nächsten Heft. Achtet derweil auf Nachrichten!

Informationen zu Lateinamerika
www.ila-web.de
www.npla.de

www.rebelion.org
(spanisch)

Argentinien – wessen Krise?

Seit dem Aufstand am 19./20. Dezember 2001 haben wir uns ausführlich mit der Situation und den Kämpfen in Argentinien beschäftigt[1]. Es ist immer noch schwierig, eine Bilanz zu ziehen oder eine Prognose der weiteren Entwicklung zu wagen. Der Aufstand in Argentinien hatte einen international herausragenden Charakter, und daher blieb die Beschäftigung mit ihm oft auf dieses Land beschränkt. Was auch daran lag, dass der Funke erstmal nicht auf Uruguay oder Brasilien übergesprungen ist. Nicht nur für die Kämpfe, auch für den IWF und die anderen Krisenverwalter des Kapitals war Argentinien ein Laboratorium – und als ihnen das aus den Händen zu gleiten drohte, wurden die umliegenden Länder mit massiven Kredithilfen vor einem ähnlichen Zusammenbruch bewahrt. Aber in ganz Lateinamerika gärt es, und die Investitionen bleiben nicht nur in Argentinien aus. Nach den Wahlen sonnt sich die herrschende Klasse des Landes in den Erfolgen einer allmählichen wirtschaftlichen und politischen Stabilisierung. Doch das scheint kaum mehr zu bedeuten, als dass Argentinien wieder Anschluß an die krisenhafte »Normalität« des gesamten Kontinents gefunden hat.

Die Wirtschaft Argentiniens kann einige Erfolge vorweisen: Im Vergleich zum Vorjahr ist die industrielle Produktion im März um 21,4% gestiegen, was vor allem auf den Zuwächsen in der Textilindustrie beruht, die durch die Abwertung des Peso um 70% von einem auf den anderen Tag wieder wettbewerbsfähig wurde. Dieser Anstieg ist kein Aufschwung, sondern nur die allmähliche Rückkehr zum alten Niveau der Produktion *(siehe Grafik auf der nächsten Seite)* – ohne Neuinvestitionen und es gibt immer noch massive Entlassungen. Im April verkündete die Regierung ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts um 4,5 Prozent seit Januar, auch dies vor dem Hintergrund, dass es 2002 im Vergleich zu 2001 einen Einbruch um 22 Prozent gegeben hatte. In der Zahlungsbilanz mit dem Ausland konnte 2002 ein Überschuß von 8,95 Mrd. $ vorgewiesen werden, angeblich der höchste in der Geschichte, nachdem 2001 ein Defizit von 4,48 Mrd. $ gemacht worden war. Der Überschuß beruht aber nicht auf einer boomenden Exportwirtschaft, sondern zum einen auf dem Einbruch der Importe *(siehe Grafik auf der nächsten Seite)*, wodurch in der Handelsbilanz ein Überschuß von 16,8 Mrd. $ erreicht wurde. Zum anderen darauf, dass der argentinische Staat ein Rückzahlungsmoratorium über seine Schulden bei Banken verhängt hat. Wichtigster Sektor für den Exportüberschuß ist – weit vor dem Erdöl – die Landwirtschaft. In den Jahren 2002 und 2003 konnte Argentinien bei Getreide und Ölsaaten Rekordernten verbuchen. 2002 wurden aus dem Export dieser Produkte 8,8 Mrd. $ erzielt, 2003 sollen es 10 Mrd. $ werden. Seit März wehren sich aber die Landwirte gegen die hohe Versteuerung ihrer Exporteinnahmen und wollen nicht länger die Rolle der Milchkuh für den Staatshaushalt spielen.

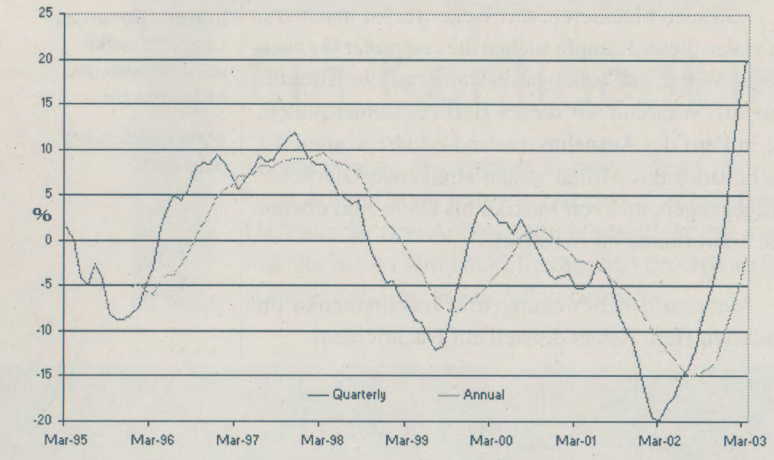
Um die wirtschaftliche Stabilisierung des Landes glaubwürdig darstellen zu können, muß der argentinische Staat vor allem die Maßnahmen und Phänomene beseitigen, die am symbolträchtigsten mit dem Sturz in den Abgrund verbunden waren: das ist der »corralito«, d.h. die Sperrung der Sparkonten, die Sonderbestimmungen gegen die Kapitalflucht und die

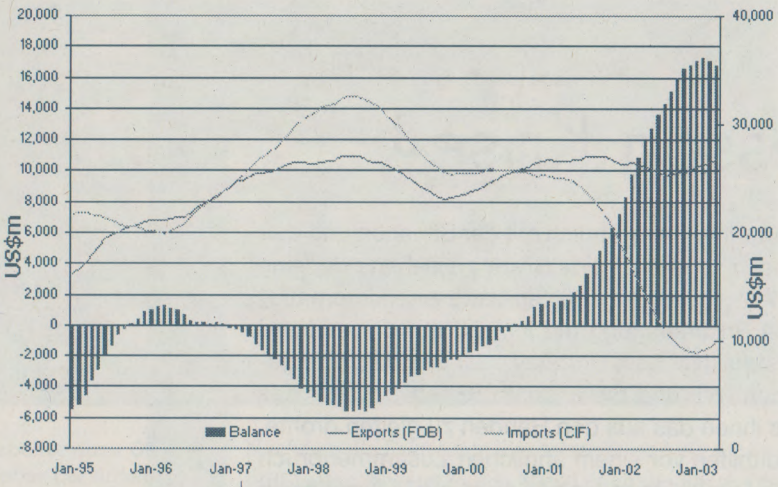
(1)
El Argentinazo – Aufstand in Argentinien
Beilage zum Wildcat-Zirkular Nr. 63, 84 Seiten, März 2002, (Druckausgabe vergriffen)

Argentinien – Aufstand gegen die Politik
in Wildcat-Zirkular Nr. 64, Juli 2002

Die Situation der Migranten in Buenos Aires
in Wildcat-Zirkular Nr. 64, Juli 2002

Revolutionäre Situation in Argentinien?
in Wildat-Zirkular Nr. 65, Februar 2003





Das Wachstum der argentinischen Industrieproduktion liegt derzeit bei über 20% (obere Grafik). Allerdings ist das kein echtes Wachstum, sondern lediglich die Rückkehr zu den vorherigen Niveaus, die vorher über einen langen Zeitraum gefallen waren.

Die Entwicklung der argentinischen Handelsbilanz zwischen 1995 und 2003 (untere Grafik) zeigt, dass der Außenhandelsüberschuss des Landes vor allem im Zusammenbruch seiner Importe begründet ist, der auf den Crash des argentinischen Peso folgte.

Ausbreitung von Parallelwährungen in den einzelnen Landesteilen.

Die Bestimmungen gegen die Kapitalflucht hatte Wirtschaftsminister Lavagna am 5. März wieder aufgehoben. Zugang zu ihren Girokonten hatten die Argentinier bereits im November bekommen, aber immer noch nicht geklärt ist, wie mit den 12,3 Mrd. Pesos (Dollars) verfahren wird, die immer noch auf Sparkonten eingefroren sind. Die Sparer verlangen deren Auszahlung in Dollar, aber die Banken wollen nur Pesos rausrücken, die nur noch ein Drittel des Dollars wert sind. Es ist klar, dass hier der Staat einspringen muß, da die Banken bei einer Auszahlung der Konten in ihrem Dollar-Wert pleite gehen würden – für einen Teil der Verluste will der Staat daher die Sparer mit Staatsanleihen entschädigen. Ein durchsichtiges Manöver, da diese Anleihen heute zur Hälfte ihres Nennwerts am Markt gehandelt werden. Das Problem der eingefrorenen Konten und die faktische Entwertung der Spargelder ist also noch nicht gelöst – aber auch dies ist letztlich eine Klassenfrage: wer genug Geld hatte, um vor Gericht gegen die Sperrung vorzugehen, hat seine Gelder im Verhältnis drei Peso für einen Dollar ausgezahlt bekommen. Im Wahlkampf hatte Lavagna angekündigt, Duhalde werde bald ein Dekret zur Freigabe der Konten unterschreiben. Der machte aber einen Rückzieher und wollte erst eine Abstimmung des Parlaments über die Regelung der Abfindungen, um *»zu verhindern, dass sich durch sie die wirtschaftliche Erholung verzögert.«*

Schwierigkeiten hat der Staat auch bei der Restauration einer einheitlichen Landeswährung. 2001 hatten die Provinzregierungen zur Bezahlung ihrer Angestellten eigene Währungen ausgegeben, weil die Bundesregierung die Ausgabe von Pesos blockiert hatte. Der Wert der zirkulierenden Parallelwährungen beläuft sich auf 8,4 Mrd. Pesos, fast die Hälfte der gesamten Geldmenge im Umlauf. Die Regierung will nun zunächst die schwächsten unter ihnen (nicht alle werden zu ihrem Nennwert als Zahlungsmittel akzeptiert) aufkaufen, allerdings nur zu ihrem Marktwert. Den größten Teil (75%) der Parallelwährungen machen der 'Patacon' und der 'Lecop' aus – von deren Abschaffung ist noch nicht die Rede. Als besonderes Verdienst schreibt sich die Regierung aber die Verhinderung einer Inflation zu, wie sie die ArgentinierInnen in den 80er Jahren in gigantischem Ausmaß erlebt hatten. Nachdem die Regierung für dieses Jahr mit einer Inflationsrate von 'nur' 22 Prozent gerechnet hatte, schraubte sie ihre Prognose jetzt auf 14 Prozent herunter. Beifall bekam die Regierung auch vom IWF. Dessen Nr. 2, Anne Krueger, erklärte am 6. Mai im Gespräch mit *La Tribuna: »Die [argentinische] Wirtschaft hat sich in bemerkenswerter Weise stabilisiert. Zur Überraschung aller, einschließlich mir selbst, hat [dieses Land] wieder zu wachsen begonnen, ohne in die Hyper-Inflation abzurutschen. [...] Man darf aber auch nicht vergessen, daß die [argentinischen] Institutionen noch immer nicht die Umschuldung angegangen sind und sich bisher nicht einmal mit den Privatschuldnern getroffen haben. Und einige regulierte Preise, v.a. für Elektrizität, sind sehr viel langsamer als die Inflation gestiegen. Diese Preise müssen angeglichen werden.«* Duhalde hat viel politisches Kapital daraus geschlagen, dass er sich bestimmten Auflagen und Forderungen des IWF widersetzte und in der Frage des Irak-Kriegs auf Distanz zu den USA ging. Kirchner scheint dieses Spiel mit dem 'Anti-Imperialismus' fortzusetzen, indem er den Ausbau des Mercosur zusammen mit Brasilien vorantreiben will, bis hin zu einer gemeinsamen Währung – und das als Maßnahme gegen den Plan der USA für eine gesamtlateinamerikanische Freihandelszone darstellt, was bis in die Linke hinein Beifall findet.

Trotz dieser Anzeichen einer politischen und wirtschaftlichen Stabilisierung bleibt das internationale Kapital zögerlich. Ausländische Firmen (die größten Investoren sind in dieser Reihenfolge die USA, Spanien und Frankreich) haben in den vergangenen Jahren riesige Verluste gemacht, aufgrund der Abwertung des Pesos, des Einbruchs der Produktion und durch die hohen Vorkehrungen für das eingesetzte Kapital, da Argentinien immer noch als Risikoland gilt. Im-

merhin erwirtschaften die Versorgungsbetriebe (Wasser, Strom, Telefon), an denen spanische und französische Konzerne stark beteiligt sind, wieder Einnahmen, mit denen sie einen Teil ihrer Schulden tilgen können. Zusammen mit dem IWF fordern auch sie Anhebungen der staatlich regulierten Tarife. Um das Aufflammen von sozialen Bewegungen zu verhindern, wird dies von der Regierung und den lokalen Gerichten zurückgewiesen. Ein paar Konzerne beginnen zaghaft, wieder zu investieren. In der Autoindustrie kündigten PSA und Toyota Investitionen an, aber Renault hält sich zurück, zumal seine moderne Fabrik in Brasilien (Curitiba) zur Zeit nicht ausgelastet ist.

Die Wahlen – Rückkehr der bürgerlichen Politik oder Angst vor Menem?

Die Wahlen am 27. April waren wohl der größte Achtungserfolg für die bürgerliche Politik. Mit 80 Prozent lag die Wahlbeteiligung höher als in den 90er Jahren und dies, nachdem die allgemein verbreitete Parole »*¡Que se vayan todos!*« eine breite Abkehr von staatlicher Politik ausgedrückt hatte. Die hohe Wahlbeteiligung hat sich durch alle Schichten hindurchgezogen, auch die ArbeiterInnen und Armen haben sich beteiligt. Nachdem die Aufstände und Bewegungen nicht die nötige Macht entwickeln konnten, um selber eine radikale Veränderung der Lebensbedingungen herbeizuführen, scheinen viele wieder Hoffnungen auf Veränderungen im Staat zu setzten. Der Peronismus mit seinen sozialen Versprechungen und seinem weitverzweigten gesellschaftlichen Netz, das mit glaubwürdigen Figuren bis in die Bewegungen z.B. der *piqueteros* oder FabrikbesetzerInnen hineinreicht, ist in Argentinien immer noch eine wichtige Kraft. Die drei peronistischen Kandidaten Menem, Kirchner und Saa verbuchten zusammen über 60 Prozent der abgegebenen Stimmen. Eine direkte und indirekte Aufwertung erhielt die bürgerliche Politik zum Teil auch aus den proletarischen Bewegungen und von den linksradikalen Gruppen. Zwei Gruppen der *piqueteros* (die mit der sozialdemokratischen CTA und die mit der maoistisch-reformistischen CCC verbändelten) hatten sich im Februar medienwirksam mit Duhalde getroffen und die Vermittlung zum Staat gesucht, was zur stärkeren Spaltung der Bewegung der *piqueteros* beitrug. Einige linke Splitterparteien hatten sich vollständig auf ihre Teilnahme an den Wahlen konzentriert und darin ihre ganze Energie verbraucht, konnten zusammen aber nicht einmal drei Prozent der Stimmen erreichen.

Mitglieder der Jugendorganisation *No Pasaran!* auf einer Antikriegsdemo

Madres de Plaza de Mayo: die Mütter (mit weißen Kopftüchern) auf einer Demonstration von H.I.J.O.S., der Organisation der Nachkommen der Verschwundenen der Diktatur. Die Mütter von Verschwundenen waren die ersten, die während der Diktatur gegen die Menschenrechtsverletzungen auf die Straße gingen und Aufklärung über das Schicksal ihrer verschwundenen Kinder gefordert haben. Bis heute demonstrieren sie jede Woche auf der Plaza de Mayo gegen die Straffreiheit des Militärs

Viele erklären die hohe Wahlbeteiligung mit dem Angstfaktor: Menem hatte im Wahlkampf offen angekündigt, er werde zur Herstellung von Ruhe und Ordnung wieder das Militär auf die Straße holen. Der oberste General der Streitkräfte hatte zwar erklärt, dafür stünde das argentinische Militär nicht zur Verfügung – aber die Angst vor Menem dürfte ähnlich wie bei der Wahl Chiracs gegen Le Pen in Frankreich zu der hohen Wahlbeteiligung beigetragen haben. Kirchner hat sich im Wahlkampf und danach geschickt als 'Linker' verkaufen können. Er bekam die Unterstützung der peronistischen Gewerkschaft CGT und der CTA, und aus dem Ausland die von 'linken' Präsidenten wie Lula und Castro. Seine Geschichte als Provinzgouverneur zeigt aber, dass er es ebenso versteht, eine Gewerkschaft zu zerschlagen oder die Gesetze zu seinem Vorteil zu verändern.

Zanon unter Arbeiterkontrolle!

Siehe auch das Dossier **Aufstand in Argentinien** auf unserer Webseite mit weiteren, nicht gedruckten Texten:

www.wildcat-www.de/dossiers/argentina/arg2002.htm

Auf der proletarischen Seite

Die Kämpfe gegen Entlassungen, Lohnsenkungen, Fabrikschließungen oder für die Wiederaufnahme der Produktion in besetzten Betrieben, Kämpfe von LehrerInnen und Staatsangestellten für die Auszahlung ausstehender Löhne und von Arbeitslosen um Lebensmittel sind weitergegangen. Aufgrund der Unterstützung der CGT für Duhalde gingen die Generalstreiks zurück oder blieben auf die Schulen und die Staatsangestellten beschränkt. Die entscheidende Schwäche im Klassenkampf ist aber das Fehlen offensiver Streiks (für höhere Löhne oder kürzere Arbeitszeiten) in den Industriebetrieben und Dienstleistungsbereichen. Eine der wenigen Ausnahmen ist ein wenige Tage dauernder Streik bei der Tageszeitung *La Nación*, bei dem die ArbeiterInnen eine Lohnerhöhung von sieben Prozent für alle, mindestens aber 250 Pesos und Anhebung aller Gehälter auf 950 Pesos durchsetzen konnten.

Die Aktionen der piqueteros gehen weiter. Die Regierung hat 200 000 Personen die monatliche Unterstützung von 150 Pesos (etwa 46 Euro) weggenommen, die sie im Rahmen der Arbeitsbeschaffungsprogramme (planes trabajar) bekommen – das sind zehn Prozent der insgesamt etwa zwei Millionen EmpfängerInnen. Bei einem Aktionstag der piqueteros am 3. Februar 2003 blockierten sie die Firmensitze der Ölfirma Repsol-YPF, von Esso, der Stahlfirma Siderar, Coca-Cola und VW, um Arbeitsplätze zu fordern.

Gleichzeitig ist die Repression härter geworden. Seit Ende Februar nahmen die Räumungen zu, mit martialischen Bullenaufgeboten demonstriert der Staat dabei seine Macht. In Buenos Aires gibt es 200 000 Obdachlose und 2 500 besetzte Häuser. Ende Februar wurde das 'Padelei', ein Komplex, in dem mehr als 500 Leute seit zwanzig Jahren gewohnt hatten, geräumt, wobei es zu vielen Festnahmen und Verletzungen kam. Ständig werden kleinere besetzte Häuser geräumt. Am 23. März trifft es das besetzte Zentrum der *piquetero*-Gruppe *MTD San Telmo*, am 25. März wird mit einem Aufgebot von 750 Bullen – mit Pferden, Hunden, Hubschraubern und gepanzerten Fahrzeugen – die besetzte Nudelfabrik *Sasetru* in einem Vorort von Buenos Aires geräumt. Im Norden des Landes ist die Bauernbewegung *Mocase* mit der Polizei und Schlägertruppen von Großgrundbesitzern konfrontiert, deren Land sie seit Jahren bebauen. Im Süden werden die Mapuche verfolgt, die gegen den Ausverkauf Patagoniens an Multis kämpfen. Am 14. April stürmt die Polizei ein Bankgebäude in Buenos Aires, das die *Asamblea Lezama Sur* letztes Jahr für ihre Aktivitäten besetzt hatte. Am 18. April wird die besetzte Textilfabrik *Brukman* im Zentrum der Hauptstadt geräumt. Mitten im Wahlkampf war die Botschaft klar: es werden ab jetzt nur noch friedliche Besetzer geduldet, die arbeiten und kein Aufsehen erregen. Brukman gehörte zu der kleinen Minderheit von besetzten Betrieben, die versuchen, Anstöße für eine radikale Arbeiterbewegung zu geben. Die für den 8. April vorgesehene Räumung der besetzten Kachelfabrik *Zanon* in der Provinz Neuquén wurde durch die Entschlossenheit der Arbeiter und eine breite Unterstützung verhindert.

Unmittelbar nach der Wahl versucht der neue Präsident Kirchner, sich als 'linker' Peronist zu profilieren. Publikumswirksam hat sich seine Regierung der Forderung nach einer Erhöhung der Tarife für Strom und Telefon widersetzt. Aber um die Kapitalentwicklung zu stärken und die Multis zu Investitionen zu bewegen, wird er den Kurs der Repression gegen die proletarischen Kämpfe weiterführen müssen. Neben der außenpolitischen Profilierung über den Mercosur hat er schon ein neues Ausweichmanöver entdeckt: überraschend forderte er die britische Regierung zu Neuverhandlungen über die Souveränität der Falkland-Inseln auf ...

Dieser Text ist eine Koproduktion von *Mouvement Communiste* und *Wildcat*.

Studentinnen sind Praktikantinnen sind Arbeiterinnen.

Buenos Aires: In den Call Centern des spanischen Multis Telefónica kämpfen Studi-JobberInnen für ihre Anerkennung als ArbeiterInnen.

Bislang findet der Klassenkampf in Argentinien überwiegend auf der Straße und in Pleitebetrieben statt. Arbeitslose ArbeiterInnen verleihen als *piqueter@s* mit massiven Straßenblockaden ihren Forderungen Nachdruck. ArbeiterInnen besetzen Betriebe, die pleite gegangen sind oder kurz davor standen, und bringen die Produktion selbstorganisiert wieder in Gang. 180 Betriebe sollen mittlerweile besetzt sein, mit etwa 20 000 Beschäftigten. *Piqueter@s* [1] und BetriebsbesetzerInnen sind zum Bezugspunkt der Bewegungen geworden. Aber sie sind eine kleine Minderheit, angesichts von immer noch acht Millionen Menschen, die in Argentinien als Staatsangestellte und in 'normalen' kapitalistischen Ausbeutungsverhältnissen arbeiten. Die Masse der ArbeiterInnen in Argentinien steht weiterhin unter Kontrolle der staatstragenden Gewerkschaften. Zu größeren Streiks ist es in den anderthalb Jahren seit dem Aufstand nicht gekommen. An der Arbeitsfront herrscht weitgehend Ruhe. Weitgehend, aber nicht überall. Es gibt Oppositionslisten, die versuchen, aus der gewerkschaftlich verordneten Lethargie auszubrechen, vor allem im Öffentlichen Dienst. Und es gibt Ansätze autonomer Organisierung, wie bei den sogenannten 'PraktikantInnen' in den Call Centern der Telefónica. Nach mehreren Jahren untergründiger Organisierung machen sie im Dezember 2001, kurz vor dem argentinischen Aufstand, ihre erste Kampferfahrung. Sie bestreiken zwei Call Center und halten fünf Tage lang die Gebäude besetzt.

Die spanische Telefónica gilt als Symbol für den Ausverkauf des Landes und die Folgen der Privatisierung: entlassene ArbeiterInnen und überteuerte Gebühren. Nachdem die staatliche Telefongesellschaft ENTEL 1990 privatisiert und an die Multis Telefónica de España und France Telecom verkauft wurde, sind von den ehemals 42 000 Beschäftigten nur noch die Hälfte übrig. In den fünf Call Centern, die Telefónica in Buenos Aires betreibt, arbeiten seit zehn Jahren fast nur Prekäre. Festangestellte sind allenfalls in der Verwaltung und in der Hierarchie anzutreffen. An den Telefonen wird 80% der Arbeit von 'PraktikantInnen' erledigt, der Rest von LeiharbeiterInnen. Die meisten sind Frauen. Mehr als tausend StudentInnen arbeiten hier, in Teilzeitschichten von viereinhalb oder sechs Stunden. Diese 'Praktika' dauern bis zu vier Jahren. Sie sind keine Pflicht, sondern eine mit der Universität geregelte Jobmöglichkeit in Institutionen und Betrieben. PraktikantInnen gelten nicht als ArbeiterInnen. Ihr Lohn bei Telefónica ist mit 600 pesos (200 US$) für eine 30-Stunden-Woche relativ gut, aber sie sind nicht sozialversichert, Lohnbestandteile wie Prämien oder Weihnachtsgeld werden ihnen vorenthalten, und sie können sich nicht auf das Arbeitsrecht berufen oder sich gewerkschaftlich organisieren. Weder für den Betrieb noch für die Gewerkschaft gelten sie als ArbeiterInnen.

Festeinstellung für alle und sofort!

1999 haben sie angefangen, sich selbst zu organisieren. Das war wegen ihrer besonderen Situation nicht einfach. Für viele StudentInnen ist es der erste Job; sie haben keine Arbeits- und Kampferfahrung. Manche Studis betrachten sich selbst nicht als ArbeiterInnen und sehen keinen Sinn darin, sich in einem Übergangsjob für irgendetwas einzusetzen. Der erste Ansatz war die Zeitung 'Der nützliche Idiot', die an

[1] Materialien zu den piqueter@s und zu den besetzten Betrieben befinden sich im Dossier auf unserer Webseite:

www.wildcat-www.de/dossiers/argentina/arg2002.htm

Die um ihre Festeinstellung kämpfenden prekären Call-Center-ArbeiterInnen

alle PraktikantInnen verteilt wurde. Die PraktikantInnen mobilisieren an der Uni und nehmen Kontakt zu ansprechbaren Leuten innerhalb der Gewerkschaft auf. Im März 2001 beginnen sie eine Öffentlichkeitskampagne: *»Schluss mit den Scheinpraktika. Sofortige Festeinstellung aller PraktikantInnen«.*

Im Laufe des Jahres 2001 steigt die Wut, im Land allgemein und auch in den Call Centern. Als Telefónica im November ankündigt, dass sieben StudentInnen nach Ablauf ihres 'Praktikums' entlassen werden sollen, diskutieren die PraktikantInnen zwei Wochen lang und beschliessen dann, aufs Ganze zu gehen. In zwei Call Centern erklären die Versammlungen am 7.12. den unbefristeten Streik, mit Besetzung und permanenter Versammlung. Der Streik ist selbstorganisiert, ohne Gewerkschaft. Vor den besetzten Gebäuden sammeln sich UnterstützerInnen. Nach fünf Tagen haben

[2] Das komplette Interview mit Mariana über die Arbeit im Call Center und die Aktionen der *pasantes* befindet sich auf unserer website.

116 BesetzerInnen die Festeinstellung der sieben PraktikantInnen durchgesetzt - ein erster Erfolg gegen die Prekarisierung in einem der mächtigsten Unternehmen des Landes.

Die Arbeit macht verrückt und krank

Im Laufe des Jahres 2002 knüpfen sie weitere Kontakte und machen gemeinsame Aktionen mit ArbeiterInnen aus besetzten Betrieben, mit *piqueter@s* und *asambleas*. Sie demonstrieren mit den U-Bahn-ArbeiterInnen, die im Oktober 2002 versuchen, die Reduzierung ihrer täglichen Arbeitszeit auf 6 Stunden durchzusetzen. Diese berufen sich darauf, dass ihre Arbeit offiziell als gesundheitsschädlich eingestuft ist, weswegen ihnen in früheren Zeiten bereits die Arbeitszeitverkürzung zugestanden wurde. Auch die Arbeit an den Telefonen gilt als Gesundheitsgefahr. Das können die Telefónica-ArbeiterInnen nur bestätigen. Sie haben alle mit Hör- und Sehproblemen und mit psychosomatischen Erkrankungen zu kämpfen. Viele nehmen sogar Psychopharmaka, um die wahnsinnige Arbeit auszuhalten. Die PraktikantInnen planen eine Untersuchung der Arbeitsbedingungen, mit Unterstützung der Organisation CeProDH (AnwältInnen, PsychologInnen etc, die sich für Arbeiterrechte und -kämpfe einsetzen). Da die schädlichen Folgen der Arbeit im Call Center sowieso ständiges Gesprächsthema sind, wollen sie es als Punkt für die Mobilisierung aufgreifen. Mit einer Befragung sollen alle TelefonarbeiterInnen in die Untersuchung ihrer Arbeitsbedingungen einbezogen werden. Dieses Projekt könnte über den Bereich der Telefónica hinaus Bedeutung bekommen, denn Call Center boomen zur Zeit in Buenos Aires. Microsoft z.B. lässt dort neuerdings für den weltweiten Support arbeiten.

Dezember 2002: Versammlungen statt Kundenbetreuung

Im Oktober 2002 sollen wieder dreizehn PraktikantInnen nach vier Jahren gehen. Auch in ihrer Abteilung wird die Versammlung der PraktikantInnen gegründet. Sie erklärt, dass sie alle notwendigen Maßnahmen einleiten wird, um die Kündigungen zu verhindern. In drei weiteren Call Centern beschließen die Versammlungen Solidaritätsaktionen. *Asambleas*, mit denen die 'PraktikantInnen' in Kampagnen gegen die hohen Gebühren der Telefónica zusammengearbeitet hatten, kündigen eine Blockade des Gebäudes an, unterstützt von *piqueter@s*. Unter diesem Druck rückt Telefónica 13 Festverträge raus.

Da sie mit den Entlassungen nicht durchkommen, bieten sie im November Abfindungen an, 3 000 pesos (1 000 US$) nach drei Jahren 'Praktikum'. Dies führt zu weiteren Mobilisierungen.

Mariana, 'Praktikantin' und Aktivistin im Call Center der Telefónica, berichtet[2]:

Angesichts dieser Kampagne für Abfindungen tauchte die Gewerkschaft auf. Sie erklärte, dass das verkappte Kündigungen wären, und dass sie diese Entlassungspolitik nicht weiter zulassen würde. Sie machte in allen Gebäuden Versammlungen. Bei uns arbeiten in der Frühschicht 300 Leute. Es gab dann eine Versammlung im Hof mit 300 Leuten, die die Gewerkschaft einberufen hatte.

Wir hatten angefangen, uns von unten her zu organisieren. Bevor die Gewerkschaft auftauchte, hat sich das aber noch nicht sehr verbreitet. Die Gewerkschaft wollte einerseits etwas eindämmen, was von unten am Entstehen war, um das in ihre Kanäle zu leiten, aber andererseits ist ihnen das aus dem Ruder gelaufen. Sie wollten mit diesen grossen Versammlungen das freiwillige Ausscheiden stoppen und Druck machen für die Verhandlungen mit der Firma über den

Tarifvertrag, der aber nur die Festangestellten betrifft. Sie wollten den Konflikt um die PraktikantInnen dafür benutzen. Wir sind aber darauf angesprungen und haben angefangen, in den Versammlungen weitergehende Forderungen zu stellen. Es ging nicht mehr nur um die Abfindungen, sondern wir haben Festeinstellung gefordert und angefangen, über einen Aktionsplan zu diskutieren. Das ging über das hinaus, was die Gewerkschaft wollte. Weil die Gewerkschaft unsere Organisation nicht anerkannt hat und uns nicht beteiligen wollte, haben wir - PraktikantInnen und LeiharbeiterInnen - Aktionen und Treffen außerhalb der Arbeit gemacht. Die Parole war: Festeinstellung für alle.

Sie verlangen von der Gewerkschaft, sie als ArbeiterInnen anzuerkennen, sie mitentscheiden zu lassen und ihre Forderungen und Aktionen zu unterstützen. Gleichzeitig bauen sie ein eigenes basisdemokratisches Delegiertensystem auf. Es entsteht eine Gruppe von 50 Delegierten, die regelmäßig offene Treffen abhalten. Wenn die Gewerkschaft keine einberuft, machen sie ihre eigenen Versammlungen.

In dem Gebäude, wo ich arbeite, haben wir die Gewerkschaft aufgefordert, eine Versammlung einzuberufen, weil wir alle zusammen das weitere Vorgehen diskutieren wollten. Die Gewerkschaft ist nicht aufgetaucht. Daraufhin haben sich die Leute aus den Leitungen ausgeloggt, wir sind alle zusammen in den Hof runtergegangen und haben dort vier Stunden lang eine Versammlung abgehalten. Täglich haben sich Leute ausgeloggt. Das waren faktisch Arbeitsniederlegungen, aber in Form von Versammlungen. Es gab einen Versuch, uns allen, die wir auf den Hof runtergegangen waren, Abmahnungen zu schicken, aber das war unmöglich, weil wir mehr als 70% der Beschäftigten waren. Das war gut, weil die Leute gesehen haben, dass die Typen nichts machen können, wenn wir das zusammen machen.

Ein Aktionsplan mit Arbeitsniederlegungen und Demonstration wird von der Gewerkschaft vorzeitig abgewürgt:

Unabhängig davon, was wir in der Versammlung beschlossen hatten, hatte sich die Gewerkschaft schon mit der Firma geeinigt. Die Errungenschaften der Festangestellten, der Gewerkschaftsmitglieder sollten erhalten bleiben, und für die PraktikantInnen und LeiharbeiterInnen gab es einen Plan für Festeinstellungen, aber ohne konkreten Termin, ohne jegliche Garantie. Es sollte eine Kommission gebildet werden, die das diskutiert. Also nichts Konkretes. Die Gewerkschaft rief zu einer allgemeinen Versammlung auf, an der wir natürlich wieder nicht teilnehmen sollten - wir sind aber einfach dabei geblieben - und da wurde das Abkommen abgesegnet. Das hat die Sache ziemlich zurückgeworfen. Leute bekamen Zweifel, weil wir jetzt allein da standen. So ging diese Geschichte zuende, aber wir Delegierten, die AktivistInnen sind organisiert geblieben, und es gibt viele, die was machen wollen. Wenn was passiert, kann das jederzeit wieder losgehen. Wir gehen immer noch in diesen T-Shirts zur Arbeit, auf denen unsere Forderungen stehen. Während der vier Monate des Konflikts sind von den 200 in unserer Frühschicht mindestens 120 in diesen T-Shirts rumgelaufen. Jetzt tragen das nicht mehr so viele. Aber wir sind noch da!

Die meisten, die freiwillig ausscheiden, tun das, weil sie nicht mehr können. Auf dem Klo triffst du jeden Tag eine, die heult, weil sie es nicht mehr aushält: 'Nein, ich will nicht mehr, ich will hier weg'. So weit geht das. Zur Zeit nehmen die Aufhebungsverträge zu. Dass sie uns Geld als Abfindung anbieten, zeigt die große Schwäche der Firma. Sie könnten uns doch einfach rausschmeissen, und fertig. Aber das können sie eben doch nicht. Dem Gesetz nach schon, aber sie wissen, dass es die asambleas gibt, die besetzten Fabriken. Erinnerst du dich an den Aufstand um Aerolineas Argentinas?[3] Zu sowas könnte sich das entwickeln. Nicht wegen uns, sondern wegen dem Hass, den die Leute auf Telefónica haben. Weil sie wissen, was die Privatisierung bedeutet hat. Telefónica ist zum Symbol für üble Privatisierung und europäischen Imperialismus geworden. Meiner Meinung nach könnten wir einen großen Aufstand anzetteln, wenn sie Leute rausschmeissen oder die Gebühren erhöhen wollen. Deshalb versuchen sie, das mit Abfindungen zu regeln.

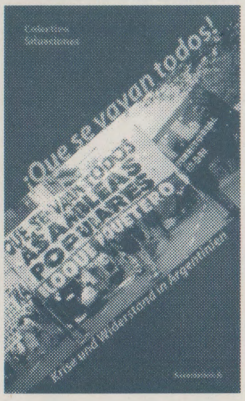
Mich wollten sie mürbe machen, damit ich freiwillig gehe, aber ich habe Nein gesagt. Ich würde vielleicht gehen, wenn sie mir richtig viel Geld anbieten würden. Aber erstens werden sie das nicht tun, und zweitens will ich hier bleiben, weil ich hier was machen will, weil ich was verändern will. Wenn's nicht mehr für mich ist, dann für andere. Wir sind einige, die so denken: dass sie uns nur los werden, wenn sie uns feste Verträge geben. Wenn sie mich fest einstellen, ja, dann kündige ich - denn diese Arbeit ist wirklich scheisse.

Festeinstellung der PraktikantInnen und LeiharbeiterInnen von Telefónica!

[3] Aerolíneas Argentinas: Die staatliche Fluggesellschaft ist 1990 von der spanischen Iberia aufgekauft worden. Mitte 2001 sollte sie endgültig abgewickelt werden - der Kampf der ArbeiterInnen fand breite Unterstützung in der Bevölkerung. Siehe Wildcat-Zirkular 59/60.

Que se vayan todos!

Kurz nach dem Dezemberaufstand in Argentinien hatten wir Texte des *Colectivo Situaciones* in die Hand gekriegt, die uns sehr gut gefielen. Nun ist im März 2003 ihr Buch auf Deutsch erschienen - und die Ernüchterung ist umso bitterer. Die folgende Buchbesprechung ist also durchaus subjektiv gefärbt.



Colectivo Situaciones u.a.:
Que se vayan todos! Krise und Widerstand in Argentinien.
Assoziation A, 2003;
220 Seiten, 14 Euro

Das *Colectivo Situaciones* sucht mit der Methode der 'militanten Untersuchung' nach neuen Formen emanzipativer Politik in Argentinien. Wo sie tatsächlich mit den Leuten geredet haben, hat das Buch absolut tolle Teile (v.a. das Kapitel *»Plünderungen und soziale Netze«* S. 105-115). Weitere Beiträge gibt es zu den *piqueter@s* und zu den Stadtteilversammlungen. Die besetzten Betriebe fehlen fast vollständig (der deutsche Verlag hat diese Lücke mit zwei Kapiteln von Alix Arnold und Raúl Zibechi gefüllt). Die theoretischen Teile der argentinischen Ausgabe wurden stark zusammengestrichen – aber auch das, was an theoretischen Ausführungen noch bleibt, ist eine Zumutung!

Das *Colectivo Situaciones* würfelt Versatzstücke gerade hipper Theorien, wie die von Negri/Hardt, Foucault, Debord, Agamben, Laclau (die auch alle namentlich genannt werden) zu wortgewaltigen Sätzen zusammen. Politisch zusammengehalten wird das sich teils selbst widersprechende Puzzle durch den Bezug auf den Zapatismus (angebliche Überwindung der Dialektik von Reform und Revolution; es gehe um die Wiederherstellung der Würde usw.). Ein Zapatismus, der allerdings hoch angereichert ist mit allen Begriffen, die man an den Unis heute so kennen muß. Also ersetzen sie *Subjektivität* durch *Protagonismus*, *Struktur* durch *Situation*, *Zusammenhang* durch *»Resonanz diffuser Netze«*, wenden sich gegen universale Kategorien – beziehen sich aber zugleich auf *»die Probleme einer Epoche, d.h. bestimmte für alle existierende Hindernisse«* (189), als ob diese natürlich gegeben wären. Sie wenden sich gegen den Reduktionismus, der darin liege, von *»Klassen«* zu sprechen – setzen dem aber *»die Identität der Aufständischen«* (S. 80) entgegen.

Wirklich geschickt ist der Dreh, mit dem das *Colectivo* die Abwesenheit von Arbeiterkämpfen sogar als positiv und besonders radikal darstellt. Wenn ArbeiterInnen nicht im Betrieb sondern nur als NachbarInnen auf der Straße aktiv werden - dann haben sie den Abend und die Nacht erobert! *»Im Gegensatz zur gewerkschaftlichen Organisation, welche ihre Aktivitäten innerhalb der Fabrik und der regulären Arbeitszeit entwickelt, entfaltet sich diese Bewegung auf Kosten des Schlafs und der Freizeit am Wochenende. Die Veränderung ist umso radikaler, wenn in Betracht gezogen wird, daß das Alltagsverhalten in den letzten Jahren vom Streben nach Sicherheit, Privatheit und Fluchträumen geprägt war.«* (S.118) Kämpfe in und gegen die Ausbeutung sind per se *»gewerkschaftlich«*, Parties auf der Straße sind *»umso radikaler«*, weil sie der Vereinzelung entgegenwirken!

Sie halten am Begriff von *»Klasse«* fest, reduzieren ihn aber auf eine *»ökonomische«* Kategorie und können dann logischerweise politisch nichts mit ihm anfangen. *»Natürlich existieren Klassen. Aber ihre ökonomische Existenz reicht nicht aus, um den sozialen Umbruch in die Wege zu leiten. Dazu ist vor allem nötig, Sinnpotenziale* in der Situation *zu bestätigen, um soziale Veränderungen einzuleiten...«* (S. 76). Weiter hinten im Buch lehnen sie dann logischerweise jeden Bezug auf *»Klasse«* ab, weil sie ihn nur als reduktionistisch (auf *»die Ökonomie«*) und deterministisch (*»Klasseninteressen«*) verstehen – dem setzen sie ihre Auffassung entgegen, es gehe bei den Bewegungen um die Rückeroberung der Würde (S. 128 f.). Dementsprechend kommen die ArbeiterInnen im Buch auch fast nicht vor. Im Vorwort tauchen die besetzten Betriebe nur als Anhängsel der *asambleas* auf (S.20). Vermutlich kann das *Colectivo* mit den proletarischen Bewegungen nix anfangen, weil die nicht in ihr romantisierendes und letztlich zirkuläres Theoretisieren passen.

Ihre Kritik geht nicht tief genug. Immer wieder scheint in ihrem theoretischen Ansatz eine Gegenüberstellung zwischen dem *»konkret Universellen«* der Situation und der Abstraktion der kapitalistischen *»politischen Subjektivität«* auf. Am Kapitalismus kritisieren sie, daß in der Ware die Verhältnisse der Menschen zueinander abstraktifiziert und entfremdet werden – sie kritisieren nicht, daß in der Produktion der Waren Menschen ausgebeutet werden. Das schlägt sich in ihrem Abfeiern der Tauschbörsen nieder, die als Bewegung bei weitem nicht so wichtig waren wie etwa die *piqueter@s* oder die besetzten Betriebe – und inzwischen an ihren inneren Widersprüchen weitgehend gescheitert sind (siehe dazu *»Revolutionäre Situation in Argentinien?«* Wildcat-Zirkular 65, Februar 2003)

Ihre Kritik ist abstrakt und teilweise weit von der realen Situation in Argentinien entfernt. Für die Frage politischer und ökonomischer Macht interessieren sie sich nicht. Sie betonen die *»Kritik der Repräsentation«* oder behaupten gar *»In Argentinien ist der Staat als Garant nationaler Integration nicht mehr funktionsfähig.«* (S. 23) Den gewaltigen und erstik-

kenden Einfluß, den der Peronismus in Argentinien nach wie vor hat, behandeln sie überhaupt nicht.

Ihr besserwisserisches Herangehen nervt. Für die Bewegung bestehen sie auf dem 'Nicht-Wissen' (z.B. S.125: *»so handelt dagegen der neue Protagonismus auf der Basis eines Nicht-Wissens... Dies drückt ... die tiefe Überzeugung aus, daß es kein universelles Wissen gibt«*) - auf der anderen Seite kommen sie zu so wissenden Einschätzungen wie: *»Es handelt sich nicht nur um den Sturz einer Regierung, sondern um die Negation der Transzendenz auf allen Ebenen hin zu einer durch die Multitude gestifteten Immanenz.«* (S. 39)

Fazit: Die guten Teile des Buches zeigen, daß es sinnvoll ist, mit den Leuten zu reden, die in sozialen und politischen Prozessen aktiv sind - absolut lesenswert! Die theoretischen Teile führen vor, wie man sich mit 'Theorie' den Blick auf die Realität verstellen und letztlich jede Behauptung aufstellen kann. Dazu nochmal ein Beispiel: *»Der 19. und 20. Dezember können also nicht mechanisch auf bestimmte Ursachen [!] zurückgeführt [!] werden, sondern die Ereignisse ergeben sich durch das Phänomen der Fusion. Althusser würde von Überdeterminierung sprechen. Weder fundamentaler Widerstand noch reine Inkonsistenz. Ihr Erscheinen ist irreversibel.«* (S. 43) Alles klar? Macht ja auch nix!

Es ist aber auch eine andere Lesart dieses Vorgehens möglich, als Fortführung der politischen Linie Negris (dem sie im Buch mehrfach Referenz erweisen): Unter einem hippen Sound des »anything goes« den knallharten Avantgarde-Anspruch zu verstecken und nach eigenem Gutdünken zwischen beidem hin- und herzuschalten. Ihre Methode ist die eines Zauberers mit Begriffen: erst machen sie mit großer Geste ein Faß auf, dann schütten sie alten Wein aus neuen Schläuchen rein – die Leserin soll das große Faß und die neuen Schläuche sehen und nicht merken, daß der Wein schlecht ist. Ein Beispiel: Sie steigen groß ein und erklären *»Es gibt keine verfügbaren politischen oder soziologischen Theorien, um die über 30 Stunden hinweg ununterbrochen sich entfaltenden Geschehnisse in ihrer ganzen Breite und in ihrer Logik verständlich zu machen.«* (S. 27 - Anfang des Artikels »Ein Aufstand neuen Typs«) und kommen dann nach mehreren Beiträgen mit Bemerkungen wie: *»Das Interessante sind diese kleinen Risse in der Alltagsroutine.«* (S. 56) Erstens wußten sie das schon vorher (es ist die erste und wichtigste Sure im situationistisch-poststrukturalistischen Soundgewitter), und zweitens heißt das, daß sie ihre zusammenfassenden Aussagen gar nicht aus ihrer 'militanten Untersuchung' gewinnen. Vor allem aber möchte ich die Aufmerksamkeit auf etwas drittes lenken. Ihre Kritik an allen *»verfügbaren politischen und soziologischen Theorien«* impliziert, daß eine 'richtige' Theorie so etwas können sollte: Aufstandsbewegungen *»in ihrer ganzen Breite und in ihrer Logik(!!)«* zu verstehen. Dazu eine abschließende Frage: wer hatte eigentlich behauptet, der 19. und 20. Dezember könne *»mechanisch auf bestimmte Ursachen zurückgeführt werden«*?

Das Buch ist streckenweise ärgerlich. Die informative Einleitung und drei, vier gute Kapitel machen aber einiges wett. Ich würde empfehlen, die abstrakten Kapitel zu überschlagen und das übrige zu lesen!

jaa

Soeben erschienen:

Brandzeichen
Momente einer Rebellion, Argentinien 2002.
Ein Video von AKKraak

www.akkraak.squat.net

Agenda 2010: Frontalangriff und Sprung ins Leere...

Als hätten sie sich verabredet, sind die Regierenden in Frankreich, Österreich und Deutschland in diesem Frühjahr/Sommer dabei, neue Rentenregelungen durchzusetzen. Die Botschaft ist überall die gleiche: die Menschen sollen mehr Jahre ihres Lebens arbeiten und später weniger Rente, Pension usw. in der Hand haben. In Deutschland ist das in eine umfassende Debatte über alle sozialstaatlichen Leistungen eingebunden. Diese Debatte, die entsprechenden politischen Initiativen und Gesetze sowie ihre klassenpolitischen Absichten sollen im folgenden beleuchtet werden.

Der aktuelle Umbau des Sozialstaats ist die größte Aufwirbelung in den sozialstaatlichen Verhältnissen seit der Operation 82. Aber die kapitalistische Krise lässt sich nicht mit Billiglöhnen und Sklavenarbeit meistern.

1.) Der aktuelle Umbau des Sozialstaats (von »Hartz« bis zur »Agenda 2010«) ist die größte Aufwirbelung in den sozialstaatlichen Verhältnissen seit der Operation 82. Nicht nur die Einkommen aus staatlichen Transferleistungen, sondern *sämtliche* proletarischen Einkommen werden auf breiter Front angegriffen.

Nach einer kurzen Vollbeschäftigungsphase zwischen 1960 und 1974 bekam der Kapitalismus in der BRD Mitte der 70er Jahre (erstmals über eine Million Arbeitslose) Schlagseite und steckt seit Anfang der 80er in einer strukturellen Krise. Seitdem wird - bei immer weiter steigender Massenarbeitslosigkeit - fast ohne Pause an den sozialstaatlichen Leistungen herumgedoktert.

Die Debatten über *zu hohe Löhne im ungelernten Bereich* oder über die *zu hohen Ansprüche der Arbeitslosen* mündeten in Versuche zur *Ausweitung eines Niedriglohnsektors* bzw. zur *Senkung des „Anspruchslohns"* (der Lohn, den die Arbeitslosen bei erneuter Arbeitsaufnahme erwarten). Die entsprechenden Regelungen – Arbeitsförderungsgesetz (AFG seit 1969) und Sozialgesetzbuch III (SGB seit 1997) – wurden zu diesem Zweck Dutzende Male verändert, ohne dabei wirklich einen Durchbruch zu schaffen.

Sogar die Vorschläge der Hartz-Kommission, von vielen bereits als Ende des Sozialstaats gegeißelt, trauten sich im Sommer letzten Jahres nicht, die beiden zentralen Bestandteile der Lohnersatzleistungen anzugreifen: die *Bezugsdauer von Arbeitslosengeld* (für über 45-jährige von 12 bis auf 32 Monate für über 55jährige ansteigend) und vor allem die *unbefristete, am letzten Lohn orientierte Arbeitslosenhilfe*. Beim Erscheinen des Hartz-Berichts hatte sich die Regierung unter der Annahme, dass es bis zum Herbst 2002 zum Konjunkturaufschwung käme, von dessen Vorschlägen noch einen Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit versprochen. Stattdessen kam es zu einem erneuten scharfen internationalen Kriseneinbruch, und die Arbeitslosenzahlen steigen seitdem weiter, auch wenn die Bundesanstalt für Arbeit (BA) die Statistik um immer weitere Gruppen entsorgt. Für die BRD-Wirtschaft wird inzwischen ein »Nullwachstum« für 2003 erwartet. Damit war das ursprüngliche, zumindest noch programmatisch aufrechterhaltene Ziel, Arbeitslose flexibilisiert in neue Ausbeutungsverhältnisse zu drücken, nicht mehr zu realisieren.

Mit seinen Reden im Bundestag (März 2003) und vor dem SPD-Parteitag (Juni 2003) hat Schröder daraufhin vor allem eines eingestanden: Es gibt keine arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen, mit denen die Arbeitslosigkeit beeinflussbar oder gar ein Aufschwung herbeiführbar wäre. Eine führende Grünenpolitikerin ließ sich kürzlich in einer Nachrichtensendung dazu hinreißen, der Opposition zu beschei-

nigen, sie wisse doch genauso wenig wie die Regierung, wie man aus dem **Schlamassel** wieder herauskäme...

Somit geht es ausschließlich darum, bei den Arbeitslosen möglichst viel einzusparen und die Löhne und Arbeitsbedingungen der Beschäftigten unter Druck zu setzen.

Der Krankenstand verharrt seit Monaten auf einem Tief ganz knapp über vier Prozent. Bei allen Auseinandersetzungen in Betrieben über Lohnerhöhungen oder angedrohte Entlassungen müssen die Beschäftigten die hohe Arbeitslosigkeit und ihre verschlechterten Bedingungen in ihr Verhalten miteinkalkulieren. Zwar sind heute Sprüche wie „ich schaff nicht gerne und ziehe die nächsten Monate erst mal Kohle vom Arbeitsamt" kaum noch eine Provokation, und es sind regelrechte „Arbeitslosenkulturen" entstanden, aber diese Haltungen können unter den veränderten Bedingungen der Arbeitslosigkeit für den Einzelnen schnell an ihre (materiellen) Grenzen stoßen.

Die Großkonzerne Post, Bahn, Siemens, Telekom u.a. kündigten Ende letzten Jahres Massenentlassungen an. Telekom z.B. will 35.000 Arbeitsplätze bis Ende 2005 abbauen. Dazu soll eine konzerninterne Beschäftigungsgesellschaft benutzt werden, die wie eine Leiharbeitsfirma funktioniert und sinnigerweise genau so wie die gerade von den Arbeitsämtern flächendeckend geschaffenen Leiharbeits-Strukturen heißt: *Personalserviceagentur.* Mit Gewerkschaft und Personalrat wurde „gleiches Recht für alle" (!) bei der anstehenden Überführung in die PSA vereinbart: Nach einem genau festgelegten Verteilungsschlüssel trifft es Beamte, Angestellte, Alte, Junge, überdurchschnittlich und unterdurchschnittlich Leistungsfähige... Nichtbeamtete verlieren nach dreieinhalb Jahren in der PSA zehn Prozent ihres Telekom-Gehalts.

2.) Der Sozialstaat ist »zu teuer«, weil er immer weniger als Instrument von Arbeitszwang funktioniert ... und weil er anscheinend nicht mehr nötig ist zur Aufrechterhaltung der Ruhe.

Die Kosten des Sozialstaats sind nicht *absolut* zu hoch geworden, warum sollte man z.B. nicht 15% Krankenversicherungsbeitrag zahlen, wenn davon u.a. zwei Wochen Wellness-Urlaub jährlich bezahlt werden – das würde sogar Arbeitsplatze schaffen! :-) Sondern die Wirksamkeit – und die Notwendigkeit – der aktuellen Ausformung des Sozialstaats bei der Absicherung der Ausbeutung ist in Frage gestellt. Die hohen Sozialausgaben werden nicht mehr länger als sinnvoll angesehen: Sozialen Frieden und politische Ruhe scheint es jetzt gratis zu geben, oder zumindest wesentlich billiger. Die hohen Ausgaben und das Verharren von Millionen Menschen in *relativ* hohen Lohn*ersatz*leistungen will man nicht mehr in Kauf nehmen.

Daß die Herrschenden keine Angst mehr vor uns haben und respektlos mit uns umgehen, ist ohne weiteres verständlich. In Frankreich z.B. kommt es seit

Jahren immer wieder zu breiten Mobilisierungen auf der Straße, Streiks usw. – auch wenn die Massendemonstrationen gegen die angekündigten Rentenkürzungen weitgehend gewerkschaftlich kontrolliert waren. In der BRD passiert fast gar nichts mehr!

Anders als etwa in Italien und Frankreich (siehe nächste Artikel in diesem Heft) kommt es in Deutschland nicht zu Mobilisierungen gegen die Konzepte zur Umstrukturierung des Sozialstaates

Wenn es keinen Widerstand gibt, hat der Kapitalismus keine eingebauten moralischen Grenzen. Inzwischen gibt es – und das ist neu – keine politischen Vorbehalte mehr gegenüber einer relativen Verelendung eines Teils der einheimischen Klasse. Was z.B. AsylbewerberInnen schon seit langem zugemutet wird, soll jetzt auch für andere gelten: Sie werden auf ein materielles Niveau gestuft, das nur noch das pure Überleben sichern soll.

Die Erhöhung des Rentenalters signalisiert, dass auch lebenslanges Arbeiten nur noch für eine kleiner werdende Durchhalteprämie gut ist: Fast niemand wird in der Lage sein, bis zum 67. Lebensjahr zu arbeiten, bloß weil das auf dem Papier steht, und die wenigen schlecht bezahlten (Dienstleistungs)-Jobs, die die Alten noch machen können, bringen für die Rente wenig bis gar nichts. Die Erhöhung des Rentenalters ist ganz einfach eine weitere Rentenkürzung. Dem BRD-Sozialstaat bringt jedes Prozent Rentenkürzung eine Einsparung von 2,25 Milliarden Euro, das entspricht fast einem Zehntel der *Gesamt*ausgaben für die Sozialhilfe!

3.) Der Sozialstaatsumbau streicht nicht nur die staatlichen Transferleistungen zusammen; er vertieft die Spaltung der Beschäftigten nach Alter und Qualifikation und selektiert die Arbeitslosen genauer nach ihrer Verwertbarkeit.

Diskutiert wird nicht...

Für den 10. April hatte das Freiburger Arbeitsamt Sklavenhändler zu einem »Tag der Zeitarbeit« eingeladen. Diese durften dort für ihre besondere Art der Ausbeutung Propaganda machen. Eingeladen waren auch alle Arbeitslosen, viele von ihnen hatten an diesem Tag sogar Anwesenheitspflicht (unter Androhung einer Sperrzeit)...
Der Tag verlief aber nicht wie geplant, denn eine nicht genauer zu identifizierende Gruppe von ca. 20 Menschen verteilte überall im Arbeitsamt ein Flugblatt mit dem Titel »Zeitarbeit – Nein Danke!« und diskutierte mit den anwesenden Arbeitslosen über die Funktion von Leiharbeit und Arbeitsamt, die im Flugblatt so charakterisiert wurden: *»Wir sollen für weniger Geld mehr arbeiten oder in der Arbeitslosigkeit weniger vom Amt bekommen... Zeitarbeit ist für das Arbeitsamt eine Möglichkeit, uns loszuwerden, entweder sollen wir in einem Billigjob landen oder uns eine Sperrzeit einhandeln. Das Arbeitsamt soll nicht die Arbeitslosigkeit, sondern ihre Kosten für den Staat möglichst niedrig halten.«*

Die anwesenden Vertreter des Arbeitsamts wollten und konnten nicht diskutieren, sondern drohten schnell mit der Polizei. Sie waren argumentativ schwach und stehen wegen der hohen Arbeitslosenzahlen selber unter Druck. Deshalb war die Störung ihrer Veranstaltung eine Katastrophe, wollen sie doch damit nach oben heftige Aktivitäten signalisieren. Ihre ganze Nervosität zeigte sich wenig später, als in einem vollbesetzten Raum (ca. 80 Personen) eine Informationsveranstaltung zur »Leiharbeit« stattfinden sollte: da auch einige der FlugblattverteilerInnen anwesend waren, kündigte der Referent

Beschäftigungsförderung, Qualifizierung, Fitmachen für den ersten Arbeitsmarkt, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen – laut AFG und SGB III bisher wichtige, aber teure Aufgaben der Arbeitsverwaltung – treten in den Hintergrund. Bei den Qualifizierungsmaßnahmen wird diese neue Situation besonders deutlich. Bisher versuchten die Arbeitsämter, einen Teil der Arbeitslosen durch Umschulungen/Fortbildungen dem Arbeitsmarkt beim nächsten Konjunkturaufschwung wieder verfügbar zu machen. Inzwischen überwiegt die Einschätzung, das Ende der Fahnenstange sei erreicht: Warum für teures Geld umschulen, wenn der Aufschwung doch nicht kommt?

Jetzt geht es schlicht und ergreifend darum, den Arbeitslosen Geld wegzunehmen. Die Sperrzeiten werden hochgefahren, für die ersten vier Monate dieses Jahres liegen sie im Vergleich zu den letzten drei Jahren um 13 Prozent höher. Die Absicherung der Reproduktion vor allem für Ältere und Arbeitsunfähige wird massiv zurückgenommen, spätestens nach 18 Monaten Arbeitslosigkeit sollen sie auf Sozialhilfeniveau angelangt sein. Zwar erhalten bereits heute schon ca. 70 Prozent der knapp über zwei Millionen BezieherInnen von Arbeitslosen*hilfe* unter 600 Euro im Monat; mit der neuen Regelung würden die übrigen 30 Prozent (ca. 600.000 Menschen) ebenfalls auf die Sozialhilfe runtergedrückt. Eine Million der 2,2 Millionen Arbeitslosen*geld*bezieherInnen ist unter 55 Jahre alt und wechselt demnächst bereits nach 12 Monaten in die Alhi über...

Falls „die Älteren" einen neuen Job finden, unterliegen sie der neugeschaffenen Möglichkeit für die Unternehmer, Arbeitsverträge für über 52jährige ohne die sonst übliche Höchstgrenze von 24 Monaten und ohne jede Begründung (immer wieder) zu befristen.

Bereits zum 1.4.2003 wurde das sog. Schonvermögen („Vermögen", das man sich „fürs Alter" auf die Seite gelegt haben darf, ohne dass es auf die Arbeitslosenhilfe angerechnet wird) von 520 auf 200 Euro pro Lebensjahr gesenkt. Davon werden viele vor allem ältere Arbeitslose auf den Arbeitsämtern momentan noch kalt erwischt. Dass diese Regelung den Vorschlägen zu einem höheren Privatanteil an der Alterssicherung entgegenläuft, haben auch die Regierungsstrategen verstanden und basteln an entsprechenden Ausnahmeregelungen. Bei den betroffenen Arbeitslosen wird diese Situation hoffentlich zu einer schnellen Plünderung ihrer entsprechenden Konten führen, um die Kohle dem staatlichen Zugriff zu entziehen.

Die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit soll von 33 auf 22 Wochen gesenkt werden, die Arbeitsverwaltung soll wieder stärker ihre Funktion als „Drehscheibe" für den Arbeitsmarkt ausfüllen - angesichts der reinen Kürzungspolitik kaum einzulösende Vorstellungen.

Neben diesen Einsparungen wird versucht, mög-

lichst vielen Arbeitslosen über blödsinnige Maßnahmen (Eignungsfeststellungen, Betriebspraktika, Bewerbungstrainings etc.) eine „Vollzeitbeschäftigung" aufzudrücken, um wenigstens einen Teil so zu nerven, dass er sich eine „echte Arbeit" sucht. Die Ämter wollen momentan den Eindruck vermitteln, dass jede Geldleistung nur noch mit konkreten Gegenleistungen erkaufbar ist. Der Aufwand, den die Arbeitslosen treiben müssen, um diese Zumutungen abzuwehren, steigt also.

4.) Die Sozialdemokratie als radikalere Variante kapitalistischer Krisenverwaltung

Kurz nach Ende des Kosovokriegs machten Schröder und Blair mit einem gemeinsamen Papier zur Zukunft der Sozialdemokratie deutlich, welche Richtung ihre Parteien einschlagen sollen. Im Windschatten des Irakkriegs wurden die *Hauptaussagen des Papiers* jetzt in der BRD in konkrete Politik umgesetzt: die Orientierung am Ziel der sozialen Gerechtigkeit müsse zurückgestellt, die Steuerungsfunktion der Märkte betont und den Unternehmerinteressen mehr Raum gegeben werden... selbst die bewährten Konfliktstrategien der Gewerkschaften sollen nicht mehr mitgetragen werden.

Schröder hat mit seiner Rede zur „Agenda 2010" den Irak-Krieg explizit ins Feld geführt: Weil „die internationale Lage" so angespannt sei, weil die Unsicherheit um den Krieg ein weiteres wichtiges Moment für das Verharren in der Krise darstellt, weil die Arbeitslosigkeit auf hohem Niveau bleibt, muss jetzt wirklich gehandelt werden... Die Schröder-SPD hat vor allem mit der Art der Durchsetzung ihrer Pläne unmissverständlich klargemacht, dass sie keine Angst vor einem Konflikt mit den Gewerkschaften hat, ein wichtiger Unterschied zu den 16 Jahren christdemokratischer Versuche, den Sozialstaat zu reformieren. Diese Entscheidung konnte Schröder leicht fallen, denn die Gewerkschaften sind selbst bei ihren Versuchen, *politisch* zu mobilisieren, uneinig und schwach: Hatten sie im Juni 1996 noch gegen die Kohl'sche Sozialpolitik Hunderttausende nach Bonn mobilisiert, konnten sie bei Aktionstagen im Mai 2003 in 16 Städ-

ten nur 70.000 auf die Beine bringen, und gegen den Agenda-Parteitag der SPD demonstrierten gerade mal 800 Menschen. Einig sind sich die Gewerkschaften allerdings darin, *in den Betrieben* niemanden mobilisieren zu wollen, vor lauter Angst, das könnte ihnen aus dem Ruder laufen...

Nachdem DGB-Chef Sommer jetzt eine „Kampfpause" bis zum Herbst verkündete, hat er gleich noch die neue Rückzugslinie des DGB ausgegeben: am *Flächentarif* dürfe nicht gerüttelt werden. Obwohl die Gewerkschaften selber kräftig mitrütteln, indem sie vor allem im Osten Haustarifverträge, Tariföffnungsklauseln und besondere Einstiegslöhne abschließen und zulassen – offensichtlich geht es nur um das *Prinzip* Flächentarif...

Auch bei der Neugestaltung der Leiharbeit und der Einrichtung der Personalserviceagenturen (PSA) ging es um Prinzipien. Bei diesem Herzstück der Hartz-Gesetze wurden die Gewerkschaften über das *Prinzip* „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit" mit ins Boot geholt. Da niemand den Unternehmern ernsthaft zumuten wollte, Leiharbeiter zum gleichen Lohn wie die eigenen Stammarbeiter zu beschäftigen, mussten spezielle Tarifverträge her. Dabei haben die Gewerkschaften mitgemacht, und inzwischen liegen die ersten Ergebnisse für bundesweite Leiharbeitstariflöhne vor: Ungelernte ArbeiterInnen steigen mit 6,85 Euro ein, Facharbeiter mit 8,70 Euro. Damit haben die größeren Zeitarbeitsfirmen wie randstad, adecco oder persona jetzt eine bessere Planungsgrundlage, einige kleinere Sklavenhändler dürften ins Gras beissen.

5.) Vergebliche Krisenlösungsversuche

Der Umbau des Sozialstaats kann zwar für eine Senkung der Reproduktionskosten der Klasse sorgen, eine Lösung für die Krise ist er nicht. Abgesehen davon, dass bisher alle Abstriche an sozialstaatlicher Versorgung für die einzelnen Menschen den *Anteil des Sozialbudgets am Bruttoinlandsprodukt* nicht senken konnten, steht es nicht gut für die gesamte BRD-Ökonomie: Nullwachstum, kein Sektor in Sicht, der die restliche Wirtschaft mitziehen könnte (gerade die hochgejubelte IT-Industrie ist vollkommen eingebrochen), eine insofern entgleisende Verschuldung, als der Staat noch nicht einmal für zwei Monate eine zuverlässige Kalkulationsbasis hat, Deflationsgefahr...

Lässt man die komplizierten Rechnungen von Steueraufkommen, Sozialversicherungsbeiträgen, Brutto- und Nettolöhnen beiseite, dann löst sich das Klassenverhältnis in drei elementare Größen auf:

a) was kostet die Reproduktion (privater Konsum plus öffentliche Leistungen wie Gesundheitswesen) der *gesamten Arbeiterklasse* (offiziell Arbeitende und SchwarzarbeiterInnen, Hausfrauen, RentnerInnen, Kinder und Kranke), und welchem Arbeitsvolumen entsprechen diese Kosten (= notwendige Arbeit);
b) wie groß ist das Gesamtarbeitsvolumen der mit diesen Kosten reproduzierten Arbeiterklasse;
c) welcher Überschuss ergibt sich zwischen b) und a).

Dieser Überschuß kann entweder durch die Senkung der Reproduktionskosten oder durch die Erhöhung des Arbeitsvolumens vergrößert werden. Aber letztendlich geht es um die Frage, ob zusätzliches Kapital akkumuliert werden kann. Und dafür reicht es nicht aus, die Löhne niedrig zu halten. Sinken die Einkommen der Proletarier und die Ausgaben des Staates, dann schrumpft der Binnenmarkt. Eine erweiterte Nachfrage nach Investitionsgütern wird unwahrscheinlicher, denn diese hat die Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen auf dem historisch erreichten Produktivitätsniveau zur Voraussetzung. Historisch bestanden die Lösungen solch großer Krisen immer in einer massiven Entwertung der Arbeitskraft (durch Produktivitätswachstum bzw. -sprünge) bei *gleichzeitiger* Durchsetzung neuer Produkte und Produktionsmethoden. Mit der Steigerung der Produktivität (d.h. vermittelt: mit der Entwertung der Arbeitskraft) war dabei immer auch eine *Verbesserung* der materiellen Standards der Reproduktion der Arbeiterklasse (oder zumindest die *ernsthafte Hoffnung* darauf) einhergegangen. Davon ist momentan nichts zu spüren: es geht um die bloße *Einkommensumverteilung* auf stagnierendem Niveau, nicht um die Steigerung der Ausbeutungsraten unter den Bedingungen eines beschleunigten Wachstums, die dann eben auch das Versprechen auf Steigerung des materiellen Reproduktionsniveaus enthält. Einen *Ausweg* aus der Krise stellen Billiglöhne also noch lange nicht dar.

Beim Umbau des BRD-Sozialstaats werden neben der Senkung der Reproduktionskosten (weniger Arbeitslosengeld etc.) seit Jahren folgende Möglichkeiten diskutiert und politisch umgesetzt, allerdings ohne Aussicht auf durchschlagende Erfolge bei der Krisenlösung:

Die **Beschäftigungsquote**, also der Anteil der tatsächlich Arbeitenden an den Erwerbsfähigen, soll erhöht werden, von derzeit 65 auf 70 Prozent. Wenn das aber nur mit mehr TeilzeitarbeiterInnen oder wie jetzt angestrebt mit MinijobberInnen erreicht werden kann, sinkt das jährliche Prokopfarbeitsvolumen (kontinuierlich von ca. 2000 Stunden Ende der 60er Jahre auf knapp 1500 Stunden im Jahr 2000), das Gesamtarbeitsvolumen verharrt seit Mitte der 90er Jahre bei ca. 57 Milliarden Stunden pro Jahr.

Der **Niedriglohnsektor** konnte bisher nicht nachhaltig ausgebaut werden und ist immer noch im we-

des Arbeitsamtes an, jede sofort rauszuschmeißen, die auch nur eine kritische Zwischenfrage stellt... Das löste unter den Anwesenden großen Unmut aus, schließlich konnten fast alle die Überlegungen des Flugblatts nachvollziehen, und niemand wußte, warum denn eine kontroverse Diskussion schädlich sein könnte. Aber die Chefs des Arbeitsamtes ließen die inzwischen vor der Tür stationierten 10-15 Polizisten das Hausrecht durchsetzen, die »Störer« wurden entfernt, etliche der anderen Besucher verließen daraufhin die Veranstaltung.

Schade ist, daß wir keinen Treffpunkt für Leute für spätere Kontakte, Informationsaustausch etc. angeben konnten. Außerdem ist es bei solchen Aktionen (die in ähnlicher Weise auch in anderen Städten stattgefunden haben) immer schwierig, den Zusammenhang zwischen der »Zeitarbeit« und den »normalen« Sektoren der Ausbeutung rauszustellen. Auf diese Weise wird »Zeitarbeit« zum Skandal, während die Festanstellung im Großbetrieb mit allen ihren Zumutungen fast schon als Wohltat für die Arbeiterin erscheinen könnte. Und wir müssen uns um eine Perspektive bemühen, wie wir von solchen (sicherlich notwendigen) politischen Aktionen (wie sie z.B. auch die GenossInnen der FAU gegen die Tarifverhandlungen der Gewerkschaften mit den Zeitarbeitsverbänden gemacht haben - siehe dazu *www. fau.org*) in das Herz der Bestie vordringen können, also zumindest mitkriegen, was denn tatsächlich unter den LeiharbeiterInnen los ist, welche Konflikte es in den Firmen gibt, wie die Festangestellten der Entleihbetriebe reagieren, ob die LeiharbeiterInnen wirklich so gut im Sinne des Kapitals funktionieren. Aber was nicht ist, kann ja noch werden ...

N., Freiburg

Soziales Lernen und Kommunikation

Der Bildungsverein Hannover – entstanden als Teil der alternativ-grünen Bewegung, *»mit dem Ziel der Entwicklung einer unabhängigen alternativen Erwachsenenbildungseinrichtung«* – bietet ein Wochenendseminar *»Trennungsgespräche mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern fair führen«*.

»Für diejenigen«, heißt es in den Erläuterungen zum Wochenendseminar, *»die die Kündigung aussprechen müssen, bedeutet ein solches Gespräch Überforderung und Stress. Gesundheitliche Folgen wie Schlafstörungen und die Angst vor unkalkulierbaren Reaktionen des gekündigten Mitarbeiters sind bei den Personalverantwortlichen häufig zu beobachten.«*

Kurzum: Es besteht Handlungsbedarf. Aber nicht nur auf der mentalen Seite, sondern auch auf der finanziellen. Schließlich drohen nach einer *»unzureichend vorbereitet(en)«* Kündigung *»erhebliche Kosten vor dem Arbeitsgericht. Daher kommt der professionellen Vorbereitung und Durchführung solcher Gespräche eine besondere Bedeutung zu.«*

Für die 13 Unterrichtsstunden zahlt man lediglich 62, Euro. Und »Sozial- und Arbeitslosenhilfeempfänger/innen« müssen - so steht es wortwörtlich im Programm - sogar nur 31 Euro aufbringen. Und können nach dieser Bildungsmaßnahme bestimmt besser schlafen, wenn sie demnächst mal wieder jemanden kündigen müssen.

sentlichen auf den Dienstleistungsbereich beschränkt, dessen Beitrag zur Akkumulation eher gering bleiben muss.

MigrantInnen-Arbeit hat in der Geschichte der BRD immer eine große Rolle u.a. bei der Finanzierung des Sozialstaats gespielt: *Gastarbeiter* zahl(t)en Renten- und Krankenversicherung, die sie bei weitem nicht wieder »zurückbekommen«. Es ist mehr als fraglich, ob die »Wirtschaft« wirklich ein Interesse an der Einstellung der vielen Arbeitslosen hat. Daß die vielen Lohnkostenzuschüsse sehr selten genutzt werden (das Mainzer Modell mit der Bezuschussung der Sozialabgaben für Bruttolöhne unter 900 Euro wurde bundesweit nur knapp 10 000mal in Anspruch genommen), spricht dagegen. Die Industrieverbände setzen sich für wesentlich *großzügigere Einwanderungsregelungen* als die Regierung ein: Von einer neuen (jungen) MigrantInnengeneration verspricht sich das Kapital mehr Fleiß und Anstrengungen als vom arbeitslosen Teil der „einheimischen" Klasse – und junge ArbeiterInnen würden die Sozialsysteme entlasten. Eine Masseneinwanderung könnte zumindest vorübergehend einen Niedriglohnsektor in einer Dimension schaffen, wozu keine sozialpolitische Maßnahme in der Lage ist. Aber diese Lösung ist gesellschaftspolitisch *und* ökonomisch blockiert (das Kapital, das die MigrantInnen verwerten könnte, ist selber in der Krise).

Hartz hatte von 780 000 Arbeitsplätzen fantasiert, die durch billigere **LeiharbeiterInnen** geschaffen werden sollten, davon sind inzwischen noch 50 000 übriggeblieben. So viele Arbeitslose sollen von den Arbeitsämtern jährlich direkt an die als Personalserviceagenturen (PSA) getarnten Sklavenhändler weitergereicht werden. Das Vorstellungsgespräch, also die bewährte Möglichkeit, den Job doch noch an sich vorüberziehen zu lassen, entfällt also bei dieser neuen Variante, Arbeitslose in Leiharbeit zu pressen. Da die PSA von der Bundesanstalt Prämien für die Übernahme der Arbeitslosen erhalten (insgesamt sind 350 Millionen Euro für das erste Jahr veranschlagt), ist der Einspareffekt gleich Null, wie auch viele der Kürzungen zunächst auf ein Nullsummenspiel hinauslaufen: Der Haushalt der BA muss auch in diesem Jahr mit mehreren Milliarden Euro aus dem Bundeshaushalt bezuschusst werden.

Es gibt noch keine Erfahrungsberichte über die Praxis der PSA. Klar ist aber, dass trotz der lächerlichen (und inzwischen bundesweit vereinheitlichten Tarif-) Löhne die Zahl der LeiharbeiterInnen in der BRD nur zögerlich steigt: von 100 000 Anfang der 90er Jahre auf 350 000 im Jahresdurchschnitt, damit bewegt sich die BRD im europäischen Vergleich in der unteren Hälfte. Abgesehen davon, dass die Krise an den Zeitarbeitsfirmen nicht vorübergeht (auch einige größere Firmen mussten in den letzten Monaten Konkurs anmelden), ist zweifelhaft, ob 50 000 LeiharbeiterInnen zusätzlich eingestellt werden, oder ob sie andere einfach ersetzen. Denn erfahrungsgemäß wird in Betrieben, in denen zu viele unzufriedene und „unterbezahlte" Leute (und vor allem: ohne Aussicht auf Übernahme in den Entleihbetrieb) rumhängen, nicht die höchste Produktivität und Qualität entwikkelt. Der Kapitalismus funktioniert eben nicht ausschließlich über Zwang, sondern ist auf die Mitarbeit der Auszubeutenden angewiesen. Daimler-Chrysler z.B. hat zwar die Einstellung von mehr LeiharbeiterInnen in Aussicht gestellt (aktuell haben sie nur einige hundert bei 200 000 Beschäftigten im Inland), ihren Einsatz in der Fertigung aber ausgeschlossen, sondern auf die Bereiche Logistik oder Instandhaltung eingeschränkt. Hier deuten sich *Grenzen der Prekarisierung* an, die wir im nächsten Heft genauer untersuchen werden.

6.) Was tun – gegen die diffuse Angst aus Existenzbedrohung und näherrückenden Kriegen

Gerade weil offensichtlich härtere Zeiten auf uns zukommen, gibt es wieder ein größeres Interesse an dem, was in der Linken gern „soziale Frage" genannt wird. Leider werden aber viele der neuen (und alten) Initiativen bei ihren Aktionen gegen die Kürzungen im Sozialbereich zu den glühendsten Verteidigerinnen dieses Sozialstaats ...

Trotzdem können wir an diesem neu erwachten Interesse ansetzen, um uns mit der *gesamten kapitalistischen Wirklichkeit* auseinanderzusetzen. Dazu gehören neben den Veränderungen auf den Ämtern (besonders die, die sich aus der *Vereinheitlichung der Arbeitslosenhilfe* ergeben können) die Migration, die Entwicklung von Löhnen und Arbeitsbedingungen und vor allem die vielen kleinen und manchmal auch größeren Konflikte an den Orten, wo es Unternehmern und Regierenden richtig weh tut, wo die Produktion ihres Profits und ihres Reichtums bedroht werden könnte...

»Der bisherige Verlauf

lässt sehr auf die Mobilisierungen im nächsten Schuljahr hoffen...«

So läßt sich das gemeinsame Fazit von zwei interessanten Kämpfen in Frankreich und Italien zusammenfassen. Hier haben doch tatsächlich im Frühsommer **LehrerInnen** Schulen besetzt, Opernhäuser gestürmt, sich mit Bullen geprügelt, demonstriert und Straßen blockiert! Eigentlich bräuchte der Staat nur die Sommerferien abzuwarten und kann dann drauf hoffen, daß sich im Herbst alles verlaufen hat. Aber warum haben die Bullen in Frankreich dann so reingeprügelt – ist diesmal alles anders?

In den meisten europäischen Ländern laufen gerade massive Angriffe auf die bisherigen Bedingungen der LehrerInnen – u.a. in England, Frankreich und Italien laufen auch Kämpfe dagegen. In Deutschland haben wir eine Sondersituation: einerseits sind die »schlechten Bedingungen« (bei sehr guter Bezahlung) hier schon durchgesetzt - in Frankreich werden von den Lehrern die deutschen Verhältnisse als die schrecklichst denkbaren angesehen; andererseits wurden in letzter Zeit wegen des schlechten Abschneidens in der PISA-Studie in Deutschland eher wieder mehr Lehrer eingestellt.

In Deutschland sind die Arbeitsbedingungen der LehrerInnen erheblich schlechter, aber die Bezahlung ist viel besser, und die meisten haben noch den Beamtenstatus. Die Stundenzahlen sind höher, die LehrerInnen arbeiten ohne Unterstützung durch Sozialarbeiter, Ärzte, Aufsichtspersonal wie in Frankreich. Es gibt hier auch kaum Ganztagsschulen, die den Unterricht ergänzen und stützen. Die Lehrer am französischen Lycée z.B. geben in der Regel 14 Kursstunden pro Woche. Jetzt prescht aber Berlin beim Einsparen, Kürzen und Sozialabbau vor, und dieser Test wird von allen Bundesländern als Modell für Einsparungen aufmerksam beobachtet. Der Einsatz von »Hilfslehrern/Assistenten« in Berlin ist ein Versuchsballon – und dagegen wurden am 27. Juni zwei Stunden gestreikt - ein Anfang?

Italien: Mobilisierung gegen den Stellenstreichungserlass

LehrerInnen besetzen die Schulen

So etwas war bisher nur einmal passiert: vor zehn Jahren in Rom, und da auch nur in einer Schule! In der ersten Juniwoche wurden sieben Turiner Schulen von LehrerInnen besetzt – teilweise betagte Menschen rollen sich in einen Schlafsack, um in der Schule zu übernachten, blockieren tags darauf den Verkehr..., und ausgerechnet Lehrer? Was ist da los??

Die Regierung Berlusconi hatte in ihrem Haushalt einen »Stellenstreichungserlass« für die Schulen vorgesehen. Alle LehrerInnen sollten 18 Stunden pro Woche vor der Klasse stehen. Ein mathematischer Schlüssel soll sicherstellen, daß *alle* diese Pflichtstunden ableisten. Bisher aus Gesundheitsgründen Freigestellte sollten entweder in andere Verwaltungsjobs umgesetzt werden oder ebenfalls wieder unterrichten. Das würde einerseits zur Entlassung einer großen Zahl von prekären LehrerInnen führen, die bisher angestellt worden waren, um Lücken im Wochenplan zu schließen. Es würde auf der anderen Seite aber auch einen Einfluss auf die Situation der Klassen haben: Sie würden nicht mehr wie bisher von einer Lehrerin / einem Lehrer über zwei oder drei Jahre hinweg geführt werden, stattdessen könnten die Lehrer jedes Schuljahr wechseln.

Dagegen gab es eine erste Aktionswelle im Mai: An fast allen Schulen in Turin und »leopardenfellmäßig« im übrigen Italien weigerten sich die LehrerInnen, die Lehrbücher fürs nächste Schuljahr anzunehmen. Offizielle »Begründung«: Ohne didaktische Kontinuität kann man nicht für einen noch nicht feststehenden Kollegen die Bücher aussuchen. Dieser Lehrbücher-Annahmeboykott hatte außerordentlich großen Erfolg.

Wenige Wochen vorher hatte es in Turin schon eine starke Mobilisierung von Grundschul-Assistenzlehrern mit Zeitverträgen gegeben, die zwei Straßenblockaden gemacht hatten. Möglicherweise hat dieses Beispiel angeregt... auf jeden Fall machten nun am 26. Mai nach einer erfolgreichen Demo die LehrerInnen in Turin eine Straßenblockade vor der Regionalen Schulbehörde. Der erste Erfolg stellt sich ein: die Schulbehörde fordert in einem Rundschreiben die Schulleiter auf, »nochmal nachzurechnen«., im Klartext: weniger Stellen zu streichen...

Warum Turin?

Der 26. Mai hatte gezeigt, daß man was erreichen kann, wenn man die Regeln übertritt. Ein zweiter Faktor sind sicherlich die alternativen Basisgewerkschaften, die in Turin im Vergleich zu anderen Städten Italiens relativ stark sind. Aber diese sagen selber, die Mobilisierung ging um einiges über ihr Potential hinaus, »wie in jeder wirklichen Bewegung [sind] auch Kräfte aktiv geworden, die sich in keiner Weise auf das CUB Scuola reduzieren lassen.« Von den sieben erfolgreichen Besetzungen (es gab auch Besetzungs*versuche*, die gescheitert sind) waren fünf unter Beteiligung der alternativen Gewerkschaftsstrukturen, zwei komplett ohne gewerkschaftliche Strukturen.

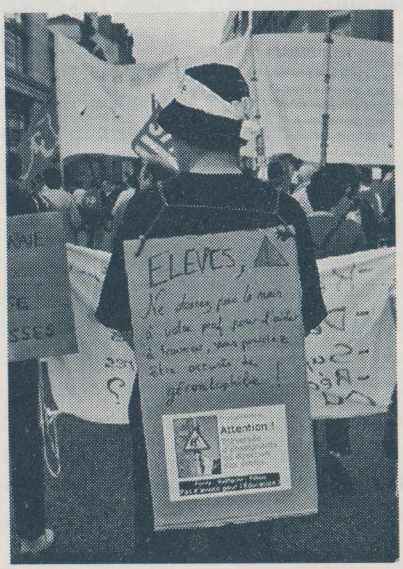
Die LehrerInnen haben offensichtlich bei der Antiglob-Bewegung gelernt ... oder sich an ihre eigene Studentenzeit erinnert, auf jeden Fall haben sie den ganzen Bogen durchgezogen: Diskussionsveranstaltungen, Konferenzen, Konzerte, Versammlungen mit den Eltern, Ausstellungen, Kundgebungen, selber gemalte Transpis, Resolutionen, Presse-Erklärungen, Flugis usw. usw..

Die Bewegung hat bewusst auf ein Medienereignis gesetzt, was im wesentlichen gut funktioniert hat. Die Presse hat eine wichtige Rolle in der Mobilisierung gespielt und viele und sogar teilweise recht gute Artikel zum Thema veröffentlicht, ganz abgesehen von den Fernseh- und Radioberichten. In den Zeitungen haben sich einige angesehene Intellektuelle auf die Seite der Bewegung gestellt...

Die Leute wollten andere Kampfformen als die traditionellen gewerkschaftlichen Streiks, die sie angesichts des bestehenden faktischen Streikverbots für unwirksam hielten. Die offiziellen Gewerkschaften (CGIL, CISL, UIL und SNALS) haben sich auf die Seite der Schulverwaltung gestellt. Sie lehnten das Angebot der Koordination der gegen den Stellenstreichungserlass kämpfenden Schulen und des CUB Scuola, gemeinsame Verhandlungen mit der Gegenseite zu führen, ab. Trotzdem tun sie jetzt so, als seien die Neuberechnung der Planstellen ihr eigenes Verdienst!

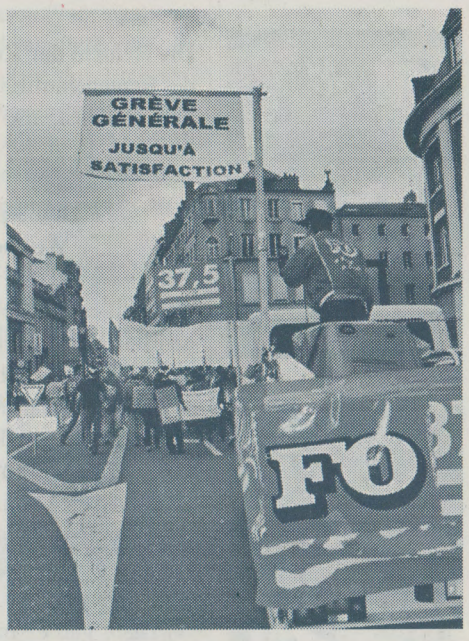
Die Bewegung bleibt bisher – stärker als in Frankreich (wo es auch um das ganze soziale Elend geht) – im Rahmen von Berufsidentität und der Angst davor, weitere Garantien zu verlieren. Daß die Leute sich jetzt so radikalisiert haben, hat etwas damit zu tun, daß ihren Vorstellungen von Wissensvermittlung durch die aktuellen Maßnahmen der Regierung der Boden unter den Füßen weggezogen wird – es sind nicht »nur« weitere Streichungen, aus den Schulen sollen Unternehmen gemacht werden (wie aus den Krankenhäusern auch). Diese Mobilisierung trifft sich mit der, die sich gerade in den Grundschulen Italiens entwickelt. Das sind unterschiedliche Bewegungen mit ihren jeweiligen Eigenheiten, aber sie alle entzünden sich an der Schulpolitik der Regierung, am Stellenabbau, an der zukünftigen Qualität der Schule...

Mal sehen, was draus wird!



Kurzer Bericht zur Bewegung der LehrerInnen in Frankreich

Nach mehreren Wochen Streik haben einige Lehrer mit den Tränengasgranaten und Knüppelorgien der CRS Bekanntschaft gemacht, andere wurden gewaltsam aus der Opéra Garnier vertrieben. Wie kam ein Milieu, das normalerweise mit radikalem Protest nichts am Hut hat, an die Spitze der neuesten sozialen Bewegung? Der folgende Text bringt keine endgültige Analyse, aber schon mal ein paar Bruchstücke.



1. Hauptgründe für die Streikbewegung

Die Auslöser der Bewegung in zeitlicher Reihenfolge:

Der erste Angriff war die Streichung von 20.000 Erziehungshelferstellen (Arbeitsverträge mit fünfjähriger Laufzeit im Rahmen des Jugendbeschäftigungsprogramms der früheren sozialistischen Regierung) und von 5.600 Aufsichtsstellen. Ein mittlerweile zurückgenommener Vorschlag der Regierung war, sie durch Rentner zu ersetzen! Jetzt schlägt die Regierung vor, diese 26.000 Stellen durch 16.000 »Bildungsassistenten« zu ersetzen, ein Teil davon in Vollzeit, aber niedriger bezahlt als bisher, der Rest in Teilzeit. Die Mobilisierung unter diesen Jugendlichen wurde am Anfang von den Gewerkschaften nicht unterstützt (mit dem Argument, dass sie kein Examen haben! ... faktisch sind sie einfach keine »Klientel« für die Lehrergewerkschaften). Heute gehört ihre Forderung nach Beibehaltung aller Arbeitsplätze zum Forderungskatalog der ganzen Bewegung, ebenso wie die Reform der befristeten Stellen und des Jugendbeschäftigungsprogramms.

Die Reduzierung der Mittel nach dem Prinzip der »Gleichbehandlung«: Änderung der Gesamtstundenausstattung (das ist die Gesamtzahl an finanzierten Unterrichtsstunden, die jede Schule jährlich vom Staat erhält). Der Staat hat 2003 das Prinzip der »Gleichbehandlung« in den Vordergrund gestellt. Die »reichsten« Schulen kriegen mehr Stunden, angeblich um die Gerechtigkeit wiederherzustellen, denn früher hatten Einrichtungen mit größeren sozialen Schwierigkeiten höhere Zuteilungen. Die Budgets der Sozialkasse (für Ausflüge, den Schulbedarf oder das Kantinenessen von Kindern armer Eltern) werden nach derselben Logik gekürzt. Das hat zur Folge, dass die »ärmsten« Einrichtungen vorgesehene Ausflüge reduzieren oder sogar ganz streichen.

Das Dezentralisierungsprojekt: Der Staat will die Zahlungen an die Regionen kürzen. Das gleiche wollte schon der frühere sozialistische Minister Allègre. Konkret soll die Verwaltung des Dienstleistungspersonals (»TOS«), das in allen schulischen Einrichtungen arbeitet, von die Departements übernommen werden, d.h. sie gehören dann zum »territorialen öffentlichen Dienst« der Regionen und Kommunen, die wenig Geld zur Verfügung haben. Dieses Personal (ungefähr 100.000 Stellen) besteht hauptsächlich aus Arbeitern, Sozialarbeitern, Berufsberatern und Ärzten. Das Lehrpersonal ist davon nicht betroffen. Erste Erfahrungen mit diesem »Aufgabentransfer« in Bordeaux und Le Havre geben eine Vorstellung von den zu erwartenden Konsequenzen. Faktisch würde dieses Personal fast vollständig aus den Schulen verschwinden. Es wird entweder durch Privatfirmen ersetzt oder aber die Dienste der betreffenden Region ziehen diese Aufgaben an sich. So kommt zum Beispiel der Schularzt nur noch einen Tag pro Monat in ein Collège, oder die Schüler werden gleich zu einem niedergelassenen Arzt geschickt, was teurer und weniger effektiv ist. Oder aus einem Berufsberater wird ein Sachbearbeiter, der zukünftige Arbeiter in einem Arbeitsplatzpool platziert.

Im großen Ganzen scheinen die Lehrer mehr vom »Verlust« der Sozialarbeiter und anderer Berufsberater betroffen zu sein als vom Abbau bei den Arbeitern und Servicetechnikern. Denn je mehr Kinder aus benachteiligten Milieus eine Einrichtung aufnimmt, um so mehr sind die Lehrkräfte auf Sozialarbeiter angewiesen. Die Arbeiter und Servicetechniker sind in der aktuellen Bewegung wenig präsent. Anfangs zeigten die Gewerkschaften wenig Interesse, ihre Forderungen zu unterstützen, und danach waren sie selbst wenig aktiv. Obwohl einige Lehrer versucht haben, Kontakte herzustellen und den Kampf zu vereinheitlichen, kamen nur wenige Arbeiter zu den Vollversammlungen. Es bestehen eben Trennungen zwischen den Berufsgruppen in den Schulen. Ihr Lohnniveau liegt weit unter dem der Lehrer, was es schwieriger macht, mehrere Wochen zu streiken.

Die Berufsoberschulen (lycées professionnels) im Dienst der lokalen Unternehmen: Die Berufsoberschulen sollen ihre Ausbildung an den spezifischen Bedürfnissen der örtlichen Unternehmen orientieren. Das kann dazu führen, dass sich die Ausbildung alle sechs Monate ändert, um der Nachfrage zu entsprechen. Außerdem sollen die Schüler früher in die Betriebe gehen; nämlich bereits ab 13 Jahren (4. Klasse). Die Ausbildung soll abwechselnd eine Woche beim Unternehmer und eine Woche in der Schule stattfinden.)

Die Reform der Ruhestandsregelungen (Erhöhung des Renteneintrittsalters) betrifft den gesamten öffentlichen Dienst, also auch das staatliche Bildungswesen.

2. Demonstrationen und Streiks: Wer bewegt sich und wie?

Gegen diese Regierungsprojekte wurden Streiks organisiert. Die ersten Aktionen wurden vom »Kollektiv Jugend-Beschäftigung« organisiert. Auch die ersten gewerkschaftlichen Streiks gingen um die Streichung der Stellen des Aufsichtspersonals. Im Verlauf des Jahres veranstalteten die Gewerkschaften »Aktionstage« - eine Art ritueller Streiks, die ideal sind, das Entstehen einer Bewegung zu verhindern. Sie haben auch tatsächlich das Entstehen der Bewegung gebremst.

Dann gab es in bestimmten Schulen punktuelle Streiks für mehr Mittel oder auch nur aus Solidarität mit den Einrichtungen, die in Schwierigkeiten sind. Anfangs war die Mobilisierung gegen das Dezentralisierungsprojekt nicht sehr stark, dies änderte sich erst seit der Ankündigung des Gesetzentwurfs zur Rentenreform.

Die Streikbewegung der LehrerInnen ging konkret von vier Zonen aus: La Réunion (wo die Mobilisierung noch sehr stark ist, aber wovon in der »Metropole« wenig zu hören ist), Nord-Pas de Calais, Seine-St. Denis und Gard. Diese Regionen gehören zu denen, wo das soziale Elend am schreiendsten ist, und die LehrerInnen sind dort täglich damit konfrontiert.

Die Struktur der Bewegung

Mächtige Gewerkschaften, die nach dem Prinzip des Klientelismus funktionieren

Die Gewerkschaften im staatlichen Bildungswesen sind mächtig, weil die Lehrer darauf angewiesen sind, für jedes Problem die Gewerkschaftsbürokratie in Anspruch zu nehmen, und diese zeigt dabei ihre »Effizienz«. Aber es ist keine echte Macht: die meisten Lehrer betrachten die Gewerkschaft nicht als ihr »Kampfinstrument«.

Die Art und Weise in der die aktuelle Bewegung abläuft, wird durch einen Rückblick verständlich. Vor fünf Jahren, während der letzten Streikbewegung gegen die Projekte des sozialistischen Ministers Allègre, hatten die Gewerkschaften alles in der Hand, kontrollierten die Mobilisierungen und bemühten sich, Streiks zu verhindern. Ein bezeichnendes Beispiel: Die UNSA organisierte eine Unterstützungsdemonstration für den Minister! Seither ist für Streikende klar: wenn man im Kampf etwas erreichen will, muss man die Gewerkschaften abschütteln. Seit damals gibt es zunehmend Koordinationen innerhalb von Schulen. Die Mobilisierung gegen denselben Minister verstärkte sich im darauffolgenden Jahr, und zwar sofort außerhalb der Gewerkschaften. Die Koordinationen gewannen zunehmend an Gewicht. 2002 traten die Grundschullehrer gegen die Reform der Stundenpläne (Verteilung der Schulstunden innerhalb der Woche und innerhalb des Jahres, bspw. ist in der Grundschule der Mittwoch frei…) in den Streik und brachten sie zum Scheitern.

Eine neue Gewerkschaftstaktik:

In der jetzigen Bewegung haben die Gewerkschaften von Anfang an eine neue Taktik ausprobiert. Sie rufen immer häufiger zu Demonstrationen auf ... zu denen sie selbst nicht gehen! Sie wissen, dass sie in Wirklichkeit die Situation nicht mehr beherrschen und sind dazu übergegangen, zu Koordinationen aufzurufen (ohne daran wirklich interessiert zu sein). Sie nehmen an den Vollversammlungen teil und verhandeln gleichzeitig mit der Regierung. Was die linksradikalen Gruppen angeht, so hatten diese bei der Mobilisierung gegen Allègre das Nachsehen. Jetzt wollen sie vorne mit dabei sein und bringen die Gewerkschaften ins Spiel, während die Leute beginnen, sich außerhalb dieser Strukturen zu organisieren.

Mobilisierung und Engagement beim Schulpersonal: die Unterschiede zwischen Primarstufe und Sekundarstufe

Es gibt keinen Austausch zwischen diesen beiden »Sektoren« des Bildungswesens. In der Tat hat das Lehrpersonal – Studienräte oder Lehrer - weder dasselbe »Profil« noch dieselbe »Kultur«. Die Grundschullehrer (Primarstufe) sind politisierter als die Studienräte der Collèges und Lycées. Sie bilden ein stark homogenes Berufsmilieu, sie sind eher »progressiv« (ATTAC und sein Umfeld ist unter ihnen reichlich vertreten), und das Gewicht der Gewerkschaften ist dort stark. Ein Teil von ihnen ist auch stark linksradikal beeinflusst. Im Gegensatz dazu sind die Studienräte relativ wenig politisiert, die Gewerkschaften haben hier weniger Einfluss, weshalb sie sich auch schneller radikalisieren können.

Die Spaltung zwischen den zwei »Milieus« wird auch im Verhältnis zur Rentenreform sichtbar. Anfangs stand die Ablehnung der Rentenreform nicht im Vordergrund. In der Zwischenzeit ist sie von einem Teil der Streikenden aus drei unterschiedlichen Gründen schnell in den Vordergrund gerückt worden: Zunächst gab es eine reale Opposition gegen die Reform, aber es wurde auch bewusst, dass der Bildungsbereich allein die Reform nicht wird verhindern können; dann gab es die Befürchtung vieler Lehrer, zu korporatistisch zu erscheinen; letzten Endes aber haben sich die Primarstufenlehrer massiv gegen die Rentenreform gewandt, von der sie besonders betroffen wären, da ihr Rentenalter derzeit bei 55 Jahren liegt.

Innerhalb der Sekundarstufe sind zwei Tendenzen zum Projekt der Rentenreform im öffentlichen Dienst sichtbar:

- ein Teil der Studienräte will die Bewegung des Lehrpersonals mit der Bewegung gegen die Rentenreform verbinden, aber oft ist das nur Mitläufertum mit den großen Gewerkschaften.
- eine andere Tendenz stellt die eigenen Forderungen in den Vordergrund, mit dem Argument, die Attacken gegen das Bildungswesen beträfen die ganze Gesellschaft und nicht nur die Studienräte. Zum Beispiel macht es für sie mehr Sinn, die konkreten Konsequenzen der Umformung der Berufsoberschulen darzustellen, als auf den Demos mit der Parole »Generalstreik« aufzulaufen. Am Anfang konnten die Gewerkschaften ihre Strategie, den Kampf zu ersticken, hinter diesem Slogan und hinter ihren Predigten zur Ausweitung auf die Bewegung gegen die Rentenreform verstecken.

Bei den Grundschullehrern nimmt das Engagement andere Formen an: sie sind in den Schulen weniger zahlreich und müssen nach draußen gehen, um ihren Kampf zu führen. In vielen Städten nehmen sie an den Vollversammlungen zusammen mit den Streikenden anderer Bereiche teil (Post, Transport, Gemeindeangestellte ...) und schließen sich ihren Demonstrationen an.

Eine Bewegung, die sich rasch ausbreitet, aber ohne klare Perspektive

Die Bewegung ging von den Grundschulen (écoles primaires ou élémentaires) aus, griff über auf die weiterführenden Schulen (collèges) und am Ende auf die Gymnasien (lycées). ## Die Gewerkschaften gaben eine vom 6. Mai an täglich verlängerbare Streikankündigung heraus. ## Die gesamte Bewegung ist schwierig zu erfassen: in einigen Einrichtungen loderten Strohfeuer auf, dann brach es ab und sie nahmen die Arbeit wieder auf, während anderswo viele LehrerInnen zwei Monate lang streikten. Ein einheitliches Prinzip war nicht zu erkennen. Wie die Bewegung weitergeht ist unklar. Viele Lehrer haben ein halbes Monatsgehalt verloren und das kurz vor den Ferien. In den Ferien selbst ist eine Gegenwehr gegen die Regierung kaum durchführbar.

Gruppierungen, die Einfluss zu nehmen versuchen

Die Strategie der linken Gruppen ist allgemein; den Kampf auszuweiten, aber unter strikter Kontrolle der Gewerkschaftsapparate (Gewerkschaftsdelegationen sollen die Verbindung zu Gewerkschaftern eines anderen Bereichs knüpfen). Die linken Aktivisten wollen über die Apparate, die sie teilweise direkt kontrollieren (z. B. SUD durch die LCR) die gewerkschaftlichen Strukturen beeinflussen. Dieses politische Spiel hat einen doppelten Effekt: einerseits führt es zu einer Politisierung der Bewegung im schlechten Sinn des Wortes (starke gewerkschaftliche Präsenz), andererseits verhindert es überhaupt eine Bewegung (man verteilt von mehreren Gewerkschaften unterzeichnete Flugblätter an verschiedenen lokalen Einrichtungen, aber gleichzeitig bremst man jeden Versuch der Streikenden, untereinander Verbindung aufzunehmen und über den Stand ihrer jeweiligen Mobilisierung zu diskutieren).

Lutte Ouvrière ist beipielsweise bei der stärksten Bewegung im Bezirk Seine-St. Denis stark engagiert. Sie haben nicht gewählte Büros bei den Vollversammlungen eingerichtet, die Demonstrationsrouten aushandeln, Pressekontakte wahrnehmen, Flugblätter entwerfen – und sich gegen Streikkomitees aussprechen. Die Koordination von Seine-St. Denis hat zur ersten Gesamtkoordination der Isle de France aufgerufen. So kontrolliert LO faktisch die Koordination Ile de France und die nationale Koordination, während sie sich die Pariser Koordination nicht greifen konnten. Die trotzkistische Konkurrenz LCR fordert dagegen die striktere Organisation des Kampfes. Die Syndikalisten von der CNT Vignoles sind vor allem bei den Grundschullehrern aktiv, und da ohne gemeinsame Positi-

on. Die SUD ist dabei, sich im Erziehungsbereich auszuweiten und vertritt die libertärsten Positionen; sie läßt sich beispielsweise im Gegensatz zu anderen Gewerkschaften von Koordinationsmitgliedern zu Verhandlungen begleiten.

3. Die Reaktionen der Regierung

So lange die Bewegung schwach war, glaubte die Regierung, mit Gewalt durchzukommen. Doch der Widerstand der LehrerInnen und die Tatsache, dass sie zwei große Reformen gleichzeitig eingeleitet hatte, zwang sie dazu, auf der einen Seite ein paar Krümel zuzugestehen (im Erziehungsbereich), um sich auf der anderen Seite (bei den Renten) durchzusetzen. Für einen Teil der Streikenden wirkten diese Krümel (Verschiebung der Universitätsreform, u.ä.) aber wie eine Provokation und haben die allgemeine Verdrossenheit keinesfalls verringert. Der Innen-(und Dezentralisierungs)minister mußte einspringen, um den Konflikt zu beruhigen und Konzessionen zu machen, denn der Erziehungsminister hatte sich völlig desavouiert.

Die CNT auf der Suche nach Sichtbarkeit

Die Strategie der Härte der Regierung wird wenn nötig von Repression (Knüppelorgien und Festnahmen) und allen Formen üblicher Propaganda und Manipulation begleitet. Sie versucht, die Bewegung als völlig skrupellos und korporatistisch darzustellen und die Bevölkerung – besonders die Eltern der Schüler - gegen sie aufzubringen. Die Hauptwaffe dabei ist die Diffamierung über die angebliche »Erpressung mit den Examina«. Die Regierung drohte mit Sanktionen und dem Ruf nach Ordnungskräften, obwohl die meisten Lehrer den Ablauf der Prüfungen gar nicht physisch blockieren wollen und (noch) sehr unentschlossen sind, welche Position sie zu dieser Frage einnehmen sollen: ein Teil von ihnen sieht in einer Pseudoradikalisierung der Bewegung durch Blockierung der Prüfungen keinen Nutzen; andere können es überhaupt nicht verstehen, dass man überhaupt über eine Überbenotung der Arbeiten spricht. Das könnte ja das »große nationale Examen«, welches das Baccalauréat darstellt, abwerten (!) Tatsächlich wurden seit Beginn der Bewegung kaum Examina boykottiert (selten wurden welche verschoben) und das vielgerühmte Bac läuft ohne größere Hindernisse ab. Nur einige studentische Fakultätsversammlungen sprachen sich für den Boykott von Examina aus.

Die Regierung legt sich mit den gewerkschaftlichen Organisationen nicht an: Sie hat kein Interesse, sie zu »zerschlagen«, sondern vielmehr sie als repräsentative »verantwortliche« Organisationen, mit denen man verhandeln kann, in den Vordergrund zu schieben. Sie weiß außerdem, dass die Bewegung, wenn sie knallhart niedergeschlagen wird, später erneut mit noch mehr Stärke wiederbeginnen wird. Daher vor kurzem die Wiederaufnahme des Dialogs mit den Gewerkschaften.

4. Die Position des Lehrpersonals

Die Verdrossenheit der Lehrer sagt viel über den krisenhaften Zustand der Gesellschaft aus. Die zunehmenden Missstände und die allgemeine Verdrossenheit zwingt sie zu reagieren. Denn sie sind eingeklemmt zwischen:

- den ständigen Reformprojekten des Staates,
- dem Druck internationaler Institutionen in Richtung auf eine Liberalisierung des nationalen Bildungssystems (OECD, ...), die seit 1989 in den meisten westlichen Staaten umgesetzt wird,
- sich verschlechternde Arbeitsbedingungen, die sich besonders auf die zunehmend konfliktreicheren Beziehungen zu den Schülern übertragen,
- und einem Teil der Eltern. Paradoxerweise sind gerade die Lehrer der »favorisiertesten« Schulen (wo die Gewalt nicht allgegenwärtig ist) dem Druck der Eltern ausgesetzt: sie haben Frieden in der Klasse, werden aber zu »Lakaien« von Eltern, die regelmäßig vorbeikommen, um die Fortschritte im Lehrplan zu kontrollieren ...

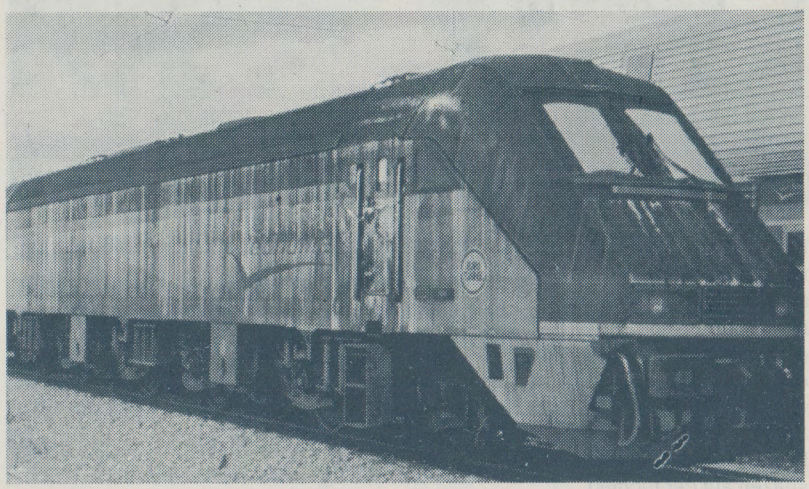
Die jetzige Bewegung ist ein Beweis für die Tatsache, dass diese Kategorie von Beschäftigten (wie das Krankenhauspersonal zum Beispiel auch) direkt mit den Konsequenzen der allgemeinen Verunsicherung und der gesellschaftlichen Krise konfrontiert ist. Sie sind gezwungen zu reagieren, wissen aber nicht genau, in welche Richtung sie gehen sollen.

Ein Teil der Missstände (die allgegenwärtige Gewalt, zum Beispiel) wird bei den Demonstrationen nicht offen ausgesprochen. Der Unmut über die alltägliche Gewalt ist stark und war schon in der Vergangenheit Gegenstand vieler Streiks. Nur wenige Schulen fordern den Einsatz von Ordnungskräften, aber die Nachfrage nach Aufsichtspersonal bleibt groß.

Jetzt, wo sie auf mehreren Gebieten (Status, Ruhestandsregelung, Arbeitsbedingungen) frontal angegriffen werden, haben sich die Lehrkräfte in einer Abwehrhaltung zusammengeschlossen. Die aktuelle Bewegung scheint sich insgesamt nicht damit auseinandergesetzt zu haben, was das Bildungssystem in einer kapitalistischen Gesellschaft darstellt. Die Lehrer sind in einem Widerspruch gefangen: Das soziale Elend springt ihnen täglich an die Kehle, und trotzdem haben viele die Illusion, sie könnten den Schülern »Wissen« vermitteln. Jetzt verlangt man von ihnen, noch mehr die Rolle eines »Aufsichts- und Erziehungsdienstes« zu spielen und an die Kinder ein »Survival Kit« weiterzugeben (das ist ein offizieller Begriff: »kit de survivre«!). Die Verteidigung der öffentlichen Bildung als vernünftige nationale Institution, die »Chancengleichheit« garantiert, ist in Verbindung mit der Illusion der »Wissensvermittlung« und in völliger Diskrepanz zum von der Gesellschaft ausgeübten Druck im Lehrermilieu immer noch weit verbreitet.

Piloten auf der Lok

Hier ein paar Erinnerungen an einen Arbeitsamt-gesponserten 3-Monats-Kurs zum Rangierlokführer, Jahreswende 2002/2003. Der Kurs fand im Getümmel um das Hartz-Papier und andere rotgrüne Umstrukturierungsankündigungen statt. Interessanter als die Scheingefechte zwischen Regierung, Gewerkschaften und anderen Vertretungsorganen ist aber die Frage, ob und wie sie es schaffen, ihre Arbeitsprogramme konkret und alltäglich durchzusetzen. Dies gilt auch für die Umstrukturierungen bei der Bahn, wo die »Privatisierungs- und Ausgliederungsstreits« von Konzern- und Gewerkschaftsführung oft die eigentlichen Angriffe verdecken.



Im Grunde soll die einjährige Ausbildung auf drei Monate zusammengedrückt werden, wobei alle Bestandteile (Sicherheitsregeln auf der Strecke, technische Details des Fahrzeugs, Funkverkehr, Rangierzeichen etc.) erhalten bleiben sollen.

Hintergrund

Diese Lokführerausbildung war ein Pilot-Projekt. Das Arbeitsamt suchte im Auftrag der Bahnreinigungsgesellschaft (die im Verlauf des Kurses bei gleichbleibend schlechten Arbeitsverträgen zur DB Services AG mutierte) zwölf junge Kurzzeitarbeitslose mit Elektro-Facharbeiterbrief, die sich zum »Bereitstellungslokführer« ausbilden lassen. Warum braucht die Bahnreinigung »Bereitstellungslokführer«? Sie bietet der DB Regio AG seit Anfang 2003 den Service an, die Regionalzüge von den Werkstätten, Abstellgleisen, Waschstraßen etc. zu den Bahnhöfen zu fahren, wo sie dann von den DB Regio-LokführerInnen übernommen werden. Diese Bereitstellungsfahrten machten bisher die StreckenlokführerInnen selbst. Die Ausbildung der StreckenlokführerInnen dauert ein- bis dreieinhalb Jahre, sie bekommen im Gegensatz zu den neuen »Service-Lokführern« Freifahrtscheine und andere Kostbarkeiten.

Ausbildung

Im Grunde soll die einjährige Ausbildung auf drei Monate zusammengedrückt werden, wobei alle Bestandteile (Sicherheitsregeln auf der Strecke, technische Details des Fahrzeugs, Funkverkehr, Rangierzeichen etc.) erhalten bleiben sollen. Die Koordination der Ausbildung musste verschiedenste Hindernisse überwinden: Abteilungsebenen (Koordination zwischen DB Services Zentrale in Köln und uns im Ruhrgebiet), Unternehmensgrenzen (zwischen DB Services als unserem zukünftigen Arbeitgeber und der DB Regio, unserem offiziellen Ausbilder), Sektorenbarrieren (Privatunternehmen Bahn und Arbeitsamt als Geldgeber) und nicht zuletzt unsere mangelnde Motivation und die unserer Ausbilder. Die meisten von ihnen sind »normale« Lokführer, die in der ausbildungsfreien Zeit oder auf Bereitschaft auch noch als solche arbeiten. In der Ausbildungszeit gehen ihnen viele Zuschläge flöten, wodurch sie im Endeffekt weniger verdienen. Zudem macht ihnen zu schaffen, dass sie, indem sie dahergelaufene Installateure im Schnelldurchgang auf die Strecke schicken, ihren eigenen Berufsstand untergraben.

Auf unserer Seite entstanden die Konflikte in erster Linie dadurch, dass die meisten das ganze weniger als Verwirklichung eines Kindertraums (»Lokführer«) sahen, sondern als Job. Viele hatten Schulden, so dass drei Monate Ausbildung für Arbeitslosenkohle nur akzeptiert wurde, weil danach 2000 Euro brutto plus Zulagen versprochen waren. Als dann verlangt wurde, während der Ausbildungszeit auch Nacht- und Wochenendschicht zu machen (»Fahren unter Überwachung«, sprich: wir fahren die normalen Schichten, ein gestandener Lokführer guckt zu) und dass die 2 000 brutto inklusive Zulagen sind, es also auf einen Bruttostundenlohn von 9 Euro 66 rausläuft, rappelte es im Führerstand. Wir riefen erst beim Arbeitsamt an, dass wir die Nachtschichten nicht für Arbeitslosenkohle machen würden, die verwiesen uns aber an unseren zukünftigen Arbeitgeber, da sie »rechtlich nicht in der Lage seien«, uns mehr zu zahlen. Hektisches Telefonieren zwischen privater und öffentlicher Hand. Der Freak von DB Services meinte, er könnte uns nicht mehr zahlen, da es ansonsten ja von unserem Arbeitslosengeld abgezogen würde. Einige machten dann ihren Motivationsverlust recht deutlich, woraufhin er uns eine Prämie »für erfolgreich bestandene Prüfung« zusagte, die gab es dann auch (ca. 400 Euro brutto).

Erst überlegten wir, ob wir uns nicht ein Beispiel an dem Bahnreiniger nehmen sollten, der die Woche zuvor den Bremssand statt in den dafür vorgesehenen Stutzen auf der linken Lokseite, in den Tankstutzen auf der rechten Seite füllte, knirsch, knirsch.

Es gab lange Diskussionen unter uns, ob DB Services uns wirklich dringend braucht, ob wir mehr rausschlagen hätten können etc.. Letztendlich entschieden sich die Dinge aber nicht in der Verhandlung mit den diversen Schergen, sondern auf den Abstellgleisen, auf den Bahnsteigen. Erst überlegten wir, ob wir uns nicht ein Beispiel an dem Bahnreiniger nehmen sollten, der die Woche zuvor den Bremssand statt in den dafür vorgesehenen Stutzen auf der linken Lokseite, in den Tankstutzen auf der rechten Seite füllte, knirsch, knirsch. Wir entschlossen uns dann aber für »informelle Arbeitszeitverkürzung« und reduzierten während des sechswöchigen praktischen Teils der Ausbildung die 40 Stunden Woche auf angenehmere 15 Stunden inklusive gelegentlicher Besuche der nahegelegenen saisonbedingten Glühweinstände. Das war vor allem deshalb möglich, weil uns die Kollegen Lokführer nicht verpetzten. Die hatten selbst die Schiene am Dampfen, den Kanal voll: Ende 2002 wurde ein Sondertarifvertrag für die DB Regio vorgestellt und anfänglich von der Transnet (große Bahnergewerkschaft) abgenickt, der es in sich hatte.

Massive Attacke

Die StreckenlokführerInnen werden von unterschiedlichen Seiten attackiert:

a) der neue Tarifvertrag

Ende Oktober 2002 stimmten die Führungen von *Transnet* und *GDBA* (Gewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamter) einem Ergänzungstarifvertrag für die DB Regio zu, der für 9 000 LokführerInnen und 5 000 ZugbegleiterInnen insgesamt etwa 18 zusätzliche Schichten im Jahr plus Einkommensverlust von einem Monatsgehalt bedeutet hätte. Durch Arbeitszeitverdichtungen würden zudem etwa 1 400 Arbeitsplätze draufgehen. Im Detail war folgendes anvisiert:

- Weihnachts- und Urlaubsgeld wird um 25 Prozent gekürzt bzw. durch Leistungsprämien ersetzt.
- Samstagszulage wird gestrichen.
- Freizeitausgleich für Schichten an Heiligabend und Silvester entfällt.
- Fahrgastfahrten während der Arbeitszeit, z.B. um einen Zug abzuholen, werden nur noch mit 50 Prozent angerechnet, bei Pausen innerhalb der Arbeitszeit (z.B. Warten auf einen Zug), werden nur die ersten zehn Minuten mit 100 Prozent angerechnet, danach 50 Prozent.
- Dienstbeginn und Dienstende (bisher am selben Einsatzort) sollen jetzt an unterschiedlichen Orten innerhalb einer »politischen Gemeinde« möglich sein (Aggros und Zeitverlust im Berufsverkehr unbezahlt).
- drei Fort- und Weiterbildungstage im Jahr, die nicht auf die Arbeitszeit angerechnet werden.
- Zusatzurlaub für Leute im Schicht- und Wechseldienst wird von fünf auf zwei Tage im Jahr reduziert.

Die Führungen von *Transnet* und *GDBA* rechtfertigten das mit der Konkurrenz durch Privatbahnen. Bei den Kollegen gab's dicke Luft, es wurde von Gewerkschaftsaustritten und Streiks gesprochen. Der Typ, mit dem ich an diesem Tag rumkutschte, meinte: »Scheiße, ich bin ja Beamter, ich darf nicht streiken. Jungs, legt euch einfach vor mich ins Gleis, ich fahr euch schon nicht platt«, oder so ähnlich. Die Lokführergewerkschaft GDL (Gewerkschaft Deutscher Lokführer) witterte Chancen auf Mitgliederzuwachs: es gab Unterschriftenlisten an die Transnet-Führung, auf der mit Austritten gedroht wurde, falls der Ergänzungstarifvertrag zu Stande kommen sollte. Die GDL galt immer als »konservativ« und berufsständisch, hat in den vergangenen Jahren ähnliche Scheiße unterschrieben, macht jetzt aber ein bisschen auf Opposition. Sie »vertritt« gut 75 Prozent der Lokführer, wovon aber noch gut die Hälfte verbeamtet ist, also nicht streiken darf.

Es war nicht klar, ob die *GDL* die Wut der Kollegen instrumentalisiert, oder die nicht-verbeamteten Kollegen die *GDL* als Instrument benutzten, um streiken zu können. Statt Streik gab es in den kommenden Wochen Keifereien zwischen den Gewerkschaftsführungen. Im Dezember 2002 verkündete die Transnet-Führung dann, dass sie dem Tarifvertrag doch nicht zustimmen wird, was aber nicht am Mitgliederverlust - die *GDL* sprach von 1 000 neuen Mitgliedern in wenigen Wochen - oder sonstigem Druck von unten läge, sondern am Verhalten des Bahn-Managements bezüglich des bahninternen »Bündnisses für Arbeit«.

b) die neue Arbeitsteilung

Während der Ausbildung hatten wir genügend Zeit, mit den StreckenlokführerInnen darüber zu reden, dass wir in Zukunft einen Teil ihrer Arbeit übernehmen sollen. Die Meinungen gingen auseinander: einige fanden es angenehm, dass sie sich nicht mehr mit dem Vorbereitungsdienst (Bremsen an der Lok und den Wagen checken, Sicherheitseinrichtungen prüfen etc. - besonders angenehm bei nass-kalter Witterung) und dem langsamen Rumkutschieren auf den Abstellgleisen rumschlagen müssen. Die meisten meinten aber, dass es gerade bei der Bereitstellung immer mal Zeit für eine Siesta gab, oder eine Abwechslung vom stupiden Streckenfahren und die Möglichkeit, mit Leuten aus der Werkstatt zu quatschen. Konfrontiert mit dem vorgeschlagenen Ergänzungstarifvertrag, der ja gerade diese Leerlaufzeiten angreift, sahen sich viele dann doch geneigt, die Arbeitsverdichtung zu akzeptieren. Wir konnten nicht rausfinden, an wie vielen anderen Bahnhöfen die Bereitstellung bereits von »angelernten LokführerInnen« gemacht wird, aber die Doppelstrategie von Drohung mit Lohnabzug bei Leerlaufzeiten und Einführung einer neuen Arbeitsorganisation scheint offensichtlich.

c) die neue Technologie

Theoretisch können moderne Personenzüge zwar ohne Lokführer auskommen, aber halt nur theoretisch, einschneidende technologische Veränderungen lassen noch auf sich warten. Im Schatten dieser Automatisierungsgeschichten laufen aber kleinere Änderungen, die Auswirkungen auf die tägliche Arbeit und die Zusammensetzung der Arbeitskraft haben: Anlernzeiten von wenigen Wochen sind nicht zuletzt durch die wunderbare Welt der Informationstechnologie möglich geworden. In den ersten drei Monaten wurden wir für ein neues Nahverkehrs-Triebfahrzeug Baureihe 424/25/26 gedrillt. Erst im Laufe der Ausbildung stellte sich raus, dass wir auch ältere Baureihen (alte DDR-Loks, alte 218-Dieselloks 70er Baujahr) werden fahren müssen, was die Ausbildung um einige Monate verlängerte und uns die Möglichkeit gab, Neu und Alt zu vergleichen. Die neuen Triebfahrzeuge fahren sich eher playstation-mäßig, mit Joystick, Windows-Oberfläche etc., bei den Alten würgt man noch an schweren Hebeln. Die Mikroelektronik nimmt einiges an Arbeit und Wissen ab: Viele Geräte werden am Bildschirm und über Knopfdruck im Führerstand eingeschaltet und überprüft. Bei den älteren Modellen muss man tatsächlich wissen, wo sich die Geräte im Maschinenraum befinden und was im einzelnen zu beachten ist. Für die Überprüfung der Bremstätigkeit muss man bei den alten Kutschen runter von der Lok, an den Wagen lang latschen etc., wo bei den neuen ein Blick auf den Bildschirm reicht. Bei den alten Loks muss man sich viele Abläufe einprägen, die bei den neuen Loks im Computer vorprogrammiert sind. In den alten Loks gibt es lange vergilbte Fehlersuchlisten, in den neuen poppen Fehlermeldungen mit Lösungsvorschlägen auf. Grob geschätzt reduziert die neue Technologie die Anlernzeit um mehr als die Hälfte, den Berufsstolz um gut drei Viertel: »Scheiß Cola-Dosen, die fährt doch selbst dei Mutta blind...«. In diesem Sinne...

Weitere Details und eine Liste von Streiks ‚auf der Strecke' in Europa:

www.nadir.org/nadir/initiativ/kolinko/prols/de/de_dbxx1.htm

»Scheiß Cola-Dosen, die fährt doch selbst dei Mutta blind.«

»Probieren kann man's ja mal...«

... war wohl die innovative Managementidee bei den Bauarbeiten an den Rathauspassagen am Alexanderplatz: Die landeseigene Berliner Wohnungsbaugesellschaft Mitte (*WBM*, Vermieterin Tausender Wohnungen in Berlin Mitte) ließ Abbrucharbeiten durch die *CPM* Baugesellschaft mbH durchführen, die ihrerseits die *AK-ER* GmbH in Gründung als Subunternehmen beauftragte. Später soll da u. a. Wal-Mart rein. Die *AK-ER* GmbH i. G. stellte Arbeiter afrikanischer Herkunft ein, am Ende wurden 13 500,- Euro Lohn nicht gezahlt. Das alles passierte im September 2002.

Die Parolen auf der mehrheitlich von Leuten aus der antirassistischen Szene getragenen Demo waren hauptsächlich »Lohn her!« und »Her mit dem Geld!«, das kam auf dem Alex, bei den Taxifahrerständen und natürlich bei den ganzen Bauarbeitern (es war gerade Mittagspausenzeit!) auf der kurzen Demostrecke gut an und war eine Ecke lebendiger und spaßiger als das übliche Gejammere um Mindeststandards und Hierarchien der Ausbeutung.

Später begegnete einer der Arbeiter seinem Ex-Chef auf der Straße und forderte seinen Lohn: Seitdem kann er seinen Arm nicht mehr richtig bewegen. Statt dessen können die geprellten Arbeiter auch klagen, das Arbeitsrecht lässt solche Klagen selbst dann zu, wenn der Aufenthaltsstatus nicht gesichert oder der/die ArbeiterIn illegalisiert ist. So eine Klage dauert länger, als Bauarbeiter Zeit haben, auf ihr Geld zu warten. Auch in diesem Fall haben 19 der betroffenen Arbeiter ein Rechtsanwaltsbüro beauftragt. Die *WBM* war nicht kooperationsbereit, selbst Informationen für eine Klage der Arbeiter gegen das Subunternehmen wollte sie nicht zur Verfügung stellen.

Die Arbeiter nahmen Kontakt zur Flüchtlingsinitiative Brandenburg (*FIB*), zu *Elexir-A* und zur Antirassitischen Initiative Berlin auf. Sicht- und hörbares Ergebnis war eine Kundgebung am 11. Juni, 11 Uhr vor der immer noch laufenden Baustelle mit anschließender Demonstration zum Hauptsitz der *WBM*, ca. einen Kilometer entfernt. An der Kundgebung/ Demonstration nahmen ca. 50-100 Personen, darunter viele Schwarze, einige Leute der *Freien ArbeiterInnen Union* mit großen Fahnen, und die üblichen Verdächtigen einer antirassistischen Demo teil. Eine Solidaritätsadresse der *IG BAU* Hamburg wurde verlesen, in der auch die gewerkschaftliche Befürwortung von »Razzien gegen Schwarzarbeit« kritisiert wurde. Die InitiatorInnen der Demo hatten noch keinen Kontakt zur *IG BAU* in Berlin aufgenommen.

Die meisten Passanten nahmen spätestens dann ein Flugblatt, wenn man ihnen sagte, dass »die Arbeiter dieser Baustelle um ihren Lohn geprellt werden«. Aus dem Flugblatt: »Wir fordern den Lohn ein, der diesen Arbeitern zusteht. Wir fordern Mindestrechte für alle ArbeiterInnen unabhängig vom Aufenthaltsstatus. Wir fordern gleichen Lohn für gleiche Arbeit und fordern auch die Solidarität der Kolleginnen und Kollegen ein.« In dem Flugblatt und in den Redebeiträgen auf Deutsch, Englisch, Französisch und Russisch wurde darüber hinaus gegen Razzien, gegen die Kriminalisierung von Schwarzarbeit, für das Recht auf Arbeit und dafür argumentiert, dass die *WBM* den Arbeitern den ausstehenden Lohn zahlen und ihn sich hinterher vom Subunternehmen zurückholen soll.

Dieses letzte Argument wurde wichtig vor der Geschäftsstelle der WBM, wo die Demo wieder zur Kundgebung wurde und die Beteiligten »Lohn her, Lohn her!« und »Zahlen, zahlen!« riefen.

Das journalistische Interesse an dem Fall - durch die Demonstrationsankündigung geweckt - hatte bereits dazu geführt, dass die *WBM* ihren unkooperativen Kurs verlassen und den Anwälten der Arbeiter die geforderten Informationen zur Verfügung gestellt hatte.

Als die Demo vor dem Hauptsitz der *WBM* stand, wurde eine Delegation der VeranstalterInnen zum Gespräch gebeten. Das dauerte ziemlich lang, glücklicherweise waren draußen Stimmung und Wetter gut. Dann endlich die Nachricht von drinnen: Es wird ein

Vertrag vorbereitet. Die *WBM* — die natürlich darauf besteht, keine Verantwortung zu tragen — verpflichtete sich auf die *CPM* einzuwirken, innerhalb von 10 Tagen den ausstehenden Lohn *aller* Arbeiter dieser Baustelle — auch derer, die sich noch nicht gemeldet hatten — über die veranstaltenden Initiativen an die Arbeiter zu bezahlen.

Weder bei der Kundgebung noch in den Verhandlungen im *WBM*-Gebäude wurde thematisiert, dass die Arbeiter mit den vereinbarten 6,25 Euro pro Stunde untertariflich bezahlt bzw. geprellt wurden.

Bleibt zu hoffen, dass dieser konkrete Erfolg einer nun doch nicht sooo großen Mobilisierung gegen Lohnraub unter den schwierigen Bedingungen des Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigungsrechts zur Nachahmung in anderen Fällen ermuntert. Zumindest wurden während der Demo Kontakte ausgetauscht und ein Nachbereitungstreffen zur Bildung eines Netzwerkes für ähnliche Fälle angedacht. Probieren kann man's ja mal...

Freitag, der dreizehnte, MM

Nachspann

Unter *www.telepolis.de/deutsch/inhalt/co/14880/1.html* könnt Ihr nachlesen, wie rumänische Werkvertragsarbeiter im Januar 2003 ihre ausstehenden Löhne erstreiken wollten. Vor zwei Jahren haben wir einen MigrantInnenstreik in einer Zuliefer-Klitsche als Beispiel für die sich ausbreitenden Kämpfe von Illegalen beschrieben (*Wildcat-Zirkular* 59/60) und - wenige werden sich erinnern - in der letzten Nummer der *Wildcat* (Frühjahr 1994) hatten wir einen langen Artikel über die Entwicklung des Bausektors, in dem es u.a. um die verschiedenen Methoden des Lohnklaus und den Widerstand dagegen ging: vom Streik über Sabotage bis zur gewaltsamen Eintreibung. Diese Verhältnisse beschreibt auch Jörg Alt detailliert in seiner Untersuchung »Illegal in Deutschland« (Karlsruhe, 1999).

All das sind - allerdings viel zu spärliche - Hinweise darauf, daß Lohnraub wie auf der *WBM*-Baustelle in Berlin »nichts Besonderes« ist. Wenn wir die Augen offenhalten, aufmerksam die Lokalzeitungen lesen und vor allem mit den entsprechenden Leuten (z.B. auf den Arbeits- und Sozialämtern oder auf der Arbeit selber) ins Gespräch kommen, werden wir mitkriegen, daß sich die ArbeiterInnen oft heftig zur Wehr setzen, auch wenn sie unter beschissenen Bedingungen kämpfen müssen.

Wir hoffen auf die im Artikel angesprochenen Kontakte - und auf eine entsprechende Debatte beim Kölner Grenzcamp Anfang August (*www.nadir.org/camp03*)!

In der **Beilage zum Wildcat-Zirkular 42/43** haben wir zwei Texte aus England über Kämpfe auf dem Bau veröffentlicht. Der erste Text, **»Selbständige Arbeiter auf dem Bau in England«**, ist die Übersetzung einer Broschüre von 1974, die sich in das damals heiß umstrittene Thema der Pauschalarbeit einmischte. Im Mittelpunkt steht die »scheinselbständige« Beschäftigung von Bauarbeitern. Diese war für die Arbeiter eine Form, die vom Staat, den Unternehmen und Gewerkschaften durchgesetzten Lohndiktate zu unterlaufen und sich bessere Arbeitsbedingungen zu schaffen.

Der zweite Text ist ein Brief, den wir von einem Bauarbeiter aus England bekommen haben, und der sich von heute aus kritisch mit den optimistischen Einschätzungen der Broschüre von 1974 auseinandersetzt.

Dass die Verhältnisse auf den Baustellen dieser Welt nach wie vor Zündstoff bergen, zeigt nicht nur die Erfahrung aus Berlin. Die Broschüre ist ein Versuch, Verbindungen zwischen den Debatten und Erfahrungen der verschiedenen Phasen des Kapitalismus zu knüpfen und diese so auch für uns heute fruchtbar zu machen.

Ihr könnt die Broschüre noch zum Preis von 4 Euro bei uns bestellen

Adresse und Bestellmodus – siehe Seite 2 dieser Ausgabe

Kontakt:
Flüchtlingsinitiative Brandenburg (FIB), Tel. 0177-720 16 29;
Elexir-A (eine aus der Anti-Residenzpflicht-kampagne hervorgegangene antirassistische Gruppe), Tel.: 0163-693 30 49;
Antirassistische Initiative Berlin (ARI): ari-berlin@gmx.de.

In den folgenden vier Betriebsberichten aus Hamburg, Kiel und Neumünster geht es um Streiks gegen Entlassungen und Lohnverzicht, bzw. um die Bedingungen von Betriebsschließungen. Der Hintergrund ist klar: jahrelang wurden den ArbeiterInnen mit Verweis auf »Krise und schlechte Wirtschaftslage« Zugeständnisse abgerungen. Unter der Beteiligung der Gewerkschaft kam es zu Lohnverzicht und/oder der Verlängerung der Arbeitszeit. Und immer wieder diesselbe Erfahrung: ein oder zwei Jahre später kommt es dann doch zu Entlassungen, Produktionsverlagerungen oder zur Schließung des Betriebs. Aus diesen Erfahrungen werden langsam Schlüsse gezogen: sich gar nicht mehr auf die Perspektive immer mieserer Arbeitsbedingungen einzulassen, sondern den Kapitalisten den Arbeitsplatzabbau so teuer wie möglich zu machen. Auf einem Streikfest der ArbeiterInnen von Panasonic in Neumünster herrschte letzte Woche eine kämpferische, lautstarke und ausgelassene Stimmung. Nachwievor geht es dort nicht um die Verhinderung der Entlassungen, sondern um eine möglichst hohe Abfindung. Somit könnte die Perspektive nicht nur in den durchgesetzten höheren Abfindungen, sondern auch in der Ausweitung über den jeweils betroffenen Betrieb hinaus liegen – was bei bei Verhandlungen um Lohnverzicht o.ä. mit dem »eigenen« Kapitalisten nur schwer möglich ist. So ist es inzwischen in Neumünster zu einem weiteren Streik gekommen: bei BeLa, einem Transportunternehmen, setzen die ArbeiterInnen gegen die angekündigten Lohnkürzungen eine Lohnforderung von 4,5 Prozent.

Hier scheint sich ein offensiveres Umgehen mit den Angriffen der Kapitalisten anzudeuten – und vielleicht müssen wir die aktuelle Situation um den Streikabbruch der IGMetall in diesem Zusammenhang diskutieren: schon bevor sich solche Ansätze ausbreiten können, überhaupt breiter bekannt werden, wird die Stimmung erzeugt, dass eben nichts drin ist...

Unorganisierter Widerstand gegen Angriffe auf Arbeiter in Maschinenbaubetrieb

Jahrelang gehörten bei IXION, einem Hamburger Maschinenbaubetrieb mit 100 Beschäftigten, Überstunden zur Pflicht. Laut Tarifvertrag konnte bis zu 50 Stunden in der Woche gearbeitet werden. Ein großer Teil der Produktion wurde in zwei Betriebe in Thüringen und Sachsen verlagert.

Seit Monaten ist die Auftragslage in Hamburg nun schlecht. Die Krisensituation beschäftigt die ArbeiterInnen, seit der Betriebsrat wochenlang mit der Geschäftsleitung »Geheimverhandlungen« führte.

Ende April setzte die Geschäftsleitung von einen Tag auf den nächsten eine Belegschaftsversammlung an (auf der die Geschäftsleitung das Hausrecht hat), um einer Debatte unter den ArbeiterInnen zuvorzukommen. Die Geschäftsleitung wollte die Zustimmung der Belegschaft zu sechs Entlassungen in der Montage, zur Auflösung der Fertigung und zu einer dritten Schicht in der Lohnfertigung. Am Tag der Bekanntgabe wurde in der Montage nicht mehr gearbeitet, sondern nur noch debattiert. Wollte die Geschäftsleitung einen Sozialplan umgehen und über betriebsbedingte Kündigungen auch lang beschäftigte Arbeiter ohne Abfindung loswerden?

Am Tag der Belegschaftsversammlung wurde ein Flugblatt gegen die Pläne der Geschäftsleitung verteilt, in dem die Abstimmung über die Kündigungen abgelehnt und eine Betriebsversammlung ohne Geschäftsleitung gefordert wurde. Die Belegschaftsversammlung war die längste, die IXION bisher erlebte. Die Geschäftsleitung wurde heftig kritisiert und die Forderung nach einer Betriebsversammlung aufgegriffen. Doch am Ende wurde die Abstimmung putschmäßig durchgeführt.

Die Angriffe betreffen erstmal nur die ArbeiterInnen des Betriebes – die Angestellten, mittlerweile die Mehrheit der Beschäftigten, bleiben ausgespart. Die Sicherheit ihrer Arbeitsplätze hatte die Geschäftsleitung aber von ihrer Zustimmung zu den Entlassungsplänen abhängig gemacht. Entsprechend sah die Abstimmung aus: Die nicht betroffenen Angestellten stimmten dafür, die betroffenen Arbeiter mehrheitlich dagegen. Das reichte aus, um im Betriebsrat die Ablehnung nicht mehrheitsfähig werden zu lassen.

Mitte Mai wurden fünf Arbeiter entlassen, aber anders als erwartet. Es wurden Abfindungen gezahlt, trotzdem wurden mit einer Ausnahme nur Leute entlassen, die weniger als zwei Jahre im Betrieb waren. Alle wurden sofort frei gestellt und erhalten ihren Lohn weiter bis zum Kündigungstermin.

Überlagert wurde die Diskussion im Betrieb durch den seit drei Wochen ausstehenden Lohn. Die ganze dritte Mai-Woche wurde mehr debattiert als gearbeitet. Es ging vor allem darum, wie man den Lohn vor dem Arbeitsgericht einklagen kann. Es gibt Befürch-

tungen, im Falle einer Insolvenz Lohn zu verlieren. Darum kümmerten sich die ArbeiterInnen selber. Mittlerweile waren etliche beim Anwalt. Nach der Woche, wo nur debattiert, aber nicht viel gearbeitet wurde, kam dann der Lohn.

Ab dem 2. Juni wurde plötzlich kurz gearbeitet. Auch etliche Kollegen, die bereits im Sommerurlaub waren, wurden auf Kurzarbeit gesetzt. D.h. ihr Urlaubslohn sollte auf Kurzarbeitsniveau gesenkt werden (60-67% des Bruttolohns), was rechtlich nicht möglich ist. Die Geschäftsleitung hoffte hier auf stillschweigende Duldung. Dagegen gab es Widerstand: Kollegen gingen zu Rechtsanwälten und zum Arbeitsamt. Mittlerweile wurden alle Urlauber aus der Kurzarbeit herausgenommen.

Fast alle gehen davon aus, daß es mit den Angriffen weitergeht. Viele befürchten die Schließung des Betriebs. Es wird auch diskutiert, was auf die ArbeiterInnen zukommt, wenn der Betrieb nächstes Jahr Pleite geht und die »Agenda 2010« schon in Kraft ist – und ob für sie nicht mehr bei rüber kommt, wenn er schon jetzt in die Binsen geht.

Ein paar Leute halten es für notwendig, sich außerhalb des Betriebs zu treffen, um bei weiteren Angriffen besser und geschlossener zu reagieren.

5 Wochen Streik gegen Entlassungen

Im Werk Kiel der *Heidelberger Druckmaschinen* hat es im Juli 2002 zwecks Arbeitsplatzsicherung einen »Interessenausgleich« zwischen Geschäftsleitung und Betriebsrat gegeben, der die Entlassung von 200 KollegInnen beinhaltete. Drei Monate später verkündete der Vorstand dann die Schließung des Werks. Gleichzeitig wurde bekannt, daß *Heidelberg* bereits in Rochester (GB) neue Hallen gebaut hatte und der »Interessenausgleich« eine Verarschung war. Die Wut unter den Beschäftigten war groß.

Auf einer Betriebsversammlung legte eine Abteilung eine Resolution vor: »Verhindern wir die Teilschließung und Schließung des Werks und erzwingen wir den Erhalt unserer Arbeitsplätze! ... Selbständige Aktionen bis zum Streik erzeugen wirtschaftlichen Druck auf den Vorstand und verstärken die Solidarität der Bevölkerung.« Die Resolution wurde innerhalb weniger Tage von 540 der verbliebenen 1100 KollegInnen (500 Arbeiter, 600 Angestellte) unterschrieben.

An dem Punkt schaltete sich dann die IG Metall ein und übernahm die Führung des Streiks. In einer Urabstimmung stimmten 98 Prozent für Streik. Der dauerte dann fünf Wochen. Während er bei den Angestellten bröckelte, standen die Arbeiter bis zum Schluß vor dem Werkstor. Die Verhandlungen überließen sie allerdings Gewerkschaft und Betriebsrat. Der »Kampf um jeden Arbeitsplatz zu Lasten der Profite« wurde dadurch zu einem Streik um einen Haustarifvertrag. Es wurde eine Einigungsstelle eingerichtet. Der Vorstand verweigerte jegliche Verhandlung unter dem Druck des Streiks. Nach fünf Wochen verbündete sich der Vorsitzende der Einigungsstelle mit dem Vorstand und drohte, seinen Job hinzuwerfen, wenn der Streik weitergehe; das würde das Aus für das Werk bedeuten.

Während unter den ArbeiterInnen die Wut über dieses Verhalten die Streikentschlossenheit stärkte, setzte die Gewerkschaft an diesem Punkt den Streik aus, um Verhandlungspartner bleiben zu können. Nach Streikende rückte die Gewerkschaft sogar von der Forderung nach einen Haustarifvertrag ab und führt nun Sozialplanverhandlungen, was der Vorstand von Beginn an wollte. Sie hat zumindest einen weiteren Beschäftigungsabbau akzeptiert. KollegInnen befürchten, daß die Schließung des Werks nun doch erfolgt. Die Taktik der Gewerkschaft führte zu Resignation, und für ein selbständiges Weiterführen des Streiks war die Bewegung zu schwach.

(*Quelle:* Bericht eines Vertrauensmanns von *Heidelberg* auf der Veranstaltung »Wie bleibt der Kopf oben? – Während sie versuchen uns die Beine wegzuziehen«, 21.5.2003.) **Information:** *www.kiel-steht-auf.de*

Druckerei Hartung: Insolvenz trotz Lohnverzicht

Seit 1995 kaufte die Bogenoffsetdruckerei *Hartung* aus Hamburg einen Betrieb nach dem anderen auf. Sie wollte damit zur größten Offsetdruckerei Norddeutschlands werden, schaffte es aber »nur« zur größten Hamburgs. Diese Expansion und massenhafte Überstunden ließen die ArbeiterInnen glauben, dem Betrieb ginge es gut. Im Mai 2002 stellte sich dann heraus, daß die Expansion auf Pump finanziert war, die Maschinen waren geleast, selbst das Fabrikgebäude nur gemietet. Der Firma ging es schlecht, und über eine Betriebsvereinbarung sollten nun Lohnkürzungen und Entlassungen durchgesetzt werden. Obwohl eine Mehrheit der KollegInnen sich per Unterschrift dagegen wandte, konnten die Entlassungen nicht verhindert werden. Eine Einigung mit dem Betriebsrat über den Lohnverzicht kam nicht zustande. Den KollegInnen wurde dann individuell ein betrieblicher »Besserungsvertrag« über den Verzicht auf Weihnachtsgeld vorgelegt. Unter dem Druck der Werksschließung stimmten dem drei Viertel der Belegschaft zu. 30 haben dagegen geklagt.

Im April dieses Jahres beantragte *Hartung* trotzdem Insolvenz. Besser fahren jetzt die KollegInnen, die Klage gegen den Lohnverzicht eingereicht haben. Sie können ihre Ansprüche unabhängig von der Insolvenz einklagen. Der Rest geht leer aus.

Der Insolvenzverwalter hat jetzt ein Angebot zur Weiterführung des Betriebes vorgelegt: Reduzierung der Belegschaft von 140 auf 80, 40-Stundenwoche zum Lohn von 35 Stunden, Verzicht auf Sonderzahlungen, 6-Tage-Woche. Das bedeutet insgesamt einen Lohnverzicht von 27,5%.

Die Sache ist bisher nicht entschieden. Es gab größere Versammlungen außerhalb der Firma. Nach Aussage von Betriebsräten sieht die Sache aber schlecht aus.

(*Quelle:* Bericht von Betriebsräten von Hartungt auf der Veranstaltung »Wie bleibt der Kopf oben? - während sie versuchen uns die Beine wegzuziehen« 21.5.03)

Streik für höhere Abfindungen bei Panasonic

Bei Panasonic in Neumünster soll die Autoradioproduktion geschlossen und nach Tschechien verlagert werden. Das bedeutet die Entlassung von 400 der 600 Beschäftigten. Als Abfindung hat die Geschäftsleitung 0,7 Gehälter pro Beschäftigungsjahr angeboten. Das wird von den Beschäftigten abgelehnt. Sie fordern 2 Monatsgehälter pro Beschäftigungsjahr, längere Kündigungsfristen und eine berufliche Qualifizierung über 24 Monate unter Fortzahlung eines Unterhaltsgeldes in Höhe der bisherigen Vergütung durch den Arbeitgeber.

Dafür sind die Beschäftigten seit den 16.6. in den Streik getreten, nachdem sich 95,77% in einer Urabstimmung dafür entschieden haben. Die IG Metall unterstützt den Streik und will einen Haustarifvertrag durchsetzen, in dem die Forderungen der Beschäftigten berücksichtigt werden. Geführt wird der Streik von den überwiegend jüngeren Frauen, die bisher keine Kampferfahrungen haben und auch noch kein langes Arbeitsleben haben. Auf dem Streikfest herrschte eine ausgelassene, lautstarke und kämpferische Stimmung. Nicht vergleichbar mit den sonst oft deprimierenden Stimmungen bei Abwehrkämpfen um Entlassungen. Orientalischer Bauchtanz und ägyptische Trance-Tänze gehörten ebenso zu dem Streikfest wie kurze Streikberichte, auch aus anderen Betrieben.

Leiharbeiter, die als Streikbrecher angeheuert wurden, traten die Arbeit nicht an. Streikbrecherarbeit, die an das Werk in Lüneburg vergeben werden sollte, wird dort nicht ausgeführt. Streikbrecherarbeit gibt es durch eingeflogene Arbeiter aus Japan. Für die ist der morgendliche Gang in den Betrieb aber ein Spießrutenlaufen. Es gibt starke Beziehungen zwischen den Streikenden in Neumünster zu den Beschäftigten von *Heidelberg* in Kiel. Ohne diese Beziehungen hätte der Streik anscheinend auch so nicht stattgefunden.

analyse·kritik
ak – Zeitung für linke Debatte und Praxis

In der neuen Ausgabe 474:
Araber, Antisemitismus und Holocaust +++ Juchitan: Stadt der Frauen +++ GATS hat ein Geschlecht +++ Perspektiven globalisierungskritischer Bewegung +++ Kubanische Repression und linke Verwirrung +++ Gesundheit auf dem Schnäppchenmarkt +++ GEMA: Wem gehört die Musik?

Probeabo bestellen:
3 mal ak für 5 €*
* Schein/Scheck beilegen! Verlängert sich zum Jahresabo, wenn nicht nach Erhalt der zweiten *ak* gekündigt wird.

ak – analyse & kritik
Rombergstr. 10 · 20255 Hamburg
Tel.: 040-40170174 · Fax: 40170175
redaktion@akweb.de · www.akweb.de

New Clusters oder New Klezmer?

*»Warum ich auch dieses Jahr wieder nicht auf dem **Buko**, sondern in Moers beim **Jazzfestival** war«*

Mitbringsel…

…können ein Hinweis darauf sein, ob und was es auf einem Musikfestival zu entdecken gab. Wir haben zwei Entdeckungen, zwei Erinnerungen und ein Revival mitgebracht. Entdeckt haben wir das Oud-Duo Samir & Wissam Joubran aus Ramallah/Palästina und Savina Yannatou aus Griechenland mit ihrer Band, Konzerte, die wir fast nicht besucht hätten, weil das Programmheft »Ethnoauthenzität« verhieß. Und dann das: Die Oud-Spieler hätten jedem Paco de Lucia mit ihrer virtuosen und trotzdem ganz unprätentiösen Spielweise die Bläsee ins Gesicht getrieben, und das griechische Ensemble griff unglaublich souverän quer durch den gesamten Mittelmeerraum und durch Jahrhunderte, verschmolz Altes mit Neuem, improvisierte, glänzte mit Präzision und Leidenschaft.

Die Erinnerungen sind: *North America* von Curlew mit u.a. Fred Frith von 1983/84, also aus einer Zeit, bevor sich so einige aus dieser Szene in Richtung Selbstethnisierung oder in Richtung Konzeptkunst/Filmmusik verabschiedet haben. Rootless cosmopolitans, wie Marc Ribot an dieser Stelle sagen würde. Solide. Eine Aufnahme von Richard Teitelbaum mit der Cyberband, Aufnahmen eines elektronischen Projekts in Moers 1993, Musiker als Teil- und Vollzeitschrauber an den Reglern (ihre klassischen Instrumente hatten sie auch noch im Gepäck), was einmal mehr belegt, dass man lieber Musiker als Architekturstudenten und Werbedesigner an diese Geräte lassen sollte.

Das Revival ist die im Oktober 2002 veröffentlichte Doppel-CD von Charles Lloyd: *Lift every voice*: Er setzt sich auf dieser Veröffentlichung ganz unpatriotisch mit dem 11.9. auseinander (im Gegensatz etwa zu Neil Young, der mit *Let's roll* den Sound zum bushistischen weltweiten »Kampf gegen den Terror« abgeliefert hat). Ein weiteres gutes Beispiel dafür, klassisches Material aus unterschiedlichen Weltregionen so zu interpretieren, dass am Ende eine Bereicherung rauskommt (siehe auch: *http://www.jazzecho.de/CDA.jsp?objectId=7675&menu=genre*).

Ist die Ethnoromantik dann durch…

Das erste Festival in Moers hat 1972 stattgefunden. Nach ein paar Aufwärmjahren mit vorwiegend europäischem Freejazz war es in den späten 70er und frühen 80er Jahren ein Festival, wo sich ost- und westdeutsche MusikerInnen und die großen afroamerikanischen Bands und Musiker die Instrumente weiterreichten. Ein Festival für Experimente, Projekte und neue Klänge. Der Name Jazz-Festival paßte in letzter Zeit aber nicht mehr so recht, die »Weltmusik« hielt Einzug, eine *African Dance Night* wurde eingeführt. Moers wurde dafür bekannt, dass schwarze Musiker auf der Bühne nimmerversiegende Lebensfreude versprühen und in die Jahre gekommene Studienräte dazu abwippen. Darunter waren tolle Entdeckungen, aber auch unerträglicher Kitsch, Volksmusik im schlechten Sinn. Gerade Moers hatte früher eine andere Art von »Volksmusik« experimentell erkundet: Freejazzer spielen zusammen mit der Moerser Feuerwehrblaskapelle, ein Publikumsorchester wird gebildet etc..

…wenn die saharouischen Frauen coole Popstars mit E-Gitarren mitbringen?

Auch diesmal gab es noch Kapellen, die vermeintlich authentisches lokales Lebensgefühl zu vermitteln versuchten, anstatt einfach Musik zu machen. Und eine Sängerin, die sich als »Downtown Gypsy Queen« ankündigen ließ, obwohl ihre Biographie viel komplexer und widersprüchlicher ist. Inzwischen ist die Geste der Authentizität aber gebrochen und seltener geworden. Für die meisten MusikerInnen ist ihr lokaler Hintergrund nur die Basis, von der aus sie arrangieren, komponieren, spielen, experimentieren.

FreeJazz is not dead...

Er kehrt aber nach dem Ende des Identitäts-Kults auch nicht in der Form zurück, wie ihn Brötzmann&Co. Ende der 60er, Anfang der 70er zelebrierten. Im wesentlichen haben zwei Stränge diesem Festival ihren Stempel aufgedrückt:

- die umtriebigen Jungmusiker um das Schweizer Trio »Steamboat Switzerland«. Diese haben in den Projekten am Vormittag und auf der Hauptbühne im Zelt ihr Crossover aus Deep Purple Rock, Jazzimprovisation und *Musique concrète* zelebriert, und werden – wenn sie denn keinen Herzinfarkt erleiden – wohl auch in den nächsten Jahren mit innovativen Impulsen auf die junge Jazz- und Rockszene ausstrahlen.

Die *Chan Band* – eine Spar-Variante des *Shibusa Shirazu Orchestras* aus Japan – reichten leider nicht an die Performance-Qualitäten der vollen Besetzung heran. Und die tollen MusikerInnen sind sie nun mal nicht.

- die alten Jazz- und »Artrock«-Giganten. Diese haben in epischen Geschichten ihre Arbeit und ihr Leben der letzten Jahrzehnte erzählt: Das Charles Lloyd Quartet, ein großes Tenor-Sax, ein alter Frontmann, fast blind und schon schwach auf den Beinen, spielte – aus Gründen der Kraft wohl – eher wenig, dann aber sehr eindrucksvoll, Erzählungen aus Generationen des Jazz; Geri Allen am Klavier, die immer wieder die Harmonierolle übernahm, wenn der alte Meister ausruhen mußte. An Bass und Drums zwei jüngere Musiker (Bob Hurst, Eric Harland), die enormen Druck gemacht haben, superenergetisch, super schnell, swingend, mit einer Coolness, Wahnsinn...

George Russell, die einzige BigBand in diesem Jahr: auch hier hohes Alter und große Erzählung. Er hat die ganze LP von 1968/69 gespielt: *Electronic Sonata for Souls Loved by Nature*: groovig, soulig-funkig, zwischendrin hat er selber mal eine Rap-Einlage gegeben ...große Klasse!

»...it only smells funny!«

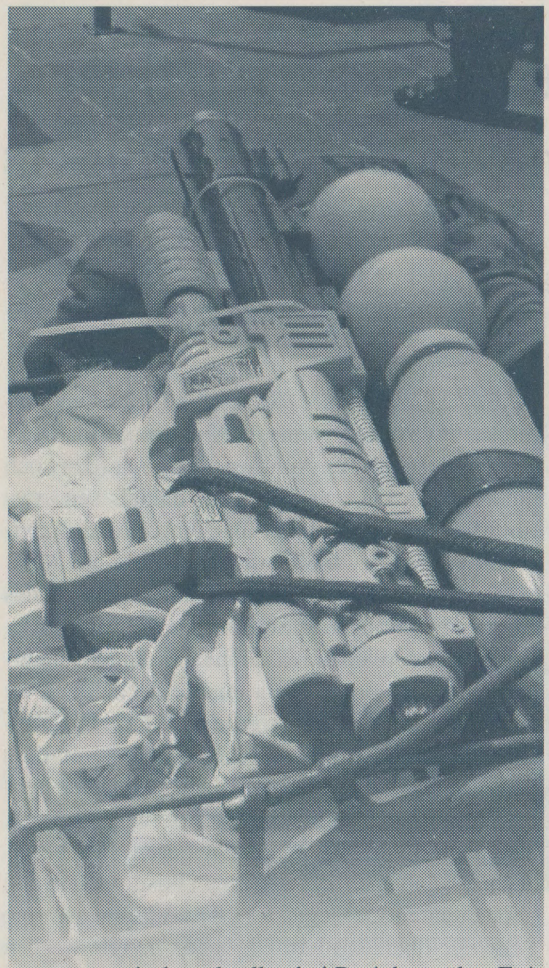
Nach Patchouli, Zirkus, Dope, Schweiß, afrikanischem Essen... überhaupt ist das Festival sehr körperbetont: die MusikerInnen schwitzen, keuchen, koordinieren sich lauthals, die Leute schwitzen, tanzen, bewegen sich ständig, hören zu. Das eigentliche Musikfestival ist eingebettet in ein bestimmt 10- oder gar 20mal so großes »freies Campen« außenrum im Park. Auch dadurch sind die meisten Leute zu viert oder fünft unterwegs und bewegen sich in Gruppen übers Festivalgelände ... Um Hörerfahrungen, Zusammensein und Bewegung unter einen Hut zu bringen, braucht man nicht in entlegene mexikanische Gegenden zu fahren.

Vor allem die vormittäglichen Projekte in Moers haben sicherlich das Hörvermögen vieler Anwesender geschult und weiterentwickelt. Hier werden über drei Tage hinweg in der Turnhalle, der Aula, der Musikhochschule usw. verschiedene Projekte in ihren Facetten, Entwicklungsstadien und oft auch unterschiedlichen Besetzungen entwickelt – schon diese Projekte, zuweilen in intimem Rahmen zu »nachtschlafener Zeit« (um 11 Uhr morgens geht's los!), entschädigen für manche lange Anreise!

Kennst du den Türsteher?

Das Kapital ist die Gemeinschaft der Menschen, aber in entfremdeter Form. Das ist bei der Musikindustrie nicht anders (der Ort, wo Gefühle ausgelebt und abgeparkt werden; der Ort, der Identitäten anbietet: »Deutschland sucht den Superstar«, 70% der Rap-Platten werden von weißen Mittelstandskids gekauft, Maffay & Wecker für die Angepaßten, die verschüttete Rebellengefühle abrufen wollen etc.). Bei Konzerten kommen Menschen tatsächlich zusammen, es ist hier schwerer/leichter, den (manipulativen?) Zusammenhang zu unterlaufen (Konzerte boomen übrigens, während die CD-Verkäufe rückläufig sind). Moers ist ein Festival, wo Menschen gemeinsam hingehen und Musik hören und auch darüber reden wollen – und Musik *machen*: auf dem Campinggelände wird in den Nächten überall Musik gemacht, getanzt und gefeiert...

Unsere Festivalkarten haben wir bezahlt (65 Euro für vier Tage – ein saftiger Aufschlag von 30 Prozent in zwei Jahren!), denn entweder gemeinsam den Konzertsaal stürmen oder in kleinen Gruppen die Security-Truppe austricksen, aber bloß nicht über einen VIP-Zugang (für »MedienvertreterInnen«) in abgetrennten VIP-Bereichen VIP-Getränke abfassen und nicht wissen, wo man sich eigentlich warum befindet. Wie auch sonst gibt es in Moers jede Menge Leute, die auf solchen Tickets



unterwegs sind: und selbst bei Berichten über Evian kann man oft nicht mehr unterscheiden, ob die Leute das als Beteiligte oder als (bezahlte) Journalisten schreiben.

The Sound of Surprise

Das Sun Ra Arkestra war enttäuschend, müder Abklatsch des Afro-Tribal-Konzepts des Art Ensemble of Chicago. Das klassische Piano/Bass/Drums-Trio W-H-O war der Höhepunkt des Freitags. Am Samstag spielte nach den Oud-Brüdern ein weiteres Duo: Bill Bruford mit einem jungen holländischen Pianisten (Michiel Borstlap), einer der Höhepunkte des Festivals, klasse… (Für jüngere LeserInnen, die vielleicht Bill Bruford nicht kennen: Drummer bei u.a. YES, King Crimson, siehe auch: *http://www.lapsus-gil.de/kcrimson.htm*; und *http://www.yesshows.de/Bruford.html*). Außerdem die Chan Band, eine Spar-Variante des Shibusa Shirazu Orchestras aus Japan, das in den letzten Jahren immer mal wieder in Moers war und dort im Zelt, im Park, auf der Straße großartige Spektakel zelebrierte. Wenn man das schon gehört und erlebt hat, war das dieses Mal wirklich abgespeckt, und so die tollen MusikerInnen an sich sind sie nun mal nicht. Zum Abschluss am Samstag Ojos de Brujo aus Barcelona, ein Cross-Over aus Baskenpunk, Flamenco, HipHop, Manu Chao und einfacher politischer Botschaft, der Soundtrack für die Anti-Glob-Bewegung, der jedem Autonomen das Herz höher schlagen läßt, technisch gut, aber ohne Wagnisse und Überraschungen…

Sonntags u.a. eine holländische Band mit einer Gitarristin als Leaderin, klang etwas nach Terje Rypdal, ihre Mitmusiker waren eher von der zurückgenommenen reservierten Sorte. Demierre/Guy/Niggli boten FreeJazzTotal an Piano, Bass und Schlagwerk, Brachialimprovisation und das dicht und sensibel, präzise und leidenschaftlich! Danach »Ethno« aus Madagaskar, ein körperbehinderter Frontmann an den Vocals und Valiha (einem klassischen Saiteninstrument) in Koproduktion mit AKTION MENSCH, technisch gut, schöne Harmonien, gute stimmungsvolle Performance.

Auf der African Dance Night – wo wir nicht waren – spielten: Khaled (Algerien), Amadou&Mariam (Mali), Sam Mangwana (Zaire) und DJ Cosmomix (France).

Montags war außer George Russell noch Kazutoki Umezu »Kiki Band« erwähnenswert, die japanische Antwort auf Brötzmann in Sachen Brachialimprovisation, er spielte mit einer »Heavy Metal Band«, vom Sound sehr druckvoll, obwohl da mehr rauszuholen gewesen wäre… Außerdem spielten 11 Jazzer eine 60minütige Komposition von David Dramm »Orange Slice«, was ganz ordentlich war (einige bekiffte 20jährige haben es sogar hingekriegt, dazu zu tanzen!).

Und was hab ich versäumt?

Ein Freund schrieb mir: »Klar, der Buko war diesmal recht chaotisch, das Essen keine Gaumenfreude, die vertretenen Positionen bisweilen schwierig zu vermitteln. Das überrascht angesichts der Vielfalt der anwesenden Gruppen nicht. Aber eins war wichtig: die Leute haben miteinander geredet, zugehört, und es war der Versuch, mal wieder übers große Ganze nachzudenken. Insofern war auch die Kopplung des Buko an die antipatriarchale Diskussion folgerichtig. Natürlich kann der Buko nicht jahrelang separat geführte Debatten zusammenbringen, dennoch haben viele Anwesende erkannt, dass so was angesagt ist. Dazu müßten aber die Kontroversen auch mal ausgetragen werden, und das hat mir dieses Jahr am meisten gefehlt …«

…und was macht Ihr LeserInnen so an Pfingsten ?

Mayer & Vorfelder

»Wenn wir jetzt ein Bier trinken,
bekommt München wieder eine Realität«

(Achternbusch, mehrfach im Buch zit.)

Klaus Theweleit: Der Knall – 11. September, das Verschwinden der Realität und ein Kriegsmodell;

Klaus Theweleit,
Der Knall – 11. September, das Verschwinden der Realität und ein Kriegsmodell
Frankfurt am Main und Basel, Stroemfeld/Roter Stern, 2002;
278 Seiten, 24 Euro;

Teil 1:
»Playstation Cordoba / Yugoslavia / Afghanistan etc. Ein Kriegsmodell«
(60 Seiten)

Dem Autor fällt ein Flugblatt in die Hände: »... Die Begriffserfindung der kulturellen Identität hat keine reale Entsprechung, sie ist ... eine Konstruktion zur Erpressung der zu ihr gehörigen und zur ausbeuterischen Ausgrenzung aller nicht zu ihr gehörigen.« ... er macht sich daran, dieses »Theorem der erpressten Loyalität« an verschiedenen historischen Beispielen zu erklären und zu belegen...

Sein Einstieg sind die sozialen Veränderungen im ehemaligen Jugoslawien.[1] Theweleit benutzt verschiedenste Quellen, um zu seiner Ausgangshypothese zu kommen: die Menschen vermischen sich, wenn man sie nicht daran hindert; Kriegsherren und »Fundamentalisten« wollen dagegen »entmischen«. In sein Buch geht er der Frage nach, warum »diese Entmischer« eigentlich so erfolgreich sind.

Dazu erzählt er eine Geschichte, den Film von Youssef Chahine *Das Schicksal*. Er spielt im 12. Jahrhundert in Cordoba, einer islamisch regierten Mischkultur mit Mauren, Christen, Juden und Zigeunern. Eine islamistische Sekte will die Macht im Staat und ermordet zunächst einen Zigeunersänger, gegen dessen erotische Gesänge sie vorher agitiert hatte. Danach stecken sie die Bibliothek in Brand und veranstalten Pogrome gegen die Zigeuner. Da sie aber selber nicht stark genug sind, den Kalifen zu entmachten, verbünden sie sich mit den christlichen Kreuzrittern. Der Clou der Geschichte ist, dass die Kreuzritter nach dem Sieg über den Kalifen ihre Verbündeten niedermachen und schließlich die Mauren (und dann auch die Juden) aus Spanien vertreiben.

Dieses »Modell« (zwei scheinbar entgegengesetzte Fundamentalismen verbünden sich, um Gesellschaften zu »entmischen«) spielt Theweleit dann an Jugoslawien, Afghanistan, Palästina, Algerien und dem 11.9. durch.

Etwas ausführlicher will ich auf das Unterkapitel »**PlayStation Georgia, Alabama, um 1815**« eingehen (S. 22-27). Auf diesem Gebiet (das noch nicht zu den USA gehörte) war damals seit etwa fünf Jahrzehnten ein Vermischungsprozess zwischen Frauen der fünf Indianerstämme der Muskogees und den weißen Trappern im Gang. In das Gebiet fliehen auch viele entlaufene schwarze Sklaven. Die zahlreichen Mischehen verändern innerhalb von zwei, drei Generationen entscheidend die Kultur: die Pelztierjäger werden sesshaft, ihre Kinder sind »wahre Leute des Dazwischen«, mit dem französischen Wort »métis people«, gemischte Leute. Diese Kinder lernen die Künste beider Eltern, also auch Schreiben, Rechnen, Lesen, und besetzen nach und nach alle wichtigen Positionen in den entstehenden Gemeinden. »Um 1783 wird eine Schwelle überschritten. Die métis people werden bestimmend im Muskogee-Leben und in der Muskogee-Politik. Es sind inzwischen mehr Muskogees im Farmwesen beschäftigt als in der Jagd.«

Gegen diese Entwicklung agitiert eine fundamentalistische Sekte um den Shawnee-Chief **Tecumseh**. Sie greifen die Mischkultur und weißenfreundliche Häuptlinge an. Als *göttlicher Auslöser* für Massaker dient das Große Erdbeben von 1813: sie stecken die Häuser der Métis-Familien in Brand, töten oder vertreiben die Bewohner, schlachten ihr Vieh. Und genauso »wie die (zunächst) siegreichen Fundamentalisten in Chahines Film werden die siegreichen Roten Tecumsehs, nachdem sie die Mischkultur restlos zerstört haben, von den nun einrückenden Ordnungskräften der US-Armee gestellt, besiegt, und, soweit sie überleben, nach Westen über den Mississippi vertrieben. Zum Nachrücken bereit ... steht der weiße Abschaum. Rassistische Siedler, streunendes Gesindel, das in den bisherigen US-Staaten nicht recht ein Bein auf den Boden bekam, strömt ins Vakuum und gründet die bis heute *rassistischsten Staaten der USA*.«

Auf weiteren 30 Seiten kritisiert Theweleit dann die aktuelle Weltpolitik (Kaspisches Meer, Genschers Vorpreschen in Jugoslawien, Afghanistan ...) und linke Nationalismen à la »die Roten hätten doch lieber authentisch bleiben sollen«.

[1] *»... für die meisten jugoslawischen Teilgebiete bestand so etwas wie Religiosität nur noch an der Oberfläche ... Man kann das sehr schön sehen an den [alten] Muslimen aus Mostar, die in dem Film Nachsaison von Pepe Danquardt und Miriam Quinte zu sehen sind... die sagen: ›wir hatten das alles längst vergessen ... morgens nach Mekka zu gucken ... das Beten ... die Religion als Alltagsverrichtung ... das war unwichtig geworden ... wir mussten das jetzt, nach der Zwangsteilung [von Mostar] alles erst wieder lernen, gezwungenermaßen, unter dem Druck der Ereignisse. Jetzt hocken wir in einem moslemischen Ghetto und werden sozusagen überwacht, ob wir die religiösen Grundregeln einhalten ...«* (S. 7 f.)

Teil 2:
»Das Verschwinden der Realität«
(200 Seiten)

Dass sich die »linke Intelligenz« in den 90er Jahren in Zeichen-Scheinwelten und Kulturalismus verkrümelt hat, wäre ja noch zu verschmerzen gewesen. Aber mit ihren Schlagwörtern hat sich die ganze linke Debatte infiziert. Sprechweisen und Sprechorte wurden wichtiger als »Inhalte« (wahrscheinlich auch eine Reaktion auf die 80er Jahre, wo es immer nur um »die Inhalte« gegangen war!?), so banale Fragen wie die nach den Bedürfnissen wurden als mega-out und »materialistisch« ausgemustert. Im zweiten Teil des Buchs werden insgesamt 12 Reaktionen auf den 11.9. analysiert (meistens Texte, einmal eine Fernsehsendung, einmal die Pressekonferenz von Stockhausen, wo dieser das Attentat zum Kunstwerk erklärte). Ohne dass er das beabsichtigt hätte, liefert Theweleit damit wichtige Beiträge zu einer Kritik der Postmoderne und des (linken) »Baudrillardismus«.

Inhaltlich besteht der zweite Teil des Buchs aus einem Befund, der Analyse zweier Techniken und einer These, die nicht ausgesprochen wird.

Der Befund heißt »Realitätsverlust«. Bis auf Sloterdijk und Susan Sontag attestiert er allen »ins Hirn getroffen« zu sein. »Ich habe jetzt an vier AutorInnen dargestellt, was mir als Zusammenbruch der Realitätsvorstellung infolge des WTC-Crashs aufgefallen war« (167). Das Schöne an diesem Befund: es ist ein Doppel(be-)fund. Die Autoren reden ihre eigene Verwirrtheit dem Publikum als dessen »Realitätsverlust« ein. Wunderbar dargestellt am Text der »Plaudermaschine« Žižek: »... die Dauerrede von Irrealität, Scheinwirklichkeit, Wüste des Realen usw. täuscht kein bisschen darüber hinweg, dass er in den verschiedenen Realitäten herumspringt, als seien sie alle ein und dieselbe bzw. ihre *Unterschiede* völlig egal. Und wozu sie dann unterscheiden? Faktisch existiert das mit philosophischem Großaufwand aufgezogene Netz der Differenzierung von Realitätsarten *in seinem Schreiben* überhaupt nicht.« (S. 232)

In den Texten und Stellungnahmen zum 11.9. findet er zwei Techniken:

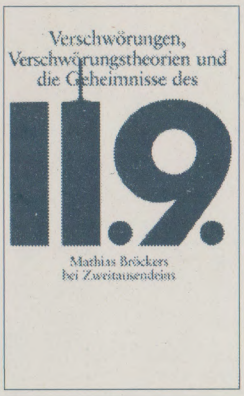
a) das »götterfunkische ›uns‹ und ›wir‹«: »wir alle mussten an Katastrophenfilm denken«, »wir genießen diese Inszenierungen ... wir genießen die Filmkatastrophe als Katharsis...« (Elisabeth Hier tritt Theweleit einfach aus dem Zusammenhang heraus und sagt: »ich habe die großen Katstrophenfilme nicht gesehen; ich habe sie also auch nicht genossen; wer tut sich das schon an, in *Independence Day* zu gehen?«

b) die Technik des »Überbietens« zeichnet er am schönsten bei Sloterdijk nach, der erst die Überbietungsschraube seiner KollegInnen durch Untertreibung toppt (»Zwischenfall an amerikanischen Hochhäusern«), und dann mit seiner Behauptung, »gesellschaftliche Wirklichkeit [sei] ein Nebenprodukt von Sprachspielen« ein, zwei Klassen frecher als die Konkurrenz ist: »Man muss wahnsinnige Behauptungen so aufstellen, dass niemand um ihre Wahrnehmung herumkommt ... Mediale Spitze, wie die Werbung für Ritter Sport«, kommentiert Theweleit. (S. 51 f.)

»... wie Luft aus einem Gummitier...« (»während alles Denken, wie Luft aus einem Gummitier, ihrem Text entflohen war« S. 150)

»was für eine langweilige Kacke, ein nicht endendes Armageddon für Volldoofe« (S. 102)

Die implizite These wird vorbereitet, drängt sich auf... – sie wird aber vom Autor nicht zuende gedacht, vielleicht weil er als »Professor für Kunst und Theorie« in Karlsruhe selber zu sehr drin hängt in dem System, das er so ironisch und präzise auseinandernimmt. Theweleit formuliert: »Sie [die Jets] hinterließen eine andere Art *ground zero* ... die Aschenhaufen eines verglimmenden Diskurssystems ...« (S.68). Aus derselben Einsicht wird bei Diedrich Diederichsen eine Aufforderung: »Dieser Tag war das überfällige Ende der seit zwei



Im September 2002 ist bei *Zweitausendeins* ein weiteres Buch zum 11.9. erschienen:

Mathias Bröckers, *11.9. – Verschwörungen, Verschwörungstheorien und die Geheimnisse des 11.9.* Frankfurt am Main 2002.

Innerhalb eines Monats wurde es elfmal aufgelegt, am Ende 2002 war es in der 24., im Juni 2003 in der 31. Auflage. Damit ist es das erfolgreichste Buch des Verlages. Am 25.7. 2003 soll das Fortsetzungsbuch von Bröckers erscheinen: »*Fakten, Fälschungen und die unterdrückten Beweise des 11.9.*« Deshalb hier nur eine kurze Anzeige:

Mathias Bröckers (»*Die Wiederentdeckung der Nutzpflanze Hanf*«) saß nach eigenem Bekunden im September 2001 an einem Buch über Verschwörungstheorien. Er nimmt die sofort präsentierte offizielle Version zum 11.9. als Verschwörungstheorie und beginnt mit der Recherche. Er notiert »… alle Quellen liegen offen. Sie zu finden, leistete mir die Internet-Suchmaschine Google unschätzbare Dienste. Wer noch nie davon gehört hat, sollte sich sofort an seinen Rechner setzen und *www.google.de* eingeben. *›Die Werkzeuge arbeiten mit an unseren Gedanken‹*, notierte einst Friedrich Nietzsche als einer der Ersten mit Schreibmaschine arbeitenden Autoren. Wenn das stimmt, dann ist vieles in diesem Buch

Jahrzehnten kursierenden Überzeugung, dass die Medien eine einzige andere und geschlossene Welt wären… Mit dem Baudrillardismus müßte man jetzt aufhören können.« (S. 69 f. und passim). Diederichsen konstatiert das Ende eines Zeitabschnitts, in dem er selber zu den eifrigsten Propagandisten dieser Zeichentheorie gehört hatte – oder, wie Theweleit ihn in Schutz nimmt: »Mit der Gruppe von Leuten, die … eine ›geschlossene Welt der Codes‹ postuliert hatten, hatte Diederichsen eher sympathisiert, weil sie in der Regel klüger waren, als jene, die hilflos in den Abbild-Lesarten herumschwammen.« (S. 178)

Diederichsen übt Selbstkritik: »… wir haben zu lange geglaubt, es reiche, sich über mediale Effekte zu unterhalten statt über die politischen Sachen selbst. Während andere politisch handeln, regt sich das links-kreative Milieu darüber auf, wie das Ganze ideologisch verkauft wird. Während der Mainstream hetzt, beklagt die metadiskursive Linke nur die Hetze, statt anders zu reden.« (S. 179)

In seinem Beitrag »Adornos Taschentuch« im Herbst 2001 auf der *make-world* in München (nachgedruckt in der jungle world Dezember 2001[2]) fordert Diederichsen explizit Positionierung statt Kulturkritik (die Geste des Nicht-dazu-Gehörens ist vereinnahmt; wir müssen uns (wieder) radikal *politisch* positionieren). Theweleit weicht dem Problem durch die These von den »verschiedenen Realitätsarten« aus: »Sie … existieren … prinzipiell gleichberechtigt und unabhängig voneinander. Ihre Unterscheidung in reale, virtuelle, mediale, geträumte, halluzinierte, konstruierte usw. scheint rein willkürlich geworden. Ich vermute, sie erfolgt aus der Anwendung unzureichender Denk- und Sprachsysteme auf die verschiedenen Formen des Realen.« (S. 75)

Köstlich, wie Theweleit die ganzen Großdenker (Žižek, Luhman, Baudrillard …) vorführt, indem er einfach nur ernst nimmt, was sie schreiben! Bereits beim ersten Autor (Georg Seeßlen) konstatiert Theweleit: »Begriffe werden von Zeile zu Zeile, von Absatz zu Absatz, durch jeweils andere einfach *ersetzt*, in einer Schreibbewegung, die unverdrossen Kraut auf Rüben häuft, Traum auf Phantasie auf Illusion auf unterbewussten Wunsch, als wäre das alles ein- und dasselbe…« (S. 89) Drei Autoren später: »Stapelung gängiger Halbbegriffe aus dem Bereich ›psychischer Realitäten‹ und ›Diskurstheorie‹ … Mit diesem Verfahren ließ sich immer noch ein Stück oben drauf stapeln, oder hinten dran, ohne dass solche Fort- und Fortschreibungen je preisgaben, was denn mit ihnen gesagt sein sollte.« (S. 149 zu Elisabeth Bronfen)

Es macht Spaß, sich von Theweleit die Augen öffnen zu lassen: diese Art des Schreibens durch »Stapelung gängiger Halbbegriffe« ist in den linken Diskurs so weit eingedrungen, dass man oft solche Texte liest, bestenfalls die Hälfte versteht, nachher aber den Eindruck hat, sie hätten etwas gesagt. Theweleit zeigt in radikaler Naivität, dass sie *nichts* sagen, das aber mit großer Geste. Er leistet dringend notwendige Ausmistarbeit!

Bei seiner Behandlung eines Interviews von Alexander Kluge mit der *SZ* hat man – wie bei seiner Analyse des Diederichsen-Texts – den Eindruck, dass er die politische Brisanz seines Tuns nicht wirklich versteht. Kluge tastet sich an einen Zusammenhang zwischen (staatlicher) Souveränität und (Selbst-)Verwirklichung der Untertanen ran: »Kein Staat kann existieren, ohne dies Versprechen auf Verwirklichung immer wieder zu erneuern … wer nicht die Zukunft der im Augenblick sich verfertigenden Wirklichkeit versprechen kann, hat keine Macht mehr …« (S. 161) Ein Satz, der die Legitimitätskrise des kapitalistischen Weltsystems von der Rentenfrage über die Korruptionsskandale und Einkommensschere bis zum Anschlag auf das WTC spannt. Kluge will damit sagen, dass die USA Krieg führen werden, egal gegen wen: »Das Subjekt-Objekt-Verhältnis [gemeint ist das Verhältnis des (staatlichen) Souveräns zu den Unterworfenen] ist wieder hergestellt, wenn ich einen Täter habe. Mit diesem kommt die Realität zurück, auch wenn der Täter zur Not erfunden werden muss, vom Machtwort des Souveräns, sonst wird das nichts mit der Wirklichkeitsgarantie.« (160) Mir scheint das die beste Zusammenfassung des »Realitätsproblems«, das alle besprochenen Texte thematisierten. Und Kluge kommt zu einem interessanten Schluss: »Man kann sagen, dass dies ein Zeitpunkt ist, in dem Strategien nicht wirklich existieren, sondern nur im Vordergrund tun, als ob sie exstieren.« (S. 164) Sehr viel anders würde ich den »strategischen« Spielraum des kapitalistischen Weltsystems zu Beginn des 21. Jahrhunderts auch nicht beschreiben. Hier zeigt Theweleits Schreibstil seine Schwächen, er albert nur rum: »Pow wow wow! & wenn man so will. Der Gestus dieses Zwiegesprächs hatte etwas hochgradig Verwirrendes…« (S. 165), usw. – nichts Substanzielles.

Bevor er den Artikel von Baudrillard zum 11.9. (*Süddeutsche Zeitung*, 12.11.2001 »Der Geist des Terrorismus« – Langfassung in *Lettre International* Heft 55 [3]) bespricht, erklärt Theweleit kurz dessen Bedeutung für die Postmoderne: Seine Texte »waren die einflussreichsten Schraubwerkzeuge in den Monteurskästen der postmarxistischen Dekonstrukteursgenerationen aller Kontinente geworden; *neben* Derridas Mikrowerkzeugen und *nach* Foucaults eher derben Theorieklöppeln … [Foucault, der] wie kein zweiter die künstlichen Konstrukti-

onsweisen des europäischen Subjekts zwar dargestellt hatte, ohne aber am Realitätscharakter seiner Herstellungsprozeduren zu zweifeln« (S. 198). Baudrillard hat Foucault »überboten«, indem er nicht nur das Subjekt, sondern »das Reale« auflöste.

Baudrillard hatte nach dem 11.9. zwei Monate gewartet, bis er sich zu Wort meldete. Die meisten Kommentatoren hatten – wie Diederichsen – den 11.9. »als eine Realitätssorte wahrgenommen, die … die Begriffsbildungen Baudrillards auszulöschen, hinfällig zu machen, in der Lage schien.« (S. 198) Wie hat Baudrillard reagiert? Laut Theweleit mit einer »Überbietungschraube dreifach«: der Einleitungssatz verwirrt komplett, der zweite überbietet (»hat es noch nie gegeben«), der sechste toppt alles (»absolutes Ereignis«). »Weltereignisse haben wir schon einige gehabt, vom Tod Dianas bis hin zur Fußballweltmeisterschaft – und auch gewaltsame und reale Ereignisse, von Kriegen bis hin zu Völkermorden. Was es bisher aber noch nicht gegeben hat, ist ein symbolisches Ereignis von globaler Bedeutung … Mit dem Attentat auf das World Trade Center in New York haben wir es sogar mit einem absoluten Ereignis zu tun, mit der ›Mutter‹ aller Ereignisse, mit einem reinen Ereignis, das alle nie stattgefundenen Ereignisse in sich vereint.« Theweleit sieht den Meister mit dem Rücken zur Wand stehen und offensichtlich nur noch Unsinn verzapfen. Wie kann ein »reines Ereignis« alle nie stattgefundenen Ereignisse in sich vereinen? Warum werden »Weltereignisse« und »gewaltsame und reale Ereignisse« gegeneinander gestellt? War Dianas Tod nicht gewaltsam? Ist die Fußballweltmeisterschaft nicht real? »Hier [werden] rein bonmothaft Wirklichkeitssorten gegeneinander gepackt«.

Schließlich behauptet Baudrillard dann genau das, was alle von ihm erwarten: der 11.9. sei nicht real gewesen. Aber wie stützt er diese Behauptung? Er erklärt die Realität zum »Prinzip«, in dem Wirklichkeit und Fiktion nicht auseinanderzuhalten seien. Somit bedeute die terroristische Gewalt »weder eine Rückkehr der Wirklichkeit noch eine Rückkehr der Geschichte. Diese terroristische Gewalt ist nicht ›real‹ … « Theweleit hackt hier gnadenlos rein: was bedeuten die Tüttelchen um das Wörtchen real? warum »in gewissem Sinne«? Er kommt zum Schluß: »Dies Stew aus Gedanken, Geistesblitzen, Meinung & Dekret ergab insgesamt: Murks. Leerlaufende Sprache, die sich erfolglos gegen die Einsicht stemmt, dass sich mit ihr nichts Brauchbares zum behandelten Phänomen (und vielleicht auch sonst nichts) aussagen läßt.« (S. 205) Der Autor des Textes sei »nur als *Schreibbewegung*… noch da, als Vollzugsbeamter des Arsenals seiner dominanten Termini. Von fern leuchtete Diederichsens Transparent vom *Aufhören mit dem Baudrillardismus*…« (S. 206)

Zum Schluss will ich auf die »implizite These« zurückkommen. Warum haben denn so viele den 11.9. als Hereinbrechen der Realität erlebt? Laut Seeßlen, weil er »eine Gesellschaft [traf], die sich gerade immateriell und metaorganisch machen wollte« (S. 88). Diese These muß umgedreht werden: der 11.9. traf eine Gesellschaft, die bereits auf dem Rücksturz zur Erde war, wie Commander McLane das formuliert hätte. Das diskursive Besäufnis der Linken spielte sich in den 90er Jahren vor dem Hintergrund ständig steigender Aktienkurse, einer geradezu explodierenden Werbeindustrie mit extrem gut dotierten Posten und fetten Budgets fürs Feuilleton (wo fast jede/r schreiben konnte) ab. Die »Realität« kam Schlag auf Schlag zurück: Asienkrise 1997, Rubelkrise 1998, Angriffskrieg gegen Jugoslawien 1999, Börsencrash seit 2000, immer weiter steigende Arbeitslosigkeit, die längst die »Gutverdienenden« erreicht hat. Andererseits machte sich seit Ende 1999 (Seattle) auch wieder ein massenhafter Protest gegen diese Welt sichtbar: man war nicht mehr der übriggebliebene, ewiggestrige Materialist, wenn man von Ausbeutung, sozialem Elend und Krieg sprach. Das Kultbuch »Empire« kam sozusagen zu spät, wie überhaupt alle Versuche zu spät kommen, die obsolet gewordenen postmodernen Theorien durch Abmischen mit anderen »Theorieklöppeln« (»Kritische Schule«, »Operaismus« …) auf den Stand der Zeit zu bringen. Sie müssen nicht aufgepeppt, sondern umgestülpt werden! Es bringt nichts mehr, wie Theweleit die »Klugheit« der postmodernen »Plappermaschinen« gegen die Dumpfheit des (stalinistischen) Abbildmarxismus zu stellen – beide sind überholt. Stattdessen müssen wir uns die Realität neu aneignen – oder meinetwegen unsere vielen verschiedenen Realitäten im globalen Zusammenhang …

Fazit:

Ein lesenswertes Buch! Ich stimme nicht mit allen inhaltlichen Aussagen überein, aber darum geht es ja bei einem guten Buch auch nicht. Theweleit legt seine Absichten und Argumente offen, er scheut sich nicht, an bestimmten Stellen Unsicherheit oder Unkenntnis zuzugeben. Diese Haltung den Texten – und dem Leben – gegenüber macht das Buch anregend, nachvollziehbar und brauchbar.

Ein kleines Manko sind die schlampigen Quellenangaben – zuweilen wird nicht angegeben, wo die Texte erschienen sind.

[2] www.nadir.org/nadir/periodika/jungle_world/_2001/52/40a.htm

[3] Auszüge auf: *www.lettre.de/020archiv/010ausgaben/009ausg01/010_li55/Baudrillard.htm*

dem neuen Handwerk des Googelns geschuldet …« (19).

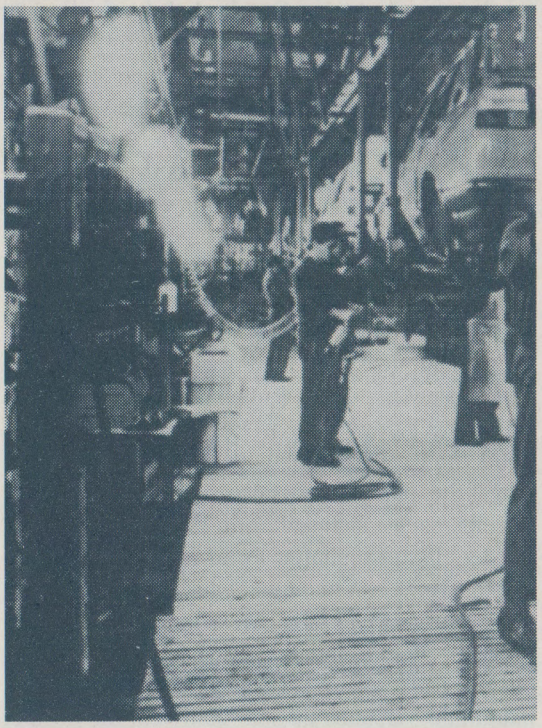
Damit bezeichnet Bröckers selber die starke und die schwache Seite seines Buchs: Einerseits ist es beeindruckend, was er an Widersprüchen zutage fördert – andererseits wird jeder auf Zusammenhänge stoßen, der immer wieder Stichwörter per *google* auf »Zusammenhänge« abcheckt. Bröckers findet eine ganze Menge, aber es gelingt ihm nicht, seine Funde zu gewichten. Viele seiner Recherche-Ergebnisse sind inzwischen bekannt, etwa die engen Beziehungen zwischen der USA und den Taliban sowie Osama bin Laden; viele Fragen sind weiterhin ungeklärt (Warum gibt es kein Foto vom aufs Pentagon gekrachten Flugzeug? Warum versuchte die Flugabwehr nicht, dieses Flugzeug abzufangen? usw.) Und es bleibt nach wie vor ein Stachel fürs Denken, dass viele Pläne des Bush-Regimes bereits vorlagen – aber erst mit dem 11.9 durchgesetzt werden konnten (sowohl Kriegspläne gegen den Irak als auch Pläne zur »inneren Sicherheit«).

Am 31.12.2002 veröffentlichte Bröckers seinen letzten Beitrag auf »telepolis« zum Thema (hier hatte er die ganze Zeit über immer wieder aktuelle Kommentare und Funde eingestreut). Auf die selbstgestellte Frage, welcher Einschätzung er denn nun selber zuneige, antwortet er *»ein Regime verrückter Petronazis [hat] das Weiße Haus geentert und 9/11 geschehen [lassen] (bzw. mittels eigener Geheimdienste und/oder denen befreundeter Nationen aktive Unterstützung [geleistet]), um seine Macht mit dem ›war on terror‹ national und international zu zementieren.«*

Man darf gespannt sein, welche »Fakten« nun Bröckers in seinem neuen Buch präsentiert.

Renaissance des Operaismus

Teil 2 der Trilogie



Zum Verständnis dieses Artikels ist die Lektüre des ersten Teils zu empfehlen:

Renaissance des Operaismus, Teil I, Wildcat 64/65, März 1995. Das Heft ist noch zu haben!

In der letzten Wildcat Nr. 64/65 (März 1995) haben wir Teil 1 eines auf mehrere Folgen angelegten Artikels über den Operaismus veröffentlicht. Er behandelt ausführlich (und immer noch lesenswert ;-)) die Ursprünge des Konzepts der »Arbeiteruntersuchung« und die ersten Erfahrungen damit Anfang der sechziger Jahre in Italien. Damals waren gerade Bücher über den Operaismus in Westdeutschland und die sechziger und siebziger Jahre in Italien erschienen. Gleichzeitig lief die Diskussion über Karl Heinz Roths Buch *Die Wiederkehr der Proletarität*. Wir wollten seine Thesen über die Angleichung der weltweiten Klassenverhältnisse und das Entstehen einer Weltarbeiterklasse als Ausgangspunkt für eine Militante Untersuchung benutzen. Doch Roths Idee der »proletarischen Zirkel«, die WissenschaftlerInnen, Linksgewerkschafter und Basisinitiativen zusammenzubringen sollten, scheiterte. Danach gab es lange Zeit in der Linken keinen Bedarf mehr an Operaismus.

Dies änderte sich, als das Buch *Empire* von Michael Hardt und Toni Negri erschien. Seither ist »der Operaismus« wieder in der Debatte. Paradoxerweise stricken an diesem Revival vor allem Leute mit, die sich gerade nicht mehr auf »Klasse« und Revolution beziehen – von daher fehlen die beiden Stränge, die »den Operaismus« für uns immer interessant machten: das Konzept der Klassenzusammensetzung und die Bemühungen um eine Arbeiteruntersuchung.

Was fasziniert an *Empire*?

Das neue Interesse an »revolutionärer Theorie« kommt aus zwei Richtungen: das abrupte Ende der *New Economy* und die scharfe Krisenentwicklung bringen einige postmoderne Theoretiker auf den Boden der (kapitalistischen) Tatsachen zurück. Die neue Bewegung begreift den Kapitalismus wieder als etwas Materielles, als Ausbeutung von Menschen, und will mehr darüber erfahren. Sie will die Welt verändern. *Empire* bietet beides: es wendet sich an den »Militanten« und es fasziniert den postmodernen Theoretiker, es analysiert und es macht Hoffnung.

Das Buch stellt Zusammenhänge her, die vielen verloren gegangen sind. Es zeigt, dass die Globalisierung, das neue Herrschaftssystem, neue Produktionsmethoden und die neuen Kriege zusammengehören, und dass es gegen jede Entwicklung eine Gegenentwicklung gibt. Obwohl das Kommando über Leben und Tod, Ausbeutung, Armut usw. behandelt werden, verbreitet *Empire* Optimismus. Es ist eine große Erzählung, in der virtuelle Figuren von Massenarbeitern, gesellschaftlichen Arbeitern, Armen, Migranten, immateriellen Arbeitern – Stufe für Stufe gegen das Ungeheuer kämpfen, das diese Kämpfe immer wieder vereinnahmen will und sich dazu immer wieder neu formiert. Aber am Ende wird es ausgehöhlt in sich zusammenfallen.

Mit seinem poststrukturalistischen Vokabular spinnt *Empire* den operaistischen Faden so weiter, wie das Negri seit den siebziger Jahren betreibt. Das Buch stellt scheinbar materialistisch einen Zusammenhang her zwischen Produktionsweise und Rebellionsweise, indem es aus der globalen Bewegung, aus den weltweiten Strömen der ArbeitsmigrantInnen und der Organisation der Arbeit in den fortgeschrittensten kapitalistischen Bereichen ein neues Subjekt konstruiert: die »Multitude« oder »Menge«, der sich jede und jeder zugehörig fühlen kann. Aber die Periodisierung der kapitalistischen Entwicklung und der Klassenkämpfe ist keine wirkliche Analyse. Wenn Negri die Periode streift, in der »der Massenarbeiter« das »ziehende Subjekt« der Kämpfe war und das Kapital in die Krise gebracht hat, dann ist das nur eine Legitimationsfolie, um seine neuen Thesen nach hinten ab-

zusichern. Nicht eben originell und noch dazu falsch behauptet er eine neue Produktionsweise: den Postfordismus. Diesem wird ein (postfordistisches) Subjekt zugeordnet: »immaterielle Arbeiter« oder »affektive Arbeiter«, die nun die fortgeschrittensten Sektoren ausmachen sollen. Die Fabrikarbeit wachse zwar weltweit weiterhin an, spiele aber nicht mehr die bestimmende Rolle für den Kapitalismus und v.a. für die Kämpfe dagegen. Schon Negris Begriff vom »Massenarbeiter« ist eine reine Verballhornung, als wäre dieser jemals ein homogenes Subjekt gewesen. In der Geschichte wird er weit nach hinten geschoben – so als hätten die Kämpfe in den Fabriken heute keine Bedeutung mehr. So passt das Buch gut zur Ideologie des Neoliberalismus, der in den letzten Jahren recht erfolgreich kollektive Verhaltensweisen verdrängt hat. Hardt und Negri haben ihr Buch auf dem Höhepunkt der *New Economy* geschrieben, die sie zusammen mit anderen Ex-Operaisten (Marazzi!) für die neue Stufe des Kapitalismus hielten, in der das Wertgesetz nicht mehr gilt und sich Wert aus dem Nichts schöpfen lässt. Wenn Kapital nicht mehr auf Arbeit beruhte, konnte das Ende der Arbeit nicht mehr fern sein.

Negri hält auch in *Empire* daran fest, den (Weg zum) Kommunismus im Handeln der heutigen Menschen selbst zu suchen – das finden wir richtig. Er lehnt es ab, die Revolution und die kommunistische Gesellschaft in eine ferne Zukunft oder in ein Außerhalb zu verlagern. Befreiung könne nur innerhalb der Welt erreicht werden, der Postfordismus habe kein Außerhalb mehr. Aber um diesen Gedanken der *Immanenz* stark zu machen, gibt er den Antagonismus auf. Er sieht in der Zusammenarbeit der »immateriellen Arbeiter« die Selbstproduktion des Subjekts. Auf der Suche nach theoretischen Bezugspunkten landet er beim affirmativen Bezug auf die frühbürgerliche Gesellschaft in Holland als Grundlage der Demokratie (Spinoza). Damit steht das Konzept der »Multitude« dem »operaistischen« Konzept der *Klassenzusammensetzung* diametral gegenüber. Mit *Empire* ist der Operaismus, der einst den Verfechtern der »Entwicklung der Produktivkräfte« seine radikale Kritik der kapitalistischen Maschinerie entgegengeschleudert hatte, am Ende seiner Geschichte angelangt: an die Stelle der Analyse setzt er den Glauben – u.a. an eine technische Entwicklung, die zum Kommunismus führen wird – oder schon geführt hat?

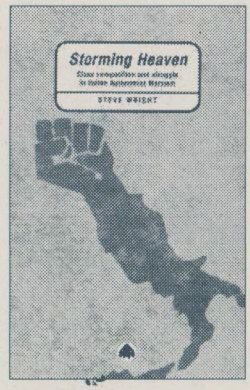
Manche sehen den Wendepunkt des Operaismus bereits 1971, als Negris Strömung auf den bewaffneten Aufstand setzte. Andere sehen ihn in den Thesen vom neuen Subjekt – dem »gesellschaftlicher Arbeiter« – die Negri Mitte der siebziger Jahre ausgab, als in Italien eine Jugendbewegung losging, die mit der alten Arbeiterbewegung brach: StudentInnen wurden zu »gesellschaftlichen ArbeiterInnen« und damit zu »den Subjekten« der neuen Epoche. Diese politische These diente der Bewegung dazu, sich selbst als die neue Klassenzusammensetzung zu inszenieren und nicht mehr nach dem Zusammenhang der Klassenbewegung zu schauen. Es war eine Inversion des Begriffs »Klassenzusammensetzung«.

Die Suche nach dem Subjekt

Der revolutionäre Marxismus nach dem Zweiten Weltkrieg hat versucht, auf drei Fragen neue Antworten zu finden: auf die Frage nach dem Subjekt, die Frage nach der Klasse (also die Frage, wer diese Welt revolutionär verändern kann und wo sich ein kollektives Subjekt konstituiert, das diesen Prozess in Gang setzen kann) und die Frage nach der eigenen Rolle im revolutionären Prozess. Die Antworten des Operaismus finden wir nach wie vor am interessantesten.

Auf die Frage nach dem Subjekt gab es im wesentlichen drei Antworten: die *Apologie des bürgerlichen Subjekts* des 19. Jahrhunderts (Frankfurter Schule), die *Ablehnung des Subjekts* (Strukturalismus/ Mainstream des modernen Marxismus) und das *Konzept der Klassenzusammensetzung*.

Das Konzept *Klassenzusammensetzung* kritisiert den falschen Materialismus, der aus der vorgefundenen gleichen ökonomischen Lage der Arbeiter im Ka-



Steve Wright
Storming Heaven. Class composition and struggle in Italian Autonomist Marxism.
Pluto Press 2002.

(das Kapitel *»Negris Klassenanalyse – Die Metaphysik des 'gesellschaftlichen Arbeiters'«* war schon in Wildcat-Zirkular 40/41, Dezember 1997, übersetzt.

Roberto Battaggia
Massenarbeiter und gesellschaftlicher Arbeiter – einige Bemerkungen zur neuen Klassenzusammensetzung
Wildcat-Zirkular 36/37, April 1997.

Artikel und Texte von **Alquati** und **Panzieri** findet Ihr auch auf: *www.wildcat-www.de*

pitalismus den Klassenkampf ableitet. Gleichzeitig ist es eine Kritik an einem philosophischen Klassenbegriff, der die Klasse als den reinen Antagonisten setzt, als das Subjekt, das rebelliert und sich für eine Seite entscheidet, unabhängig von den vorhandenen Produktionsbedingungen. Klassenzusammensetzung schlägt eine Brücke zwischen (revolutionärer) Subjektivität und den materiellen Bedingungen. Die Vorarbeit hatte Marx in den Thesen über Feuerbach geliefert, in denen er die menschliche Tätigkeit als etwas Materielles erkennt. Deshalb kann das Subjekt der Veränderung nicht einseitig in einem vom Menschen unabhängigen Materiellen noch in einem vom Materiellen unabhängigen Ideellen gesucht werden, sondern nur im Zusammenfallen des Veränderns der Menschen selbst, ihres Handelns und Denkens, mit dem Verändern der Umstände. (»Immanenz«!)

Die Antwort der Operaisten war fruchtbarer als die beiden anderen, weil sie direkt aus den ablaufenden Kämpfen entwickelt war: Der Klassenkampf wirkt nicht von außerhalb auf »das Kapital« ein, sondern er konstituiert das Kapitalverhältnis. Der Klassenkampf drückt sich nicht nur in einer geschichtlichen Kette von Konflikten, Kämpfen und Aufständen aus, sondern auch in der Akkumulation des Kapitals, in seiner »organischen Zusammensetzung«, wie Marx das nannte.

Militante der Autonomia Operaia während der Mai-Demonstration 1977

Auf die Frage, welche Rolle wir in diesem Prozess einnehmen können, hat der Marxismus-Leninismus eindeutige Anworten gegeben: die Organisierung in einer Kaderpartei, getrennt von der Arbeiterklasse, aber mit dem Anspruch, ihr das richtige »Klassenbewusstsein« beizubringen. Diese Grundidee erlebt bis heute immer wieder neue Blüten.

Konträr dazu steht die Position der Rätekommunisten, die jeden Gedanken an eine »besondere Rolle« von linken Aktivisten in Klassenkämpfen, an eine »Intervention von außen« ablehnen. Ihre eigene Rolle sehen sie allein darin, den Arbeitern Informationen zu Verfügung zu stellen.

Die Kritik der Schule der Klassenzusammensetzung am bürgerlichen Subjektbegriff lässt sich in der Formulierung zusammenfassen: Die einzige materielle Grundlage, von der aus man von Subjekt sprechen kann, ist die Klassenzusammensetzung. D.h. es geht um ein kollektives Subjekt, das sich unter den Bedingungen einer bestimmten Produktionsweise im Kampf gegen das Kapitalverhältnis konstituiert. Eine materialistische Analyse des Subjektes muss über die Analyse der Klassenzusammensetzung gehen. Wer die Gesellschaft revolutionär verändern will, muss sich zu ihr in Beziehung setzen.

Operaismus: von der Methode zur Theorie zur Philosophie

Der Begriff *Klassenzusammensetzung* wurde in den ersten Arbeiteruntersuchungen in Turin entwickelt. Ziel war es, mit den ArbeiterInnen zusammen die Bedingungen in der Fabrik, die Verhaltensweisen und die politische Subjektivität der ArbeiterInnen im jeweiligen historischen Moment zu erfassen. Dafür gab es anfangs noch keine Kategorien außer denen der Soziologie, die kritisiert oder umgedreht werden mussten. Im Lauf der Zeit wurde eine sehr präzise neue Begrifflichkeit entwickelt, die nicht bei der Bestandsaufnahme stehenbleibt, sondern im Moment des Kampfes dialektisch umgedreht werden kann. *Klassenzusammensetzung* wurde der zentrale Begriff, der nicht nur für die Analyse, sondern später auch in der Agitation eine wichtige Rolle spielte. So nahm er ganz unterschiedliche Bedeutungen an, je nachdem, welches Adjektiv hinzugefügt wird oder wer ihn verwendet. Es lassen sich drei Ebenen unterscheiden.

Zunächst wurde damit die soziale Klassenstruktur oder auch die »technische Zusammensetzung« der Klasse bezeichnet. Das ist keine Soziologie, sondern darin steckt die These, dass einer bestimmten »technischen« oder »organischen Zusammensetzung« des Kapitals eine bestimmte »technische Zusammensetzung der Klasse« entspricht, was z.B. Qualifikation, Herkunft und Altersstruktur betrifft. Das bezieht sich zum einen auf die Maschinerie und die Arbeitsorganisation im Betrieb – ob sie etwa eine bestimmte Qualifikation (Metallfacharbeiter) erfordert oder aber auch von Bauern bedient werden kann, je nachdem, welche Arbeiterschichten neu in die Fabrik rekrutiert werden sollen. Die *Quaderni Rossi* – die Zeitschrift um die sich das Turiner Untersuchungsprojekt gruppierte – gingen aber nicht vom Einzelbetrieb und seinem Produktionsprozess aus, sondern stellten immer den Zusammenhang zum Verwertungsprozess und zum »kapitalistischen Plan« her. Untersucht wurde die Kooperation der ArbeiterInnen in der konkreten Ar-

beit, aber der Blick erfasste auch die Reproduktion dieser Klassenzusammensetzung, die Familie, die Wohnung, die Freizeit und wie die Arbeiter sich selbst sahen – in der damaligen Sprache »in Bezug auf die Einheit von Fabrik, Gesellschaft und Staat«. Während die »technische Zusammensetzung der Klasse« genau den Ausschnitt der Klasse erfassen will, auf den das Kapital den Akkumulationsprozess zu stützen versucht, definiert die »politische Zusammensetzung der Klasse« den materiell bestimmten Charakter ihres Antagonismus: ihre Verhaltensweisen, ihre Kampfkultur. Dies ist nur ausgehend von den Kämpfen möglich.

Die zweite Bedeutung des Begriffs »Klassenzusammensetzung« oder auch »Neuzusammensetzung« meinte die Antizipation von Entwicklungen und Kämpfen, Organisierung und »politische Führung«. Aus der unerwartet starken Beteiligung der ungelernten »Massenarbeiter« an den Streikbewegungen Anfang der sechziger Jahre in Turin und ihren radikaleren Kampfformen schloss man auf einen »autonomen Willen« der Bewegung zur »Neuzusammensetzung, als Bedürfnis des politischen Willens zur Vereinheitlichung«. Der Ausdruck »Klassenzusammensetzung des Massenarbeiters« enthält die politische These, dass die Massenarbeiterkämpfe in jener Periode die politische Hegemonie über die gesamte Klasse annehmen.

Die dritte Ebene, auf die der Begriff angewendet wurde, war die politische Vereinheitlichung der Klasse, die Überwindung von Atomisierung der Arbeiter und von inneren Spaltungen: die »Neuzusammensetzung«. Diese Aufgabe wies man damals »der Partei« zu. Wer in den siebziger Jahren den Begriff »Klassenzusammensetzung« in die Diskussion warf, meinte ein Avantgarde-Konzept. Denn *Operaismo* oder »Arbeiterwissenschaft«, bedeutet zwar »von der Arbeiterseite ausgehen«, aber man meinte damit nicht die »Selbstorganisation« der Arbeiter. Träger der Arbeiterwissenschaft ist der Intellektuelle oder die Partei, auch wenn ihr nur die Aufgabe der Taktik zugewiesen wurde, während man die »Strategie« in der Klasse sah.

Negris »Klassenzusammensetzung des gesellschaftlichen Arbeiters« war die politische Antizipation einer erwarteten Entwicklung des Klassenkampfs durch bewaffnete Aktionen. Damit hatte der Operaismus seinen materiellen Bezugspunkt verlassen. Der Begriff Klassenzusammensetzung wurde wie ein Universalschlüssel verwendet, mit dem jede Situation erklärt und umgedreht werden konnte, ganz wie es der dialektische Marxismus früher praktiziert hatte.

Bei diesen Auseinandersetzungen handelte es sich nie um reine »Theorie«, sondern um eine praktisch-politisches Verhältnis zur Arbeiterklasse, um in den Klassenkampf eingreifen zu können. Über den Charakter dieses Eingreifens gab es schon in den ersten Jahren harte Auseinandersetzungen. Das Schwanken zwischen einem Konzept von Arbeiterautonomie, das auf die Selbsttätigkeit der Klasse unabhängig von Parteien und Gewerkschaften setzte, und dem Rekurs auf ein avantgardistisches Organisationskonzept (sei es als Entrismus in die KP oder als kadermässig organisierte neue Partei) kennzeichnete die Strömung von Anfang an.

Trotzdem war die Gruppe um die Zeitschrift *Quaderni Rossi* Anfang der 60er Jahre in der Lage, durch eine sehr präzise Auseinandersetzung mit der damaligen Arbeitsorganisation in der Fabrik, mit den Verhaltensweisen der ArbeiterInnen und der kapitalistischen Verwertung eine kritische Analyse auf der Höhe der Zeit zu leisten. Und sie versuchte, ihre direkten Beobachtungen über den Charakter des Arbeiterkampfs in eine politische Lektüre der Marxschen Schriften einzubringen, um so den orthodoxen Marxismus zu überwinden. Aus dieser Marx-Lektüre entstanden wichtige Analysen über den kapitalistischen Charakter der Maschinerie und die moderne Fabrik als Despotismus des Kapitals.

In vielen Diskussionsansätzen gingen diese frühen Operaisten weit über ihre Zeit hinaus, versuchten Entwicklungen vorwegzunehmen, wie die Wandlung der Fabrikstadt zur »Fabrikgesellschaft« oder die Einbeziehung des gesamten Territoriums in den kapitalistischen Verwertungszyklus. Sie analysierten die sogenannte Tertiarisierung der Produktion als umfassende Proletarisierung. Aus diesen Analysen wurden unterschiedliche Schlüsse gezogen. Während Tronti allein die Fabrik als das Kampfterrain der Arbeiterklasse bestimmte, dem sich alle anderen Kämpfe in der Gesellschaft unterzuordnen hatten, hatte Panzieri ein viel traditionelleres Verständnis einer Verbindung zwischen Arbeiterklasse und anderen gesellschaftlichen Kämpfen. Während die eher libertäre Komponente der Gruppe sich nur als »Briefträger der Arbeiter« und Unterstützer ihrer Kämpfe sah, betrieb eine

Toni Negri während der Prozesse gegen die *Autonomia Operaia organizzata* – der *Organisierten Arbeiterautonomie*

andere Komponente den Aufbau einer neuen Partei oder wollte die KPI erneuern.

Dass die Revolten in den Fabriken Italiens so heftig waren, hatte mit der besonderen Situation in Italien Mitte der sechziger Jahre zu tun: ein in der Krise steckendes Kapital, basierend auf Automobil- und Leichtindustrie, das seinen neuen Akkumulationszyklus ohne neue Investitionen in Maschinerie alleine aus der intensivierten Ausbeutung der ArbeiterInnen zustandebringen wollte; der Aufeinanderprall von Proletariern aus dem bäuerlichen Süden mit der Fabrikdisziplin, rassistischen Vorgesetzten, despotischen Unternehmern und Gewerkschaften, die sie nicht ernst nahmen. Aus all diesen Gründen nahm der Arbeiterkampf in Italien die Form einer Rebellion gegen die Fabrikarbeit an, die die alten gewerkschaftlichen Vermittlungsformen überrannte. Wer in der Arbeit keinerlei positiven Inhalt entdecken kann, sie nur als Fron erlebt, kämpft direkt gegen die Arbeit. Dieser historische »Kampf gegen die Arbeit« wird entpolitisiert, wenn wir ihn als naturgegebene Arbeitsverweigerung verstehen.

Die Partei *Potere Operaio* sah 1969 im Kampf für mehr Lohn das Zusammenfallen von ökonomischem und politischem Kampf: wenn die Arbeiter immer mehr Lohn fordern, treiben sie damit die Mehrwertproduktion in die Krise. Dem »politischen Lohn« steht keine Gegenleistung in Form von Arbeit gegenüber, er ist lediglich eine Machtfrage. Die historische Erfahrung, dass die Arbeiter 1969-1973 weiterkämpften, auch als das Kapital in der Krise war, wurde als Entkoppelung des Lohns von der Kapitalreproduktion thematisiert. Aus historischen Kampferfahrungen lassen sich aber keine allgemeingültigen Aussagen ableiten. Sie führen zu Dogmatismen und einer »Philosophie der Arbeiterklasse«.

Der Kampf zweier Mächte

Der operaistischen Krisentheorie lag ursprünglich die Untersuchung historischer Krisenzyklen zugrunde, in denen man den Zusammenhang zwischen Arbeiterkampf und Krise des Kapitalismus herstellen konnte. Sie haben die Krise seit Mitte der sechziger Jahre richtigerweise als von Arbeiterkämpfen hervorgebracht analysiert, daraus dann aber einen historischen Allgemeinplatz gemacht. Weil er alles nach diesem Schema zu erklären versuchte, erstarrte der Operaismus in den siebziger Jahren in dieser schlechten Dialektik: Angriff der Arbeiter, Gegenangriff des Kapitals, Restrukturierung und Klassenneuzusammensetzung. Diese Sichtweise des Klassenkampfs als Ping-Pong-Spiel zieht sich durch den Operaismus von Anfang der siebziger Jahre über den amerikanischen Operaismus à la *Zerowork* bis hin zum »Empire«, das vom »Gegenempire« bekämpft wird.

Bis 1973 war es einfach, die Welt nach diesem Schema zu interpretieren. Mit dem drastischen Rückgang offener Arbeiterkämpfe in den Jahren danach wurde dies immer schwieriger. Viele *Wildcat*-Editorials aus den achtziger Jahren sind Zeugnis solcher Bemühungen, aus den Reaktionen der Kapitalseite auf einen untergründigen Klassenkampf zu schließen. Um »der Klasse« weiterhin die Offensive zuzuweisen und die Angriffe des Kapitals als Reaktion darauf zu interpretieren, wurden die »untergründigen Kämpfe« und die »antagonistischen Verhaltensweisen« bemüht: die Verweigerung der Arbeit, der Absentismus, die Flucht aus der Fabrik, die Flucht in Selbständigkeit und Schwarzarbeit.

All diese Haltungen machen den Kapitalisten das Leben schwer und die Ausbeutung teuer. Aber wenn wir alles auf einer Ebene sehen, verschwimmt völlig, was der Charakter von »Kämpfen« ist. Der tägliche Kleinkrieg, die gewerkschaftliche Tarifauseinandersetzung, die beharrliche Weigerung, für weniger als einen bestimmten Lohn zu arbeiten, sind etwas anderes als das Heraustreten aus dem Alltag, der kollektive Bruch mit herrschenden Regeln.

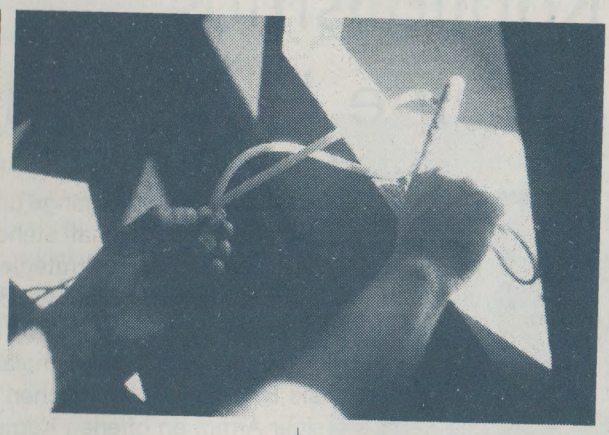
Die Sichtweise des Klassenkampfs als Kampf zweier unabhängiger Mächte, die sich völlig fremd gegenüberstehen, führt zu zwei falschen Schlussfolgerungen, die sich nur auf den ersten Augenschein diametral widersprechen. Auf der einen Seite wird das

revolutionäre Subjekt völlig außerhalb der kapitalistischen Verwertung gesucht, romantisch verklärt in seiner revolutionären Unmittelbarkeit gegenüber der maschinenförmigen Logik des Kapitals. Auf der anderen Seite leiten sich daraus Formulierungen ab wie »Patt im Klassenkampf« oder »Klassendeal«, eine Hilfskonstruktion v.a. der amerikanischen Operaisten, um sich Stagnationsphasen im Klassenkampf damit zu erklären, dass die Klasse mit dem Kapital quasi ein Geschäft abschließt, in dem sie mehr Einkommen gegen Wohlverhalten eintauscht.

Aber Kapital und Arbeit existieren nicht unabhängig voneinander in getrennten Sphären. Das Kapital wird täglich von der Arbeiterklasse produziert, es existiert nicht ohne sie. Die Produktion des Kapitals ist auch die Reproduktion der Arbeiterklasse. Die Arbeiterklasse ist Teil des Kapitals.

Die Zusammensetzung der Arbeiterklasse in Europa hat sich seit 1960 stark verändert. Durch die Wanderungsbewegungen findet eine ungeheuer beschleunigte Neuzusammensetzung statt, die von vielen internen Kämpfen gekennzeichnet ist – was auch vor 40 Jahren nicht anders war, als Westdeutschland zum »Mittelmeerland« wurde. Gleichzeitig wissen die ArbeiterInnen viel mehr über die Welt, als man sich das vor vierzig Jahren vorstellen konnte. Sie haben eine völlig andere Bildung, sind mehrsprachig, können kommunizieren, kennen andere Länder. Sie brauchen für viele Dinge keine Gewerkschaft, keine Parteiführer und keine Intellektuellen (mehr), sondern sind in der Lage, sich selbst zu organisieren.

Deshalb kann man nicht ewig und unhistorisch operaistische Thesen fortschreiben (wie z.B. die Arbeitsverweigerung der Massenarbeiter).



Arbeiteruntersuchung als Alternative zum Konzept Klassenbewusstsein

Der Operaismus ist seit mehr als 20 Jahren Geschichte, daran lässt sich nicht bruchlos anknüpfen. Die Diskussionen sind inzwischen sowohl über das (rätekommunistische) Briefträger- als auch über das (leninistische) Avantgardekonzept hinausgegangen. Aber für eine militante Untersuchung auf der Höhe der Zeit ist das Konzept »Klassenzusammensetzung« immer noch am besten geeignet. Die Klasse lässt sich nicht am Schreibtisch per Definition festlegen. Und das revolutionäre Subjekt findet sich nicht in moralischen Projektionen.

Heute gibt es wieder eine ganze Reihe von Untersuchungen, aber den meisten fehlt eine produktive Verzahnung von theoretischer Durchdringung, empirischer Erhebung und politischer Praxis, wie sie für die frühen *Quaderni Rossi* typisch war. Auf der einen Seite gibt es Untersuchungen, die vor allem die bereits existierenden eigenen Thesen untermauern sollen, wo vorher schon klar ist, was rauskommt. Oft sind solche »Selbstuntersuchungen« eher eine Identitätssuche, die Auseinandersetzung mit der eigenen Arbeitssituation, um sich dann zum Beispiel als »Cognitariat« bezeichnen zu können. Auf der anderen Seite gibt es Gruppen, die partiell recht gute Untersuchungen machen, aber eine aufgeblasene Theorie daneben stellen, wo beides sich nicht aufeinander bezieht.

Wie können wir es vielleicht besser machen?
Dazu mehr im nächsten Heft.

Wir hatten die Wildcat auch deshalb auf Eis gelegt, weil wir uns neue Begriffe erarbeiten wollten. Dazu diente u.a. das Wildcat-Zirkular, von dem zwischen 1994 und 2003 65 Nummern erschienen sind (schätzungsweise 4000 Seiten A5). Wir wollen ausprobieren, daraus hin und wieder Artikel in die Wildcat zu nehmen, um sie mehr Leuten zugänglich zu machen. Das folgende haben wir dazu auf ein Sechstel eingedampft; wer's genauer nachlesen will, kann sich den Artikel von der Website holen (in Wildcat-Zirkular Nr. 24 – Februar/März 1996).

Diesen hier haben wir ausgewählt, weil die Auseinandersetzung über Markt und Marktwirtschaft seit 1990 in vielen Debatten zentral war, weil er den Bogen von der Wildcat 64/65 zur Wildcat 66-6 schlägt und weil die Sache im Moment nach zwei Seiten wieder aktuell wird: von der »Globalisierungsbewegung« werden verstärkt wieder die Butterbrot-Fragen gestellt. Was eine gute Entwicklung sein kann, droht auf der anderen Seite aber in Prolkult und neuaufgelegten identitären Klassenbegriff zu kippen – dann hätte sich das Rad einmal gedreht, ohne einen Meter weitergekommen zu sein ...

Ist der Kapitalismus eine Marktwirtschaft?

Im Kapitalismus sieht alles wie ein Tauschgeschäft aus, oder kann so hingestellt werden.

Die Vorstellungen, dass Tauschvorgänge und deren Logik im Zentrum der kapitalistischen Gesellschaft stehen, sind heute weit verbreitet. Sie geben den aktuellen Strategien der »Privatisierung« und des »Neoliberalismus« ihre Glaubwürdigkeit – sowohl bei ihren Anhängern wie bei ihren Kritikern. Sie haben zwar wenig mit der Realität der globalen Kapitalakkumulation zu tun, sie haben aber eine soziale Basis in der alltäglichen Atomisierung, die nur die Kehrseite einer Armut an offenen Kämpfen und darin entstehenden kollektiven Beziehungen ist. Dem vereinzelten Individuum erscheinen gesellschaftliche Prozesse wie Tauschvorgänge. Dadurch rationalisiert es einerseits seine Ohnmacht, andererseits behaupten im Tausch(en) vereinzelte Subjekte ihre Unabhängigkeit und Selbständigkeit, ihre individuelle Freiheit ...

Klassendeals?

Fangen wir bei uns selbst an. Im Artikel »Bau – Boom – Basta!« in der Wildcat 64/65 wird die relativ streiklose Situation mit einem *»nationalen Deal«* zwischen Arbeiterklasse und Kapital erklärt. Im Beitrag »(Ge)schlechter Deal in Rußland« im Zirkular Nr. 20 heißt es: *»Beziehungen zwischen Männern und Frauen sahen und sehen in erster Linie wie ein Deal aus...«* Auch bei Karl Heinz Roth taucht der Sozialpakt, den das Kapital der Arbeiterklasse in der Nachkriegszeit angeboten hat, auf (»Proletarität« S. 170). Sogar in alltägliche Gespräche hält die »Marktsprache« Einzug. Und individuelle »Kosten-Nutzen-Erwägungen« bei politischer Aktivität fordern Tauschgerechtigkeit auf einem politischen Markt. Angesichts der heutigen Dominanz von Marktideologien müssen wir diese Begriffe kritisch überprüfen. Bei den »Deals« zwischen Arbeiterklasse und Kapital handelt es sich zudem um eine Spätfolge »operaistischer« Theoriebildung – im Wildcat-Umfeld also von besonderer Brisanz.

»Deal« (engl. Geschäft, Handel, Abkommen) wird im Deutschen üblicherweise dann anstelle von Wörtern wie »Tausch« oder »Handel« gebraucht, wenn ein etwas anrüchiger Tausch gekennzeichnet werden soll, z.B. ein politisches Geschäft. Anrüchig, weil Dinge getauscht werden, die eigentlich kein Tauschgegenstand sein sollten, z.B. »Liebe«. Für Linke ist es ein »Deal«, wenn sich die Arbeiterklasse ihren revolutionären Willen mit Sozialreformen »abkaufen« läßt...

Im Kapitalismus sieht alles wie ein Tauschgeschäft aus, oder kann so hingestellt werden. Dieser Eindruck wird dann auf die gesamte Geschichte zurückprojiziert und in alles mögliche hineingedichtet, z.B. in das Zusammenleben bestimmter Tiere oder Pflanzen in sogenannten symbiotischen Formen, das als »Tauschbeziehung« charakterisiert wird. Diese Art und Wei-

se, sich irgendwelche Beziehungen vorzustellen, ist enorm wichtig für den Kapitalismus, auf ihr fußt das ganze Spektrum von Gerechtigkeitsvorstellungen und Legitimationsformen dieser Gesellschaft. Die wirklichen Zusammenhänge werden in ihnen unkenntlich gemacht.

Arbeiterklasse und Kapital können sowenig unabhängig voneinander existieren wie Männer und Frauen (die so wie Arbeiter und Kapitalist nur ein besonderes historisches Produktionsverhältnis – in der Produktion von Menschen – verkörpern). Die Vorstellung, sie träten sich erst auf einem Markt gegenüber und würden dann entscheiden, ob und wie sie bestimmte Dinge oder Verhaltensweisen gegeneinander austauschen, ist offenkundig absurd.

Arbeiterklasse als bürgerliches Individuum?

Die Auffassung der Beziehung zwischen Klassen oder Geschlechtern als »Deal« soll diesen »Subjekten« wenigstens theoretisch ihre Unabhängigkeit und Selbständigkeit lassen. Wenn sich Frauen auf Männer in Form eines Deals einlassen, dann behalten sie der Form nach ihre Unabhängigkeit und Autonomie, verfolgen im Zusammenleben ihr eigenes individuelles Interesse. Das Dasein als »Frau« wird dabei aber als naturgegebener Ausgangspunkt hingenommen, was z.B. in den Debatten über *gender* um die »gesellschaftliche Konstruktion von Weiblichkeit« hinterfragt wird. Die Vorstellung von einem »Deal« zwischen den Geschlechtern wäre eine nachträgliche Legitimation der so konstruierten Wirklichkeit. Ähnlich ist es mit der Klasse und ihren »Deals«. Die Arbeiterklasse bleibt im »Deal« ein autonomes Subjekt, bestimmt selber, was sie mit dem Kapital zu welchem Preis austauscht.

Klassenbeziehungen als »Deal« zu fassen, kommt aus einer unhistorischen Übernahme operaistischer Theorieansätze, kombiniert mit einem verdinglichten Begriff von Arbeiterklasse, wie er sich historisch als »Arbeiterbewegung« herausgebildet hat. Angesichts der Tatsache, dass der Operaismus als explizite Kritik an dieser Arbeiterbewegung entstand, schlägt seine politische Absicht ins Gegenteil um.

Im Operaismus war der Begriff »Arbeiterautonomie« als Ausdruck des Antagonismus in einer konkreten historischen Situation eingeführt worden. Später ist daraus ein überhistorischer Schlüssel zur Erklärung der gesamten Geschichte gemacht worden, was dazu führte, dass mit ihm auch die nicht-antagonistischen Seiten der Klassenbeziehungen interpretiert werden sollten. »Autonomie« bekam damit eine ganz andere Bedeutung, nicht mehr die antagonistische Autonomie, sondern die Autonomie im Tauschvorgang, was eine reformistische oder gewerkschaftliche Vorstellung ist.

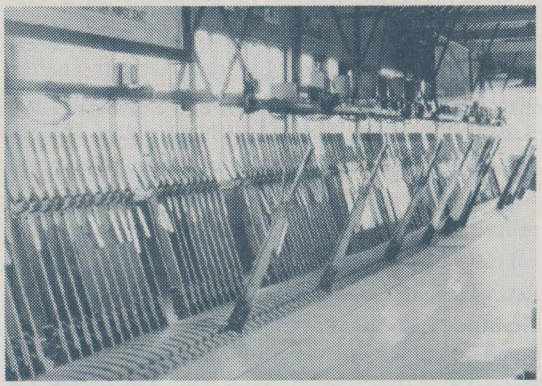
Mit dem »Deal« kommen die mystischen Kräfteverhältnisse in Spiel, die in der traditionellen Geschichtsschreibung der Arbeiterbewegung gepflegt werden und den Klassenkampf als Ringkampf zwischen zwei Individuen ausmalen. »Deals« können nur zwischen Subjekten geschlossen werden. Und hier kommen unvermeidlich die Gewerkschaften ins Spiel, denn sie sind ein solches juristisch anerkanntes Subjekt, das mit anderen Subjekten Verträge abschließen kann (»Tarifautonomie«!). Sprechen wir von einem »Deal« zwischen Arbeiterklasse und Kapital, so ergibt sich zwangsläufig der Eindruck, Gewerkschaften und Unternehmerverbände seien die Verkörperung von Arbeiterklasse und Kapital als historischen Subjekten. Das verbaut den Weg zu einer grundlegenden Kritik von Gewerkschaft – stattdessen wird sich moralisch empört über den »Verrat an der Basis«, »Bürokratisierung«, »Kollaboration mit dem Kapital« usw.. Das gibt außerdem all denen Recht, die unter Berufung auf die verdrehte Erscheinungsform des Klassenkonflikts als Konkurrenz verschiedener Einkommensquellen ein revolutionäres Anknüpfen am Klassenkampf für absurd erklären.

Sprechen wir von einem »Deal« zwischen Arbeiterklasse und Kapital, so ergibt sich zwangsläufig der Eindruck, Gewerkschaften und Unternehmerverbände seien die Verkörperung von Arbeiterklasse und Kapital als historischen Subjekten. Das verbaut den Weg zu einer grundlegenden Kritik von Gewerkschaft

Erst eine dynamische historische Analyse ermöglicht auch die Untersuchung dessen, was wir Arbeiterklasse nennen, statt sie nur dogmatisch zu behaupten. Als Ding oder fixes Subjekt, das dies oder jenes tut, mal kämpft, mal Deals abschließt usw., ist sie nicht zu fassen. Arbeiterklasse ist die andere Seite, der innere Widerspruch der Dynamik, die Kapital genannt wird. In Ableitungszusammenhängen zwischen Kategorien oder als statisches soziologisches Subjekt existiert sie wirklich nicht.

Die Betrachtung der Märkte kann auch die Dynamik des Kapitalismus und seine historische Entwicklung nicht verstehen. Sie geht am entscheidenden Punkt vorbei: die kapitalistische Dynamik innerhalb der Mehrwertproduktion schafft völlig neue Dinge und neue Produktionsverfahren, und revolutioniert von dort aus die Organisation der Produktion und der gesellschaftlichen Beziehungen. In welchem Maße und wie

für die Vermittlung dieser Beziehungen Märkte und Tauschvorgänge eine Rolle spielen, wird durch die Organisation der Mehrwertproduktion bestimmt – wobei Organisation alles einschließt, vom Kommando des Kapitals innerhalb der Produktion bis zur Ausübung seiner gesellschaftlichen Macht als Staat und Nationalstaat.



Die Fabrik und Maschinerie als ein Produktionsmittel, das nur noch kollektiv bedient werden kann, dem die ArbeiterInnen aber als atomisierte einzelne Warenverkäufer gegenüberstehen.

Aufgrund der Übermacht der Marktideologie und des Geredes vom »Neoliberalismus« geht es in der heutigen Zeit vorrangig darum, den »Mythos der Marktwirtschaft« anzugreifen. In den 60er und 70er Jahren des 20. Jahrhunderts stand die Linke vor dem umgekehrten Problem. Der Kapitalismus bediente sich mehr und mehr wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Planungsinstrumente und verkündete dies auch offen. In den traditionellen Sozialismusvorstellungen war Planung (= links) immer der Gegensatz zum Markt (= rechts) gewesen. Nun schien der Kapitalismus selber die Entwicklung zu planen – zur Absicherung der Ausbeutung! Für die Linke war das ein dramatisches Dilemma, hatte sie doch den Kapitalismus wegen seiner Anarchie auf dem Markt, des blinden Wirkens der ökonomischen Naturgesetze in der Konkurrenz und deren krisenhaften Folgen kritisiert.

Dieses Dilemma, das die Radikalen deprimierte und den kommunistischen Parteien einen theoretisch glaubwürdigen Übergang zur reformistischen Beteiligung an den Staatsgeschäften erlaubte, war ein wichtiger Ausgangspunkt für die operaistische Kritik Anfang der 60er Jahre. Panzieri und seine Genossen stellen die Neutralität und Rationalität von kapitalistischer Maschinerie, Organisation und Planung in Frage, lenken den Blick weg von der Anarchie des Marktes auf den geplanten und organisierten Prozeß der Abpressung von lebendiger Arbeit in der Fabrik als dem eigentlichen Skandal und der wesentlichen Irrationalität des Kapitalismus. Die Ausweitung der Planung auf die gesamte Gesellschaft steht dann nicht im Gegensatz zur kapitalistischen Marktgesellschaft, sondern ist eine Weiterentwicklung der historischen Tendenz des Kapitalismus, die auch Marx schon in der Herausbildung des Kreditwesens und des Aktienkapitals erkannt habe. Indem der »Marxismus« dies nicht sieht, sondern Planung mit Sozialismus gleichsetzt, wird er zum »apologetischen Denken« (Panzieri). Diese Kritik am traditionellen Marxismus und seiner Konzentration auf die Anarchie der Märkte ist von strategischer Bedeutung für die »operaistische Wende«. Die Verhältnisse im unmittelbaren Produktionsprozeß kommen in den Blick und werden zum zentralen Ansatzpunkt der politischen Initiative: »Im Fabriksystem besteht der anarchische Aspekt der kapitalistischen Produktion einzig in der Insubordination der Arbeiterklasse, in ihrer Ablehnung der ›despotischen Rationalität‹.« (Panzieri)

Gegen den Parteimarxismus führt Panzieri Marx ins Feld und zeigt, dass es bei ihm kein geschlossenes Schema von Marktanarchie contra geplante Produktion gibt. Aber er ist souverän genug, auf die Zweideutigkeit bei Marx hinzuweisen. Einerseits betone er den despotischen und zutiefst kapitalistischen Charakter der Planung, andererseits ergebe sich aus der »Betonung des Aspektes der gesellschaftlichen Anarchie als charakteristisches Merkmal des Gesamtprozesses der kapitalistischen Produktion« doch wieder die Perspektive, »den Plan als solchen als grundlegenden Wert des Sozialismus zu übernehmen«. Aufgrund dieser Zweideutigkeit lasse sich die »Perspektive des Sozialismus« nicht in klarer Weise aus Marx herauslesen.

Allerdings bleibt Panzieri bei der irreführenden historischen Einordnung des von Marx analysierten Kapitalismus als »Epoche der Konkurrenz« und gewisses »Stadium« in der Entwicklung. Die Vorstellung einer Epoche des Konkurrenzkapitalismus läßt sich historisch nicht halten, womit sich auch die theoretischen Probleme in einem neuen Licht zeigen. Polanyi hat gezeigt, dass es in der Geschichte keine den Märkten selber innewohnende Tendenz gibt, sich auszuweiten, dass die Ausweitung von Märkten nur durch gezielte und gewaltsame Eingriffe zustandekam. Auch der »reife« Kapitalismus, den Marx vor Augen hatte, der englische Liberalismus, war keine »Marktwirtschaft«. Sein Setzen auf die »freie Konkurrenz« ergab sich aus der besonderen historischen Stellung des britischen Empire und der innerenglischen Struktur der Produktion.

Märkte setzen immer schon die Existenz und regelnde Gewalt von Staaten voraus. Der Weltmarkt ist keine selbständige Kraft, die sich über den Nationalstaaten erhebt und ihnen etwas Fremdes aufzwingt, wie es in der aktuellen Debatte um »Globalisierung« dargestellt wird.

Märkte und Monopole – die politische Ambivalenz des Marktes

Die Bestimmung des Kapitalismus als »Marktgesellschaft« erfolgte nicht nur in Abgrenzung zum Sozialismus, sondern auch als Unterscheidungsmerkmal zum Feudalismus. Immanuel Wallerstein stützt sich auf hi-

storische Befunde von Fernand Braudel, um auch diese Debatte »auf den Kopf« zu stellen. Braudel stellte dem Markt als der Sphäre kleiner Gewinne, der auf eigener Arbeit beruhenden Einkünfte, den Gegen-Markt, die Sphäre des Fernhandels, der Monopole, des gewaltsam erzwungenen Tauschs entgegen und bezeichnete letzteren als »Kapitalismus«. Dort gibt es die großen Gewinne, Konzentration und Akkumulation, dort liegt der Ursprung der kapitalistischen Unternehmen. Das Spiel von Angebot und Nachfrage hat dort keine Rolle, entscheidend sind Monopolstellungen und der Einsatz staatlicher und militärischer Macht zur Durchsetzung der eigenen Position. In Wallersteins Analyse des »kapitalistischen Weltsystems« spielt die gewaltsame Durchsetzung des »ungleichen Tauschs« eine zentrale Rolle. Das besondere im Kapitalismus sei, dass er diesen Vorgang hinter der scheinbaren Trennung zwischen einer ökonomischen und politischen Arena verstecken kann. Die Aufforderung Braudels und Wallersteins (und erst recht Polanyis), nicht pauschal von Märkten zu reden, sondern genauer zu untersuchen, um welche konkreten Strukturen es sich handelt, ist wichtig. Auf den verschiedenen Märkten herrschen unterschiedliche Gesetze, unterschiedliche Einflüsse von Monopolen oder staatlicher Macht.

Theoretisch ist es hilfreich, sich in der Art von Braudel die Unsinnigkeit der liberalistischen Selbstdarstellung des Kapitalismus klarzumachen. Denn schon die scheinbar banalste, als gegeben hingenommene Voraussetzung der kapitalistischen Produktionsweise, die Trennung der Produzenten von ihren Produktionsmitteln, ist ein gigantisches Monopol; zunächst gewaltsam durch Einhegungen, Sklaverei usw. geschaffen, dann in einer realen stofflichen Gestalt des Produktionsapparates und damit lautloser befestigt: die Fabrik und Maschinerie als ein Produktionsmittel, das nur noch kollektiv bedient werden kann, dem die ArbeiterInnen aber als atomisierte einzelne Warenverkäufer gegenüberstehen. Diese Atomisierung wird aufrechterhalten durch die Organisation der Produktion, die sich an der fixen Gestalt der Maschinerie, der Abtrennung des Wissens, der verfeinerten Formen des kapitalistischen Kommandos festmacht, und ebenso durch die Organisation der übrigen Lebensumstände in Wohnungsbau, Städteplanung, Gesundheitswesen, Schulen und die Verrechtlichung aller Beziehungen...

Systemkritische Ansätze, die hier und heute eine Übergangsperspektive entwerfen wollen oder nach Befreiungsmöglichkeiten suchen, kommen immer wieder auf die **Ambivalenz des Tauschs** zurück – einerseits Bestätigung individueller Autonomie, andererseits die mächtigste Legitimation für Ausbeutung und Herrschaft. In der Debatte um »Lohn für Hausarbeit« kritisierte die antikapitalistische Fraktion, dass Lohnabhängigkeit keine befreiende Perspektive sei. Als Möglichkeit des Ausbrechens aus der persönlichen Abhängigkeit des Hausarbeitsverhältnisses war es für die einzelne Frau aber eine praktisch erfahrene Befreiung, ihre Arbeitskraft selber als Ware verkaufen zu können ...

Für Marx ist der Tausch, so wie er existiert, die Basis der Vorstellungen von Freiheit und Gleichheit, sie sind nur ideelle Widerspiegelungen der bürgerlichen Gesellschaft. Es könne daher nicht darum gehen, die schlechte gesellschaftliche Realität mit ihrer eigenen idealisierten Selbstauffassung zu konfrontieren, sondern um die Überwindung dieser Gesellschaft samt ihren idealisierten Ausdrücken.

Solange das Individuum von der Arbeit abhängig bleibt, solange bleiben Privateigentum und Tausch die einzig mögliche Freiheit in den Beziehungen zwischen den Individuen. Wenn wir Freiheit und materielle Gleichheit zusammenzuführen versuchen, landen wir wieder bei der Abschaffung der Arbeit. Aber es kommt nicht von ungefähr, dass diese Frage in den ansonsten äußerst kritischen politischen Vorschlägen von Wallerstein oder auch von Karl Heinz Roth ausgeklammert bleibt. Wir müssen uns über die Gründe dafür klar werden, statt nur dogmatisch an der »Abschaffung der Arbeit« festzuhalten. Die erste Erschütterung lag im Operaismus selbst. Indem Panzieri betont, dass es bei Marx nicht bloß um die kapitalistische Anwendung von Maschinerie, Technologie und Wissenschaft geht, sondern dass die stoffliche Gestalt der Technologie durch und durch kapitalistisch, die gesamte Rationalität selbst despotisch ist, zerstört er auch jedes naive Hoffen auf die vorhandenen Produktivkräfte als Basis für eine arbeitsfreie Gesellschaft. Durch die sogenannte »Ökologiefrage« gerieten die »Produktivkräfte« erst recht in Verruf.

Es gibt keine einfachen Antworten auf das Problem, aber wir können uns nicht darum herumdrücken, weil sonst alles Gerede von Revolution und Abschaffung der Arbeit frommer Wunsch bleibt, womit die Tendenz einhergeht, den Kampf gegen die Arbeit als anthropologische Naturkonstante »Faulheit« zu verstehen.

Proto-faschistische Elitetheorie?

Detlef Hartmanns Kritik an *Empire* von Hardt/Negri

Detlef Hartmann hat eine vernichtende Kritik am zum *Kommunistischen Manifest des 21. Jahrhunderts* stilisierten *Empire* geschrieben. Er findet in dem Buch nicht bloß falsche Argumente und entscheidende Fehleinschätzungen, er sieht es insgesamt als Spiegel des Verfalls linken Denkens, als Herrschaftsprojekt. Deshalb will er nicht kritisieren; entweder man bekämpfe die Macht oder man sei auf ihrer Seite – wie Hardt und Negri. Diese Standpunktlogik reichert er mit antifaschistischem Alarmismus an, wie man ihn bislang nur aus der antideutschen Szene kennt, die ähnlich wie Hartmann *Empire* als faschistisches Buch denunziert.

Detlef Hartmann
Empire – Linkes Ticket für die Reise nach Rechts
Assoziation A,
Januar 2003
ISBN: 93593615X
194 Seiten, 12,- Euro

Empire ist ein produktivistisches Buch, ein un-kritisches Buch, es präsentiert eine optimistische Geschichtsphilosophie, aber es ist kein faschistisches Buch. So lehnen Hardt/Negri zum Beispiel den ausschließenden Volks-Begriff ab, dem sie ihren Begriff der Multitudo entgegenhalten, auch die Begeisterung für die Deleuze'sche »Deterritorialisierung« hat nichts mit faschistischen Ordnungsvorstellungen zu tun, sondern ist eher der Sound fortschrittsoptimistischer Manager-Abendlektüre. Woher also der antifaschistische Alarmismus? Hardt/Negri beziehen sich auf den Carl Schmittschen Souveränitäts/Staats-Gedanken, um sich die heutige Ordnung (die Politik des *Empire*) zu erklären. Allein das Zitieren eines Nazi-Staatstheoretikers – selbst in kritischer Absicht – ist für Detlef Hartmann schon ein Skandal.

Mit der gleichen Vehemenz drischt er auf den Nietzsche-Bezug in *Empire* ein. Dies erinnert an Debatten in den 70er und 80er Jahren, als Dissidenten des Stalinismus wie Foucault oder Deleuze bislang verfemte Denker wie Nietzsche benutzten, um sich aus den Schlingen eines teleologischen Marxismus oder einer hohlen Totalitätskategorie zu befreien. Genau das wiederholen Negri/Hardt. Sie benutzen Metaphern von Nietzsche, um ihren positiven Bezugspunkt einer revolutionären Multitudo zu beschreiben. Demnach hätte die Multitudo die Handlungsmacht, nicht nur Werte zu zerstören, sondern auch neue Werte zu schaffen.

Die beiden Autoren beziehen sich hier auf den nietzscheanischen »Willen zur Macht«, den sie ihrem Projekt dienlich machen wollen. Der Anti-Sozialist Nietzsche hatte nicht nur den Rechten und den Faschisten wichtige Begrifflichkeiten geliehen (hauptsächlich die Vorstellung eines »Übermenschen« und der »Wille zur Macht«), auch Linke benutzten Nietzsche: für Adorno und Horkheimer betrieb Nietzsche zynische Ideologiekritik, weil er den schönen Schein der bürgerlichen Gesellschaft mit der hässlichen Realität konfrontierte, die er als Ideal setzte. In Frankreich entstand ein Linksnietzscheanismus, der sich nur vor dem Hintergrund der marxorthodoxen Hegelei und der stalinistischen KP-Politik erklären lässt. Nietzsche diente dazu, einem arbeitsontologisch gedachten Herr-Knecht-Verhältnis zu entkommen, in dem der Arbeiter-Knecht sich nur über die Arbeit selbstverwirklichen könne.

In den 70er und 80er Jahren sind stalinistische Marxisten und liberale Bürger, wie Habermas, mit Foucault genauso umgesprungen, wie heutzutage Detlef Hartmann mit Negri/Hardt: wer Nietzsche benutzt, wird als Proto-Faschist und Irrationalist gebrandmarkt.

Der Faschismus-Alarmismus Detlef Hartmanns passt nicht zu seiner Foucault-Verehrung. Er sieht in ihm einen Denker der sozialen Revolten um/nach 68, der Anti-Psychatrie- und Antiknast-Kämpfe, und will ihn Hardt und Negri entreißen. Er deckt dazu – vollkommen zu recht – die Verdrehungen auf, die Negri/Hardt mit Foucaults Begriffen bewerkstelligen. So bekommt der Biomacht/Biopolitik-Begriff in *Empire* eine positive Wendung und wird nicht mehr als die Verfügung des Staates über die Körper und ihre Produktivität dargestellt, sondern als kommunistisches Vermögen. Ohne es ausdrücklich auszuweisen, stellen die Autoren von *Empire* Foucault von den Füssen auf den Kopf, weil sie Biopolitik als prozessierenden Widerspruch, als »Bewegung zum Kommunismus« fassen wollen. Hartmann weist nach, dass Foucault hier verdreht wurde und skandalisiert das. Aber man hat den Eindruck, dass er gar nicht versteht, was Negri/Hardt damit bewerkstelligen wollten. Auch der Frage, ob sich Foucault selbst in einer Machtontologie verstrickte, will Detlef Hartmann nicht nachgehen, obwohl sein eigener Machtbegriff dem von Foucault eklatant widerspricht. Wenn sich Detlef Hartmann Foucault zu eigen machen will, dann müsste er von seinem Bild der klar geschiedenen Kontrahenten abrücken, wo die Eliten und das Kapital auf der einen und die Unterdrückten auf der anderen Seite stehen. Bei Foucault dagegen gibt es nicht das reine Subjekt, das von Macht unbeleckt ist, auch nicht die Figur des militanten Theoretikers, der die »sozialrevolutionäre Moral« hochhalten könne.

Wichtiger als die Skandalisierung der Foucault-Verdrehung wäre eine Diskussion um Foucaults und Hardt/Negris Verständnis von Kapitalismus als gesellschaftlichem Verhältnis. Antonio Negri selbst hatte 1978 in der italienischen Zeitschrift *aut-aut* Foucault eine Nichtbeachtung der Produktionsebene und die Fixierung auf die Zirkulation von Wissen und Macht attestiert. Tatsächlich hat Foucault darauf bestanden, dass die Analyse der Macht eine »nicht-ökonomische Analyse« sein muss. Seine Beschreibung des Kapitalismus als Disziplinargesellschaft, die geprägt ist vom »Kerker-Kontinuum«, erweist sich als eindimensional.

Interessant sind die lebensphilosophischen Einsprengsel, die sowohl Foucault als auch Negri, aber auch Hartmann in ihre Theorien des Antagonismus einstreuen. Foucault behauptete, dass das Kapital das Leben in Arbeitskraft synthetisieren muss, was Zwang impliziert, und hält gegen Marx, den er nur als Arbeitsontologen wahrnehmen kann, nicht die Arbeit, sondern »Lust, Unstetigkeit, Fest, Ruhe, Bedürfnisse, Zufälle, Begierden, Gewalttätigkeiten, Räubereien« – eben das Leben. Negri benutzt ebenso Lebensphilosophen wie Bergson oder Nietzsche, um seinen ontologischen Antagonismus philosophisch auszuweisen. Detlef Hartmann hat eine Bibel der autonomen Lebensphilosophie verfasst: *Leben als Sabotage*, in der das Leben gegen das Kapital, das mit formaler Logik gleichgesetzt wurde, in Anschlag gebracht wird. Auffallend ist die Nähe der Theorien und die gleichzeitige vernichtende Kritik, die Hartmann über Negri/Hardt ausschüttet.

Wenn Detlef Hartmann Marx vor Negri und Hardt retten will, bewegt er sich auf dünnem Eis. Hartmann führt Marx als Kritiker der Produktivkräfte und der Maschinerie an und versucht diesen Marx gegen den fortschrittsoptimistischen fröhlichen »Marxismus« von Hardt/Negri, die sich auf die Entwicklung der Produktivkräfte stützen, zu wenden.

Doch gerade im wichtigen *Maschinenfragment* der *Grundrisse* zeigt sich Marx durchaus fortschrittsoptimistisch, unterscheidet in seinem Blick auf das Fortschreiten der Produktivkräfte zwischen Stoff und Form und sieht in der größer werdenden frei-verfügbaren Zeit und der Entwicklung eines »General Intellect« die Voraussetzungen für eine kommunistische Gesellschaft.

Empire scheitert am Versuch, die Phase der reellen Subsumtion tatsächlich zu beschreiben, eine Untersuchung der Arbeitsverhältnisse im jetzigen Kapitalismus findet nicht statt. Auch den schreienden Widerspruch eines gigantischen Reichtums und technischen Fortschritts, der jedoch in den Formen der falschen Ordnung zu Armut, Hunger und Ausbeutung wird, können Hardt/Negri aufgrund ihrer anti-dialektischen Betrachtungsweise nicht erfassen. Detlef Hartmann teilt das anti-dialektische Denken mit Negri/Hardt – er scheint nur Angriff von oben, Gegenmacht von unten zu kennen. Eine Beschreibung der Situation von ArbeiterInnen im Kampf gegen die Arbeit trotz Zwang zur Arbeit wie bei Dauvé und Nesic (vgl.: Beilage Wildcat-Zirkular Nr. 65, *Lieben die ArbeiterInnen die Arbeit?*) ist nicht seine Sache, es ist immer die reine Unruhe des Widerstands (mit Schwarz-Weiss-Gegenüberstellungen: formale Logik gegen Leben, Eliten gegen Arbeiter-Bäuerinnen)

Leben als Sabotage – Hartmanns Schrift, einst die »Autonomenbibel«, argumentiert auf ganz ähnliche Weise lebensphilosophisch wie Negri/Hardt in Empire. Auffallend ist die Nähe der Theorien und die gleichzeitige vernichtende Kritik, die Hartmann über Negri/Hardt ausschüttet.

Dabei nimmt er sich auch nicht die Zeit, den Werdegang von Negri zu untersuchen: dieser hat auch als Vertreter des reinen Kampfes angefangen. Es gebe keine Vermittlung mehr, bloß Kampf: »Zwischen der produktiven Arbeiterklasse und dem toten Kapital existiert keine dialektische Dynamik mehr...« Deswegen propagierte Negri zeitgleich mit der Entdeckung des gesellschaftlichen Arbeiters den Angriff auf den Staat und das Ende des Wertgesetzes. Die affirmative Wendung Negris kommt am ehesten in dem Begriff der *autovalorizzazione* (Selbstverwertung) zum Tragen. Niemand wusste damals, was das sein sollte, und Negri hat sehr schnell auch die Westberliner Alternativprojekte, die selbstbestimmten Kooperativen, die »alternativen Bedürfnisse« usw. dazu gezählt, bis er dann auch die Entwicklung der Grünen in Deutschland gelobt hat. Die reine Negation (bewaffneter Kampf) war in merkwürdiger Weise immer begleitet von der Suche nach dem absolut Positiven, nach einer ontologischen Fundierung des Positiven, was er mit Spinoza in der Produktivität der Multitudo erblickt haben wollte.

Unversöhnliche Gegensätze unter sich. Empire (links) und Multitude (rechts).

Nach dem Knast und zu seiner Zeit im Pariser Exil kam Negri mit dem Poststrukturalismus in Kontakt, hier liegen die Wurzeln seiner letzten affirmativen Wende. Er baute seinen unverbindlichen Stil aus, der alles patchworkartig benutzt. Negri wusste immer alles zu benutzen: auch Althusser, mit dem er eine Art »sublimierten Leninismus« vertrat: der Prophet erschafft spinozistisch das Volk, nicht mehr der Kader die Arbeiterklasse – im Kern ist es das gleiche.

Negri hat unkritisch die Bewegungsformen eines Teils der Klasse nach dem Zerschlagen der Kämpfe bei FIAT – also nach dem Ende des Kampfs der Massenarbeiter – nachgezeichnet (neue Selbständigkeit, gesellschaftliche zersplitterte Fabrik), hat seinen Horizont auf die am weitesten entwickelten Arbeiter-Figuren eingeschränkt und vertritt nun einen Produktionsintelligenz-Kommunismus, der natürlich voller Ausschlüsse ist (»die Armen« kommen nur paternalistisch als Objekt einer Art Befreiungstheologie vor).

Leider findet man das alles in Hartmanns Kritik nicht. Statt entlarven und skandalisieren zu wollen, wäre ein solches Nachzeichnen der (eigenen) Entwicklung der operaistischen Linken fruchtbarer gewesen. Hier wäre dann vielleicht auch die überfällige Überprüfung des »sozialrevolutionären« Paradigmas notwendig geworden, das Detlef Hartmann in den post-operaistischen Zeitschriften-Projekten *Autonomie-NF* und *Materialien für einen neuen Antiimperialismus* vertrat und vertritt. Beschränkt sich Negri auf die fortgeschrittensten Segmente der Klasse (die er dann auch nicht mehr so nennen mag, und damit gleitet er tatsächlich in Elitetheorie ab), folgt Detlef Hartmann nach wie vor einem Denken, das seine Begriffe in der Beschäftigung mit dem Sozialhistoriker E.P.Thompson geschärft hat, in dessen Konzept einer *moral economy* der Unterklassen. Thompson dient heutzutage einer kulturalistischen und entschärften Fassung des Klassenbegriffs. Dies kommt zum Beispiel in der jüngsten Debatte zwischen Nancy Fraser und Axel Honneth zum Ausdruck, wo eine verdünnte Hegelianische Anerkennungskategorie auf die Kämpfe einer um Würde und *moral economy* streitende »Klasse« bezogen werden, um auf eine Verrechtlichung hinauszulaufen. Die sozialrevolutionäre *Autonomie-* und *Materialien*-Redaktion wollte die *moral economy* dagegen als »Nicht-Wert« außerhalb des Kapitals ansiedeln: außerhalb der reellen Subsumtion, außerhalb der »Produktivkraftentwicklung«. Oftmals wurde dadurch die »metropolitane Arbeiterklasse« als korrumpiert abgehakt. Damit schneidet man aber andere Klassensegmente ab, die durchaus vom »Fortschritt« des Kapitalismus profitieren wollen, ihn einklagen und herausfordern – nicht so sehr in den alten Metropolen, sondern gerade in den neu entstehenden, wie in Asien. Die damalige Begeisterung der *Autonomie*-Redaktion für die klerikale, antimoderne Revolution im Iran von 1979 und die damit einhergehenden Irrtümer hätten hier endlich Lernprozesse auslösen müssen. *H.*

Die Subversion des Maulwurfs

Zum Tod von Johannes Agnoli

Johannes Agnoli ist am 4.Mai in seinem italienischen Domizil in San Quirico di Moriano (in der Nähe von Pisa) gestorben. Der Philosoph und Politologe zählte mit seinen zahlreichen Veröffentlichungen zu den wichtigsten Stichwortgebern der Revolte von 68. Er verteidigte diese Revolte gegen alle Renegaten, er weigerte sich trotz harter Kritik am bewaffneten Kampf, die Rote Armee Fraktion oder die Roten Brigaden aus der revolutionären Bewegung auszutreiben, wie es außer seinem Genossen Peter Brückner sämtliche etablierten Linken taten.

Seine Schrift *Die Transformation der Demokratie* von 1967 half der westdeutschen Studentenbewegung theoretisch eine Staatskritik zu formulieren, die von ihnen selbst, den revoltierenden Jungarbeitern und weiteren Teilen der Arbeiterklasse um '68 global praktiziert wurde. 'Bibel der APO' nannten einige diese Schrift. Wahlen, Parteien, Staatsmacht – diese fetischisierten Kategorien wurden von Agnoli gekonnt auseinandergenommen. Er stellte in einer Situation, in der die Linke noch weitgehend auf Parlamentarismus setzte, heraus, *»dass selbst das Wohlergehen der Bürger, das Gemeinwohl, nicht Zweck ist, sondern Mittel: zum Behufe der Reproduktion der Produktionsweise, der Herrschaftsstrukturen und der Verteilungsmodalitäten und – quantitäten. (...) Gemeinwohl, Sozialstaat und paritätische Verhältnisse hören auf, wenn ihre Kosten die Akkumulationsrate gefährden. Da reißt der Geduldsfaden des Kapitals.«*

Versuchte Marx die Fetischformen des Geldes auseinander zu nehmen, um das Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnis, das sich im Geld ausdrückt und von ihm verschleiert wird, zu beschreiben, so formulierte Agnoli eine Kritik des Stimmzettels, hinter dem die Enteignung der Proletarier steht, Ausdruck davon, dass der Wähler wie der Kunde zum Objekt der herrschenden Ordnung gemacht wird.

Nicht einen bestimmten Staat oder eine bestimmte staatliche Praxis fand Agnoli besonders verdammenswert, ihm ging es um die Kritik der Form »Staat«. Er zog zu Felde gegen das in traditionslinken Kreisen beliebte Ausspielen von Verfassungsnorm und Verfassungswirklichkeit. Von der Gegenüberstellung von gutem und schlechtem Gebrauch der Politik hielt er nichts. Politik und Staat selbst sind Organe der Trennung der Menschen und der Aufrechterhaltung der kapitalistischen Gesellschaft.

Agnoli kannte das negative Potential, die Kräfte, die dieser Gesellschaft feindlich gegenüber stehen, darin unterschied er sich von den Denkern der Kritischen Theorie: als Pendler zwischen Italien und Deutschland wusste er von den wilden Streiks und der Arbeiterautonomie zu berichten. Er schrieb in den Organen der italienischen proletarischen Linken und hielt Verbindung zum Operaismus. Im Gegensatz zu vielen Theoretikern des Operaismus machte er jedoch aus der Arbeiterautonomie keine Ontologie oder verbindliche Wissenschaft. Die Autonomie im Arbeiterkampf stellte für Agnoli nur in Italien ein historisches Faktum dar, von dem Import des Operaismus nach Deutschland hielt er nicht viel: dieser Import war eine Sache der Intellektuellen, keine Arbeitersache. Der Bezug auf die Arbeiterklasse wurde bei Agnoli in den letzten Jahren immer schwächer, in seinem 1980 veröffentlichten Gespräch »Offener Marxismus« mit dem Trotzkisten Ernest Mandel erklärte Agnoli noch, dass in jedem Abschied vom Proletariat eine massenfeindliche bürgerliche Haltung transportiert wird. In seinen letzten Gesprächen und Interviews erklärte er jedoch, dass die europäische Arbeiterbewegung nicht das negative Potential sei ('War sie es denn je?' hätte man ihn fragen sollen, denn Arbeiterautonomie und Arbeiterbewegung verhalten sich ohnehin wie Feuer und Wasser).

Sein Blick richtete sich auf neuere Bewegungen. Die Autonomen? *»Sie sind ein Paradox: sie machen alles falsch, aber es sind die richtigen«*, meinte Agnoli mit ironischem Blick auf die Westberliner Hausbesetzerszene. Vielleicht ist es aber genau andersherum... In der Antiglobalisierungsbewegung sah er zuletzt eine Kraft, die etwas richtiges erfassen würde: die neue globale, das nationale Territorium verlassene Herrschaft des Kapitals, doch ihr Staatsfetisch war ihm ein Dorn im Auge. Auch die Beweggründe der Friedensbewegung verstand er, was ihre Kritik der Kriege, Waffen und Waffensysteme anbelangt. Aber der abstrakte Pazifismus, der eine gewalttätige Gesellschaft ihr Geschäft betreiben lässt, empörte ihn.

Agnoli kannte den Unterschied zwischen Kritik und Denunziation. Nicht alle, die von sich behaupten, in ihm einen Lehrer gefunden zu haben, kennen diesen Unterschied. Agnolis gesammelte Schriften erscheinen im Freiburger *ça ira*-Verlag, in dem Schriften zur Marxschen Kritik der politischen Ökonomie, des Rätekommunismus und antideutsche Propaganda gleichermaßen verlegt werden. Sein Verleger legte ihm auf der Berliner Gedenkveranstaltung den Begriff der „bewusstlosen Arbeitskraft" als Bezeichnung für Arbeiterinnen und Arbeiter in den Mund. So soll Agnoli in die Ahnenreihe antideutscher Ikonen gehievt werden. Tote können sich nicht wehren. Vielleicht kann sich *ça ira* trotz aller politischer Instrumentalisierung zumindest dazu durchringen, die bei *Wagenbach* 1975 veröffentlichten Diskussionen Agnolis mit FIAT-Arbeitern neu herauszugeben, auch wenn sie nicht ins bourgeoise Bild von der 'bewusstlosen Arbeitskraft' passen.

Die letzten Jahre beschäftige sich Johannes Agnoli hauptsächlich mit dem Problem der großen Masse von scheinbar oder tatsächlich aus der Produktion herausgefallenen Menschen.

Er sah dabei eine im Sinne des Kapitals *»überflüssige Bevölkerung«* als dauerhafte, nicht als zyklische Erscheinung entstehen, wie Marx es in seinen Vorstellungen von einer industriellen Reservearmee transportiert hätte. Der antiautoritäre Theoretiker rief die Linke dazu auf, auf diesen Sachverhalt zu reflektieren.

Johannes Agnoli wirkte selten pessimistisch, die Aufgabe für dürftige Zeiten fasste er kurz zusammen: Überwintern, mit Geduld und Ironie. Mit Marx sprach er von der subversiven Wühlarbeit, die der kommunistische Maulwurf zu leisten habe, er brauche dafür keine Illusionen, aber eine konkret Utopie. Denn: *»Dass der Kommunismus passé sein soll, dass die Gesellschaft der Freien und Gleichen tot sein soll, dass die liberale Demokratie und der nackte Kapitalismus den Endsieg über die Geschichte errungen haben soll – das ist die Illusion der bürgerlichen Jahrtausendwende. In diesem Sinne ende ich mit Goethe: Ich lasse euch hoffen.«*

h.

Back Issues.

Ihr könnt auch ältere Nummern der Wildcat oder des Wildcat-Zirkulars noch bestellen (Bestelladresse und Preis findet ihr im Heft auf Seite 2).

Wildcat Sondernummer Irak-Krieg
(März 2003)

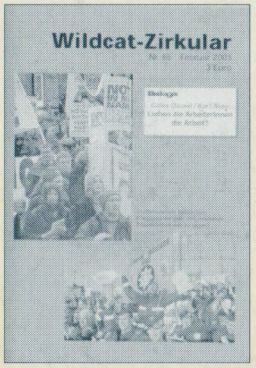
Krise des Krieges und Grenzen des Kapitalismus

Antikriegsbewegung · Harass the Brass – Subversion in der US-Army · Berichte aus USA, Australien, GB, BRD...

Dollarkrise und Kreditbubble · Die USA als Papiertiger · Krieg im Focus der Medien

Kriege gegen das Erdölproletariat · Krieg und Arbeiter im Iran · Schurkenstaaten, Staatskollaps und neue Kriege

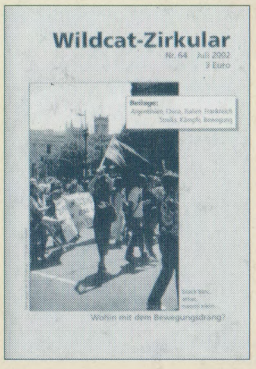
Beilage: Mouvement Communiste
Palästina: Zwei Staaten gegen das Proletariat



Wildcat-Zirkular 65
(Februar 2003)

Streik der Feuerwehrleute und andere »hot spots« · Revolte in Venezuela · Das Ende der Entwicklungsdiktaturen · Revolutionäre Situation in Argentinien?

Beilage: Gilles Dauvé / Karl Nesic
Lieben die ArbeiterInnen die Arbeit?



Wildcat-Zirkular 64
(Juli 2002)

Zum Stand der »Antiglobalisierungsbewegung« · Globaler Krieg um die Ordnung der Welt

Beilage: Argentinien: Aufstand gegen die Politik · Streik bei Arcade · Migrantenstreiks in Italien · China: Klassenkämpfe im Wirtschaftswunder

Wildcat-Zirkular 62
(Februar 2002)

Enron – Die Schuldenspirale dreht sich schneller · Streik bei McDonalds in Paris · MigrantInnenkämpfe und die Schwäche der antirassistischen Bewegung · »Neue Deutsche Wertkritik« – Marxismus in Zeiten des Neoliberalismus · Situationistische Internationale

Beilage: Aufheben
Die Hintergründe der Intifada im 21. Jahrhundert

Oder aber...

ihr seht mal auf unserer website **www.wildcat-www.de** nach aktuellem Material und stöbert ein bißchen im Archiv, wo sich die meisten Texte aus den Wildcats und Wildcat-Zirkularen finden lassen.